G 1800 EX

# Blätter für deutsche und internationale Politik

**Wilfried v. Bredow**
**Zur Frage der Kontrolle militärischer Technologie**

**Ulrich Briefs**
**Neue Technologien**
**als Herausforderung für die Gewerkschaften**

**Jörg Kammler**
**Die Krise in Portugal**

**Mohammed Massarrat**
**OPEC und OECD – Kräfteverhältnisse und Perspektiven**

**Erika Hültenschmidt und Heinz Thoma**
**Die Auseinandersetzung um die Studienreform**

**Walter Lewald**
**Die deutsche Frage – eine „offene" Frage?**

**Stellungnahme von 298 Naturwissenschaftlern:**
**Die Neutronenbombe ist keine „saubere" Bombe**

## 10'78

**Oktober 1978 Einzelheft 5,30 DM Im Abonnement 3,80 DM**
**Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 3,30 DM**

**Pahl-Rugenstein Verlag Köln**

# Oktober 1978

CHRONIK DES MONATS SEPTEMBER 1978 ..... 1155

KOMMENTARE UND BERICHTE

Der Nahe Osten nach Camp David ..... *Birgit Sommer* 1158

100 Jahre Sozialistengesetz ..... *Christoph Butterwegge* 1160

Das schwedische Modell . . . der Zensur
*Nikolaj-Klaus v. Kreitor und Reinhard Helmers* 1163

GLOSSE

Bayern bleibt in besten Händen ..... *Monika Sperr* 1169

HAUPTAUFSÄTZE

Abrüstungspolitik und Rüstungstechnologie. Wie kann man das Tempo rüstungstechnologischer Neuentwicklung drosseln? ..... *Wilfried v. Bredow* 1170

Neue Technologien als Herausforderung für die Gewerkschaften
*Ulrich Briefs* 1179

Die Krise in Portugal. Zur politischen und sozioökonomischen Entwicklung seit 1975 ..... *Jörg Kammler* 1197

OPEC und OECD – Kräfteverhältnisse und Perspektiven
*Mohammed Massarrat* 1219

Auf Umwegen zur Atommacht? (II) Das deutsch-britisch-niederländische Konsortium zur Anreicherung von Uran ..... *Stephen Salaff* 1230

Algerien vor dem zweiten Kongreß der Nationalen Befreiungsfront (FLN)
*Alexander Gschwind* 1238

Die Auseinandersetzung um die Studienreform. Staatliche Instrumentarien, Kapitaleinfluß und Arbeitnehmerinteressen
*Erika Hültenschmidt und Heinz Thoma* 1246

Die deutsche Frage – eine „offene" Frage? ..... *Walter Lewald* 1258

MEDIENKRITIK

Der Held und die Wespe ..... *Günter Giesenfeld* 1266

WIRTSCHAFTSINFORMATION

Konjunkturprogramme seit 1975 (Wirtschafts- und sozialstatistische Daten) ..... *Goldberg* 1267

TAGUNGSBERICHTE

Ökologie und Planung. 8. Jahrestagung der Gesellschaft für Ökologie (GfÖ) vom 25. bis 30. September 1978 in Münster ..... *Edgar Gärtner* 1270

Plutonium-Kongreß des BBU ..... *Roland Vogt* 1271

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Stellungnahme von 298 Naturwissenschaftlern zur Frage der Neutronenwaffen, vorgelegt am 2. Oktober 1978 in Bonn: Die Neutronenbombe ist keine „saubere" Bombe (Wortlaut) ..... 1273

Die Vereinbarungen zwischen Muhammad Anwar Al-Sadat, Menachem Begin und Jimmy Carter vom 17. September 1978 in Camp David (Wortlaut) .... 1275

Abschlußerklärung der Internationalen Konferenz der Solidarität mit dem Kampf der afrikanischen und arabischen Völker gegen Imperialismus und Reaktion in Addis Abeba vom 14. bis 17. September 1978 (Wortlaut) ..... 1282

# Der Nahe Osten nach Camp David

„Rabbi", sagte eines Tages ein frommer Jude zu seinem verehrten Rabbi, „Rabbi, ich kann nicht mehr. Wir leben zu acht Personen in einem einzigen Raum. Was sollen wir machen? Wir werden noch verrückt . . ." „Hast du eine Ziege?" fragte der Rabbi. „Ja." „Wo hast du sie?" „Im Stall." „Gut. Nimm die Ziege, und lasse sie mit euch wohnen." „Im Zimmer?" „Ja." „Aber . . ." „Geh, mein Sohn und tu, was ich dir gesagt habe!" Acht Tage gehen vorbei, und der fromme Jude kommt wieder: „Rabbi, mit dieser Ziege, das ist die Hölle. Der Gestank, der Schmutz . . . Das ist unmöglich länger auszuhalten!" „Gut. Bring die Ziege in den Stall zurück!" Am nächsten Morgen kommt der fromme Jude mit Geschenken: „Lob dir, Rabbi, deine Weisheit sei gepriesen, jetzt, da die Ziege weg ist, atmet die Familie auf. Endlich können wir leben. Dank sei dir . . ."

Mit dieser alten jüdischen Geschichte kommentiert der Pariser „Nouvel Observateur" das „große Zugeständnis", das Israels Regierungschef Begin in Camp David machte: die Räumung der israelischen Siedlungen auf dem Sinai. Siedlungen, die von Anfang an völkerrechtswidrig waren, denn die Genfer Konvention verbietet die Ansiedlung in besetzten Gebieten.

Der Preis, den Sadat zu zahlen hatte, um die Sinai-Halbinsel zurückzubekommen, war die Akzeptierung eines separaten Friedensabkommens. Die sogenannten Rahmenabkommen für die Westbank und Gaza können darüber nicht hinwegtäuschen. Israel hat hier keinerlei Zugeständnisse gemacht, und die syrischen Golan-Höhen sind in den Camp David Vereinbarungen mit keinem Wort erwähnt.

Wie immer Carter nun als Friedensstifter gefeiert wird, die Konzipierung der in Camp David verwirklichten Politik stammt nicht von ihm. Die Strategie der Separatabkommen wurde im Kern schon mit dem Rogers-Plan von 1970 eingeleitet und 1974 mit der Kissinger-Mission weitergeführt. Damals – 1974/75 nach dem Oktoberkrieg – wurden durch die Vermittlung Kissingers separate Entflechtungsabkommen zwischen Ägypten und Israel und dann zwischen Syrien und Israel ausgehandelt. Die Strategie der Separatabkommen geht davon aus, daß für Israel die Sinai-Frage am leichtesten zu lösen ist, ein entmilitarisierter Sinai ist eine hinreichend natürliche Barriere (zudem weit preiswerter als die aufwendigen israelischen Festungen am Suezkanal). Ist Ägypten einmal aus der arabischen Front herausgebrochen, dann kann man mit einem so geschwächten Syrien über den Golan verhandeln, der militärisch wie wirtschaftlich für Israel weit wichtiger ist. In der Palästina-Frage schließlich – so das US-Israel-Kalkül – soll die Zeit für Israel arbeiten. Die Annexionspolitik wird weiterbetrieben und die „kalte Vertreibung" der einheimischen Bevölkerung forciert. Ca. 400 000 Westbank-Palästinenser haben seit 1967 die Westbank verlassen, aus wirtschaftlichen Gründen.

Die separaten Truppenentflechtungsabkommen von 1974/75 demonstrierten in eindrucksvoller Weise, was die verschiedenen arabischen Konfliktparteien im Rahmen einer solchen Politik der separaten Lösungen zu erwarten haben: Ägypten bekam den Suezkanal zurück, der Sa-

dat nicht nur Devisen brachte, sondern ihm auch die Möglichkeit gab, sich von seinem Volk als „Held der Überquerung" (des Kanals) feiern zu lassen. Assad bekam die Stadt Kuneitra auf dem Golan zurück. Vor dem israelischen Abzug wurde die – bis dahin weitgehend unzerstörte – Stadt von den abziehenden israelischen Truppen völlig zerstört. Das „befreite Kuneitra" ist ein Mahnmal für Besatzerbrutalität. Die Palästinenser sahen sich 1975/76 einem Liquidierungsfeldzug gegen die PLO im Libanon gegenüber – dem bisher schwersten in ihrer Geschichte.

Für die Rückgewinnung der Sinai-Halbinsel in der zweiten Phase der Politik der Separatlösungen hat Sadat einen hohen außenpolitischen Preis zahlen müssen. Er ist auf der arabischen Ebene isoliert und hat seine Rolle als Schlüsselfigur in der Nahostpolitik eingebüßt. Alles, was nun zu folgen hat, kann ohne Ägypten laufen. Sadat verspricht sich von seiner Haltung verstärkte wirtschaftliche Unterstützung von den USA. Und die wird ihm auch sicher gewährt, um den Preis einer verstärkten Abhängigkeit. Denn politisch hat er gegenüber den USA alle seine Trümpfe aus der Hand gegeben, er hat keinen Einfluß auf die PLO, er hat keinen Einfluß auf Syrien. Der Rücktritt des ägyptischen Außenministers Kaamel, der erst nach der Jerusalem-Reise Sadats sein Amt antrat – also ein Befürworter der Sadat-Initiative war –, zeigt, als wie schwerwiegend der Verzicht auf die bisher führende Rolle in der arabischen Welt eingeschätzt wird. Das gleiche erweist auch die Reaktion der konservativ-reaktionären arabischen Staaten.

Innenpolitisch aber hätte das Scheitern von Camp David wohl – wenn nicht unmittelbar, so doch mittelfristig – den Sturz Sadats eingeleitet. Sadat hat den Ägyptern Frieden und Wohlstand versprochen, zu erreichen durch ein enges Bündnis mit den USA. Mit seiner Wirtschaftspolitik der „Offenen Tür" hat er seit Anfang der 70er Jahre alle Maßnahmen der Ära Nasser für eine unabhängige nationale ägyptische Entwicklung systematisch abgeschafft, den Außenhandel liberalisiert, die Devisenbewirtschaftung beendet, dem ausländischen Kapital die Tür geöffnet. Ein Erfolg dieser Wirtschaftspolitik ist bisher nicht zu sehen. Die unmittelbare Kriegsgefahr ist für Ägypten zwar zunächst einmal gebannt. Was aber werden die ägyptischen Massen tun, wenn sie trotz Frieden auch 1979, zwei Jahre nach den Massenunruhen 1977, die Sadat außenpolitisch so unter Zugzwang setzten, immer noch hungrig sind?

Daß die Kriegsgefahr für die Region insgesamt nicht gebannt ist, macht das Wiederaufflammen der Kämpfe im Libanon*) eindrucksvoll deutlich. Die Kämpfe, die das syrische Regime unter die Anklage des „Christenmörders" bringen, sind von den rechten Milizen gezielt provoziert. Sie operieren mit militärischer Unterstützung Israels, das nachgewiesenermaßen nicht nur Waffen, sondern auch militärische Beratung liefert. Das Ziel ist klar: Die syrischen Truppen im Libanon in einen Abnutzungskrieg zwingen, die Rolle Syriens als Ordnungsfaktor im Libanon zu diskreditieren und damit die am 25. Oktober anstehende Verlängerung des Mandats der Arabischen Friedenstruppe im Libanon, die die politische wie finanzielle Absicherung des Status dieser überwiegend syrischen Truppe bedeutet, in Frage zu stellen.

Das langfristige Ziel der Rechtsmilizen, deren Einfluß unter der christlichen Bevölkerung des Libanon seit Beendigung des Bürgerkriegs zunehmend geschwunden ist (auch das ein Grund für ihre Aggressivität), ist, einen maronitischen Teilstaat im Libanon zu errichten, der mit Israel verbündet wäre. Einem geschwächten Syrien könnte man dann Nordlibanon als Austausch gegen den Golan anbieten, falls nicht Assad, dessen schwankende Politik zwischen arabischer Reaktion und fortschrittlichen Kräften ihn in diese äu-

*) Zu den Ursachen der Kämpfe im Libanon vgl. auch den Beitrag von Horst J. Andel in Heft 8/1978 der „Blätter", S. 907–910. D. Red.

ßerst schwierige Situation im Libanon gebracht hat, schon eher über diese seine Politik stürzt. Das Konzept auf jeden Fall ist, eine weitere Balkanisierung der ostarabischen Region.

Wie stark sind die Gegenkräfte gegen diese Politik, die implizit – und für Israel und die libanesischen Rechtskräfte explizit – die Liquidierung der PLO beinhalten? Die Front der Standhaftigkeit und Ablehnung, die sich seit dem Sadat-Besuch in Jerusalem zusammengefunden hat, hat eine entscheidende Schwäche: der Irak fehlt. So wichtig die Unterstützung des Bündnisses Syrien–PLO, das übrigens von allen, auch den pro-irakischen palästinensischen Organisationen gestützt wird, durch Algerien, Libyen und Südjemen ist, die geographische Lage des Irak, sein finanzielles und militärisches Potential, machen ihn zu einem unverzichtbaren Partner.

Was die PLO selbst angeht, so kann sie auf zwei Pluspunkte bauen. Sie hat während der Südlibanon-Invasion Israels bewiesen, daß sie militärisch in der Lage ist, israelischen Truppen für diese verlustreich Widerstand zu leisten. Gegen einen neuen Liquidierungsfeldzug im Libanon würde sie sich verteidigen können. Zum anderen steht die Bevölkerung in den von Israel besetzten Gebieten voll hinter der PLO. Die von Israel angestrebte Autonomieregelung wird selbst von eher konservativen Westbank-Führern abgelehnt. Einer der populärsten Pro-PLO-Bürgermeister der Westbank, Karim Khalaf, formuliert folgende Minimalbedingungen:

– Räumung aller 1967 besetzten Gebiete;
– Anerkennung der PLO als der einzig legitimen Vertretung der Palästinenser;
– Rückkehr der Flüchtlinge gemäß den entsprechenden UN-Resolutionen.
– Die UN-Resolution 242 lehnt er explizit ab, da darin nur von Flüchtlingen die Rede ist. „Unser Problem ist kein Flüchtlingsproblem. Wir sind ein Volk und wollen einen Staat."

Birgit Sommer

# 100 Jahre Sozialistengesetz

Am 19. Oktober 1878 verabschiedete der Reichstag ein „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie", kurz Sozialistengesetz genannt, das zwei Tage später in Kraft trat. Damit begann eine 12 Jahre währende Unterdrückungsperiode der deutschen Arbeiterbewegung.

I

Im Frühsommer 1878 wurde zweimal auf Wilhelm I. geschossen. Die Revolverschüsse des Klempnergesellen Hödel verfehlten ihr Ziel, Karl Nobiling verletzte den greisen Kaiser schwer. Hödel hatte zeitweilig mit anarchistischen Auffassungen geliebäugelt und war deswegen von den Sozialdemokraten verstoßen worden. Nobiling hatte mit der Sozialdemokratie nicht das geringste zu tun, was bürgerliche Politiker und Presse nicht davon abhielt, eine monatelange Hetzkampagne gegen die Partei zu starten. Schon nach dem ersten Attentat hatte Fürst Bismarck dem Reichstag den Entwurf eines Sozialistengesetzes vorgelegt, war damit aber am Widerstand der Nationalliberalen, des Zentrums und der Fortschrittspartei gescheitert. Erst die nach dem zweiten Mordversuch entfachte Pogromstimmung schuf die Voraussetzungen, um eine Parlamentsmehrheit hinter Bismarcks verschärfte Vorlage zu bringen. Der Reichstag wurde aufgelöst; aus den Neuwahlen gingen die Konservativen als Sieger hervor, während die Liberalen Sitze verloren. Dennoch ging Bismarcks Rechnung nicht auf: Trotz vielfältiger Behinderungen gelang es den Sozialdemokraten, ihre Mandatszahl zu behaupten.

Nach dem Gesetzentwurf sollte der Polizei das Recht eingeräumt werden, solche Vereine, Versammlungen und Schriften zu verbieten, die „sozialdemokratischen, sozialistischen oder kommunistischen,

auf Untergrabung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise dienen". Berufsverbot hatten Drucker, Buchhändler, Bibliothekare und Gastwirte zu erwarten, die dem Gesetz zuwiderhandelten. In Ortschaften, über die der „kleine Belagerungszustand" verhängt wurde, unterlag jede politische Tätigkeit polizeilicher Kontrolle. Die „öffentliche Sicherheit und Ordnung" störende Personen konnten für die Dauer eines Jahres ausgewiesen werden. Darüber hinaus hätte Bismarck den Sozialdemokraten am liebsten das Wahlrecht genommen, wie er sich auch mit dem Gedanken trug, Beamte ohne Pensionsanspruch zu entlassen. Die bürgerliche Opposition, selbst nicht ohne Furcht vor einem Ausnahmegesetz, hielt eine „konsequente Anwendung" der bestehenden Gesetze zur Niederringung der Sozialdemokratie für ausreichend. Sie setzte zwar durch, daß Aufenthalts- und Berufsverbot richterlicher Genehmigung bedurften, eine zentrale Beschwerdeinstanz geschaffen und die Gültigkeitsdauer des Sozialistengesetzes auf zweieinhalb Jahre begrenzt wurde, stimmte dann aber – wenn auch nicht geschlossen – zu.

## II

Verabschiedet unter ähnlichen Umständen wie die „Antiterrorgesetze" unserer Tage, unter dem Vorwand der Bekämpfung anarchistischer Gewaltverbrechen, unter massivem Druck der äußersten Reaktion und Ausnutzung manipulativer Methoden zur Erzeugung einer politischen Angstpsychose bei den Bürgern, erfüllte das Sozialistengesetz dieselbe Funktion: Legalisierung und Legitimierung der Entrechtung des Proletariats und seiner Organisationen, Unterdrückung der demokratischen Bewegung. Der Vernichtungsfeldzug gegen die Sozialdemokratie, Genossenschaften und Gewerkschaften ging, wie sich bald zeigen sollte, weit über den durch das Ausnahmegesetz gesteckten Rahmen hinaus. Der Willkür von Polizei, Justiz und Verwaltung waren keine Grenzen gesetzt. Gleich zu Beginn wurden die meisten sozialdemokratischen Zeitungen und Zeitschriften verboten, Propagandaschriften konfisziert, Arbeitervereine aufgelöst und Druckereien geschlossen. Eine Prozeßlawine kam in Gang, die Hunderte von Familien ihrer Ernährer beraubte. Dasselbe traf für den Ausweisungsparagraphen zu, der zuerst auf Berlin umd Umgebung Anwendung fand und sich als schärfste, aber durchaus zweischneidige Waffe im Kampf gegen die Sozialdemokratie erwies, weil er für die Verbreitung der sozialistischen Idee sorgte und weil nicht nur Parteimitglieder Solidarität mit den Betroffenen übten.

Die Führung der Partei ging fast automatisch an die sozialdemokratische Reichstagsfraktion über, deren Mitglieder noch am ehesten fähig waren, den Widerstand zu organisieren, auch wenn sie – wohl wegen ihrer privilegierten Stellung – von opportunistischen Strömungen nicht frei blieb. Zwar war die Parteiorganisation illegalisiert, und ihre aktivsten Kader wurden kriminalisiert, doch blieben die Parlamentssitze und das Recht, für den Reichstag zu kandidieren – anders als nach dem KPD-Verbot 1956 –, erhalten. Dadurch erhöhte sich naturgemäß die Bedeutung der Parlamentsarbeit, die ihre Entsprechung im außerparlamentarischen Kampf der sozialdemokratischen Arbeiterschaft fand.

Heute setzt das Bundeskriminalamt Tankwarte als Hilfspolizisten bei der Terroristenfahndung ein, und Grenzgänger werden auf mitgeführte linke Publikationsorgane kontrolliert sowie in den Computern des Verfassungsschutzes registriert, vor hundert Jahren wies der Generalpostmeister seine Beamten an, Sozialdemokraten zu denunzieren, die im Ausland hergestellte Parteiorgane bezogen. Ab 1879 erschien in Zürich der bald von Eduard Bernstein redigierte „Sozialdemokrat", ein Organ, das den im Deut-

schen Reich geführten Existenzkampf der Partei nach Kräften unterstützte. Für seine Verteilung sorgte die „rote Feldpost" unter Leitung des legendären Julius Motteler. 1980 fand auf Schloß Wyden (Schweiz) ein Parteikongreß statt, der die Anarchisten Most und Hasselmann ausschloß und das Wort „gesetzlich" in einem Satz des Gothaer Programms strich, der besagte, die Partei erstrebe den Sozialismus „mit allen gesetzlichen Mitteln". Damit bekannte sich die Sozialdemokratie zur Verbindung von legalem und illegalem Kampf. Obwohl nicht in Form eines Geheimbundes organisiert, stellte sich die Partei immer besser auf das Sozialistengesetz, dessen Instrumente sich mit der Zeit abnutzten, ein.

III

Als das Ausnahmegesetz 1890 nach mehrmaliger Verlängerung fiel, war die deutsche Sozialdemokratie zu einer Massenpartei herangewachsen, die bei der nächsten Reichstagswahl mehr Stimmen auf sich vereinte als jede ihrer bürgerlichen Konkurrentinnen, wenngleich die Zahl ihrer Mandate wegen des ungerechten Wahlsystems weit dahinter zurückblieb. Die Sozialdemokraten gingen inhaltlich gefestigt und organisatorisch gestärkt aus der Prüfung, die Bismarck ihnen mit dem Sozialistengesetz auferlegt hatte, hervor. Die Geschichte des Sozialistengesetzes zeigt, daß es auch unter widrigsten Umständen, wenn die Partei diskriminiert, demoralisiert und in die Defensive gedrängt wird, möglich und notwendig ist, Widerstand zu leisten, die Mitglieder zu mobilisieren, durch ihre Prinzipienfestigkeit und Kampfbereitschaft, Disziplin und Eigeninitiative die Auseinandersetzung mit dem Klassengegner erfolgreich zu bestehen.

Während die bürgerliche und SPD-offiziöse Geschichtsschreibung den „Radikalisierungs"- bzw. „Desintegrationseffekt" des Sozialistengesetzes beklagt, haben marxistische Historiker den Zusammenhang zwischen Großer Depression (1873–1896) und polizeistaatlicher Repression gegen die sozialdemokratische Opposition herausgearbeitet, die Rückwirkung sozioökonomischer Determinanten auf den politischen Machtkampf im Wilhelminischen Reich betont und die Unterdrückungsmaßnahmen gegenüber der Arbeiterbewegung als Antwort des Feudaladels wie der liberalen Bourgeoisie auf ihre prekäre Situation am Vorabend des Übergangs zum Imperialismus gedeutet. Bismarcks „Doppelstrategie", das Proletariat mit Zuckerbrot und Peitsche, Sozialversicherung und Sozialistengesetz, im Zaum zu halten, mußte schon deshalb scheitern, weil die Arbeiterschaft mit der Sozialdemokratie eine marxistisch orientierte Partei besaß, die ihr Ziel und Richtung wies, die Sozialdemagogie der herrschenden Klassen entlarvte und über die wirklichen Hintergründe von Ausbeutung und Unterdrükkung aufklärte. Das parlamentarische Tauziehen um das Ausnahmegesetz, wie es die „staatstragenden" Parteien über ein Jahrzehnt lang betrieben, offenbarte ihre tiefe Verunsicherung über die unaufhaltsam wachsende Massenbewegung des modernen Proletariats, die Schwäche der Herrschenden gegenüber dem Millionenheer von Arbeitern, die Sozialdemokratie und Gewerkschaften musterten.

Berufsverbote, Ausweisungsbefehle, Hochverrats- und Majestätsbeleidigungsprozesse gegen klassenbewußte Arbeiter, Versammlungsverbote, Beschlagnahme sozialistischer Literatur usw. damals, Berufsverbote gegen Demokraten und Sozialisten, analoge Tendenzen in der politischen Strafjustiz, Anwendung der Zensurparagraphen 88 bzw. 130a StGB, Verabschiedung von „Kontaktsperregesetz" und „Razziengesetzen", paramilitärische Aufrüstung der Polizei, Lauschangriffe des Verfassungsschutzes usw. heute – was, könnte man fragen, hat sich eigentlich seit 1878 geändert? Nur wenn man sich das Ausmaß der Verfolgungen, die Partei und Gewerkschaften unter dem Sozialistengesetz zu

Joseph Belli
Die rote Feldpost unterm Sozialistengesetz

Mit einer Einleitung:
Erinnerungen aus meinen Kinder-, Lehr- und Wanderjahren
Herausgegeben und eingeleitet von Hans J. Schütz
216 Seiten Text, 17 Seiten Abbildungen
Hardcover 16,- DM

Trotz aller polizeilichen Gegenmaßnahmen gelangten unter dem Sozialistengesetz wöchentlich bis zu 12 000 Exemplare des in der Schweiz gedruckten illegalen „Sozialdemokrat" ins deutsche Reich.
Ein Verdienst des gelernten Schuhmachers Joseph Belli und seiner zahlreichen Helfer von der „roten Feldpost".
Wie es immer wieder gelang, Grenzbehörden und Polizei zu überlisten, schildert Belli in diesen Erinnerungen. Ein politisches Buch – und eine Gaunerkomödie.

*Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH*

erdulden hatten, vergegenwärtigt, läßt sich ermessen, um wieviel bessere Wirkungsmöglichkeiten die demokratische Bewegung im Vergleich dazu hier und heute vorfindet. Wilhelminischer Obrigkeitsstaat und bürgerlicher Rechtsstaat haben zwar ihren Klassencharakter gemein, weisen aber ansonsten gravierende Unterschiede auf. Die Erinnerung an das Sozialistengesetz kann die demokratische und Arbeiterbewegung unseres Landes davor bewahren, den politischen Freiraum zu unterschätzen, den eine bürgerlich-parlamentarische Demokratie – trotz Grundrechtseinschränkungen und Aushöhlung des Verfassungskompromisses – im Vergleich zur konstitutionellen Monarchie und ähnlichen Herrschaftsformen bietet. Wer – wie die sozialdemokratische Partei- und Regierungsführung – die Herausforderung ultralinker Desperados mit der Zurücknahme demokratischer Freiheitsrechte beantworten will, hat die Lektionen der eigenen Geschichte offenbar schlecht gelernt. Die fortschrittlichen Kräfte dürfen sich nicht auseinanderdividieren lassen, sondern müssen jeden Angriff auf die demokratischen Rechte geschlossen abwehren. Der Kampf gegen das Sozialistengesetz kann dabei als Vorbild dienen.

Christoph Butterwegge

# Das schwedische Modell ... der Zensur

„Nach seinen verschiedenen Nachrichtenmedien zu urteilen, scheint Schweden von einer toleranten, manipulierenden Diktatur gesteuert zu werden. Presse, Rundfunk und Fernsehen sind auf eine merkwürdige Weise gleichgerichtet, als ob sie von einem Propagandaministerium

zentral dirigiert würden", schrieb der Engländer Roland Huntford in seinem bereits klassischen Standardwerk über Schweden, „The New Totalitarians" (1971). Huntfords scharfsinnige Analyse der wirkungsvollen Pressesteuerung in Schweden führte zu der Annahme, daß ein Kontrollorgan existiert, welches eine diskrete Zensur ausübt. Huntfords Vermutungen wurden kürzlich in dem Buch des schwedischen Journalisten Bjarne Moelv „Propagandaministeriet" (1976) dokumentarisch unterbaut. Es enthält eine kritische Untersuchung der schwedischen psychologischen Verteidigung; Moelv zeigt, wie diese als ein inoffizielles Propagandaministerium arbeitet. Dieses zentrale Organ, die „Bereitschaftskommission zur psychologischen Verteidigung", mit Verzweigungen in der gesamten Presse und den Massenorganisationen, hat die Beaufsichtigung der Meinungsbildung zur vornehmsten Aufgabe. Zu diesem Zweck bindet diese „Bereitschaftskommission" hervorragende Journalisten und einflußreiche Funktionäre der Massenorganisationen an sich.

Bjarne Moelv zitiert in seinem Buch Prof. Nils Andrén („Den totala Säkerheitspolitiken", 1971): „Tatsächlich hat die psychologische Verteidigung eine, die gesamte schwedische Gesellschaft umfassende Aufgabe. Die Träger der politischen Verantwortung in Regierung und Opposition müssen eine Gesellschaftsordnung aufrechterhalten, welche die Loyalität ihrer Mitglieder bewahrt und vertieft." Schon früher hatte der Kanzleichef der Bereitschaftskommission, der Zentrumspolitiker Lennart S. Petterson, anläßlich einer Debatte im „Svenska Dagbladet" 1971 die psychologische Verteidigung des staatlichen Typs mit der Begründung verteidigt, daß diese zum Schutz der „Wertgemeinschaft der schwedischen Gesellschaft" benötigt würde. Diese Äußerungen fassen die programmatische Ideologie der Bereitschaftskommission zusammen: Durch formierte Kontrolle der Massenmedien wird die Volksgemeinschafts-Stimmung des schwedischen Korporativismus aufrechterhalten.

Die Bereitschaftskommission begann ihre Tätigkeit während des Kalten Krieges im Jahre 1954, nachdem der damalige Innenminister Eije Mossberg in einer Denkschrift ihre Bildung vorgeschlagen hatte. Dort heißt es: „Die zielbewußt meinungsbildende Tagespresse steht an sich schon in der vordersten Front der psychologischen Verteidigung. Gegenmaßnahmen in Form von Leitartikeln und anderen Artikeln eigener Mitarbeiter haben eine bessere Wirkung als offizielle Stellungnahmen einer Aufklärungsstelle. Deshalb ist es am sinnvollsten und wirkungsvollsten, der Presse die Analysen von Fachleuten der Informationsorgane zuzustellen, über die dann frei verfügt wird . . . Eine verhältnismäßig geringe Anzahl von Personen mit gesellschaftlicher Bedeutung ist für die Meinungsbildung umfassender Bevölkerungskreise richtunggebend. Selbstverständlich ist es wichtig, gerade diese Personen mit Informationen zu erreichen und mit ihnen bei der Aufgabe zusammenzuwirken, die innere Front zu halten."

Diese umfassende Zusammenarbeit zwischen den Meinungsbildenden und der Bereitschaftskommission wurde während des Kalten Krieges eingeleitet; sie bahnte den Weg zur Institutionalisierung von Loyalität und Konformismus in der schwedischen Presse. Gleichzeitig wurde die Entwicklung einer liberalen Presseideologie, wie sie für die Medien der meisten kapitalistischen Länder typisch ist, blockiert. Erst im Zusammenhang mit der Debatte über die sogenannte IB-Affäre (die Aufdeckung eines sogar dem Reichstag unbekannten, staatlichen Geheimdienstes durch eine Linkszeitung) betonte eine Reihe von Skribenten, daß ein bürgerlicher Presseliberalismus sich niemals in den schwedischen Nachrichtenmedien hatte behaupten können. Moelv selbst erläutert, daß Politiker, Lehrer, Journalisten, Schriftsteller und Werbefachleute, kurz alle beruflichen Mei-

nungsbildner, sehr früh schon zu propagandistischen Grüppchen für die Zwecke der psychologischen Verteidigung zusammengefaßt worden waren. Später, nach der Entwicklung von Sozialpsychologie und der Soziologie, wurden die traditionellen Propagandamethoden und -mittel verfeinert und verstärkt.

Das Zensurorgan, die „Bereitschaftskommission zur psychologischen Verteidigung", besteht aus 14 Mitgliedern, deren persönlichen Stellvertretern und dem Vorsitzenden. Zu den Organisationen, die Mitglieder vorschlagen dürfen, gehören u. a. der Zeitungsverlegerverband, die Presseagentur TT, der Rundfunk, der Publizistische Club und der Journalistenverband. Vorsitzender ist der Chefredakteur der sozialdemokratischen Zeitung „Folket", Olle Svensson. Sinnigerweise ist dieser außerdem noch maßgebendes Mitglied im Verfassungsausschuß des Reichstags, der über die Einhaltung der Verfassung zu wachen hat. Die Kommission hat ein umfassendes Netz von Mitarbeitern in den Nachrichtenmedien aufgebaut. Bei jeder bedeutenden schwedischen Zeitung verfügt sie über Vertreter in den Schlüsselpositionen, so auch im Rundfunk und im Fernsehen. Bezeichnenderweise hat die Kommission ihren Sitz im Stockholmer Pressehaus. Von dort aus wird der für die schwedische Presse typische Volksgemeinschaftsgeist verbreitet, der buchstäblich das kritische Gesellschaftsengagement der Medien gelähmt hat.

Der Schriftsteller P. O. Enqvist verwies in einem Interview mit „Dagens Nyheter" nach seinem aufsehenerregenden Austritt aus der Zeitung „Expressen" auf die „innere Zensur" als einen vergesellschafteten Persönlichkeitszug der schwedischen Journalisten. „Die Journalisten werden ganz einfach von ihren Zeitungseigentümern gesteuert, meistens diskret, ohne sich dessen bewußt zu werden, daß sie sich selbst den Zaum in den Mund gelegt haben. Die Hierarchie, unter der sie arbeiten, hat bei ihnen so tiefe seelische Eindrücke hinterlassen, daß sie sich selbst bei delikaten Angelegenheiten zensieren, ohne hierfür direkte Anweisungen erhalten zu haben. Bei ihnen ist ein Filter eingebaut worden, der darüber entscheidet, was gedruckt werden darf und welche Spuren aufgegeben werden müssen. Würden die Journalisten wirklich über das ihnen bekannt Gewordene schreiben, so gäbe es eine Revolution in der schwedischen Presse. Doch das tun sie nicht; vom Chefredakteur bis zum Reporter sind die Zeitungsleute gehorsame Jungen und Mädel, die nicht nur die Berichterstattung über unbehagliche Wahrheiten unterlassen, sondern sogar noch die Türen versiegeln, die vor der Wahrheit verschlossen wurden. Die Nachrichtenmedien – hauptsächlich die Presse – beschäftigen sich nicht, wie sie so gern vorgeben, mit kritisch-aufklärerischer Gesellschaftsreportage", erklärten Per Olov Enqvist und Anders Ehnmark in „Dagens Nyheter" (18. November 1976), während Bjarne Moelv schreibt, daß „Journalisten, die sich der Systemkritik zuwenden, hierzulande früher oder später begraben werden. Lebend begraben."

Roland Huntford bemerkt sehr kritisch, daß „heute die Zeitungen genauso mit Vorurteilen gleichgerichtet sind wie Rundfunk und Fernsehen. Sie geben die gleichen patentschwedischen Ansichten über die Welt wieder, um den Schweden das Selbstbewußtsein zu stärken . . .". „Wie im Reichstag, herrscht auch in den Nachrichtenmedien ein Geist der kleinlichen Trivialität. Die Debatten behandeln bedeutungslose Einzelheiten der sozialen Wohlfahrt und der Verwaltung. Jeder Zweifel glänzt durch Abwesenheit, und die gemütliche Übereinstimmung verbindet alle. Keine Spur der Selbstkritik, der grundsätzlichen Prüfung, von denen der Westen sonst ‚geplagt' wird, läßt sich aufspüren. In den schwedischen Nachrichtenmedien wird einstimmig angeordnet, daß die Grundlagen der schwedischen Gesellschaft niemals bezweifelt oder gar diskutiert werden dürfen. Dieser Umstand macht die schwedische Presse

(sowie Radio und Fernsehen) merkwürdig langweilig. Die schwedische Presse läßt die Vitalität und den kritischen Problemaufbau vermissen, durch welche sich die beste angelsächsische Presse auszeichnet. Sie ist zur Übereinstimmung verpflichtet – in einem Land mit erklärter Meinungsfreiheit."

Die Steuerung der schwedischen Nachrichtenmedien ist sowohl diskret organisiert als auch wirksam konstruiert. Moelv nennt sie „das schwedische Modell". Die Kommission zur psychologischen Verteidigung ist eine sehr schwedische Einrichtung. Ihre Arbeitsweise läßt sich nur außerordentlich schwer beschreiben. Gerade die Konturenlosigkeit ist der Clou dieser Organisation. Schon von Anfang an wurde ein staatliches Propagandainstitut als Steuerungsinstrument für die Meinungsbildung vermiden. Die Steuerung durch die Bereitschaftskommission ist eindeutig raffinierter: Sie bindet führende Informanten an sich. Diese Bindung ist die eigentliche Grundlage der Steuerung; danach darf der einzelne Psycho-Verteidiger ohne weiteres selbständig und „freiwillig" in der Meinungsbildung wirken. Diese Konturenlosigkeit ist Voraussetzung für die Effektivität der Bereitschaftskommission – das wahrlich Listige und typisch Schwedische an der gesamten Einrichtung.

Seit einigen Jahren wird auch den meisten schwedischen Zeitungen von der Regierung mit Steuermitteln geholfen. Die Hilfe hat gegenwärtig eine Größenordnung von $^1/_2$ Mrd. skr jährlich. Beispielsweise erhält die sozialdemokratische „Arbetet" ca. 35 Mio., die konservative „Svenska Dagbladet" 20 Mio. skr jährlich. Dieses „Schweigegeld" begünstigt weiterhin das Redaktionsklima der Presse im Sinne des Staates und seiner Bürokratie.

Von dem Einfluß dieses schwedischen Modells auf die tägliche Pressearbeit berichtet u. a. Ulf Brandell in seinem „Dagbok med DN" (Tagebuch bei „Dagens Nyheter"): „Im April 1961 erhielt ‚Dagens Nyheter' einen Brief mit Kopien von geheimen amerikanischen Spionageberichten. Einem der Dokumente zufolge hatten zwei Vertreter die Verteidigungs-Forschungs-Anstalt besucht und genaue Beschreibungen einer schwedischen Nervengas-Bombe mit Einzelheiten über Größe und Bestandteile erhalten. Waren die Dokumente echt? Oder wurde hier gar private Außenpolitik betrieben? War die Forschungsanstalt befugt, ein nach der Genfer Konvention verbotenes Kampfmittel herzustellen? Verfügte sie über eine Reichstagsgenehmigung, militärische Geheimnisse an den US-Geheimdienst auszuliefern? Auf diese Fragen hätte die Zeitung Antworten suchen müssen. Wollte man das Material nicht selbst auswerten, hätte man es an die Sicherheitspolizei übergeben müssen. Was geschah? Der Chef vom Dienst, Axel Wennerling, trug die Dokumente zum Militär. Im Stab gab es eine riesige Aufregung. ‚Sehr dankbar, weil wir nichts veröffentlichten', schreibt Brandell. Am folgenden Tag wurde Chefredakteur Sven-Erik Larsson von der Forschungsanstalt angerufen: Der Austausch militärischer Geheimnisse mit amerikanischen Besuchern sei für die Anstalt Teil der normalen Tätigkeit. Damit war die Sache für die liberale ‚Dagens Nyheter' erledigt. Kein Wort wurde gedruckt. Selbst in Anbetracht der damaligen Verhältnisse vor 16 Jahren war dies eine ernste Verletzung der journalistischen Aufgaben."

Zu einem späteren Zeitpunkt erklärte Sven Lindqvist: „Zwei Mitarbeiter von ‚Dagens Nyheter' gehören zur Bereitschaftskommission; ausgerechnet Axel Wennerling und Sven-Erik Larsson." Axel Wennerling ist gegenwärtig der Personalchef von „Dagens Nyheter", Sven-Erik Larsson ist politischer Chefredakteur.

Moelv gibt in seinem Buch viele Beispiele für die Tätigkeit der Bereitschaftskommission und für die verdeckte Pressezensur in Schweden. Im Jahre 1971 nahmen IB und die Bereitschaftskommission ge-

meinsam an der gleichermaßen skandalösen wie geheimen „Operation Jonas" teil, nach welcher Schweden von der Sowjetunion angegriffen wurde und die schwedische Linke als Fünfte Kolonne angenommen wurde. Obwohl den führenden Meinungsbildnern bekannt, geriet nichts über die Übung in die Presse. Die Untersuchungen von Moelv förderten ferner zutage, daß einige Studenten der Journalisten-Hochschule von der „Operation Jonas" erfahren hatten. Der Artikel hierüber war vom Mitglied der Bereitschaftskommission und Chefredakteur von „Dagens Nyheter" gestoppt worden. Auch das sozialdemokratische „Aftonbladet" wies Material über die Übung der psychologischen Verteidigung gegen den inneren Feind zurück.

Zu der sogenannten SAPO-Affäre in Göteborg – eine ungesetzliche Gesinnungsbespitzelung durch die Filzokratie von sozialdemokratischer Führung und dem Geheimdienst – konnte Moelv einen Artikel bei der Kulturredaktion von „Aftonbladet" unterbringen. Als der Artikel schon gesetzt war und am folgenden Tag veröffentlicht werden sollte, wurde er nachts auf Anweisung des verantwortlichen Redakteurs von der Kulturseite entfernt.

Nun könnte man meinen, die erzwungene Selbstzensur betreffe nur die Fragen der nationalen Sicherheit, für die sich oft eine patriotische Stimmung schaffen läßt. Das ist nicht der Fall; diese Selbstzensur ist fast ausnahmslos wirksam bei Rechts-


# Neuerscheinungen

**Wir Frauen '79**
Taschenkalender mit flexiblem Einband
Mit vielen Bildern und Daten, Porträts und Karikaturen, Tips und Texten
12 Original-Tuschzeichnungen von Gertrude Degenhardt
Herausgegeben von der Demokratischen Fraueninitiative (DFI)
320 Seiten, DM 7,–

**Etty, Peter und Silvia Gingold**
Porträt einer Familie
Ein Bilderbuch deutscher Zustände
Herausgegeben von Joachim Kahl (Hochschullehrer und Publizist, Marburg), Guiseppe Caizzone (Richter, Rom), Pierre Kaldor (Rechtsanwalt, Paris) und Han Wielek (Senator, Amsterdam).
Großformat mit zahlreichen Fotos und Abbildungen, 128 Seiten, DM 14,80

Manfred Hahn / Hans Jörg Sandkühler
**Bürgerliche Gesellschaft und theoretische Revolution**
Zur Entstehung des wissenschaftlichen Sozialismus
328 Seiten, DM 14,80

Georg Rückriem / Friedrich Tomberg (Hrsg.)
**Historischer Materialismus und menschliche Natur**
322 Seiten, DM 14,80

Horst Holzer
**Evolution oder Geschichte?**
Einführung in Theorien gesellschaftlicher Entwicklung
194 Seiten, DM 14,80

# Pahl-Rugenstein

konflikten zwischen Bürgern und der Staatsbürokratie. Bei Rechtsübergriffen, wenn die höheren Staatsorgane wie Reichsanwaltschaft und Ministerien den Gesetzesbruch in ihre Dienst nehmen, billigen oder vertuschen, dann hüllt die loyale Presse sich in völliges Schweigen oder gibt jeweils nur den parteiischen Standpunkt der Behörden wieder. In einem Land wie Schweden, in welchem Behörden- und Beamtenmaßnahmen nicht vor unabhängigen Gerichten auf ihre Gesetzlichkeit geprüft werden können, entfällt durch die Zensur der letzte Schutz des Einzelnen vor Behördenwillkür. Selbst wenn Rechtsbrüche der Staatsorgane ausnahmsweise einmal im Reichstag angesprochen werden, so wird dies von der Presse verschwiegen. Der bekannte Schriftsteller Vilhelm Moberg warf schon 1956 der Presseagentur TT vor, durch Verschweigen oder behördentreue Berichterstattung den organisierten Gesetzesbrüchen Schützenhilfe zu leisten.

Am 8. und 9. April 1978 fand im Plenarsaal des alten Reichstags ein Bürgerrechtstribunal statt. In dichter Folge wurden grobe Beamtenwillkür, Gesetzesbrüche und -beugungen dokumentiert, deren die höhere Beamtenschaft sich bedient, um die Bürger zu disziplinieren. Bezeichnend war die Berichterstattung gerade derjenigen Presse, die eine Woche vorher ausführlich vom Russell-Tribunal in der BRD berichtet hatte: Die gegenüber Rechtswillkür in fremden Ländern außerordentlich empfindlichen Redaktionen schickten jetzt in das nur einen Steinwurf entfernte Reichstagsgebäude bestenfalls freie Mitarbeiter der C-Mannschaft. Diesen ist der Abdruck ihrer Berichte nie gesichert. „Dagens Nyheter" machte eine Story aus zwei getrennten Fällen von Polizeiübergriffen – „aus zwei mach eins". „Svenska Dagbladet" veröffentlichte statt eines Berichts über das Bürgerrechtstribunal einen, selbst für schwedische Verhältnisse ungewöhnlich, untertänigen Huldigungsartikel für den Obersten Reichsanwalt, der als ein Hauptverantwortlicher für den Rechtsverfall angesehen wird. Die schwedischen Zeitungen müssen Vertrauen in die höhere Beamtenschaft verbreiten.

Das gesetzwidrige schwedische Berufsverbot für „linksverdächtige" Hochschullehrer, das von der Reichstagsmehrheit am 11. Februar 1976 gebilligt worden war, sowie die Grundsatzentscheidung des Höchsten Gerichtes hierzu vom Sommer 1977 wurden, abgesehen von der kommunistischen „Norrskensflamman", völlig verschwiegen und den finnischen sowie dänischen Zeitungen überlassen.

Im Jahre 1974 verabschiedete der Reichstag ein Ausnahmegesetz, das die höhere Beamtenschaft vor Strafverfolgungen absichert und somit die Beamtenwillkür legalisiert. Die Presse schwieg. Sie schwieg auch noch – mit wenigen Ausnahmen – als im Frühjahr 1978 in liberalen und kommunistischen Reichstagsanträgen die Wiederherstellung der Gleichheit vor den Strafgesetzen gefordert wurde. Die Reichstags-Redaktion von „Dagens Nyheter" meinte gegenüber einem ausländischen Korrespondenten, daß nur „Querulanten" von der Behördenwillkür betroffen würden!

Nur *eine* Journalistenkategorie hat fast völlige Freiheit zur kritischen Berichterstattung: die Auslandskorrespondenten. So kann man sogar in konservativen Organen umfassende Berichte über ähnliche Ereignisse und Rechtsskandale im Ausland lesen, deren bloße Andeutung der heimischen Berichterstattung streng untersagt wird. Behördenwillkür, Rechtskorruption, „Watergate", Berufsverbote, alles das gibt es – wenn man schwedischen Zeitungen glaubt – nur im Ausland. Die Kombination guter Auslandsberichte mit dem Schweigen zuhause verstärkt die Wirkung der Selbstzensur für das nationale Selbstbewußtsein enorm.

Nikolaj-Klaus v. Kreitor und
Reinhard Helmers

GLOSSE

# Bayern bleibt in besten Händen

Von Monika Sperr

Seit ich in Bayern lebe, brauche ich vor Wahlen nicht mehr zu zittern, weil mit größter Zuverlässigkeit stets die CDU gewinnt. Was mich bei Bundestagswahlen immer so zermürbt, so fix und fertig, regelrecht hysterisch macht, ist diese Ungewißheit, nicht zu wissen, was nun wird. Bleiben SPD und FDP zusammen und wenn sie's tun, bleiben sie dann auch? Zusammen und an der Regierung und für wie lange, und wann tauschen sie wegen welcher undurchsichtiger Spielregeln die ersten Minister oder gar den Kanzler aus? Solche nervenzerfetzenden Ängste und Zweifel bleiben mir vor bayerischen Landtagswahlen total erspart. Da muß ich nicht zittern und bangen und fragen, da ist die Sache von vornherein ganz klar, denn in Bayern wird nicht mit schwachen Mehrheiten *regiert*, hier wird mit 62prozentiger CSU-Macht *geherrscht*. Das ist fast so schön wie zu König Ludwigs Zeiten, als sich die braven Landeskinder nach des Tages Mühen beruhigt schlafen legen konnten, weil ein von Gottes Gnaden eingesetzter Monarch sie und ihren stillen Untertanen-Schlaf mit allen Mitteln obrigkeitsstaatlicher Gewalt sorgsam bewachte.

Wie einst die bayerischen Könige, so weiß auch die CSU, was den Menschen ihres Landes nützt und frommt. Wie stets vor Wahlen, weist sie auch diesmal fürsorglich darauf hin, daß Bayern Wahlen im Grunde überhaupt nicht braucht, weil Land und Leute bei ihr und Franz Josef Strauß sowieso in guten, ja in besten Händen sind. „Bayern bleibt in besten Händen", verkünden herrliche CSU-Wahlplakate von fast majestätischen Ausmaßen allen, die neu sind in Bayern oder sich vielleicht daran stören, daß es im mächtigen CSU-Staat noch immer Rote (egal ob Sozialdemokraten oder Kommunisten) gibt. Für eine treue CSU-Seele wie mich sind solche Plakate natürlich überflüssig, obwohl ich stundenlang davorstehen und mich über die vielen schönen Bilder von unserem Franz Josef freuen kann. Was für ein Mann! Ob hemdsärmelig oder beim feierlichen Staatsakt, ob im Gespräch mit feschen jungen oder feschen alten Leuten, ob mit oder ohne Brille im Gesicht – dieser bullige Charakterkopf bezaubert mich immer wieder.

Über die Wahlkarte, die mir in diesen Tagen zugeschickt wurde, habe ich mich allerdings sehr gewundert. Wenn Bayern doch sowieso in besten, also in Franz Josefs bierstarken CSU-Pranken bleibt, warum dann überhaupt noch wählen? Wozu diese Aufforderung zu einer Wahl, die doch bloß Umstände macht, Zeit kostet und Geld, den Leuten den Sonntag ruiniert, weil sie zwischen Frühschoppen, Kirchgang, Landpartie, Kaffeeklatsch und Fernsehen auch noch zur Stimmabgabe müssen. Hoffentlich kriegt diese, unsere gemütliche bayerische Idylle so fatal störende radikale SPD-Minderheit diesmal endlich genauso wenig Stimmen wie die Kommunisten, damit wieder die schöne Untertanen-Ruhe einkehrt von Anno dazumal, als nirgends in deutschen Landen regiert, sondern überall geherrscht wurde wie heute noch bei uns in Bayern.

# Abrüstungspolitik und Rüstungstechnologie

## Wie kann man das Tempo rüstungstechnologischer Neuentwicklungen drosseln?

Von Wilfried v. Bredow

„Die Zeit, da die Ost-West-Beziehungen in erster Linie konfrontativ bestimmt waren, ist vorbei", schreibt Wolf Graf v. Baudissin als Einleitung zu einem 1977 publizierten Aufsatz über die Sicherheitspolitik im Prozeß der Ost-West-Entspannung.[1]) Es dürfte nicht schwer sein, jemanden zu finden, der diese Aussage bestreitet. Unterteilt man die komplexen Ost-West-Beziehungen in eine größere Zahl einzelner Elemente, wird das Ergebnis einer Abwägung eher konfrontativer gegenüber eher kooperativen Zügen in der Tat zwiespätig ausfallen. Ost-West-Entspannung hat viel dazu beigetragen, die fragile Nicht-Kriegs-Struktur zwischen den USA und der Sowjetunion samt ihren jeweiligen Verbündeten zu festigen. Sie hat wirtschaftliche Vorteile gebracht, wenngleich nicht in dem erwarteten Ausmaß. Sie hat die ideologischen Auseinandersetzungen im „Wettkampf der Systeme" verschärft. Das war unvermeidlich, vielleicht allerdings wäre es für den Entspannungsprozeß selbst förderlicher gewesen, wenn diese Auseinandersetzungen etwas gedämpft worden wären.

Große Hoffnungen auf positive Resultate der Entspannung gab es auch auf einem anderen Sektor, dem der Rüstungskontrolle und Abrüstung. Es erscheint ja wirklich als geradezu zwingend logisch, daß zwei feindliche Militärallianzen die Zeit der Entspannung nutzen, um einen Teil der Rüstungsbürde von den Gesellschaften zu nehmen. Diese Logik ist zwingend jedoch nur auf dem Papier. Die Wirklichkeit der politischen Situation, in der die Verhandlungen über Rüstungskontrolle und Abrüstung in den letzten zwanzig Jahren geführt worden sind, war zu vielschichtig und undurchsichtig, als daß politischer common sense ausgereicht hätte, um sie durchsichtig zu machen.

Dies spricht nicht gegen die, welche solchen common sense in Fragen der Rüstungsreduzierung für sich beanspruchten, und zwar mit Recht: z. B. die verschiedenen Zweige der Friedensbewegung. (Aber es war schon vor dem Ersten Weltkrieg das Schicksal der Friedensbewegung, common sense inmitten eines Meeres von Irrationalität zu demonstrieren – erfolglos.) Es spricht stattdessen in erster Linie gegen all jene politischen, wirtschaftlichen und ideologischen Interessen, die den Entspannungsprozeß möglichst verlangsamen, auf jeden Fall von jeglicher Rüstungspolitik fernhalten wollten. Daß dies

1) Wolf Graf v. Baudissin, Sicherheitspolitik im Entspannungsprozeß, in: A. Große-Jütte R. Jütte (Hrsg.), Entspannung ohne Frieden. Versäumnisse europäischer Politik, Frankfurt/M. 1977, S. 242.

weitgehend gelungen ist, zeigt jeder Vergleich von Rüstungszahlen zwischen Ost und West entlang der Zeitachse. Man halte etwa nur die Ausgabe 1962 von „The Military Balance" gegen die jüngst publizierte[2]).

Wir würden es uns aber zu einfach machen, wenn wir die unbezweifelbaren Fehlschläge der Abrüstungspolitik zwischen Ost und West einzig und allein als Folge der Intervention solcher Abrüstung verabscheuenden Interessen deuten würden. Gewiß: angesichts des Ausmaßes und der Steigerungsraten des Militärhaushalts der USA erscheinen dortige „Bürgerinitiativen" wie die „Coalition for peace through strength" oder das „Committee on the present danger" mit ihren absurden Slogans wie „Stop unilateral disarmament" und ihren Aufrüstung um jeden Preis proklamierenden Pamphleten als ernstzunehmende und bedrohliche Agitatoren einer Abkehr von Entspannungspolitik überhaupt. Die Geschichte der Rüstungskontroll-Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion ist auch die Geschichte der innenpolitischen Pressionen auf die Außenpolitik.

Eine nähere Analyse dieser Verhandlungen fördert jedoch *auch* zu Tage, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil der Hemmnisse und Schwierigkeiten für ihr Fortkommen unmittelbar aus den Grundprämissen und Zieldefinitionen, den Arbeitsmethoden und unangemessenen Erwartungen an diese Verhandlungen resultierten. Warnungen bezüglich dieser situations-immanenten Probleme hat es schon früh gegeben, nicht zuletzt durch Vertreter der Friedensforschung. Mag die Senghaas'sche Kurzformel von der „Rüstung *durch* Rüstungskontrolle" auch zu pointiert formuliert sein, die Tatsache des Nebeneinanderherlaufens von verstärkter Aufrüstung und Rüstungskontroll-Verhandlungen auf mehreren Ebenen läßt sich nicht wegleugnen.

Die folgenden Überlegungen zur Frage, wie das Tempo rüstungstechnologischer Neuentwicklungen verlangsamt werden kann, basieren auf der These, daß in der sich rasch verbreiternden Lücke zwischen Ost-West-Vereinbarungen zur Rüstungskontrolle und Abrüstung einerseits und dem technologischen Wandel andererseits, der schubweise zur Innovation und Verbreitung neuer Waffensysteme führt, gegenwärtig und in absehbarer Zukunft die größten Gefahren nicht nur für das weitere Schicksal der Entspannung, sondern auch für die Verhinderung einer kriegerischen Ost-West-Auseinandersetzung verborgen liegen. Diese These ist nicht neu. Sie wird von vielen Experten in Ost und West geteilt. Systematische Folgeüberlegungen müssen erstens den politischen Hintergrund der gegenwärtigen Ost-West-Abrüstungspolitik beleuchten, zweitens die Ursachen der relativen Erfolglosigkeit dieser Politik ergründen und drittens hieraus Lehren ziehen und, wenn möglich, neue Ansätze vorschlagen[3]).

---

2) The Military Balance 1978/79, hrsg. v. International Institute for Strategic Studies, London 1978.
3) Dieser Beitrag ist eine Art Fortsetzung von: Wilfried v. Bredow, Politische Voraussetzungen und Möglichkeiten der Abrüstung aus der Sicht der Bundesrepublik Deutschland, in: W. v. Bredow/G. Kade (Hrsg.), Abrüstung, Köln 1978, S. 22–48.

*Zur Entwicklung der Ost-West-Beziehungen*

Jene schon erwähnten Komitees und pressure groups in den USA, aber auch viele politische Kommentatoren und politische Parteien in Westeuropa, etwa die Tories in Großbritannien oder die CDU/CSU in der Bundesrepublik, artikulieren immer lautstärker eine weitreichende Kritik an der Ost-West-Entspannung. Die Argumente dieser Kritik speisen sich aus den verschiedensten Quellen. Eine Stoßrichtung ist allen gemeinsam: Beziehungen zur Sowjetunion und ihren Verbündeten sind nur solange akzeptabel, wie sie der eigenen Seite nützen und der anderen, wenigstens indirekt, schaden. Ein beiderseitiger Nutzen ist abzulehnen; die Ost-West-Beziehungen sollen ein Nullsummen-Spiel bleiben.

Es ist fraglich, ob diese Position von der republikanisch geführten Administration in den USA oder von konservativen Regierungen in Westeuropa auch in praktizierte Politik umgesetzt werden könnte. Unter den gegebenen Voraussetzungen ist wahrscheinlicher, daß auch solche Regierungen die Entspannungspolitik fortführen werden. Und obwohl innenpolitische, wirtschaftliche und ideologische Pressionen den Kurs dieser Politik immer aufs neue beeinflussen werden, wächst auch die Notwendigkeit, in den Ost-West-Sicherheits-Beziehungen zu einem modus vivendi zu gelangen. Dieser Notwendigkeit liegt das nukleare Patt zugrunde. Aber auch die unabweisbare Kalkulation, daß die Rüstungsdynamik, die Erfindung, Entwicklung und Verbesserung immer neuer Massenvernichtungssysteme, weder kurz- noch langfristig politische Vorteile verschaffen kann, die ihre Anwendung in einem Nullsummen-Spiel sinnvoll werden lassen.

Dies ist eine Kalkulation, kein moralisches Urteil. Den Planern und Exekutoren staatlicher Außenpolitik sind die moralischen Urteile und Appelle der letzten Jahrzehnte immer zweitrangig geblieben. „Remember your humanity, and forget the rest"[4]) – dieser ehrwürdige Aufruf des Russell-Einstein-Manifests von 1955 hat in der Weltöffentlichkeit ein weites Echo gehabt; die Handlungen von Regierungen hat er nie bestimmt. Es ist vielleicht eine List der Geschichte, daß sich die Ergebnisse kühler machtstaatlicher Kalkulation auf dem Gebiet der internationalen Sicherheitspolitik, jedenfalls auf der höchsten Ebene, den Zielen der Aufrufe aus der Friedensbewegung immer mehr nähern.

Dies allein gibt allerdings keinen Anlaß zu Optimismus. Die Rüstungskontroll-Verhandlungen der letzten zwanzig Jahre haben dem Problem des rüstungstechnologischen Wandels wenig Aufmerksamkeit geschenkt. In der Tat sind sie ihm fast immer hinterhergelaufen. Erst wenn ein Waffensystem oder eine Region für die Rüstungsplaner völlig uninteressant geworden ist, konnte das eine oder andere Gegenstand erfolgreicher Verhandlungen werden, hat ein kritischer Beobachter – Philipp Sonntag – bemerkt, und von Richard Falk stammt der Stoßseufzer: „Durchführbare Vorschläge zur Rü-

4) Das Manifest von Russell und Einstein ist u. a. abgedruckt in: W. Epstein/T. Toyoda (Hrsg.), A new design for nuclear disarmament, Nottingham 1977, S. 44–46.

stungskontrolle sind nicht konstruktiv, konstruktive Vorschläge zur Rüstungskontrolle sind nicht durchführbar."[5])

*Enttäuschung über das Instrument der Rüstungskontrolle*

Bei der Durchsicht neuerer Veröffentlichungen über Rüstungskontrolle und Abrüstung fällt auf, daß von unterschiedlichster Seite Enttäuschung über Rüstungskontrolle als Instrument von erfolgreicher Abrüstungspolitik geäußert wird. Die Warnungen der kritischen Friedensforschung, anfangs oft bespöttelt, haben sich als berechtigt erwiesen. Drei Beispiele, jeweils repräsentativ für ganz unterschiedliche Sektoren der Rüstungskontroll-Debatte, sollen genügen, um jene Übereinstimmung zu belegen.

– Bernard T. Feld, langjähriger Generalsekretär der Pugwash-Bewegung, zog in seiner J. D. Bernal Library Lecture am University College London im Oktober 1974 folgende Bilanz seiner und Pugwash's Bemühungen um Rüstungskontrolle: „Nachdem ich ein halbes Leben dem gewidmet habe, was sich nun als ein Irrlicht herausstellt, bin ich widerwillig, aber unausweichlich zu der Schlußfolgerung gezwungen, daß die Methode der Rüstungskontrolle in der heutigen Welt nicht funktioniert – eine andere Methode ist notwendig, wenn die nukleare Katastrophe verhütet werden soll."[6])

– In einem vorsichtig abwägenden Artikel über den bisherigen Verlauf von SALT II kommt Walter Schilling, Dozent an der Führungsakademie der Bundeswehr, zu der Feststellung, daß die Art und Weise der Verhandlungen immer neue Schwierigkeiten geschaffen habe. Es ist kennzeichnend, daß er seinen Artikel „Rüstungskontrolle im strategischen Bereich – falsch programmiert?" überschrieben hat[7]), wobei das Fragezeichen eigentlich nur aus Höflichkeit hinzugesetzt worden ist.

– Einer der interessantesten (und weiter unten noch ausführlich besprochenen) Beiträge zum Problemkomplex Rüstungskontrolle ist die Analyse, die Christoph Bertram, Direktor des renommierten International Institute for Strategic Studies in London, vorgelegt hat[8]). Diese Analyse kommt zu dem Ergebnis, daß die herkömmlichen Ansätze zur Rüstungskontrolle und -reduzierung heute vor allem deshalb nicht mehr angemessen sind, weil die Dynamik des rüstungstechnologischen Wandels ausgehandelte Ergebnisse rasch entwertet. Auch Bertram plädiert dringend für neue Ansätze, und seine Vorschläge hierzu lohnen die eingehende Betrachtung.

Es gehört vielleicht nicht unbedingt an diese Stelle unserer Überlegungen, sollte jedoch erwähnt werden, auch wenn es nicht gerade ermutigend ist: jene kritischen Friedensforscher, deren frühe Warnungen sich als realistisch herausgestellt haben, neigen heute mehr einem doch sehr luftigen Rundum-Uto-

5) Richard Falk, Why governments don't (and won't) disarm, in: Epstein/Toyoda, a.a.O., S. 212.
6) Bernard T. Feld, The Charade of Piecemeal Arms Limitation, in: „Bulletin of the Atomic Scientists", Januar 1975; hier zit. nach: Ders., Arms Control or What?, in: Epstein/Toyoda, a.a.O., S. 103.
7) „liberal", S. 485–494; besondere Beachtung verdienen auch Schillings Gedanken zu den Cruise Missiles, S. 487.
8) Christoph Bertram, Arms Control and Technological Change: Elements of a New Approach, Adelphi Paper 146, London 1978.

pismus zu. Die von einer Studiengruppe der International Peace Research Association unterbreiteten Empfehlungen für die Sondersitzung der UNO über Abrüstung stellen nicht mehr als einen Katalog denkbarer und wünschbarer Maßnahmen dar, ohne daß der Anschluß an den augenblicklichen Stand der Abrüstungspolitik gesucht wird.[9])

*Die Dynamik der Rüstungstechnologie*

Fassen wir den Gedankengang bis hierher noch einmal kurz zusammen: die Ost-West-Beziehungen werden aller Wahrscheinlichkeit nach auch in absehbarer Zukunft unter dem Zeichen der Entspannung stehen, deren Kennzeichen (zugleich auch Ursache) das vorsichtige Bemühen der Bündnisse in Ost und West bleibt, ihre Rüstung (nicht unbedingt „kooperativ", jedoch unter Einmischung kooperativer Elemente) so zu steuern, daß erstens ein Krieg zwischen ihnen verhindert wird und zweitens die gesellschaftspolitisch und wirtschaftlich destruktiven Auswirkungen der Rüstung eingeschränkt werden. In längerer Perspektive kann daraus Abrüstung werden. Einerseits sind die Rüstungsreduzierungsverhandlungen Symbole der Ost-West-Entspannung. Andererseits haben sie sich als immer weniger angemessen erwiesen.

Es gibt unterschiedliche, einander nur zum Teil widersprechende Erklärungen für diese Unangemessenheit. Hier geht es nicht um eine vollständige Erklärung (die sehr kompliziert ausfallen würde), sondern um einen, allerdings gewichtigen Faktor darin: die Dynamik der Rüstungstechnologie. Er wird im Westen und im Osten gleichermaßen als besonders gewichtig interpretiert. Bertram untersucht in seinem Beitrag zur Rüstungskontroll-Debatte die Ursachen, die seiner Ansicht nach die bisherigen Verhandlungen so fruchtlos haben werden lassen, und sein Ergebnis ist, daß es eben dieser Faktor ist, der dies bewirkt hat. Ähnlich argumentiert Nikolai Inosemzew: „Die Erfahrung der letzten Jahrzehnte zeigt, daß die weltweite wissenschaftliche und technische Revolution Staaten daran hindert, politische Entscheidungen zu treffen, die den neuen Realitäten gerecht werden: genauer gesagt, die Ergebnisse der Abrüstungsverhandlungen hinken der Entwicklung von neuen Waffentypen und Waffensystemen immer noch hinterher."[10])

In welche Richtung bewegt sich die Dynamik rüstungstechnologischen Wandels? Es kann nicht Aufgabe dieser Überlegungen sein, die teils wenig bekannten Daten über neue Waffensysteme, d. h. solche, die im Prozeß der Planung, Herstellung und Beschaffung, aber noch nicht bei der Truppe sind, zusammenzustellen. Die öffentliche Debatte über die Neutronenwaffe hat vielen den Sinn dafür geschärft, daß entscheidende Weichen für die Einführung neuer Waffensysteme schon sehr früh gestellt werden. Forschung, Planung und Entwicklung eines Waffensystems können sich über weit mehr als zehn

9) Recommendations to the special session of the UN general assembly on disarmament, in: „Bulletins of Peace Proposals", Vol. 9, 1978, Nr. 2, S. 1–15. So wertvoll solche und ähnliche Anregungen sind, so irritierend ist immer wieder die Erfahrung, daß von seiten kritischer Friedensforscher ein Wall von „Vorbedingungen für Abrüstung" errichtet wird, hinter dem sie ihre Vorschläge ausstellen. Dieser Wall soll ihnen den Wind der Realität vom Leibe halten, denn Kartenhäuser kann man nur bei Windstille bauen.

10) Zit. nach: Reimo Väyrynen, Abrüstung und Entspannung: divergierende oder konvergierende Phänomene?, in: Große-Jütte/Jütte, a.a.O., S. 236.

Jahre erstrecken. Die Experten verweisen seit einigen Jahren auf die Bedeutung der elektronischen Waffensysteme (Precision Guided Munition), die Miniaturisierung nuklearer Waffensysteme, neuartige chemische Kampfstoffe, um nur dies aufzuzählen. Größere Zielgenauigkeit, höhere Vernichtungskapazität, „Automatisierung" des Schlachtfeldes – dies sind die Konsequenzen. Damit wird nicht nur die herkömmliche strategische Stabilität in Frage gestellt. Darüberhinaus ergibt sich eine Fülle von weiteren Problemen, von denen das der Proliferation (Weitergabe an Dritte) nur eines ist.

Es scheint deutlich zu sein, daß die anhaltende Dynamik der Rüstungstechnologie weder im Interesse des Westens noch des Ostens liegen kann. Wie kann man sie verlangsamen, gar anhalten?

*Vorschläge zur Verlangsamung der rüstungstechnologischen Dynamik*

Moissei Markow, Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR und langjähriges Mitglied der Pugwash-Bewegung, hat auf dem Pugwash-Symposium in Kyoto den Vorschlag in die Debatte eingebracht, die Herstellung und Einführung neuer Waffensysteme sollten in einem internationalen Abkommen verboten werden[11]). Die Studiengruppe der IPRA hat diesen Vorschlag in ihren Recommendation-Katalog aufgenommen. Er ist in der Tat so einfach wie umfassend: ein allgemein akzeptiertes und befolgtes Verbot würde die rüstungstechnologische Dynamik im Handumdrehen anhalten.

Man darf diesen Vorschlag allerdings nicht als Teil eines kurzfristig umzusetzenden Programms betrachten (genau dies tut jedoch die IPRA-Studiengruppe), denn selbstverständlich ist er viel zu komplex und einschneidend, als daß eine kurzfristige Verwirklichung denkbar wäre. Die Laboratorien der Rüstungsindustrie sind ihr das kostbarste. Sie davon abschneiden, bedeutete einen Sieben-Meilen-Schritt in Richtung auf Abrüstung. Mit Sieben-Meilen-Stiefeln können wir dem Problem der rüstungstechnologischen Neuentwicklungen aber nicht zu Leibe rücken; die gibt es nur im Märchen. Der Vorschlag Markows stellt eine abrüstungspolitische Orientierung dar: seine Verwirklichung liegt am Ende eines langen Weges vor uns. Es ist wichtig, bei den vielen kleinen Schritten, die notwendig sind, solche Orientierungen immer wieder zur Überprüfung benutzen zu können.

Ein anderer Vorschlag, der auf dem Pugwash-Symposium in Kyoto formuliert wurde, stammt von Bernard T. Feld. Er schlägt eine Konvention vor, die analog zur Genfer Konvention (Protokoll) von 1925 konstruiert ist und die Verwendung von nuklearen und radiologischen Waffen verbietet[12]). Dieser Vorschlag, der weiter geht als ähnliche Vorschläge über das Verbot von Ersteinsätzen nuklearer Waffen oder über das Verbot des Einsatzes nuklearer Waffen gegen nicht-nukleare Staaten, impliziert erhebliche Konsequenzen für die westliche Militärstrategie. Verwirklicht, würde er auch zur Verlangsamung der rüstungstechnologischen Entwicklung insofern beitragen, als Forschung

11) Moissei Markov, On the Problem of the Pugwash Movement, in: Epstein/Toyoda, a.a.O., S. 67.
12) Der Text dieses Vorschlags von Feld findet sich in: Epstein/Toyoda, a.a.O., S. 106.

und Entwicklung auf den Gebieten, die unter das Verbot fallen, eingestellt werden würden. (Nicht zuletzt deshalb ist es auch von so großer Bedeutung, daß die Verhandlungen über das Verbot chemischer Kampfstoffe bald erfolgreich beendet würden – denn auch hier muß man mit einem beträchtlichen Erfindungsreichtum von Wissenschaft und Technologie rechnen.) Feld hat bei der Vorlage seines Vorschlags zugleich auch einige – eher düster gestimmte – Reflexionen über seine Verwirklichung angestellt. Die militärstrategische Gegenüberstellung von NATO und Warschauer Pakt ist so geartet, daß Felds Vorschlag nur dann größere Aussicht auf Erfolg hätte, wenn die Verhandlungsgegenstände von SALT und vor allem auch MBFR erheblich vermehrt würden.

Wenn aber bereits jetzt diese Verhandlungen nicht recht vom Fleck kommen, dann ist schwerlich einzusehen, wie es besser gehen könnte, wenn die Materie noch komplizierter wird. Feld – und mit ihm ein Teil der Friedensbewegung, der u. a. von Pugwash repräsentiert wird – befindet sich in einem Dilemma zweiten Grades. Seine Skepsis gegenüber dem Arms-Control-Ansatz basiert auf einer schwer widerlegbaren Analyse. Aus dieser Skepsis führt jedoch kein Weg in Richtung auf eher verwirklichbare Abrüstungspolitik. Also wird trotz der Skepsis ein neuer Vorschlag formuliert, der, weil nicht verwirklichbar, im Grunde nur neue Skepsis produziert. In der Regel ist der Zopf, an dem man sich vermeintlich aus diesem geschlossenen Kreis herausziehen kann, die Proklamation der Notwendigkeit, „eine neue Moral zu schaffen" [13]). Diese Proklamation ist nicht töricht, im Gegenteil. Sie ist auch nicht überflüssig. Jedoch wäre es ein verhängnisvoller Fehler zu meinen, die Proklamation allein ändere politische, soziale, wirtschaftliche, ideologische Gegebenheiten.

*Rüstungsreduzierung durch Einengung militärischer Optionen?*

Die Vorschläge von Markow und Feld unterscheiden sich in einem wichtigen Punkt von entsprechenden Vorschlägen, wie sie etwa SALT und MBFR zugrunde liegen. Vielleicht ist dieser Punkt von entscheidender Wichtigkeit: es geht Markow und Feld nicht um die Reduktion von Zahlen, um das Auszählen und Gegeneinanderabwägen einzelner Waffensysteme oder -gruppen, nicht um Höchstgrenzen und dergleichen. Sie haben stattdessen das Verbot einer ganzen Bandbreite von Waffenarten im Auge. Wie immer man ihre Vorschläge im einzelnen beurteilen mag – diese Eigenschaft macht sie unabhängig von Kritik interessant. Denn die Schwierigkeiten von SALT und MBFR – in den Verhandlungen selbst, also jetzt einmal abgesehen von den übrigen, äußeren Einflüssen – liegen ja gerade darin, daß der Ansatz, Waffensysteme kompatibel zu definieren, Kategorien zu finden, in die man die verschiedenen Neuentwicklungen einordnen kann, immer schwieriger wird. Die Cruise Missiles, um nur dieses eine Beispiel anzuführen, können als strategische, takti-

13) Sin-Itiro Tomonaga, Science and Mankind, in: Epstein/Toyoda, a.a.O., S. 70. Vgl. in diesem Zusammenhang auch die Bestrebungen der World Federation of Scientific Workers, in der Bundesrepublik des Bundes demokratischer Wissenschaftler u. a., das Thema der Verantwortung der Wissenschaftler für eine humane Verwendung von Wissenschaft und Technik aktuell zu halten.

sche, nukleare, konventionelle, Langstrecken- und Kurzstreckenwaffe benutzt werden. Man kann sie von LKW, Verkehrsflugzeugen, kleinen Schiffen abfeuern, so daß sie – auf absehbare Zeit – praktisch durch das Netz jeglicher gegnerischen Aufklärung schlüpfen.

Wenn technologische Neuerungen und qualitative Veränderungen es immer schwieriger, ja bald unmöglich machen, Rüstungskontrolle mittels eines „quantitativen" Ansatzes zu erreichen, liegt dann nicht der Gedanke nahe, auf einen „qualitativen" Ansatz auszuweichen? Markows und Felds Vorschläge gehören gewiß in den Bereich eines „qualitativen" Ansatzes, obgleich sie, wie wir sahen, kurzfristig kaum verwirklichbar erscheinen. Gibt es Vorschläge, die diesem letzten Kriterium eher standhalten könnten?

An dieser Stelle muß ich auf Bertrams Vorstellungen zurückkommen, die in der Tat außerordentlich anregende Vorüberlegungen für derlei auch kurzfristig verwirklichbare, „qualitative" Vorschläge darstellen. Bertram nennt seinen Ansatz der Kürze halber „mission-approach". Ihm liegt der Gedanke zugrunde, daß auch bei den jetzigen Verhandlungen über quantitative Rüstungsbegrenzung immer ein qualitatives Element beteiligt war: die Begrenzungs-Abkommen sollten dazu beitragen, die militärischen Optionen der beteiligten Parteien einzuengen. Am deutlichsten zeigt dies der ABM-Vertrag von 1972, in dem es darum ging, einen ganzen Zweig (noch nicht vorhandener, aber zweifellos in den Folgejahren entwickelbarer) rüstungstechnologischer Innovation von vornherein abzuschneiden. Dies ist geschehen, die Anti-Raketen-Rakete (ballistic missile defence technology) ist nicht in die Arsenale der USA und der Sowjetunion gekommen. Was von vielen Beobachtern der Rüstungskontroll-Szene geringschätzig als ein Abkommen über noch gar nicht existierende Waffensysteme und deshalb großenteils irrelevant bezeichnet worden ist, stellt Bertram gerade als Stärke des ABM-Vertrags und als möglicherweise vorbildhaft für künftige Abkommen heraus: „Da der Gegenstand des Vertrages nicht ein spezifisches Waffensystem war, sondern ein bestimmter militärischer Einsatz und existierende und potentielle Technologien, die ihm dienen können, wurde er relativ immun gegenüber dem technologischen Wandel."[14]) Können nicht die gegenwärtigen militärischen Konfrontationen, d. h. die Konfrontationen militärischer Optionen, der gegnerischen Allianzen in vergleichbarer Art auseinanderdefiniert werden, damit Abrüstungspolitik auf dieser Ebene wirksam werden kann? Ein erster Schritt in diese Richtung besteht darin, solche militärischen Optionen einvernehmlich zu definieren. Bertram schlägt drei solcher Definitionen im nuklear-strategischen Bereich vor: erstens die Fähigkeit, landgestützte Raketensilos in einem „ersten Schlag" (pre-emptive strike) zu zerstören; zweitens die Möglichkeit zur effektiven Bekämpfung von see-gestützten Raketen (gegenwärtig z. B. das wichtigste Potential der USA für einen Vergeltungsschlag [second strike]); drittens den Bereich der Zerstörung von Satelliten. Jedes dieser Beispiele für militärische Optionen ist weiterer Diskussion zugänglich, und sehr wahrscheinlich würde am Ende einer solchen Diskussion eine längere, die

14) Bertram, a.a.O., S. 18.

unterschiedlichen militärischen Denkansätze, Befürchtungen und worst-case-analyses *beider* Seiten widerspiegelnde Liste solcher Optionen stehen. Verhandlungen über Rüstungsreduzierungen würden sich dann um diese Optionen zentrieren und versuchen, analog zum ABM-Vertrag Vereinbarungen zustande zu bringen, nach denen möglichst viele davon untersagt bleiben.

Natürlich kommen in einem bestimmten Moment solcher Verhandlungen quantitative Elemente wieder ins Spiel. Aber die Aufmerksamkeit ist auch dann nicht auf die Zahlen fixiert. Lästige und unproduktive, ja in der Tat die aktuellen Verhandlungen zutiefst gefährdende Begleiterscheinungen von Abrüstungs-Dipolomatie wie die „bargaining-ship"-Mentalität könnten vermieden werden, weil sie dann keine Funktion mehr haben. Die von der KSZE initiierten und im Augenblick relativ folgenlosen „Vertrauensbildenden Maßnahmen" im sicherheitspolitischen Bereich könnten endlich greifen. Sie müßten auch graduell ausgeweitet werden. Entscheidende sicherheitspolitische Begriffe wie der der „gleichen Sicherheit" würden endlich qualitativ erfaßbar, d. h. überhaupt erst eigentlich erfaßbar, denn gegenwärtig läßt er sich kaum mit konkreten Inhalten füllen.

Wenn nicht einzelne Waffensysteme, sondern jeweils ein ganzer Verbund davon Gegenstand von Rüstungsreduzierung sind, lassen sich auch die Auswirkungen der rüstungstechnologischen Dynamik wirkungsvoller verlangsamen. Waffensysteme innerhalb jetzt schwer zu durchschauender „Grauzonen" würden jeweils miterfaßt. Der Effekt, daß die Rüstungsforscher ihre Energie darauf verwenden, nach der Limitierung oder dem Verbot eines Waffensystems andere zu erfinden, die dieselben Zwecke erfüllten, fiele fort, denn es ist ja der „Zweck", also die militärische Option, der limitiert oder verboten ist.

*Erfolgsaussichten solcher neuartiger Abrüstungspolitik*

Natürlich bieten auch diese Gedanken, mit Bedacht als Vorüberlegungen bezeichnet, kein Patentrezept an. Eine ganze Reihe von Folgeproblemen ist noch im einzelnen zu bedenken: Wie lassen sich solche Abkommen überwachen, gibt es auch da Vorbilder (etwa die Standing Consultative Commission)? Die wichtigsten Fragen beziehen sich ferner auf die verschiedenen militärischen Optionen. Sie sehen auf der Ebene der Beziehungen USA–UdSSR anders aus als auf der europäischen Ebene; Widersprüche sind nicht unwahrscheinlich. Was an anderer Stelle etwas farblos als „politische und wirtschaftliche Einflüsse" auf die Verhandlungen bezeichnet worden ist, wird selbstverständlich auch eine neuartig akzentuierte Abrüstungspolitik beeinflussen.

Trotzdem erscheinen die Erfolgsaussichten nicht von vornherein als gering einzuschätzen. Aus dem Stand der Ost-West-Beziehungen ergibt sich, daß die Fortsetzung der Entspannung die sinnvollste Politik ist. Diese Entspannung entstand großenteils und wird symbolisiert durch die Notwendigkeit, die nukleare, allgemeiner: auf Massenvernichtung als Strategie basierende Konfrontation zu entschärfen. Die herkömmliche Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik erweist sich als dazu nicht mehr fähig. Dies haben die beteilig-

ten Regierungen grundsätzlich erkannt. Diese Prämissen verlangen geradezu eine neuartig akzentuierte Abrüstungspolitik, die Erfolge rascher (oder: überhaupt) zu erbringen verspricht. Geht man davon aus, daß auch diese Politik deutlich erkennbar (und: „verkaufbar", um es salopp auszudrücken) im Interesse *aller* Beteiligten liegen muß, verliert ein beträchtlicher Teil der umlaufenden Alternativvorschläge an Überzeugungskraft. Der Ansatz, über die Einengung militärischer Optionen zu verhandeln, zieht indes diese Voraussetzung in Betracht und genügt ihr. Um ihn fruchtbar zu machen, braucht es allerdings die Allianz von friedenspolitischem Impuls und strategischer Expertise.

# Neue Technologien als Herausforderung für die Gewerkschaften

Von Ulrich Briefs

## I

Einige Konfliktentwicklungen haben in der jüngsten Zeit die Aufmerksamkeit verstärkt – wenn auch mit unterschiedlicher Intensität – auf den Prozeß der technologischen Entwicklung gelenkt:

– die Auseinandersetzung um den Bau von Kernkraftwerken;

– die Diskussion um den „Datenschutz" bzw. um verstärkte Kontroll- und Überwachungsmöglichkeiten mit Hilfe neuer Technologien;

– die Diskussion um „Zukunftsinvestitionen" und um die „Modernisierung" der Volkswirtschaft als Beitrag zur Behebung der tiefen ökonomischen Krise der Jahre seit 1974;

– die sozialen Auseinandersetzungen um die Folgewirkungen neuer Technologien für Arbeitsplätze und Qualifikationen breiter Schichten der Beschäftigten.

Diese Entwicklung stellt die etablierten politischen Kräfte, stellt gerade auch die Gewerkschaften vor neue Bedingungen, weil sich hier ein ganz erhebliches gesellschaftspolitisch kritisches Potential, das nach Artikulation sucht, bildet und weil sich hier auf breiter Front eine wirkliche, in die Zukunft weisende Massenbetroffenheit zeigt, der sich die fortschrittlichen politischen

Organisationen und insbesondere die Gewerkschaften stellen müssen. Daß zumindest die Gewerkschaften diese Notwendigkeit, wenn auch vorerst vor allem im Bereich der Lohn- und Tarifpolitik, erkannt haben, zeigt sich an der Härte, mit der an der Basis und in den Gewerkschaftsorganen die Streiks im Frühjahr 1978 um die Folgewirkungen neuer Technologien geführt worden sind[1]). Was jedoch bisher fehlt, ist eine gesellschaftlich-politische Perspektive für die Auseinandersetzung mit den Kräften, die in den Problemen der technologischen Entwicklung insgesamt sichtbar werden, und das sind nicht so sehr „Naturkräfte", sondern vor allem bestimmte, nur allzu bekannte gesellschaftliche, zunehmend reaktionärer werdende Kräfte und die dahinterstehenden Interessen. Für die Entwicklung einer solchen Perspektive ist zunächst die Einordnung der Vorgänge um die Technologieentwicklung in die derzeitige Gesamtentwicklung in der BRD notwendig.

### *Wirtschaftliche Stagnation, Technologieentwicklung, Folgen für die Beschäftigten*

Die sich im Bereich der Technologieentwicklung offenbar zusammenballenden Probleme fallen in eine Umbruchphase des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems in der BRD. Charakteristisch für diese Umbruchphase sind

– Verlust der Vollbeschäftigung und der Übergang – in nur zwei Jahren – zur anhaltenden Dauerarbeitslosigkeit mit Massencharakter;

– die deutlich zu Tage tretenden Wachstumsprobleme und die Stagnation – des ökonomischen Systems in seiner Gesamtheit und verschärft in einzelnen Wirtschaftsbereichen wie Stahl, Werften, Maschinenbau;

– die Beschleunigung und Verstärkung der Prozesse der Anpassung in der Wirtschaft, die „Umstrukturierung" auf die Bedingungen von Krise und Stagnation hin; zu diesen Prozessen zählen vor allem die verschärfte Rationalisierung und beschleunigte Entwicklung und Einführung neuer Technologien, die verstärkte Konzentration, Internationalisierung und Bürokratisierung im Unternehmenssektor[2]);

– die verstärkte Einbindung des Staates insbesondere im Rahmen der „Modernisierungs-" und „Innovations"förderungspolitik in diesen globalen Prozeß der „Umstrukturierung" des kapitalistischen Systems in der BRD[3]).

Die Folgen für die Beschäftigten sind nur allzu deutlich: Neben der Massenarbeitslosigkeit sind es drohende Entqualifizierung, Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen in vielen Bereichen, Druck auf die Lohnpolitik und Auszehrung von Rechten zur Mitwirkung und Mitbestimmung in der Wirtschaft und im politischen Bereich. Da insbesondere auch der Staat von der wirt-

1) Vgl. die Artikel von Eugen Loderer und Leonhard Mahlein zu: Neue Technologien und Tarifrunde 1978, in: „Gewerkschaftliche Monatshefte", 5/1978, S. 257–271.
2) Vgl. Ulrich Briefs, Entwicklungstendenzen in der Wirtschaft – Anmerkungen zur Notwendigkeit der Kontrolle wirtschaftlicher Macht, in: „WSI-Mitteilungen", 2. Sonderheft: Gewerkschaftsstaat oder Unternehmerstaat, Dezember 1977, S. 2–12.
3) Vgl. Ulrich Briefs, Technologie- und Modernisierungspolitik im Spannungsfeld zwischen den Interessen der abhängig Beschäftigten und der Unternehmenspolitik, in: „WSI-Mitteilungen", 12/1976, S. 747–753.

schaftlichen Krise und Stagnation betroffen ist, ergeben sich von seiner Seite her zusätzliche Anstöße für Verschlechterungen der sozialen Lage der Massen der Beschäftigten: Erhebliche soziale Demontagen insbesondere bei den Systemen der sozialen Sicherung zeichnen sich ab, Rückgängigmachung von Reformen etwa im Bildungsbereich, Erschwerungen und Abbau von Bildungsmöglichkeiten für die breiten Massen der Beschäftigten sind hier zu nennen. Der Prozeß der verstärkten „Umstrukturierung" des kapitalistischen Systems in der BRD, die Anpassung an die Bedingungen von Krise und Stagnation macht offenbar insbesondere auch – und hier haben die interessierten Kräfte aus der Entwicklung der 60er Jahre gelernt – die prophylaktische Ausschaltung von demokratischen Widerstandspotentialen notwendig. Hier sind u. a. die Auseinandersetzungen um die Verfaßte Studentenschaft, die Berufsverbotspolitik, das Aufrollen fortschrittlicher Positionen in den Medien durch die konservative parlamentarische Opposition, die Einschüchterung und Bespitzelung von politischen Gruppierungen und Einzelpersonen, bis in die Schulen hinein, einzureihen.

Hierzu gehört auch die im Umfeld des Kampfes gegen den Terrorismus stattfindende, weit ausgreifende Aushöhlung bzw. Beseitigung von bürgerlichen Freiheitsrechten. Hierher gehören insbesondere die vielfältigen Initiativen und Entwicklungen zur Beschneidung der Rechte der Beschäftigten und insbesondere der Gewerkschaften, die heute vielleicht die einzige Massenorganisation sind, die sich der Artikulation wesentlicher Teile des oben angesprochenen gesellschaftskritischen Potentials, das sich gerade auch in der Technologiediskussion entwickelt, wirksam annehmen könnte. Die Diskussion um das Verbändegesetz, die Unterhöhlung der Mitbestimmungsrechte z. B. durch Sprecherausschüsse der leitenden Angestellten, die Verstärkung betriebssyndikalistischer Tendenzen, die Lahmlegung durch eine aufgeblähte Wahlordnung zu den Aufsichtsratswahlen usw. stellen, so betrachtet, auch Bemühungen dar, die Gewerkschaften gerade gegenwärtig an einer weiteren aktiven und verstärkten Artikulation der von dieser Entwicklung betroffenen Interessen der Massen der abhängig Beschäftigten zu hindern. Vor allem aber die weitere Legalisierung bzw. Duldung der Praxis der Aussperrung und die damit verbundene Existenzbedrohung der Gewerkschaften sowie die Gewährleistung einer sozialreaktionären Politik der Unternehmen und Unternehmerverbände durch Rechtsprechung, Gesetzgebung und große Teile der Öffentlichkeit haben für eine solche vorbeugende Politik im Interesse des Kapitals einen erheblichen Stellenwert.

Zu diesem Bild eines sich verändernden, sich umstrukturierenden, wenn man so will „sich normalisierenden" kapitalistischen Wirtschaftssystems gehört, wie gesagt, insbesondere auch die Politik der Wirtschaft, auf die Bedingungen von Krise und Stagnation mit verschärfter Rationalisierung, beschleunigter Technologieentwicklung, Verstärkung des Drucks auf Staat und Gesellschaft, die „Modernisierung" der Volkswirtschaft zu fördern, zu antworten[4]). Die

4) Vgl. auch Projektgruppe im WSI, „Betriebliche Beschäftigungspolitik und gewerkschaftliche Interessenvertretung", Köln 1977, S. 91 ff.

Gewerkschaften in der BRD haben sich – im Frühjahr 1978 – in zwei Streikbewegungen den ersten und sozial dringlichsten Folgen der gegenwärtigen Technologieentwicklung stellen müssen:

– im Streik in der Druckindustrie ging es um die Beseitigung einer ganzen Gruppe von qualifizierten Tätigkeiten durch die Einführung elektronischer Satz- und Drucktechniken[5]);

– in der Metallindustrie in Baden-Württemberg ging es um die massenhafte Abgruppierung und die dahinterstehenden Tendenzen zur Entqualifizierung der Tätigkeitsanforderungen in weiten Bereichen der Produktion, bedingt vor allem durch die Ausbreitung der Mikroprozessoren.

Dieses Aufleben der sozialen Kämpfe ist um so bedeutsamer, als Streiks dieser Härte in der BRD lange Zeit fast völlig fehlten. Diese Streiks haben die umfassenden und dauerhaften Probleme, die mit den neuen Qualitäten der technologischen Entwicklung verknüpft sind, „prototypisch" sichtbar werden lassen: die weitere Verschlechterung der Beschäftigungslage und die massenhaft drohende Entwertung der menschlichen Arbeit durch grundlegend veränderte technologische Systeme und Produktionsbedingungen. Zugleich wird in dieser Entwicklung – aber auch an anderen Stellen – sichtbar, daß sich an der Basis der gewerkschaftlichen Organisation und in den hauptamtlichen Gewerkschaftsapparaten in dieser Umbruchphase ein erhebliches Potential für Widerstand und Kampf um die eigene Lage und die eigenen Interessen bildet. Darüber hinaus bildet sich zunehmend ein – noch weitgehend diffuses, aber dennoch sich konzentrierendes – Bewußtsein für die Dringlichkeit der durch diese Folgewirkungen der technologischen Entwicklung aufgeworfenen globalen gesellschaftspolitischen und ökonomischen Probleme[6]). Es ist zu erwarten, daß in diesem Zusammenhang in den Gewerkschaften auch die Bereitschaft für eine kritischere Haltung und ein aktiveres und konsequenteres Vorgehen gegenüber den anderen oben angesprochenen Entwicklungen – Kernkraftausbau, Ausbreitung neuer Kontrolltechniken, „Modernisierungspolitik" – wächst. Für die Diskussion über politische Handlungsperspektiven der Gewerkschaften in bezug auf die Technologieentwicklung ergeben sich zunächst vor allem drei Notwendigkeiten:

1. Die Technologieentwicklung muß ihres Subjektcharakters, den sie im Verständnis auch vieler Betroffener hat, entkleidet werden: Es sind nicht die Technologien, die die Probleme für die Massen der Beschäftigten erzeugen, es sind die Entwicklung und der Einsatz dieser Technologien unter den gegebenen Bedingungen eines notwendigerweise von Krise und Stagnation geschüttelten, auf der Ausbeutung der Arbeitskraft beruhenden Wirtschaftssystems, die diese Probleme erzeugen. Allerdings: je weiter der technologische Prozeß unkontrolliert und unverändert geht, um so stärker verfestigen, objektivieren, materialisieren sich die in der Technik verkörperten restrikti-

5) Vgl. Detlef Hensche, Technische Revolution und Arbeitnehmerinteresse, in: „Blätter", 4/1978, S. 413–421.
6) Vgl. Heinz Oskar Vetter, Was erwarten die Gewerkschaften von den Hochschulen?, in: „Blätter", 8/1978, S. 969, 981. Vgl. auch: Peter Kalmbach, Rationalisierung, neue Technologien und Beschäftigung, in: „Gewerkschaftliche Monatshefte", 8/1978, S. 455–465.

ven Bedingungen für die Beschäftigten. Die fortschreitende Verfestigung dieser Bedingungen wiederum führt zur weiteren Zurückdrängung alternativer, verändernder Ansätze in der Technologieentwicklung und zur Bestärkung der bestehenden Macht- und Herrschaftsstrukturen.

2. Die Technologieentwicklung muß im Zusammenhang mit der politisch-ökonomischen Veränderung des Gesamtsystems gesehen werden: beschleunigte restriktive Technologieentwicklung, Neuformierung der Kapitalstrukturen, verstärkte Orientierung des staatlichen Handelns auf Technologieförderung, die sich noch dazu auf die Förderung der kleinen Zahl mehr und mehr auch die wichtigen Technologiebereiche beherrschenden Monopole konzentriert[7]), einerseits und Repression gerade auch mit neuen technologischen Mitteln andererseits, sind eng miteinander verknüpft; sie entspringen der gleichen Logik eines Gesellschaftssystems, das zur Bewältigung seiner inneren Widersprüche neben rationelleren und wirksameren Produktionstechnologien auch rationellere und wirksamere Techniken der Repression entwickeln muß.

3. Die Technologieentwicklung muß bei aller Vielfalt als ein Ganzes gesehen werden: sie ist in ihren verschiedenen Bereichen von den gleichen Prinzipien und Abhängigkeiten geprägt; die gleichen Profit- und Kapitalinteressen, die gleichen Herrschaftsinteressen werden in der Kernkraftauseinandersetzung und in der Auseinandersetzung um Rationalisierung und Modernisierung der Produktion und Verwaltung auf Kosten der abhängig Beschäftigten wirksam.

## II

### *Technologische Entwicklung verschärft die Massenarbeitslosigkeit*

Für die Gewerkschaften liegt die hauptsächliche Herausforderung in dem Bereich der Technologieentwicklung, der die Arbeitsplätze, die Qualifikationsstrukturen und Arbeitsbedingungen, das Recht auf Arbeit und auf eine angemessene Bezahlung mehr und mehr zuungunsten der Beschäftigten verändert. Die erste grundlegende Aufgabe für die gewerkschaftliche Politik ist die Gewährleistung des Rechts auf Arbeit, ist die „Wiederherstellung der Vollbeschäftigung" und die Sicherung menschenwürdiger Arbeitsbedingungen auch und gerade angesichts der neuen Qualitäten der Technologieentwicklung[8]).

Nicht zufällig fällt der Verlust der Vollbeschäftigung zusammen mit einer deutlichen Veränderung und in vielen Bereichen Beschleunigung der technologischen Entwicklung. Die Zahl der Patentanmeldungen hat gerade in den letzten Jahren erheblich zugenommen, die Zeiten zwischen Durchbruch im Labor und Vermarktung von Technologien gehen deutlich zurück. Die elektronische Datenverarbeitung (EDV), vielleicht die Basistechnologie der tech-

7) 1975 hatten z. B. nur 19 Unternehmen 73% aller Forschungsförderungszusagen erhalten; der Konzentrationsgrad ist bei der Forschungsförderung noch erheblich höher als bei Umsätzen und Investitionen. Vgl. Ulrich Briefs, Technologiepolitik . . ., a.a.O., S. 748.

8) Vgl. die „Vorschläge des DGB zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung", Düsseldorf 1977. Inwieweit diese und ähnliche Vorschläge dem Anspruch des Titels gerecht werden können, sei dahingestellt.

nisch-wissenschaftlichen Revolution unserer Tage, kennt eine bisher nicht erlebte Dynamik bei Entwicklung und Einsatz neuer Systeme[9]). In nur wenigen Jahren hat sich der Preis für eine Schalteinheit auf ein Tausendstel reduziert – neue Rechner vollziehen inzwischen in einer Sekunde viele Millionen von Rechenoperationen, Massendatenverarbeitungssysteme entstehen, die EDV wird zur allgemeinen Infrastruktur für fast jede Form von Organisation in der Wirtschaft und in den anderen gesellschaftlichen Bereichen. So ist es nicht verwunderlich, daß die Jahre der Beschäftigungskrise seit 1974 zugleich besonders erfolgreiche Geschäftsjahre für die EDV-Firmen aller Art und Herkunft geworden sind. Das Jahr 1977 z. B. brachte dieser Branche einen Umsatzzuwachs von mehr als 25% (bei einem gesamtwirtschaftlichen realen Wachstum von 2,4% und einer jahresdurchschnittlichen Arbeitslosenzahl von über 1 Million).

Bei einem realen jährlichen Wachstum von 2–3% in den 70er Jahren, nach 8% in den 50er und immerhin noch 5% in den 60er Jahren muß jedoch zugleich die jährliche Produktivitätssteigerungsrate von 4–4,5% zwangsläufig weiter zunehmenden Druck für den Arbeitsmarkt bringen und die Massenarbeitslosigkeit, die in wesentlichen Teilen das Ergebnis von weiterem tendenziellen Fall der Wachstumsrate in der BRD einerseits und der beschleunigten Produktivitätsentwicklung andererseits ist, noch verstärken. Solange diese Bedingungen – Stagnation und Produktivitätswachstum auf hohem Niveau – anhalten (und es ist vorerst kein Grund zu sehen, warum die Entfaltungskräfte des kapitalistischen Systems national wie international wieder stärker werden und/oder das Produktivitätswachstum zurückgehen sollten), bleibt die „Wiederherstellung" der Vollbeschäftigung eine Illusion. Auch noch so notwendige Maßnahmen zum Schutz der Beschäftigten wie Arbeitszeitverkürzungen können diese Zwangsläufigkeit nicht beseitigen. Das ist eine Grundtatsache, die man nicht deutlich genug in der innergewerkschaftlichen Diskussion ansprechen kann – wobei insbesondere auf die Gefahren hingewiesen werden muß, die aus einem weiteren jahrelangen Andauern dieser Kluft zwischen Wachstum und Produktivitätsentwicklung zwangsläufig für den Arbeitsmarkt und die Lage der abhängig Beschäftigten entstehen müssen[10]).

### *Alle Gruppen der Beschäftigten von den Folgen der neuen Technologien betroffen*

Im Gegensatz zur Krise Mitte der 60er Jahre sind in dieser Krise auch die Angestellten voll von der Arbeitslosigkeit erfaßt; eine entscheidende Einflußgröße ist gerade hierbei – obwohl sie nach wie vor eine junge Technologie ist –

9) Vgl. Ulrich Briefs, Perspektiven der elektronischen Datenverarbeitung und die Lage der abhängig Beschäftigten, in: „DATA Exchange", Zeitschrift des Diebold Forschungs-Programms, 4/1976, S. 18–27, 42; englisch in: „DATA Exchange", 5/1976, S. 4–12.
10) Vgl. die Beiträge in „Die Neue Gesellschaft", 4/1978, zum Thema „Arbeit in der BRD". Sowie Ulrich Briefs, Technologie und Gewerkschaften, in: „Die Neue Gesellschaft", 7/1978, S. 526–532; und Christian Götz, Der Computer läßt schön grüßen . . ., in: „Die Neue Gesellschaft", 8/1978, S. 618–623.

die EDV. Auch andere Bürotechnologien wie Mikroverfilmung, Schreib- und Buchungsautomaten, spielen zunehmend eine Rolle[11]).

Seit einigen Jahren sind jedoch die Wachstumsraten des Prozeßrechnereinsatzes erheblich höher als die des Einsatzes von Universalrechnern. Nachdem zunächst Verwaltungstätigkeiten, und hier insbesondere Routinetätigkeiten, im Vordergrund der Automationsbemühungen gestanden haben, schwappt seit geraumer Zeit die Rationalisierungswelle wieder stärker in den gewerblichen Bereich über und werden zugleich auch zunehmend qualifizierte Tätigkeiten betroffen. Im gewerblichen Bereich zeichnet sich vor allem durch den Einsatz der Mikroprozessoren, der computerisierten numerischen Steuerung von Werkzeugmaschinen und Bearbeitungszentren und den Einsatz von „Robotern" eine weitere verstärkte Verdrängung menschlicher Arbeit ab.

Die technisch-wissenschaftliche Revolution der 60er Jahre in den USA und 70er Jahre in Europa ist vor allem eine Revolution auf der Grundlage von universell einsetzbaren massiv arbeitssparenden Technologien, durch die bereits entwickelte und gegebene Arbeitsplätze, darunter auch zunehmend qualifizierte Arbeitsplätze, vernichtet oder erheblich verändert werden. – Das ist ein wesentlicher Gegensatz zur expansiven technischen Revolution des ausgehenden 18. und beginnenden 19. Jahrhunderts. Diese hatte vor allem die mühselige körperliche Arbeit durch maschinelle Arbeit ersetzt und zugleich eine gewaltige Ausdehnung der Produktion gebracht. Eher schon vergleichbar in den Auswirkungen ist die Welle technologischer und organisatorischer Fortschritte in den 20er Jahren. Diese konzentrierten sich jedoch im gewerblichen Bereich (trotz der damals bereits praktizierten Rationalisierung auch im Angestelltenbereich). Eine weitere wesentliche neue Qualität der gegenwärtigen Technologieentwicklung ist die massive Verdrängung und Veränderung menschlicher Arbeit in der Informationsverarbeitung in fast allen Bereichen und gerade auch der kontrollierenden und steuernden menschlichen Tätigkeiten[12]). Diese Entwicklung befindet sich dabei noch in ihren Anfängen. Da die neuen Technologien – insbesondere die EDV – jedoch in erster Linie Rationalisierungstechnologien sind und weniger Technologien, die neue Gebrauchswerte schaffen, müssen die Perspektiven für den Arbeitsmarkt und das „Recht auf Arbeit" gerade deshalb düster sein: Für die Mitte der 80er Jahre sagen selbst Wirtschaftsforschungsinstitute, die den Gewerkschaften fernstehen, eine Verdoppelung, für die 90er Jahre eine Verdreifachung der Arbeitslosigkeit voraus. Einige Stimmen gehen noch erheblich weiter. Die dann möglicherweise realisierten Arbeitslosigkeitsquoten in der Größenordnung von 8–15% entsprächen denen, die man bereits heute aus den USA und Kanda kennt, Ländern, die nach wie vor der BRD auch technologisch voraus sind.

---

11) Vgl. Ulrich Briefs, Der Wandel in den Büros – Auswirkungen von Krise und Arbeitslosigkeit auf die Angestellten und die Büroarbeit, in: „WSI-Mitteilungen", 4/1977, S. 223–231. Sowie: Roland Melke, Widersprüche und Tendenzen kapitalistischer Bürorationalisierung, in: „IPW-Hefte", 2/1978, Berlin (DDR), S. 8–14.
12) Vgl. M. Cooley, The Intelligence Workers in the 80s, in: „DATA Exchange" – Zeitschrift des Diebold Forschungs-Programms, 2/1976, S. 70–84.

*Vorstellungen der Gewerkschaften für die Verwirklichung des „Rechts auf Arbeit"*

Die bislang entwickelten Vorstellungen in den Gewerkschaften zur Lösung dieses Grundproblems beinhalten vor allem drei Forderungen:

– eine Politik qualitativen Wachstums, d. h. eines Wachstums sozial notwendiger, vor allem öffentlicher Dienstleistungen und Investitionen;

– eine Politik der Arbeitszeitverkürzungen;

– eine Politik der „sozialen Beherrschung des Produktivitätsfortschritts".

Instrumentell wird hierfür seit geraumer Zeit über eine verstärkte Lenkung von Investitionsprozessen im Rahmen der „Strukturpolitik" diskutiert[13]) – wobei „Strukturpolitik" ein nebulöser Begriff ist, der noch mit Inhalt zu versehen ist und der mit kontroversen Vorstellungen hinsichtlich des Ausmaßes, in dem Eingriffe in die Autonomie der Unternehmen erforderlich werden, verbunden ist. Daneben bestehen auch ansatzweise Forderungen, die auf die direkte Kontrolle der Technologieentwicklung zielen. Die Gewerkschaft HBV hat z. B. die Einrichtung von „Technologie-Aufsichtsräten" für die weitere Kontrolle und Entwicklung von Technologiegebieten gefordert.

Es kennzeichnet eine gewisse Schwäche der gewerkschaftlichen Position in den Betrieben, daß sie trotz der mehr als 30jährigen Tradition der Mitbestimmung bislang wenig Vorstellungen diskutiert, die an den Schalthebeln der Technologieprozesse in den Unternehmen ansetzen[14]). Die damit mobilisierbare Einsatzbereitschaft der Kollegen bleibt weitgehend unentwickelt. Stattdessen orientiert sich die Diskussion verstärkt auf die im staatlichen Bereich vermuteten Mittel zur Beeinflussung der Technologieentwicklung.

Während die erste der drei oben genannten Forderungen auf eine bewußt soziale Wirtschaftspolitik des Staates angewiesen ist – wie sie ja auch verstärkt von Teilen der Öffentlichkeit gefordert wird[15]) –, sind die zweite und dritte auf die autonome Verhandlungsmacht der Gewerkschaften und auch stärker auf die Mobilisierung der Beschäftigten verwiesen. Hier sind wohl am ehesten Fortschritte zu erwarten, während sich im Bereich des Staates die Fronten wohl eher in Richtung auf Kampf gegen soziale Demontage, Beschäftigungsabbau auch im öffentlichen Dienst, Verharmlosung der Massenarbeitslosigkeit, Herumkurieren an den Symptomen usw., verlagern werden. Die kurzfristige politische Perspektive für den Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit ist daher wohl vor allem in der Politik der Arbeitszeitverkürzungen zu sehen, die jedoch ergänzt werden muß durch den Kampf um Abwehr der sozialen

13) Vgl. Rudolf Henschel, Was kann die Strukturpolitik zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung leisten?, in: „Gewerkschaftliche Monatshefte", 8/1978, S. 449–455. Sowie die Schwerpunkthefte 10–12/1976 der „WSI-Mitteilungen" zur Strukturpolitik; und: Dieter Hockel, Strukturberichterstattung als Mittel der Strukturpolitik, in: „Gewerkschaftliche Monatshefte", 8/1978, S. 477–481.
14) Ansätze hierfür siehe Brehm/Pohl (Hrsg.), Interessenvertretung durch Information, Köln 1978.
15) Vgl. das Memorandum „Alternativen der Wirtschaftspolitik", abgedruckt in: „Blätter", 5/1978, S. 624–637, und das gleichlautende Buch, erschienen im Bund-Verlag; vgl. auch die Stellungnahme der Industriesoziologen, in: „Gewerkschaftliche Monatshefte", 5/1978, zu den Abschlüssen der IG Metall und der IG Druck und Papier.

Demontagen und nach wie vor um eine sozialere Wirtschaftspolitik und eine Wiederaufnahme der Reformpolitik.

Die Aussichten insbesondere für die Verwirklichung einer sozialeren Wirtschaftspolitik werden jedoch eher ungünstiger; wie die Diskussion um die Lohnpolitik zeigt, scheint sich die Front gegenüber den Gewerkschaften zu verhärten. Die Politik der Arbeitszeitverkürzungen – unbedingt notwendig zum Schutz der bestehenden Arbeitsplätze und der Arbeitskraft – beseitigt, wie zuvor angesprochen, nicht die Gründe für die Massenarbeitslosigkeit. Was die längerfristige, gesellschaftlich-politische Perspektive betrifft, so ist daher – gerade unter dem Gesichtspunkt des Rechts auf Arbeit – eine bewußte Politik der „sozialen Umstrukturierung" der Wirtschaft im Sinne der grundlegenden programmatischen Forderungen der Gewerkschaften nach Vergesellschaftung, öffentlicher Planung und Kontrolle sowie umfassender Mitbestimmung ins Auge zu fassen. Diese Politik muß der Politik der „Umstrukturierung" der Wirtschaft im Kapitalinteresse durch verschärfte Rationalisierung, beschleunigte Technologieentwicklung, Konzentration, verstärkte Internationalisierung von Produktion und Investitionen usw. entgegengesetzt werden[16]).

*Entwertung der Arbeit als Folge der technischen Revolution*

Das zweite grundlegende Problem der Technologieentwicklung, soweit die Folgen für die Massen der Beschäftigten angesprochen sind, ist die Frage der Qualifikationsentwicklung, der Anforderungen, die an die menschliche Arbeit in der Zukunft gestellt werden, des Sinns der Arbeit und der Entwicklungsmöglichkeiten, die die Beschäftigten haben.

Die neuen Technologien, die neuen Qualitäten der technischen Revolution werfen mit großer Gewalt die Fragen nach dem Sinn und den Inhalten von Qualifikationen und der Arbeit insgesamt auf[17]). Das Vordringen der Elektronik (EDV, Mikroprozessoren) und anderer neuer Produktions- und Verwaltungstechnologien führen zur beschleunigten massenhaften Entwertung traditioneller Qualifikationen. Sie lassen zwar auch durchaus neue und anspruchsvolle Qualifikationen und Tätigkeiten entstehen, doch beschränken sich diese auf kleine, mehr und mehr „elitäre" Gruppen von Beschäftigten[18]). Es zeichnet sich eine verschärfte Polarisierung innerhalb des Gesamtarbeitskörpers ab: kleinen Gruppen von relativ begünstigten qualifizierten Beschäftigten, die jedoch zunehmend unter Leistungs- und, gerade wegen ihrer Vorzugsstellung, unter Qualifikationsdruck geraten, steht eine große Masse von Beschäftigten gegenüber, die weitgehend sinnentleerte, monotone Tätigkei-

16) Vgl. Detlef Hensche, Grundsatzprogramm und Wirtschaftsordnung, in: „Gewerkschaftliche Monatshefte", 11/1976, S. 668–696.
17) Vgl. Ulrich Briefs, Vom qualifizierten Sachbearbeiter zum Bürohilfsarbeiter? – Zu den Auswirkungen der EDV auf die Arbeitsbedingungen der Büroangestellten, in: „WSI-Mitteilungen", 2/1978, S. 84–91; G. Brandt/B. Kündig/Z. Papadimitriou/J. Thomae, Computer und Arbeitsprozeß, Frankfurt/M./New York 1978; H. Braverman, Die Arbeit im modernen Produktionsprozeß, Frankfurt/M./New York 1977; CFDT, Les dégats du progrès, Paris 1977; A. Minc/S. Nora, L'informatisation de la societé, Paris 1978.
18) Vgl. Ulrich Briefs, Perspektiven . . ., a.a.O., sowie J. Greenbaum, Arbeitsteilung auf dem Gebiet der Computertechnik, in: „Monthly Review", 3/1976, S. 42–57.

ten zu verrichten haben. Das „lebenslange Lernen" – jene grandiose Wiederentdeckung des ständigen Lernprozesses in der (qualifizierten) traditionellen Arbeit – bedeutet für die Bevorzugten Qualifikationsdruck, für die Benachteiligten ein ständig erneutes Sichanpassen an standardisierte, routinisierte Tätigkeiten im Rahmen der beschleunigten Veränderungen komplexer Mensch-Maschine-Systeme, in denen jedoch zunehmend die Organisation der Systeme den zeitlichen und inhaltlichen Charakter der verbleibenden menschlichen Arbeit bestimmt und in denen die menschliche Arbeit mehr und mehr „marginalisiert" wird.

Die Wartung und Weiterentwicklung der Systeme, das zeigen die Erfahrungen aus der EDV, wird mehr und mehr kleinen hochspezialisierten Gruppen jener „bevorzugten Eliten" (z. B. den Anwendungsspezialisten für Betriebssysteme der EDV-Anlagen) übertragen[19]). Im Gegensatz zur klassischen mechanischen Fertigung ist die Masse der Beschäftigten auch von der Aufgabe „befreit", im Falle des Zusammenbruchs der Systeme aus ihrer Kenntnis der inneren Funktionszusammenhänge die Funktionsfähigkeit wiederherzustellen.

Diese Folgen des Einsatzes neuer Technologien erfassen zunehmend gerade auch den Bereich qualifizierter Tätigkeiten in Büros und Verwaltungen, ansatzweise bis hin zu Teilen der qualifizierten Arbeitskräfte mit „akademischer" Ausbildung und sogar Teilen des Managements. Sie erfassen aber auch mehr und mehr die Arbeiter und fügen den langfristig gerade im gewerblichen Bereich bereits zu beobachtenden Entqualifizierungstendenzen eine neue Verschärfung hinzu[20]). Nach Aussagen des IG-Metall-Bezirksleiters Franz Steinkühler sind z. B. in der Metallindustrie Nordbaden-Nordwürttembergs allein bis zu ca. 40% aller Arbeiter von Abgruppierungen durch den Einsatz von Mikroprozessoren u. ä. bedroht. Dieser sich jetzt auf breiter Front anbahnende Prozeß der Entwertung menschlicher Arbeit, der Verschlechterung der Arbeits- und Qualifikationsbedingungen macht für die Gewerkschaften neue Antworten notwendig – Antworten, die jedoch noch schwieriger zu finden sind als die Antwort auf die Massenarbeitslosigkeit.

*Gibt es Alternativen zur Entwertung menschlicher Arbeit?*

Die Arbeiterbewegung in den 20er Jahren hat, bis durch die Phase des Faschismus der Kampf ums Überleben in den Vordergrund trat, keine Antwort auf dieses Grundproblem der industriellen Entwicklung unter kapitalistischen Bedingungen finden können[21]). Heute, Jahrzehnte darauf, nachdem die Produktivität um ein Vielfaches gestiegen ist, nachdem aber auch die neuen

19) Insbesondere sollte man sich keinen Illusionen über die Beschäftigtenzahlen in diesen Tätigkeiten hingeben. Die Entwicklung der EDV und der Betriebs- und Unternehmensorganisation wird zu einer bisher nicht gekannten Standardisierung führen, und entsprechend werden die Zahlen der für die Entwicklung von Betriebssystemen, Programmen u. ä. notwendigen Spezialisten stagnieren bzw. zurückgehen. Bleibt zu fragen, was mit der Masse dieser Spezialisten geschieht, wenn die „Informatisation der Gesellschaft" als Entwicklungsprozeß einmal ausläuft.

20) Vgl. O. Mickler/U. Kadritzke/W. Mohr, Produktion und Qualifikation, Göttingen 1977.

21) Vgl. Christel Neusüß, Produktivkraftentwicklung, Arbeiterbewegung und Schranken sozialer Emanzipation, in: „Prokla", 31/1978/2, S. 75–113.

Qualitäten der technischen Revolution unserer Tage sichtbar geworden sind, spricht einiges dafür, daß Antworten möglich sind. Das Wenige, was in den Gewerkschaften in der Bundesrepublik bislang hierzu entwickelt worden ist, verbirgt sich hinter dem Anspruch der „Humanisierung der Arbeit". Die damit verfolgte Politik ist jedoch in der Grundkonzeption noch viel zu sehr den *Folgen* einer scheinbar naturwüchsig sich entwickelnden Technik verhaftet. Sie greift nicht oder nur ansatzweise in diese Technik und die sie bestimmenden Prozesse selbst ein. So sind die in ihrem Rahmen anvisierten Lösungen unzureichend, partiell, marginal sie stellen auf die sich durch die neuen Technologien ergebende Herausforderung nach dem Sinn und Charakter menschlicher Arbeit keine adäquate und die Möglichkeiten auch der Veränderbarkeit der heutigen Technik und ihrer Produktion berücksichtigende Antwort dar. Insbesondere fehlt fast vollständig die Mobilisierung der kreativen und produktiven Fähigkeiten der Beschäftigten selbst[22]).

Wie groß aber auch die Schwierigkeiten für die Entwicklung einer Perspektive zur Lösung dieses Problems sind, zeigt die Tatsache, daß es bisher keine umfassende Vorstellung von der Arbeit und der Qualifikation gibt, die zum Inhalt des sozialen Kampfes gemacht werden könnte. Immerhin haben Teile der internationalen Gewerkschaftsbewegung gewisse Ansätze gefunden:

– die italienischen Gewerkschaften fordern die Gewährleistung von 150 Stunden jährlicher Weiterbildung für alle Beschäftigten, unabhängig von den tatsächlichen beruflichen Anforderungen; sie betreiben also eine bewußte Politik der Emanzipation der Weiterbildung von den unmittelbaren Tätigkeitsanforderungen; sie haben darüber hinaus, aus der Kritik der Massenproduktion in Monopolen wie FIAT, Ansätze für eine wirkliche „Humanisierung" durch die Beschäftigten selbst entwickelt[23]);

– die französischen Gewerkschaften CGT und CFDT haben mit Erfolg ihre Organisationstätigkeit unter der „technisch-wissenschaftlichen Intelligenz" verstärkt und diskutieren die Entwicklung alternativer Lebens-, Produktions- und Arbeitsformen und ihrer technologischen Grundlagen in den Gewerkschaften und tragen sie aktiv und militant in die fortschrittlichen politischen Parteien; bei ihnen steht die Schaffung von demokratischen Strukturen für die Erreichung alternativer Produktionsbedingungen im Vordergrund[23b]).

– englische Arbeiter bei Lucas Aerospace haben ihre eigenen „alternativen Technologien" entwickelt und dabei, bei aller durch die Organisation der Technik gegebenen Entfremdung, ein Maß an wirklicher Innovationskraft gezeigt, das zur bürokratischen Phantasielosigkeit der „Gin und Tonic"-Brigaden des Managements in krassem Gegensatz steht.

---

22) Zur Kritik der Humanisierung der Arbeit vgl. G. Strauss-Fehlberg, Die Forderung nach Humanisierung der Arbeitswelt, Köln 1978.
23) Vgl. das Interview mit Bruno Trentin, dem früheren Vorsitzenden der ital. Metallarbeitergewerkschaft in „Prokla", 31/1978, S. 171–181; A. Imazio/C. Costa, L'organizzazione del lavoro alla Fiat, Venedig u. Padua 1975.
24) Vgl. M. Cooley, Design, technology and production for social needs, in: „New Universities Quarterly", 4/1977.

Ein richtungsweisender Ansatz kann – dazu bedarf es näherer Untersuchungen – insbesondere in der polytechnischen Ausbildung in den sozialistischen Ländern gesehen werden, wie es überhaupt ein lohnendes Objekt für progressive vergleichende Sozialwissenschaften wäre, die in der unmittelbaren Produktion feststellbaren Unterschiede zwischen kapitalistischen und sozialistischen Ländern näher zu erforschen. Die auf eine breite Grundqualifizierung technologisch-theoretischer und technologisch-praktischer Art zielenden Komponenten der polytechnischen Ausbildung stellen wohl eindeutig einen Beitrag zur „sozialen Beherrschung der Produktivitätsentwicklung" durch die Beschäftigten dar, dem in der BRD weitgehend ein gleichwertiges Gegenstück fehlt.

Parallel dazu entwickeln sich in den westlichen Ländern Ansätze für „alternative Technologien", die jedoch eher von der Kritik des Gebrauchswerts der bestehenden komplexen „Großtechnologien" ausgehen oder die bislang sehr stark die Verschwendung natürlicher Ressourcen zum Ausgangspunkt ihrer Kritik gemacht haben, während die inhumane und entwürdigende Nutzung der „Ware" Arbeitskraft in diesen Ansätzen bislang wenig berücksichtigt worden ist. Zugleich sind dabei bisher noch keine Lösungen für die weiterhin notwendige Massenproduktion, die mit komplexen Technologien insbesondere in Großbetrieben vor sich geht, anvisiert worden.

Aufgabe der Gewerkschaftsbewegung wäre es, diesen Aspekt, der der vorrangige sein muß, auch in die Diskussion über „alternative Technologien" einzubringen. So ließen sich etwa

– mit Hilfe der EDV durchaus Arbeitsplätze entwickeln, die den Beschäftigten ein geschlossenes, anspruchsvolles, ihre Fähigkeiten herausforderndes und entwickelndes Tätigkeitsfeld geben[25]);

– die neuen Technologien vor allem auch zur Qualitätsverbesserung von Gütern und Dienstleistungen einsetzen, die oft erst durch Kombination maschineller und menschlicher Prozesse auf der Grundlage menschlicher Qualifikation möglich ist;

– die neuen Technologien für die Produktion von individuellen, besser den Bedürfnissen angepaßten vielfältigeren „Gebrauchswerten" einsetzen und dabei eine Vielfalt neuer und kreativer Techniken entwickelt;

– verwertbare Qualifikationsinhalte entwickeln, die auf der Grundlage einer breiten technisch orientierten Grundausbildung die inneren Funktionsmechanismen der Systeme bzw. von Teilkomplexen (nicht zu engen!) der Systeme erfassen;

---

25) Es sind seit geraumer Zeit vielfältige Untersuchungen über „partizipative Systementwicklung" von EDV-Systemen in verschiedenen Ländern in Gang. Enid Mumford (GB), Niels Björn-Andersen (DK), Herbert Kubicek (Universität Trier) u. a. bewegen sich mit unterschiedlichen Ansätzen in diese Richtung. Diese Ansätze zeigen zumindest auf, daß die modernen Technologien nichts absolut fest Vorgegebenes sind. Yves Lasfargue von der CFDT hat eine ganz andere Strategie eingeschlagen, indem er EDV-Kenntnisse im Zusammenhang mit kritischen Analysen der EDV-Entwicklung vermittelt. Diese Umsetzung zielt bewußt auf Massenarbeit und durchbricht damit die Parzellierungsstrategie der „Fachwelt" und der Kapitalinteressen. Vgl. insbesondere Yves Lasfargue, Une informatique par et pour les Gestionnaires, Paris 1977.

– vielfältige wirkliche Innovationsmöglichkeiten durch Beteiligung der Beschäftigten an der Planung und Steuerung der technischen Systeme und Betriebe erschlossen werden[26]).

Darüber hinaus ließen sich die neuen Technologien – insbesondere EDV und neue Kommunikationstechnologien – hervorragend einsetzen, um eine bessere Koordination und Abstimmung dezentral organisierter und konsequent demokratisch, von den Beschäftigten selbst gesteuerter Produktionseinheiten zu sichern.

Diese Perspektiven beinhalten Grundlinien einer „Produktionspolitik", wobei der entscheidende Punkt die umfassende „Demokratisierung" der Prozesse sein muß, in denen über die Produktionsbedingungen bestimmt wird. Die neuen Technologien schaffen gerade durch ihren Infrastrukturcharakter für eine solche Demokratisierung notwendige Voraussetzungen, ja für die Entfaltung ihres vollen Potentials – quantitativ und qualitativ – erscheint eine verstärkte Orientierung der Technologieentwicklung auf Einbeziehung und Beteiligung der Beschäftigten selbst unerläßlich[27]). Schon ein Teil der infolge von Krise und Stagnation nicht genutzten Produktionsmöglichkeiten (Wert für 1975 auf ca. 90 Mrd. DM geschätzt) würde eine ausreichende (wirtschaftliche) Grundlage für eine solche Politik zur graduellen Veränderung der Produktionsbedingungen abgeben.

### *Ansatzpunkte zur Veränderung der Produktionsbedingungen in der BRD*

Für eine solche Diskussion – die auf eine breite, wirksame Veränderung der Produktionsbedingungen hinzielt –, könnten die Gewerkschaften in der BRD wiederum einige Ansatzpunkte haben:

– bereits mit dem Lohnrahmentarifvertrag (LRTV) II von 1973 in Nordbaden-Nordwürttemberg, aber auch mit den Tarifabkommen über neue Technologien im Druckgewerbe und über Abgruppierungsschutz in der Metallindustrie von 1978 ist die bisherige Politik des Rationalisierungsschutzes nach der Kompensationstheorie verlassen worden; zwar ist die kollektive Absicherung gegen Entqualifizierung und Abgruppierungen und damit eine entscheidende Setzung von Mindestnormen für eine Veränderung der Arbeitsorganisation und auch ansatzweise der Technologien in der Metallindustrie nicht gelungen, doch wird sie sicher auf der Tagesordnung bleiben;

– im Bereich der Wirtschaftspolitik, die wegen ihrer Betriebsferne und Abgehobenheit in der Regel die Nachhut in bezug auf die Diskussion der konkreten Folgen dieser Entwicklung für die Beschäftigten bildet, ist inzwischen die Forderung nach Veränderungen der Produktionsbedingungen in globaler

26) Vgl. M. Cooley, Design . . ., a.a.O.
27) Daß auch die traditionelle Arbeitsteilung durch die neuen Technologien problematisiert wird, zeigen Äußerungen auf einer Tagung der französischen Stiftung „Frederik Bull", auf der EDV-Praktiker forderten, daß für eine volle Nutzung der EDV jeder Beschäftigte „Informatiker" werden sollte. Daß in der Praxis sich dennoch die angesprochene Polarisierung durchsetzt, legt einen weiteren Aspekt der Fesselung der Produktivkraftentwicklung durch die kapitalistische Organisation der Produktion offen.

Form, doch ohne inhaltliche Ausfüllung, in die Diskussion aufgenommen worden;

– im Bereich der Mitbestimmungs- und Vertrauensleutearbeit – als der eingefahrenen und vorherrschenden Form der betriebs- und unternehmensbezogenen Arbeit der Gewerkschaften – wird durch die Schaffung neuer Informations- und Handlungskonzepte versucht, zumindest die Grundlage für eine Transparenz der Auswirkungen auch der Technologieentwicklung auf Arbeitsplätze, Arbeits- und Qualifikationsbedingungen zu schaffen und zugleich auf betrieblicher Ebene eine Ergänzung zut tarifvertraglichen Verbesserung der Arbeitsbedingungen durch Vereinbarung von Mindestnormen zu schaffen[28]).

Insbesondere jedoch eine konsequente Tarifpolitik zur Festschreibung von Mindestnormen bedeutet unter den gegenwärtigen Bedingungen eine wirkungsvolle Einschränkung der unternehmerischen Dispositionsfreiheit bei Arbeitsorganisation und Technologieentwicklung. Andererseits ist, vor allem um die verschärfte Abwälzung von Folgen auf die Beschäftigten zu verhindern, die verstärkte und wirksamere Kontrolle der Betriebs- und Unternehmensprozesse notwendig – auch das verweist auf die Forderung nach wirklicher „Demokratisierung" der Betriebe.

Eine der entscheidenden Aufgaben darüber hinaus wird es sein, den Beschäftigten und der Öffentlichkeit die Verknüpfung zwischen dauerhafter wirtschaftlicher Krise und Stagnation sowie der Massenarbeitslosigkeit und der weiteren Herausbildung restriktiver Arbeitsbedingungen aus den inneren Funktionsmechanismen des Wirtschaftssystems, aus der machtvollen Verfolgung privater Kapitalinteressen auf Kosten der Beschäftigten begreiflich zu machen. Insbesondere muß dabei die Sphäre der Produktion und die Lage der Beschäftigten in der Produktion Dreh- und Angelpunkt der Betrachtung sein – dies zum einen aus theoretischen Gründen, weil eine konsequente Analyse den Formen, Bedingungen, Tendenzen und Gesetzmäßigkeiten in der Produktion von Mehrwert (und nicht denen in der Zirkulation und dem Verbrauch von Mehrwert, einschließlich des Staates) das Hauptaugenmerk schenken muß[29]) – dies zum anderen, weil die notwendige Mobilisierung der Beschäftigten ohne diese unmittelbare Interessenbezogenheit und ohne das Ansprechen ihrer Abhängigkeiten, aber auch ihrer Fähigkeiten als Produzenten nicht möglich ist. Die Gewerkschaftsbewegung in der BRD hat – gerade auch aus den Erfahrungen mit dem Faschismus lernend – hierfür in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg Forderungen entwickelt, die auch dieser Notwendigkeit Rechnung tragen könnten. Zu diesen bereits angesprochenen Forderungen gehören neben der Forderung nach umfassender gesellschaftlicher und ökonomischer Planung die Forderung nach einer Politik der Vergesellschaftung und der umfassenden Mitbestimmung der Beschäftigten. Kann die Ver-

28) Vgl. Brehm/Pohl, a.a.O.
29) Vgl. Elmar Altvater/Jürgen Hoffmann/Willi Semmler, Produktion und Nachfrage im Konjunktur- und Krisenzyklus – Zur Diskussion um die Unterkonsumtions- und Überakkumulationstheorie, in: „WSI-Mitteilungen", 7/1978, S. 365–381.

gesellschaftung zumindest ansatzweise die Wirksamkeit des Kapitalinteresses beseitigen und damit die forcierte Veränderung der Produktionsbedingungen im Interesse des Profits und auf Kosten der Beschäftigten aufhalten, so kann die Mitbestimmung sowohl zur Geltendmachung der konkreten, dezentralisiert und betrieblich artikulierten Bedürfnisse der Beschäftigten auf diesem Gebiet als auch zur Einbringung ihrer produktiven und konstruktiven Vorstellungen zur Befriedigung dieser Bedürfnisse durch Veränderungen der Produktionsbedingungen, der Technologieentwicklung und des Einsatzes neuer Technologien dienen. Für eine solche Politik ist allerdings die ständige Mobilisierung und Beteiligung der Beschäftigten unerläßlich. „Mitbestimmung" und ständige Mitwirkung der Beschäftigten können somit Ansatzpunkte für eine „Demokratie der Produzenten" darstellen.

Insbesondere muß dazu wiederum – das ist ein wesentlicher Schritt voran – eine Öffnung hin zu einer wirklich freimütigen und bewußten Diskussion[30]) in den Gewerkschaften und in der Öffentlichkeit über die Folgewirkungen der neuen Technologien, über die Perspektiven der menschlichen Arbeit und über die Notwendigkeit der Veränderung der Produktionsbedingungen im Sinne der oben angesprochenen „Produktions"politik erfolgen. Es versteht sich, daß dabei die Enge und Borniertheit technokratischer Diskussionen ebenso vermieden werden muß wie die Erweckung des Anscheins, daß mit den gegebenen Möglichkeiten staatlicher und sonstiger Regulierung etwa im Rahmen der gegebenen Mitbestimmungsrechte die Probleme der Folgewirkungen der technischen Revolution unserer Tage zu lösen sind. Die Diskussion muß vor allem mobilisierenden Charakter haben, damit die Massen der Beschäftigten selbst Perspektiven für sich und ihre Arbeit entwickeln lernen.

## III

Während die Gewerkschaften in der BRD sich den im Bereich der Arbeits- und Produktionsbedingungen stellenden Problemen einmütig und unter Aufbietung dessen, was wirklich ihre Macht ausmacht, nämlich die Kampf- und Einsatzbereitschaft der Kollegen, gestellt haben, ist die Diskussion über die anderen eingangs angesprochenen Probleme der Technologieentwicklung uneinheitlich und zum Teil durch scharfe Kontroversen einerseits, durch Abgehobenheit andererseits gekennzeichnet.

Insbesondere in der Frage des Kernkraftausbaus hat sich zwischen Teilen der Gewerkschaftsorganisation und Teilen der Mitbestimmungsträger eine verhängnisvolle Kluft aufgetan. Die Betriebsräte führender Kernkraft-Zulieferfirmen haben mit Unterstützung ihrer Firmenleitungen und aus durchaus begreiflicher Besorgnis um die bestehenden Arbeitsplätze die größte gewerk-

30) Trotz der eingangs angesprochenen Verkürzung der Ausreifungszeiten technologischer Entwicklungen vergeht doch noch eine ganze Reihe von Jahren zwischen Laborentwicklung, Systementwurf usw. und Einsatz. Wenn die Organisation der Beschäftigten nicht zwangsläufig immer wieder hinter den Entwicklungen herlaufen will, muß es gelingen, die Produzenten dieser Technologien, die „technisch-wissenschaftliche Intelligenz" und die beteiligte Arbeiterschaft in einen ständigen Diskussionsprozeß mit der Öffentlichkeit und den Organisationen der Beschäftigten zu bringen, in dem die technologischen Trends frühzeitig kritisch auf ihre gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen hin diskutiert werden.

schaftliche Demonstration der letzten Jahre zustande gebracht und den DGB gezwungen, seine sowieso nur hinhaltende Stellungnahme zum Kernkraftausbau in Richtung auf Förderung des forcierten Ausbaus zu revidieren. Dieser Teil der Technologiediskussion hat damit sichtbar gemacht, daß in den Gewerkschaften durch die jahrzehntelange Entwicklung des dualen Systems der Interessenvertretung – die Interessenvertretung durch die Gewerkschaften einerseits und die Mitbestimmungsorgane andererseits – gerade für die Lösung von Konflikten, die wie der Kernkraftausbau und die Technologieentwicklung generell eine wirklich „struktur"verändernde Politik voraussetzen, ungünstige Bedingungen entstanden sind. Um so höheren Stellenwert erhält das Problem der Massenarbeitslosigkeit. Ohne eine klare Einsicht in die Systembedingtheit der Massenarbeitslosigkeit, das muß die Lehre aus der Kernkraftauseinandersetzung in den Gewerkschaften sein, wird es keine wirkliche „Strukturpolitik" im Interesse der Beschäftigten geben, bzw. es wird nur *die* Form von Strukturpolitik geben, die den Kapitalinteressen bzw. auch bestenfalls kurzfristigen und partiellen, betriebs- und branchenegoistischen Interessen von Beschäftigten entgegenkommt. Im Zurgeltungkommen dieser betriebs- und branchenspezifischen partiellen Interessen, die die praktizierte Mitbestimmung stark deformieren, was aber wohl von den konservativen Vätern der Mitbestimmung in ihrer heutigen Form gewollt war, kann auch die Gefahr solcher Vorstellungen wie der Branchenausschüsse, der Innovationsberatungsstellen und anderer Ansätze, die auf eine gemeinsame Verwaltung der Krisenbedingungen ohne jede Lösungsperspektive abzielen, liegen.

Während aber die Diskussion über diese Frage noch mit einer gewissen, wenn auch kontroversen Beteiligung größerer Teile der Gewerkschaftsbewegung stattfindet, findet die Diskussion über die „Datenschutz"problematik und die „Modernisierungs"politik praktisch unter Ausschluß der gewerkschaftlichen Öffentlichkeit in kleinen Zirkeln von Experten statt. Dabei ist bei beiden Problemen die Betroffenheit der Massen der Beschäftigten durchaus gegeben. Die „Datenschutz"- oder besser „Persönlichkeitsschutz"-Problematik trifft sie als abhängig Beschäftigte zwangsläufig in besonderer Weise: „Arbeitnehmer" müssen eben in besonderer Weise Daten und Informationen über sich hergeben, und die Verhältnisse in Betrieben und Verwaltungen sind nun einmal so, daß sie die Verwendung und „Verwertung" dieser Daten und Informationen nicht kontrollieren können.

Die sich anbahnenden Manipulationsmöglichkeiten, die nahtlose Überwachung und Kontrolle der Beschäftigten durch Personalinformationssysteme und andere elektronisch gestützte Kontrollsysteme, der durch die Datenfernübertragung möglich werdende schwunghafte Handel mit sehr persönlichen[31]), zum Teil intimen Angaben trifft die Bürger in ihrer Gesamtheit, trifft aber vor allem die abhängig Beschäftigten, die als abhängige Lohnarbeiter vergleichsweise wehrlos sind, weil sie sich zumeist, schon aus finanziellen

31) Vgl. W. Steinmüller, Datenflüsse zwischen Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung – eine Vorstudie zur Angezeigtheit gewerkschaftlicher Initiative. Unveröffentlichtes Manuskript.

Gründen, nur sehr schwer im schwerfälligen Rechtssystem der bürgerlichen Gesellschaft bewegen können.

Die wirksamere Überwachung der Beschäftigten z. B. hinsichtlich Fehlzeiten, Leistungskennzahlen, gesundheitlicher Daten usw. stellt unter den Bedingungen von Krise und Stagnation eine notwendige Ergänzung der unmittelbaren Rationalisierung am Arbeitsplatz dar. Die Orwellsche Vision vom „Big Brother", der alle überwacht, droht darüber hinaus in einer ganz anderen Form Wirklichkeit zu werden: in Form der nahtlosen, konzentrierten Überwachung durch öffentliche Gewalten unter Einsatz aller technischen Möglichkeiten – hier gibt es ja auch keine staatlichen Finanzierungsengpässe – jeder Gruppierung und jedes Bürgers, die irgendwo (vor allem politisch) abweichen. Die hochtechnisierten, anonymen Überwachungsapparate, die dabei entstehen, bedrohen sehr grundlegende Bürgerrechte, bedrohen vor allem auch die politischen Freiheiten, zwängen daneben insbesondere die abhängig Beschäftigten – und unter ihnen gerade die bewußten und aktiven – in ihrem Verhalten zunehmend ein. Ein entscheidender Schritt auf diesem Gebiet ist daher das Durchbrechen der Schranken, die durch die Gleichgültigkeit in den Gewerkschaften gegenüber diesem fundamentalen Problem der hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaft unserer Tage mit ihrer zunehmenden Krisenhaftigkeit einerseits und ihrer zunehmenden technologisch fundierten und potenzierten Kontrollmacht andererseits aufgebaut worden sind.

Einen ganz anderen Stellenwert hat die Diskussion in den Expertengremien der Gewerkschaften über die „Modernisierungspolitik" als Beitrag zur ökonomischen Krisentherapie. Interessierte Kreise insbesondere der Großindustrie, Wissenschaftler, Ministerialbeamte versuchen die Forschungsförderung, „Innovationen", die Programme für „Zukunftsinvestitionen" als Krisenlösungsstrategie zu verkaufen. Viele Gewerkschafter sind allzu bereit, darauf einzugehen. Sie übersehen dabei, daß die Krise der BRD-Wirtschaft nicht durch „unmoderne" Produkte und Produktionsverfahren bedingt ist, sondern durch den zwangsläufigen inneren Mechanismus einer kapitalistischen Volkswirtschaft, die aus der Antwort auf Krise und Stagnation heraus neue Krisen und neue Stagnationsbedingungen produzieren muß[32]). Sie übersehen insbesondere, daß bei einem Anhalten der Bedingungen wirtschaftlicher Krise und Stagnation die forcierte „Modernisierung" zwangsläufig auf Kosten der Beschäftigten gehen muß. Man muß sich den ganzen Widersinn dieser Konzeption vor Augen halten: die Förderung moderner Technologien, die direkt oder indirekt arbeitssparend sind (was anders?), soll das Wachstum stimulieren! Woher soll aber bei den dadurch ausgelösten bzw. unterstützten „Umstrukturierungs"prozessen, die weitere Arbeitsplätze kosten bzw. auf die Löhne drücken und die damit die Stagnationstendenzen verstärken, die Nachfrage für dieses Wachstum kommen?

Es bahnt sich bei dieser „Modernisierungspolitik" eine verstärkte Zusammenarbeit von Teilen der Gewerkschaftsbewegung mit den in den Regie-

32) Vgl. Ulrich Briefs, Technologiepolitik . . ., a.a.O.; zur Entwicklung der gegenwärtigen Krise s. Projektgruppe im WSI, a.a.O., S. 99–116.

rungsbürokratien wirksam werdenden Kräften an, wobei diese Kräfte jedoch wieder zwangsläufig ein mehr oder weniger loyaler Partner der Interessen des Kapitals und hier besonders einer kleinen Zahl großer und inzwischen weltweit tätiger BRD-Konzerne sein müssen. Diese Technologiepolitik der Bundesregierung mit Duldung bzw. Unterstützung der Gewerkschaften fördert nur die Industrie und verstärkt zwangsläufig die für die Beschäftigten entstandenen Probleme. Zugleich könnte sie das Vehikel für eine potenzierte Zusammenarbeit nicht nur von Staat und Kapital, sondern auch von Staat und Kapital mit Teilen der Gewerkschaftsbewegung werden. Darüber hinaus: In dem Maße, in dem „Modernisierungspolitik" tatsächlich greift, kann sich ein zunehmender Zwang ergeben, „Störfaktoren" für die Produktion dieser – den Bürokratien von Konzernstrategen mundgerecht servierten – Technologien auszuschalten. Dazu gehören zunächst die „Investitionsbremsen" wie Bürgerinitiativen, dazu können aber eines Tages auch die Gewerkschaften gehören, die sich gegen die Auswirkungen dieser Technologien wehren müssen, bzw. die sich unter verschärften ökonomischen Bedingungen und in einem zunehmend gegen sie eingesetzten Rechtssystem verstärkt mit Streiks und anderen offenen sozialen Kämpfen zur Wehr setzen müssen[33]).

Technologiepolitik also ein Vehikel – nicht das einzige, aber eines der wichtigsten und sich unterschwellig entwickelnden und deshalb gefährlichsten – für eine Verwaltung der Krisen- und Stagnationsbedingungen des Systems durch Staat und Kapital mit den Gewerkschaften als „Juniorpartner"? Und: Können die Gewerkschaften mit der einen Hand die „Innovationspolitik" fördern und sich mit der anderen Hand gegen die Folgen dieser Entwicklung und auch dieser Politik zur Wehr setzen? Das Dilemma der Gewerkschaften ist hier besonders offensichtlich. Je weiter die Integration in den Prozeß der „Innovationsförderung" geht, um so schwieriger kann es werden, die notwendige breite Schutzpolitik im Interesse der Beschäftigten durchzusetzen.

Eine perspektivische Antwort kann nur in der Besinnung auf die eigenen Möglichkeiten und die traditionellen Mittel der fortschrittlichen Arbeiterbewegung liegen. Die bewußte Schaffung organisationspolitischer Voraussetzungen zur Bekämpfung der Entwicklungen am Arbeitsmarkt, vor allem aber auch in Betrieben und Unternehmen, die die eingangs angesprochenen Folgen für die Massen der abhängig Beschäftigten hervorbringen, und der Rückgriff auf die in dieser Situation nur allzu berechtigten traditionellen, wirklich „struktur"verändernden Forderungen der Gewerkschaften nach Vergesellschaftung, ökonomisch-gesellschaftlicher Planung im Interesse der Gesamtgesellschaft und umfassender Mitbestimmung sind unerläßlich. Zusätzlich muß die drängende Diskussion über die Perspektiven der Beschäftigung und der menschlichen Arbeit auf breiter Basis aufleben und so zur breiten Mobilisierung der Beschäftigten beitragen. Dabei muß der ganze Wider-

33) Wie ungleichgewichtig und unsozial die Förderungsaktivitäten tatsächlich sind, zeigt, daß der größte deutsche Konzern allein für die Forschung seiner Rechnerentwicklung ca. 100 Mio. DM jährlich erhält. Das ist mehr, als derzeit im Jahr für das Forschungsprogramm zur Humanisierung der Arbeit ausgegeben wird; vgl. Ulrich Briefs, Technologiepolitik . . ., a.a.O., S. 750.

sinn, der in der Form der Technologieentwicklung unter kapitalistischen Bedingungen liegt, sichtbar gemacht werden:

– Beschleunigte Einführung hochentwickelter und komplexer Technologien und forcierte „Modernisierung" der Volkswirtschaft fallen mit Massenarbeitslosigkeit zusammen.

– Die Technologieentwicklung führt nicht zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, sondern verschlechtert sie z. T. erheblich.

– Trotz der neuen Technologien wächst die Instabilität des Wirtschaftssystems, trotz mehr als 30 000 Computern und Investitionen von mehr als 60 Mrd. DM allein in den letzten 8 Jahren in die EDV ist es weniger denn je möglich, z. B. auch nur die Wachstumsrate des BSP des laufenden Jahres einigermaßen genau vorherzusagen.

– Die neuen Technologien bleiben in wichtigen Aspekten ungenutzt, weil die Fähigkeiten großer Teile der Produzenten unterdrückt, ihre Qualifikationen zerstört, neue nicht in ausreichendem Maße geschaffen werden.

Diese Widersprüche müssen den Beschäftigten verstärkt bewußt gemacht werden, damit aus ihrer kollektiven Anstrengung Perspektiven für die Beschäftigten und die menschliche Arbeit erwachsen.

# Die Krise in Portugal

## Zur politischen und sozioökonomischen Entwicklung seit 1975

Von Jörg Kammler

*„Art. 1: Portugal ist eine souveräne Republik, gegründet auf die Würde des Menschen und den Volkswillen und verpflichtet auf die Transformation in eine Gesellschaft ohne Klassen."*

*„Art. 7, 1: Portugal richtet sich in den internationalen Beziehungen nach den Prinzipien der nationalen Unabhängigkeit, der Gleichheit zwischen den Staaten, . . ., der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten und der Kooperation mit allen anderen Völkern für die Emanzipation und den Fortschritt der Menschheit." (Aus der Verfassung der Portugiesischen Republik vom 25. April 1976.)*

*„Es ist nicht unsere Idee, hier bedingungslose Anleihen zu vergeben, im Gegenteil: Wir sind zuversichtlich, daß die Portugiesen eine Reihe von Maßnahmen ergreifen . . . mit dem Ziel, die Wirtschaft wieder in den Griff zu bekommen. Die Bereitstellung dieser Kredite wird koordiniert mit dem Programm und dem Gutachten des IWF (Internationaler Währungsfonds, J. K.), . . . und der IWF verfügt über eine sehr fähige Gruppe von Wirtschaftstechnikern, die die Portugiesen bei der Bewältigung annehmbarer Entscheidungen beraten und unterstützen werden." (Senator Cooper in einer Portugal-Sitzung der Unterkommission für Auswärtige Hilfe des US-Senats, zit. nach „Berliner Extra-Dienst", 96/1977, S. 13.)*

Portugal – vor drei Jahren auf einem Kulminations- und Umschlagpunkt seiner postfaschistischen revolutionären Entwicklung, gegen deren Einmünden in konkret sozialistische Bahnen eine hysterisierte Öffentlichkeit in den kapitalistischen Staaten mit allen Mitteln konzentrierter „antitotalitärer" Demagogie Sturm lief – ist mit dem Sturz von Premier Mario Soares und seiner Koalitionsregierung aus Sozialistischer Partei (PS) und der Rechtspartei CDS[1]) erneut auf die Titelseiten der bürgerlichen Presse geraten. Der Tenor der Berichterstattung hat sich verändert, ist verhaltener, „normaler" geworden; fraglich erscheint nur noch das Tempo der Rechtsentwicklung Portugals, seiner vollständigen Einbindung ins Lager des internationalen Kapitalismus und der endgültigen Revision der politischen, sozialen und ökonomischen Ergebnisse des revolutionären Prozesses. Die Frage steht allerdings, ob der Logik des vorwärtsdrängenden revolutionären Prozesses der Jahre 1974 und 1975 nun die eherne Logik kapitalistischer „Normalisierung" und restaurativer Revision folgt. Hat der sozialistische Mohr Soares seine Schuldigkeit getan, indem er die in Gang gekommene sozialistische Transformation mit einer Mischung aus radikaler Phrase und konkret antisozialistischer Politik stoppte, und hat nun die Phase autoritärer Präsidialkabinette begonnen? Wiederholt sich hier in spezifischer Modifikation das Schicksal der Weimarer Republik und der SPD in ihr? Was folgt aus dem „Fall Portugal" für die Möglichkeiten radikal-demokratischer und sozialistischer Transformation in den übrigen Staaten des kapitalistischen Europa?

Die Beantwortung derartiger Fragen setzt die – im folgenden nur sehr kursorisch mögliche – Rekapitulation und Analyse wichtiger Stationen und Aspekte der politischen Entwicklung Portugals seit 1975 voraus[2]).

## I

Im Frühjahr 1975 erlebte Portugal eine dramatische Beschleunigung des revolutionären Prozesses. Die politische Dynamik im Gefolge des niedergeschlagenen Rechtsputsches vom 11. März, der eine entscheidende Niederlage der reaktionären Gruppierungen aus konservativen Militärs und Vertretern maß-

1) Centro Democratico Social (Demokratisch-Soziales Zentrum).
2) Dieser Artikel knüpft an die Analyse von Lothar Peter an (Die politische Entwicklung Portugals seit dem 25. April 1974, in: „Blätter", 3/1975, S. 324 ff.), die zeitlich bis zum Februar 1975 reicht.

geblicher Monopolinteressen unter der Gallionsfigur des Ex-Präsidenten Spinola zu besiegeln schien[3]), bestätigte einmal mehr die Dialektik von reaktionärer Aktion und revolutionärem Prozeß, der die politische Entwicklung Portugals seit dem April 1974 gefolgt war. Die politische Konsolidierung der entschieden auf sozialistische Transformation drängenden Kräfte manifestierte sich in der Institutionalisierung der „Bewegung der Streitkräfte" (MFA[4])) als der entscheidenden Kraft des politischen Prozesses[5]) und in der formellen Verpflichtung der Parteien auf die sozialistische Transformation der portugiesischen Gesellschaft im Pakt mit dem MFA– und zwar unabhängig vom Ausgang der anstehenden Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung, die mit der Plattform MFA-Parteien konkrete Vorgaben in der Perspektive eines sozialistischen Modells erhielt[6]).

Mit der „Institutionalisierung" des MFA schien ein entscheidender Schritt zur Abklärung der bisherigen heterogenen und diffusen politischen Machtstruktur des neuen Portugal getan. Das ambivalente institutionelle und politische Verhältnis zwischen MFA und obersten Staatsorganen wurde zugunsten des MFA bereinigt. „Junta der Nationalen Errettung" und „Staatsrat" wurden aufgelöst und durch den neugeschaffenen Revolutionsrat (Conselho da Revolução) ersetzt. Dieser war nun zugleich Exekutivorgan der Delgiertenversammlung des MFA und staatliches Organ mit legislativer und – bis zur Verabschiedung der von der Konstituanten zu erarbeitenden Verfassung – verfassungsgebender Gewalt. „Die gesetzgeberischen Maßnahmen des Revolutionsrates bedürfen keiner Gegenzeichnung und werden durch den Präsidenten der Republik erlassen und verkündet."[7]) Nunmehr schien die institutionelle Basis gegeben, die sozialistische Option der dominanten politischen Kräfte Portugals in entschiedene Maßnahmen umzusetzen und dem massiven Druck breiter Teile der arbeitenden Bevölkerung auf strukturelle Eingriffe in die Wirtschaftsgesellschaft des derangierten portugiesischen Kapitalismus endlich politische Rechnung zu tragen. Schließlich war die kurzfristig massive Mobilisierung militant-demokratischer Massen, deren ebenso improvisierte wie effiziente Aktionskraft im Zusammenspiel mit den MFA-geführten Truppen den reaktionären Putsch kläglich scheitern ließ[8]), keine punktuelle Eruption demokratischer Energien, sondern Teil der seit Anfang 1975 kontinuierlich intensivierten Klassenkämpfe, in denen sich industrielles wie agarisches Proletariat – unterstützt von großen Teilen der Intelligenz – gegen die

3) Zur Ereignisgeschichte des Putsches und der ersten Reaktionen des MFA und der Parteien s. O 11 de Março in: Textos Históricos de Revolução. Organização e introdução de Orlándo Neves, Lisboa 1975, S. 261 ff.; insbesondere den Bericht der offiziellen, vom Revolutionsrat eingesetzten Untersuchungskommission: Relatório preliminar do 11 de Março de 1975, S. 270 ff.; 11 de Março, Lisboa (Hrsg.), 1975; Ministry of Mass Communications. Portugal information, 1. 3. 1975, Lissabon, S. I–IV; Sozialistisches Büro Offenbach (Hrsg.): Portugal – auf dem Weg zum Sozialismus? Analysen und Dokumente, Offenbach 1975, S. 16 ff.

4) Movimento das Forças Armadas.

5) Die Institutionalisierung wurde vollzogen mit dem Gesetz Nr. 5/75 v. 14. 3. 1975. S. den Text des Gesetzes in: Portugal. Materialien und Dokumente 1. MFA – Poder Popular, übersetzt und hrsg. von Günther Schröder, Gießen 1975, S. 72 ff.

6) S. Plattform des konstitutionellen Einverständnisses zwischen der Bewegung der Streitkräfte (MFA) und den politischen Parteien in Portugal (Wortlaut), in: „Blätter", 6/1975, S. 704 ff. Die Plattform wurde am 10. 4. 1975 vom Revolutionsrat veröffentlicht.

7) Gesetz Nr. 5/1975 v. 14. 3. 1975, Art. 7, a.a.O., S. 74.

8) Vgl. dazu – neben der in Anm. 3 aufgeführten Literatur – auch die Beispiele bei Tony Cliff, Portugal vor der Entscheidung, Frankfurt/M. 1975, S. 96 ff.

Folgen fortdauernder, z. T. durch politisch motivierte Wirtschaftssabotage[9]) verschärfter kapitalistischer und quasifeudaler Ausbeutungsverhältnisse zur Wehr setzten und auf die materielle Einlösung der Versprechen der portugiesischen Revolution pochten[10]). In dieser Situation eines deutlichen Linksrucks konnte auch die Führung der Sozialistischen Partei, die inzwischen in ihrer Wahlkampagne scharf antikommunistische Akzente setzte und sich damit auch von den mit der PCP kooperierenden Militärs distanzierte, nicht umhin, die mit der Einsetzung des Revolutionsrats verbundene Führungsrolle des MFA zu begrüßen und zu fordern, „die Umwandlung in den Sozialismus zu organisieren"[11]).

Trotz des wachsenden Mißtrauens und Drucks der führenden kapitalistischen Staaten[12]) und des nicht zuletzt aus diesen externen Quellen gespeisten und verstärkten Widerstands der bürgerlichen Parteien und der Sozialistischen Partei[13]) gelang es MFA und Revolutionsrat, neben den Kommunisten und der radikal-demokratischen MDP[14]) auch die Sozialisten und die maßgeblichen Parteien des bürgerlich-rechten Spektrums, PPD und CDS[15]), auf jene „Plattform des konstitutionellen Einverständnisses zwischen der Bewegung der Streitkräfte (MFA) und den politischen Parteien" festzulegen[16]), die die Fortführung einer sozialistischen Entwicklung Portugals in den Grundlinien fixieren und politisch-institutionell garantieren sollte.

Wie sehr diese Inititative des MFA strategische Überlegungen staatlicher und parteipolitischer Instanzen des kapitalistischen Auslands und der mit ihnen kooperierenden sozialistischen Führungsgruppe um Soares zunächst durchkreuzte, verdeutlichte jenes noch vor dem Putsch vom 11. März 1975 veröffentlichte, mittlerweile als echt bestätigte Dokument aus der Lissaboner

9) Die ohnehin durch externe Faktoren wie die Folgen des laufenden Dekolonisierungsprozesses und der verschärften Krise des internationalen Kapitalismus erheblich belastete ökonomische Situation Portugals (vgl. dazu weiter unten) wurde durch politisch gezielte Störmaßnahmen von Unternehmerseite weiter verschlechtert. Das Spektrum der durchaus zutreffend als ökonomische Sabotage qualifizierten Maßnahmen reichte von massiver Kapitalflucht über Investitionsstops, größere Entlassungen und abrupte Betriebsschließungen bis hin zur Ernteverniehtung, Abschlachtung der Viehbestände und Brachliegenlassen bisher genutzten Bodens. S. dazu Darstellung und Belege in: Sabotagem Economica. „Dossier" Banco Espirito Santo, trabalho colectivo des Commissões de delegados sindicais do Banco Espirito Santo e Comercial de Lisboa, Lissabon 1975, bes. S. 41 ff.; für den Agrarsektor s. Eugénio Rosa, A Reforma Agrária em Perigo, Lissabon 1977, S. 35 f.

10) Vgl. Klassenkämpfe in Portugal heute: Dokumente und Materialien, eingeleitet und zusammengestellt von L. Bertold/J. Nödinger/D. Pollmann, Frankfurt/M. 1977, S. 31 f.; Sozialistisches Büro Offenbach (Hrsg.), Portugal – Auf dem Weg zum Sozialismus?, a.a.O., S. 14 ff., S. 93 ff.

11) S. die Stellungnahme des nationalen Sekretariats der PS zum Putsch vom 11. 3. in: Klassenkämpfe in Portugal heute, a.a.O., S. 113–116, hier S. 115.

12) Dieser Komplex wird im zweiten Teil des Artikels genauer analysiert.

13) Hatte die PS-Führung noch unmittelbar nach dem Rechtsputsch betont, „daß die portugiesische Revolution nur erfolgreich sein wird, wenn es ein klares Abkommen zwischen dem MFA und den Koalitionsparteien gibt", das die objektiv mögliche „Öffnung eines eigenen Weges zum Sozialismus" konkretisiere (s. Stellungnahme des nationalen Sekretariats der PS v. 13. 3. 1975, a.a.O., S. 116), so wandte sie sich nach Vorlage der Plattform durch den MFA zusammen mit der CDS und PPD entschieden gegen die vorgesehene starke Stellung des Revolutionsrates und des MFA sowie die starke Bindung der Verfassung und der Parteien an die Realisierung eines sozialistischen Entwicklungsweges. Vgl. dazu „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 10. 4. 1975, S. 3 („Die demokratischen Parteien Portugals erheben Einwände"), und FAZ v. 11. 4. 1975, S. 6 („Militärs akzeptieren Korrekturen an ihrem Verfassungsentwurf"). Vgl. auch Mario Soares, Portugal. Welcher Weg zum Sozialismus? Interview mit Dominique Pouchin, Berlin (West) 1976, S. 108 ff.

14) Movimento Democrático Portugues = Portugiesische Demokratische Bewegung.

15) Partido Popular Democrático = Volksdemokratische Partei (die heutige PSD = Partido Social Democrático) und Centro Democrático Social = Demokratisch-Soziales Zentrum.

16) Unterzeichnet wurde das Verfassungsabkommen von CDS, FSP (Frente Socialista Portuguesa = Sozialistische Front Portugals, eine im Januar 1975 von der PS abgespaltene linkssozialistische Splitterpartei), MDP, PCP, PPD, PSP.

Botschaft der Bundesrepublik, dem zufolge Soares – offenkundig in Abstimmung mit der BRD-Botschaft – erwog, kurze Zeit vor den Wahlen zur Konstituante durch eine über den Rückzug der Sozialisten aus der Regierung gezielt ausgelöste Regierungskrise die Bedingungen für eine umgehende politische Neutralisierung des revolutionären Flügels des MFA und des MFA insgesamt im Anschluß an die Wahl zu schaffen[17].

In der Plattform nun bestätigten die unterzeichneten Parteien die eindeutige, für einen Übergangszeitraum von 3 bis 5 Jahren unabänderliche politische Dominanz von Revolutionsrat und Versammlung des MFA. Unter den staatlichen Organen rangierte das Parlament erst an vierter Stelle hinter dem Präsidenten und den MFA-Instanzen[18]). Die Parteien verpflichteten sich, „die Institutionalisierung des MFA . . . *nicht in Frage* zustellen und sie in die neue Verfassung einzubeziehen, ebenso wie die übrigen in diesem Dokument vereinbarten Punkte"[19]). Mit dem Ziel der „Dynamisierung und Überwachung des revolutionären Prozesses" durch die „Erfüllung der Prinzipien des Programms des MFA und . . . die Festigung und Ausweitung der bereits erzielten demokratischen Errungenschaften" wurden folgende Kompetenzen der MFA-Organe für die Übergangsphase der folgenden Jahre fixiert: 1) Eine Kommission der MFA erhielt koordinierende und inhaltlich kontrollierende Funktionen bei der Ausarbeitung der neuen Verfassung. 2) Die Verfassungsgebende Versammlung blieb ausschließlich auf die Ausarbeitung der Verfassung beschränkt – bis zur Wahl der Gesetzgebenden Versammlung sollte die Regierungsbildung dem Präsidenten unter Assistenz des Revolutionsrates vorbehalten bleiben. 3) Der Präsident der Republik, zugleich Vorsitzender des Revolutionsrates und Oberkommandierender der Streitkräfte, erhielt u. a. das Recht der Auflösung der Gesetzgebenden Versammlung in Abstimmung mit dem Revolutionsrat. 4) Dem Revolutionsrat selbst, dessen Zusammensetzung Sache der MFA-Organe blieb, wurden weitestreichende Kompetenzen zugesprochen, insbesondere: „Festlegung der notwendigen programmatischen Richtlinien der Innen- und Außenpolitik im Geist der Verfassung und Überwachung ihrer Einhaltung" (3.2a); „Entscheidung in allgemeiner bindender Form über die Verfassungsmäßigkeit der Gesetze und anderer Gesetzesformen" (3.2b); „Beurteilung und Bestätigung der Gesetzesvorschläge der Versammlung und der Regierung" auf den Gebieten der Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik, der Außenpolitik, der Verteidigungspolitik sowie der „Re-

17) Bei diesem Dokument handelt es sich um ein Telegramm der Lissabonner BRD-Botschaft an das Auswärtige Amt v. 27. 1. 1975, in dem es u. a. heißt: „. . . soares neigt zur auslösung regierungskrise ca. 3 bis 2 wochen vor wahl. Schockwirkung werde sich gegen linksradikale wenden . . . somit rücktritte (der PS-Minister, J. K.) *nicht als resignation mißdeutbar, sondern als kampfsignal* . . . wirkung rücktritt und erklärung entweder c.-g. (Costa Gomes, damaliger Präsident, J. K.) oder sp. (Spinola, J. K.) werde gekoppelt durch spaltung mfa . . . durch hilferuf an nato carvalho völlig isolierbar . . . aufgabe mfa praktisch erledigt, formales weiterbestehen bis september." (s. „Berliner Extra-Dienst", 11/1975, S. 2). *Diese vom Auswärtigen Amt als „plumpe Fälschung"* im Rahmen einer linksradikalen Horrorkampagne denunzierte Veröffentlichung wurde drei Jahre später in einem Arbeitsgerichtsverfahren als echt erwiesen, das ein im Zusammenhang mit der Affäre entlassener Botschaftsangehöriger gegen das Auswärtige Amt angestrengt hatte und gewann. (Siehe „Berliner Extra-Dienst", 8/1978, S. 9f.) Abgesehen von der juristischen Erhärtung bot die weitere politische Entwicklung in Portugal im Jahre 1975 genügend Anschauungsunterricht für die Relevanz der Enthüllung – Zum allgemeinen Kontext antirevolutionärer Interventionspolitik in Portugal seitens der Bundesrepublik und anderer kapitalistischer Staaten siehe weiter unten.

18) A.a.O., S. 706.

19) Ebd.

gelung der politischen Tätigkeit", besonders der Wahlvorgänge. Unmittelbare gesetzgebende Befugnis erhielt der Revolutionsrat in „Fragen des nationalen Interesses", in dringenden Fällen bei Aktionsunfähigkeit von Regierung und Parlament sowie „auf dem Gebiet des Militärs". Dazu stand dem Revolutionsrat die „Überwachung der Einhaltung der ordentlichen Gesetze und Beurteilung der Tätigkeit der Regierung oder der Verwaltung" zu. 5) Die Versammlung des MFA, deren Zusammensetzung, Arbeitsweise und Funktion der Gesetzgebung des Revolutionsrats vorbehalten blieb, wurde als „Dauereinrichtung" bestätigt; sie sollte Teil der Wahlversammlung zur Wahl des Präsidenten werden. 6) Für die gesamte Übergangszeit wurde somit die militärische Macht als „unabhängig von der zivilen" konstituiert, mit der Aufgabe, „Garant und Motor des revolutionären Prozesses (zu) sein"[20]).

Als entscheidende programmatische Festlegung der künftigen Konstituante wurde verankert, daß „die Verfassung die Prinzipien der Bewegung der Streitkräfte, die im Verlauf des Prozesses legitim erworbenen Errungenschaften sowie die Programmpunkte beinhalten" müsse, „die aus der revolutionären Dynamik hervorgegangen sind, die das Land offen und unumkehrbar auf den Weg eines portugiesischen Sozialismus geführt haben."[21])

Wenn dieses Verfassungsabkommen so relativ ausführlich rekapituliert wurde, dann deshalb, weil hier die portugiesische Revolution zu jener Klarheit und Entschiedenheit der politischen Perspektive gefunden zu haben schien, die ihr bisher mangelte. Die Heterogenität und inhaltliche Ambivalenz des MFA selbst schien ebenso „gebändigt" wie die in ihrer Gegnerschaft gegenüber einer forcierten sozialistischen Transformation Portugals konvergierenden Kalküle der Rechtsparteien und der PS-Führung um Soares. Zudem hatte das vielbeschworene Bündnis MFA–Volk jenseits des politisch-institutionellen Kräftespiels eine reale Kraft entfaltet, die eine längerfristige Kontinuität des eingeschlagenen revolutionären Kurses erwarten ließ. Gewichtige politische Maßnahmen des Revolutionsrates konnten als erste konkrete Schritte auf diesem Weg der grundlegenden Veränderung der portugiesischen Gesellschaft verstanden werden.

## II

Mit den wenige Tage nach dem Rechtsputsch erlassenen Nationalisierungsdekreten des Revolutionsrates griff der revolutionäre Prozeß zum erstenmal einschneidend in die sozioökonomische Struktur des Landes ein. Die Verstaatlichung der großen Banken und Versicherungen brachte die Zentren des portugiesischen Finanzkapitals und damit zugleich eine Vielzahl abhängiger Unternehmen ganz oder teilweise unter öffentliche Kontrolle[22]).

Welch beherrschende Stellung diese monopolistischen Gruppen im Rahmen der portugiesischen Wirtschaft einnahmen, verdeutlichen schon einige An-

20) A.a.O., S. 705 ff.
21) A.a.O., S. 708.
22) Siehe die Texte der beiden zentralen Gesetze über die Nationalisierung der Banken (Decreto-Lei No. 132-A/75, v. 14. 3.) und der Versicherungen (Decreto-Lei No. 135-A/75, v. 15. 3.) bei Neves, Orlando, Textos Históricos da Revolução, a.a.O., S. 301 ff.

deutungen. So kontrollierte etwa die Espirito-Santo-Gruppe über ihre Bank „Espirito Santo e Comercial de Lisboa" ca. 200 Unternehmen mit einem eingetragenen Kapital von 32 Mrd. Escudos, mit starken Positionen – außer im Banken- und Versicherungssektor – in der Erdöl-, Papier- und Gummiindustrie. Die „Companhia da Uniao Fabril (CUF/Melo-Gruppe Hausbank: „Totta & Açores") beherrschte ca. 250 Unternehmen mit mehr als 10% des Gesamtkapitals aller portugiesischen Industrie. Die Champalimaud-Gruppe, der Ex-Präsident Spinola – u. a. als Aufsichtsratsmitglied – eng verbunden war, kontrollierte nicht zuletzt über die zweitgrößte portugiesische Handelsbank „Banco Pinto e Sotto Mayor" 14 Großunternehmen mit einem Kapital von 25 Mrd. Escudos. Allein auf 168 Gesellschaften (0,4% von insgesamt 40 051) entfielen 1971 53% des Gesamtkapitals aller portugiesischen Gesellschaften[23]).

Die Verstaatlichungspolitik – von der Kommunistischen Partei mit wachsendem Nachdruck gefordert[24]), aber auch in der noch offiziell gültigen programmatischen Perspektive der PS liegend[25]) – knüpfte an das „Wirtschafts- und sozialpolitische Programm" des MFA und der Provisorischen Regierung vom Februar 1975[26]) an und verschärfte seine antimonopolistische Stoßrichtung.

Dieses Programm hatte als eines seiner Grundsatzziele die „Kontrolle der wirtschaftlichen Macht durch die politische Macht innerhalb des mehr allgemeinen Ziels der Errichtung einer echten wirtschaftlichen Demokratie"[27]) bestimmt und eine Reihe von Konkretisierungen formuliert, die allerdings eine kurzfristige weitreichende Nationalisierungspolitik nicht vorsahen. Hier sollte im wesentlichen auf der Basis des Gesetzes 660/74 verfahren werden, das die Nationalisierung bankrotter Unternehmen von nationalem Interesse oder solcher Unternehmen vorsah, deren Führung gezielter Wirtschaftssabotage für schuldig befunden wurde[28]).

Nunmehr waren dem Staat mit den durchgreifenden Nationalisierungen sehr viel weitergehende Möglichkeiten und Aufgaben bei der Realisierung der Grundlagen für den Aufbau einer sozialistischen Wirtschaft zugedacht. Die

---

23) Vgl. zu diesem Komplex Maria Belmira Martins, *Sociedades e Grupos em Portugal*, Lissabon 1973; Werner Hintzke, Die Rolle des internationalen Finanzkapitals gegen die Demokratie in Portugal, in: „IPW-Berichte", 5/1975, S. 69 ff.

24) Vgl. „Programa e Statutos do PCP. Aprovados no VII. Congresso (Extraordinário), realizado em 20/10/74", Lissabon 1974, S. 27 ff. Dort wird die „Liquidierung der Macht der Monopole" u. a. durch die Nationalisierung der Banken und Versicherungen, zentraler Transport- und Kommunikationssysteme, des Bergbaus, der Energiewirtschaft und anderer monopolistisch dominierter Sektoren gefordert (S. 30). Allerdings sah die „Plattform für Sofortmaßnahmen" des VII. Parteitags zunächst nur die allgemeine Stärkung des staatlichen Wirtschaftssektors und der öffentlichen Kontroll- und Interventionsmöglichkeiten vor (vgl. VII. Außerordentlicher Parteitag der Portugiesischen Kommunistischen Partei, Materialien, Berlin (DDR) 1974, S. 54 ff.

25) Vgl.: Declaração de principios e programa do Partido Socialista, o. O. 1973, wo die „Errichtung der Macht der Arbeiter . . . und zwar im Rahmen der Kollektivierung der Produktions- und Distributionsmittel" sowie ausdrücklich Nationalisierungen gefordert werden (S. 5 und 17). Konkreter noch in: O que é o Partido socialista, Lissabon 1974, S. 9, wo explizit von der Notwendigkeit die Rede ist, die Monopole, Banken u. a. zu sozialisieren.

26) Siehe Programa de politica económica e social. Governo Provisorio de República Portuguesa, Lissabon 1975; weiter: Debate sobre o programa de politíca económica e social. Contribuições de Ministro Melo Antunes u. a., Lissabon 1975.

27) Siehe Debate . . ., a.a.O., S. 13f.

28) A.a.O., S. 30 ff.

Zerschlagung der kapitalistischen Monopole sollte Voraussetzung dafür sein, die für die ökonomische Struktur des Landes entscheidend wichtigen Industrien durch den Staat zu entwickeln und auszubauen, durch umfassende staatliche Investitionsprogramme an neuralgischen Punkten mit Hilfe des staatlichen Bankensektors die verzerrte und damit entwicklungshemmende Wirtschaftsstruktur zu verbessern und somit sowohl die schleppende und wildwüchsige Investitionstätigkeit des kapitalistischen Sektors zu konterkarieren als auch die Bedeutung der ausländischen Investitionen zurückzudrängen. Auf diesem Wege sollten die bedrohlichen aktuellen Krisenerscheinungen der portugiesischen Ökonomie – ungenügende Ausnutzung der Produktionskapazität, Rückgang der Investitionen, hohe Inflationsrate, wachsende Unausgeglichenheit der Handels- und Zahlungsbilanz, wachsende Arbeitslosigkeit etc.[29]) – bekämpft und in ihren Ursachen durch eine schrittweise Schaffung und Konsolidierung nichtkapitalistischer Strukturen beseitigt werden[30]).

In dieser Perspektive wurden bis September 1975 weitere Verstaatlichungen durchgeführt: am 16. April über 30 Unternehmen der Stahlindustrie, des Transportgewerbes (darunter die Eisenbahn und die Luftfahrtgesellschaft TAP) und der Energiewirtschaft sowie 5 Erdölgesellschaften; am 14. Mai 20 Gesellschaften der Zement-, Zellulose- und Tabakindustrie; am 12. August schließlich die CUF, der größte nationale Konzern des Landes[31]).

Ausmaß und Struktur dieser im Herbst 1975 abgeschlossenen Politik lassen sich anhand der folgenden Tabelle verdeutlichen:

---

29) So ging die Kapazitätsauslastung der Industrie von 86% im März 1974 auf 76% im September 1975 zurück. Die Bruttoanlageinvestitionen zu konstanten Preisen, die zwischen 1968 und 1973 um durchschnittlich 12,8% gewachsen waren, gingen 1974 um 2,8% und 1975 um 38,6% zurück. Die Verbraucherpreise stiegen 1974 um 25,1%, 1975 um 15,3%. Das Handelsbilanzdefizit hatte sich 1974 gegenüber 1973 mehr als verdoppelt (von ca. 23 Mrd. Esc. auf 50,4 Mrd. Esc.) und verharrte 1975 bei 41,5 Mrd. Esc., Die Bilanz der laufenden Kosten wies 1974 ein Minus von 20,9 und 1975 eines von 21,9 Mrd. Esc. aus. Die offiziell ausgewiesene Arbeitslosenzahl stieg von 180 000 (1974) auf 396 000 (1975) und betrug im Dezember 1975 mehr als 500 000 (Arbeitslosenrate von mehr als 14%). Siehe dazu Klaus Eßer u. a., Portugal – Industrie und Industriepolitik vor dem Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft, Berlin (DDR) 1977, S. 44ff., S. 50ff., S. 101f.; OECD Economic Surveys: Portugal, 1977, Paris 1978, S. 10ff.

30) Vgl. dazu „Portugal Report", 3/1975, S. 4; Klaus Eßer u. a., Portugal, a.a.O., S. 59ff., S. 150ff.

31) Siehe „Archiv der Gegenwart", v. 29. 8. 1975, S. 19652; „Portugal-Report", a.a.O.; K. Eßer, a.a.O., S. 152.

**Kleine Bibliothek** Politik · Wissenschaft · Zukunft

101 **Wir Verfassungsfeinde.** Porträts 12,80
104 Tripp, **Betr.: Piaget** 14,80
105 Lange, **Technik im Kapitalismus** 12,80
107 Butterwegge, **Marxistische Staatsdiskussion** 12,80
108 Bauß, **Geschichte der Studentenbewegung** 14,80
110 Stuby/Wulff (Hg.), **Nürnberger Verhandlungen: Chile** 14,80
111 Bracht u.a. (Hg.), **Hochschulrahmengesetz** 12,80
113 Blank/Braun u.a., **Wohin treibt der Rechtsstaat?** 14,80
116 Haumann (Hg.), **Vom Hotzenwald bis Wyhl** 14,80
115 Finker, **Stauffenberg und der 20. Juli 1944** 14,80

**Pahl-Rugenstein**

Tabelle 1
Verstaatlichungen in Portugal bis September 1975

(Zusammengestellt nach K. Eßer u. a., Portugal, a.a.O., S. 153; As Nacionalizações-Defesa e dinamização. Textos da Conferência das Organizações do PCP, 11/12 de Março 1978, Lissabon 1978, S. 17f.)

| I. Direkte Verstaatlichungen | II. Indirekte Verstaatlichungen | III. Staatliche Beteiligungen | IV. Staatliche Interventionen |
|---|---|---|---|
| Ca. 200 Unternehmen der Bereiche | | | |
| 1. Transport/Verkehr + Energiesektor<br>– Eisenbahngesellschaft<br>– Luftfahrtgesellschaft TAP<br>– 2 Schiffahrtsgesellschaften<br>– 14 Elektrizitätsgesellschaften | Ca. 380 mit Banken und Versicherungen verflochtene Unternehmen in allen Sektoren | Zusätzlich zu II. schon zuvor innegehabte und zusätzlich erworbene Staatsbeteiligungen an Unternehmen | Befristete staatliche Verwaltung vom Konkurs bedrohter oder wegen Wirtschaftssabotage übernommener Unternehmen, die bis Ende 1977 zu verstaatlichen, zu reprivatisieren oder zu schließen waren; vorwiegend im Bereich der verarbeitenden Industrie; ca. 210 „intervenierte" Unternehmen |
| 2. Banken und Versicherungen<br>– Notenbanken (Festland und überseeische Gebiete)<br>– Geschäftsbanken (außer Sparkassen, landwirtschaftlichen Kreditinstituten, Filialen ausländischer Banken)<br>– Versicherungsgesellschaften | Davon ca. 200 Unternehmen mit einem Staatsanteil von mehr als 50%, ca. 190 Unternehmen mit einem Staatsanteil zwischen 5% und 50% | | |
| 3. Basisindustrien<br>– Stahlunternehmen Siderurgia Nacional<br>– 5 Mineralölgesellschaften<br>– Schiffsbau<br>– Minengesellschaften<br>– Produktion von Soda und Chlor<br>– Produktion von Zellulose<br>– Düngemittelindustrie<br>– Zementindustrie | | | |
| 4. Verarbeitende Industrie<br>– Tabakmanufaktur<br>– Bierbrauereien | | | |

Bis auf den Anteil ausländischer Gesellschaften vollständig in Staatsbesitz befanden sich nunmehr die Sektoren Mineralölraffinerie und -handel, Petro-

chemie, Stahl, Energiewirtschaft, Zement, Papier, Tabak, Bier sowie Banken, Versicherungen und zentrale Transportmittel[32]).

Der gesamtwirtschaftliche Anteil des staatlichen Sektors geht annähernd aus der folgenden Tabelle hervor:

*Tabelle 2*
*Gesamtwirtschaftlicher Anteil des Staatssektors – Projektionen für 1975 auf der Basis der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung 1974 (1973)*

| *Bereiche* | *Bruttowertschöpfung (zu Faktorkosten) (Mio. Escudos)* | | *Bruttoanlage-investitionen (Mio. Escudos)* | | *Beschäftigung* | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | *Gesamt 1974* | *In %* | *Gesamt 1974* | *In %* | *Gesamt 1973* | *In %* |
| *1. Öffentlicher Sektor vor dem 25. 4. 1974 / verstaatlichte Unternehmen/ kontrollierte Unternehmen (Staatsanteil über 50%)* | 76 789 | (29,5) 24,9 | 28 470 | (54,4) 43,7 | 454 484 | (20,0) 19,3 |
| *2. Unternehmen mit Staatsanteil 20–50%* | 2 357 | 0,8 | 742 | 1,1 | 14 952 | 0,6 |
| *3. Intervenierte Unternehmen* | 6 856 | 2,2 | 1 923 | 3,0 | 55 256 | 2,4 |

Zusammenstellung nach K. Eßer u. a., Portugal, a.a.O., S. 154, Tab. 49. As Nacionalizaçoes – Defesa e Dinamização, a.a.O., S. 17 – die Prozentzahlen in Klammern beziehen sich auf 1978 vorgelegte Daten für 1975.

Welches Gewicht dieser zweifellos bedeutende staatliche Wirtschaftssektor – der im Kernbereich von der Verfassung von 1976 auf dem hier skizzierten Niveau als unantastbar fixiert wurde[33]) – in der Perspektive sozialistisch orientierter Transformation erhalten konnte, blieb natürlich abhängig von der konkreten Ausgestaltung der staatlichen Wirtschaftspolitik über diesen Sektor und gegenüber dem verbleibenden privatkapitalistischen Bereich. Im Gegensatz zu häufigen Überschätzungen des Umfangs der Verstaatlichungspolitik[34]) ist darauf zu verweisen, daß der portugiesische Staatssektor im westeuropäischen Vergleich – etwa bezogen auf Frankreich, Italien, Österreich – keinesfalls extrem aus dem Rahmen fällt[35]), Zu bedenken blieb auch der in vielen Branchen beherrschende und gesamtwirtschaftlich relevante Einfluß des ausländischen Kapitals, das ja bei allen Nationalisierungsmaßnahmen ausgespart blieb[36]). Die Kardinalfrage mußte sich schon bald stellen, ob der

32) Siehe K. Eßer, a.a.O., S. 52ff.
33) Siehe J. J. Gomes Canotilho/Vital Moreira, Constituição da República Portuguesa – Anotada, Coimbra 1978, bes. Artikel 83 der Verfassung.
34) So bei Friedrich Krabbe, Entwicklungstendenzen der portugiesischen Industrie, in: „Kritik der politischen Ökonomie", 5/1976, S. 40.
35) Siehe K. Eßer, u. a., a.a.O., S. 160, Tab. 51.
36) Vgl. dazu die Tabellen bei Luis Salgado de Matos, Investimentos estrangeiros em Portugal (alguns aspectos), 3. Aufl., Lissabon 1973, S. 134–141.

Staatssektor im Rahmen einer weiterhin kapitalistischen Ökonomie funktionieren und dabei allenfalls gewissen Kontroll- und entwicklungspolitische Impulsaufgaben wahrnehmen sollte, oder ob er zu einem wesentlichen Ausgangspunkte jenes von Regierung und MFA programmatisch verkündeten portugiesischen Weges zum Sozialismus werden konnte. Die innenpolitische Konstellation sollte sich schon im Sommer 1975 – noch bevor eine stringente staatliche Planungsstrategie erstellt und erste koordinierende Instanzen aktiv waren – gegen eine systemtransformierende Fortsetzung des eingeschlagenen Weges wenden. Dennoch: mit dem durch die Verfassung von 1976 gestützten öffentlichen Wirtschaftssektor, dessen nichtkapitalistische Potenz noch durch etwa 1000 industrielle Produktionskooperativen und Selbstverwaltungsunternehmen (empresas em autogestão) ergänzt wird, war eine bedeutende Veränderung der ökonomischen Struktur erreicht, deren Konsolidierung und Instrumentalisierung im Sinne des sozialistischen Verfassungsauftrags von der portugiesischen Linken – besonders von den Gewerkschaften und der PCP[37]) – immer wieder reklamiert wurde und die fortan wegen ihrer strategischen Bedeutung ein Dreh- und Angelpunkt der politischen Auseinandersetzung sein mußte.

Die andere große Umwälzung, die im Gefolge des Linksrucks nach dem März-Putsch verstärkt in Gang kam und sich bis zum Herbst 1975 vollzog, betraf das Latifundiengebiet des portugiesischen Südens, den Alentejo. In einer nach kurzer Anlaufzeit gewaltig anschwellenden Massenbewegung der kollektiven Landbesetzung entlud sich die ganze, lange aufgestaute Erbitterung des Landproletariats über materielles Elend, Demütigung und himmelschreiende Ungerechtigkeit, die mit der quasifeudalen Herrschaft der Latifundistas verbunden waren. Angesichts des Fortbestehens dieser durch die archaischen Produktionsverhältnisse gesetzten Misere und angesichts der Verzögerung der von allen politischen Kräften der Linken bis hinein ins bürgerliche Lager als überfällig deklarierten Agrarreform war die Ungeduld der Landarbeiter kontinuierlich gewachsen, zumal die Klasse der Großagrarier eine der sozialen Hauptstützen und ein Hauptnutznießer des faschistischen Regimes gewesen war und sich nunmehr aktiv der demokratischen Entwicklung widersetzte.

Bevor die Umwälzung der Produktionsverhältnisse in Alentejo im Zuge der offenen Klassenkämpfe des Sommers 1975 analysiert wird, ist es nützlich, sich einige grundlegende Zusammenhänge der Ausgangslage zu vergegenwärtigen.

---

37) Im Rahmen einer Konferenz der PCP wurde der nationalisierte Sektor gründlich und differenziert analysiert und sein strategisches Potential besonders betont. „Sein entscheidender Einfluß im System der portugiesischen Ökonomie leitet sich vor allem aus seiner Verankerung nicht in irgendeinem Teil der ökonomischen Sektoren, sondern genau in den Basissektoren . . . ab, die die Hebel des gesamten produktiven Prozesses sind und die daher – sei es durch die Natur ihrer Produktion, sei es durch die strategische Position, die sie in den intersektoralen Beziehungen einnehmen – eine grundlegende Rolle für die Entwicklung und das weitere Produktionswachstum aller anderen Sektoren ausüben . . ." „Das entscheidende Gewicht des nationalisierten Sektors der Ökonomie erschließt sich noch stärker, wenn man seine Integration in den Staaatsapparat und sein Instrumentarium der Kontrolle und Orientierung der ökonomischen und finanziellen Aktivität in Rechnung stellt, namentlich im Hinblick auf die Planifikation, die Kredit- und Investitionspolitik, die Steuerplitik, die Industrie- und Agrarpolitik und die Handels- und Preispolitik." (As Nacionalizações . . ., a.a.O., S. 161f.)

Über die Besitzstruktur in der portugiesischen Landwirtschaft vor 1974 informiert die folgende Tabelle:

*Tabelle 3*

| *Größenklassen* | *Betriebe* | | *Fläche* | |
|---|---|---|---|---|
| | *Zahl* | *% der Gesamtzahl* | *ha* | *% der Gesamtfläche* |
| *Betriebe bis 5 ha* | *670 120* | *82,4* | *915 162* | *18* |
| *Betriebe von 5 ha bis 50 ha* | *134 155* | *16,4* | *1 525 477* | *30,5* |
| *Betriebe von 50 ha bis 500 ha* | *8 093* | *1,0* | *1 037 204* | *20,8* |
| *Betriebe mit mehr als 500 ha* | *1 140* | *0,2* | *1 508 566* | *30,7* |
| *Summe* | *813 508* | *100,0* | *4 986 409* | *100,0* |

Quelle: Eugénio Rosa, A Reforma Agrária em Perigo, Lissabon 1977, S. 16; die Daten beziehen sich auf das Jahr 1968.

Das Bild der Polarisierung wird noch deutlicher, wenn man bedenkt, daß die 488 größten Betriebe (mit einer Fläche ab 1000 ha) mit 1 065 799 ha mehr Land besaßen, als 670 120 Klein- und Kleinstbetriebe (Fläche bis 5 ha) mit 915 162 ha[38]). Dazu muß nun die regionale Polarisierung gesehen werden (s. folgende Tabelle):

*Tabelle 4*
*Agrarbetriebe nach ausgewählten Betriebsgrößenklassen in ausgewählten Distrikten (1968)*

| *Distrikte* | *Betriebe bis 4 ha* | | *4–50 ha* | | *Über 100 ha* | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | *% aller Betriebe* | *% der Fläche aller Betriebe* | *% aller Betriebe* | *% der Fläche aller Betriebe* | *% aller Betriebe* | *% der Fläche aller Betriebe* |
| *Norden:* | | | | | | |
| *Aveiro* | *88,6* | *44,8* | *9,2* | *38,7* | –[1]) | *12,9* |
| *Braga* | *83,5* | *38,3* | *16,4* | *56,7* | – | *2,1* |
| *Coimbra* | *88,8* | *49,1* | *11,0* | *39,6* | – | *8,7* |
| *Porto* | *87,0* | *38,7* | *12,6* | *54,7* | – | *2,5* |
| *Viseu* | *83,5* | *39,1* | *16,1* | *50,1* | *0,1* | *5,5* |

1) = weniger als $1^1/_{00}$.

38) Siehe Eugénio Rosa, a.a.O., S. 16.

| Distrikte | Betriebe bis 4 ha | | 4–50 ha | | Über 100 ha | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | % aller Betriebe | % der Fläche aller Betriebe | % aller Betriebe | % der Fläche aller Betriebe | % aller Betriebe | % der Fläche aller Betriebe |
| Süden: | | | | | | |
| Beja | 42,5 | 1,9 | 47,6 | 17,7 | 5,8 | 72,7 |
| Évora | 57,1 | 1,4 | 35,1 | 8,8 | 5,7 | 87,0 |
| Portalegre | 63,4 | 2,7 | 29,8 | 12,6 | 4,4 | 79,2 |
| Setúbal | 73,9 | 4,6 | 22,4 | 16,9 | 2,2 | 72,6 |

*Zusammengestellt nach: Eduardo de Freitas u. a., Modalidades de Penetração do Capitalismo na Agricultura. Estauturas Agrárias em Portugal Continental (1950–1970), Vila de Feira 1976, S. 78f.*[39]).

Während im Norden – und im Zentrum – des Landes der Klein- und Kleinstbesitz eindeutig dominiert und Betriebe mit mehr als 100 ha allenfalls nach Dutzenden zählen, ist für die südlichen Distrikte die beherrschende Stellung der Großbetriebe offenkundig. Von den 1140 Riesengütern mit mehr als 500 ha entfallen bis auf 44 alle auf die südlichen Distrikte[40]).

Die agrarische Sozialstruktur war dementsprechend durch den scharfen Gegensatz zwischen der herrschenden Klasse der Agrarkapitalisten und dem Landproletariat gekennzeichnet. Von den in der portugiesischen Landwirtschaft Beschäftigten – insgesamt ca. 28% aller Erwerbstätigen – waren 1970 49% Lohnabhängige. In den südlichen Distrikten machte der Anteil des Landproletariats an der Gesamtzahl der in der Landwirtschaft „Beschäftigten" z. T. mehr als 80% aus[41]). Das materielle Elend der Landarbeiter folgte nicht nur aus den miserablen Löhnen, die häufig nur die Hälfte der ohnehin niedrigen Industriearbeiterlöhne ausmachte, sondern aus der Tatsache, daß 75% der Arbeiter nur zeitweilig – zu den jeweiligen Erntezeiten – beschäftigt und im übrigen ohne jede soziale Absicherung arbeitslos waren[42]). Die Unerträglichkeit dieser Situation – neben der hohen Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung auch gekennzeichnet durch fehlende medizinische Versorgung, hohe Kindersterblichkeit, extrem hohe Analphabetenrate u. a. m. – führte gerade in den südlichen Distrikten zu einer massenhaften Landflucht von Landarbeitern und Kleinstbauern, die von der portugiesischen Industrie nicht aufgefangen werden konnte. Allein aus dem Alentejo wurden zwischen 1950 und 1970 mehr als 400 000 Lohnabhängige vertrieben[43]), die überwiegend zur Emigration gezwungen waren[44]). Wie wenig diese Lage durch „natürliche"

39) In der Übersicht wurden aus den 18 portugiesischen Distrikten jeweils die zentralen Distrikte des Nordens und des südlichen Agrarreformgebiets ausgewählt.
40) Siehe Eugénio Rosa, a.a.O., S. 35.
41) Beja: 77,7%, Évora: 87,6%, Portalegre: 64,2%, Setúbal: 81,2%. E. Freitas, u. a., a.a.O., S. 59. Vgl. auch Bodo Freund, Agrarprobleme Portugals und die Agrarreform in den Südprovinzen, in: „Marburger Geographische Schriften", 73/1977, S. 209ff.
42) Siehe António Bica, Agricultura e Reforma Agrária em Portugal 1974, Porto 1975, S. 17ff. Vgl. zu diesem Aspekt wie zur gesamten Agrarfrage auch Alvaro Cunhal, Contribuição para o Estudo da Questão Agrária, 2 Bde., Lissabon 1976.
43) Siehe Eugénio Rosa, a.a.O., S. 28.
44) Zwischen 1961 und 1967 verließen jährlich mehr als 85 000 Portugiesen ihr Land. Die Gesamtzahl der Emigranten liegt weit über einer Million. In Frankreich z. B. leben mehr als 500 000 Portugiesen. Siehe dazu Carlos Almeida/Antonio Barreto, Capitalismo e Emegração em Portugal, 2. Ed., Lissabon 1974.

Faktoren, wie sehr dagegen durch die spezifischen Eigentums- und Produktionsverhältnisse bedingt war, verdeutlicht schon die Tatsache, daß die Latifundisten des Südens riesige Ländereien brachliegen ließen, die – wenn überhaupt – nur für extensive Viehwirtschaft oder aber für gelegentliche feudale Jagdgesellschaften „genutzt" wurden[45]). Häufig waren auf riesigen Gütern mit mehreren 1000 ha Land lediglich 5 bis 10 Arbeiter ständig beschäftigt[46]). Diese agrarkapitalistische Stillegung großer natürlicher und gesellschaftlicher Ressourcen hatte – neben den inhumanen Konsequenzen für das unmittelbar betroffene Agrarproletariat – auch den gesamtwirtschaftlich höchst fatalen Effekt, daß Portugal – immer noch ein ausgesprochenes Agrarland – in wachsendem Maße gezwungen war, Grundnahrungsmittel und andere Agrarprodukte zu importieren[47]).

Vor diesem – hier nur knapp angedeuteten – Hintergrund vollzog sich 1974 eine rasche Politisierung und Organisierung des alentejanischen Landproletariats, das dabei durchaus an lange Traditionen des sozialen und ökonomischen Kampfes auch aus der Zeit des Faschismus anknüpfen konnte[48]).

Der wichtigste organisatorische Schritt bestand zunächst in der Schaffung einer eigenen Landarbeiter-Gewerkschaft, die sich lokal und auf Distriktebene konstituierte. Nach relativ kurzer Zeit waren allein in den 5 Distrikten des späteren Agrarreformgebietes mehr als 100 000 Landarbeiter gewerkschaftlich organisiert[49]). Auf diese Weise konnten von den Gewerkschaften erste „kollektive Arbeitsverträge" (CCT) durchgesetzt werden, ohne daß es allerdings zu einer allgemeinen gesetzlichen Regelung der Arbeitsverhältnisse im Agrarsektor – z. B. Mindestlöhne etc. betreffend – kam[50]).

Schon zwischen September 1974 und März 1975 kam es zu ersten Besetzungen brachliegender oder völlig vernachlässigter Ländereien durch Landarbeiter, deren Gewerkschaft entscheidende Anstöße vermittelte[51]). Nach dem 11. März stieg die Welle der Landbesetzungen sprunghaft an und gewann bald den Charakter einer breiten Klassenaktion des Landproletariats, das nicht länger bereit war, sich mit offiziellen Ankündigungen und Versprechungen abzufinden. Unter der alten gewerkschaftlichen Kampflosung „Das

45) Diese „Unternutzung" (subtilização) betraf sogar fast die Häfte des unmittelbar bewässerten Landes. Vgl. Eugénio Rosa, a.a.O., S. 25f.
46) So übereinstimmend die Ergebnisse einer Befragung von Kooperativ-Leitungen im Alentejo, die von einer Kasseler Forschungsgruppe im Sommer 1978 durchgeführt wurde.
47) So stieg die Importquote bei Grundnahrungsmitteln zwischen 1969 und 1974 von 18,3% auf 33,6%; für Futtermittel lag sie zwischen 50 und 70%. Siehe Eugénio Rosa, a.a.O., S. 21. – Im Jahre 1974 wurden Agrarprodukte im Wert von 28,7 Mrd. Esc. importiert und lediglich Produkte im Wert von 15,9 Mrd. Esc. exportiert. Siehe Instituto Nacional de Estatística: Estatísticas Agricolas. Continente e Ilhas Adjacentes, 1975, Lissabon 1976, S. 74 und 81.
48) Vgl. Manuel Joaquim de Sousa, O Sindicalismo em Portugal, 4. Ed., Porto 1974, S. 89ff.; António Gervásio, Kampf um den Boden – Kampf für die Revolution, in: „Probleme des Friedens und des Sozialismus", 5/1976, S. 612.
49) Auf dem großen Gewerkschaftskongreß vom 27.–30. 1. 1977, auf dem die Confederção Geral dos Trabalhadores Portugueses/Intersindical Nacional (CGTP/IN) – die umfassende Dachorganisation der portugiesischen Gewerkschaftsbewegung – gebildet wurde, wurde die Mitgliederzahl der Landarbeitergewerkschaft in den Distrikten Beja, Evora, Portalegre, Samtarém und Setúbal mit 113 370 angegeben (errechnet nach den Kongreßangaben in: Sindicalismo em Portugal 1977/78, Lissabon 1977, S. 151ff.).
50) Siehe dazu CRARA: Os Sindicatos na Vanguarda da Luta, Série: História da Reforma Agrária, No. 1, Amadora o. J. (1976), S. 7f.; Blasco Hugo, Fernandes, Problemas Agrárias Portugueses, Lissabon 1975, S. 58ff.
51) Vgl. Rosa, E.: a.a.O., S. 36.

Land denen, die es bearbeiten" wurden die großen Latifundien von Landarbeiter-Kollektiven in Besitz genommen. Dabei stand, und das war das Bemerkenswerte, die Parzellierung der Güter in agrarischen Kleinbesitz niemals zur Debatte – Konsequenz sowohl der gegebenen Produktionsbedingungen als auch des ausgeprägten Kollektivbewußtseins der Landarbeiter. Dieser laufende Prozeß einer wirklich revolutionären Umwälzung der sozioökonomischen Struktur des Alentejo wurde schließlich im Sommer 1975 durch eine Reihe von Gesetzen sanktioniert, weiter stimuliert und zugleich kanalisiert[52]).

Dem Agrarreform-Gesetz vom Juli 1975 zufolge, das in seiner Präambel „den Prozeß der Enteignung des Großgrundbesitzes und der großen kapitalistischen Agrarbetriebe der jetzt herrschenden Schichten und ihrer mächtigeren Vertreter zu regulieren" versprach, sollten alle Ländereien enteignet werden, sofern sie den Wert von 50 000 Punkten – entsprechend etwa 50 bis 70 ha bewässerten Landes – oder eine Fläche von 700 ha überstiegen. War dies schon eine Modifikation des ursprünglichen Konzepts zugunsten der Latifundisten – ursprünglich sollte die Enteignungsgrenze bei 500 ha liegen –, so galt dies noch mehr für die auf den ersten Blick hinnehmbare Einräumung eines Besitzrechts für die Latifundisten bis zum Wert von 50 000 Punkten[53]). Dieses „Recht der Reserve" mit seinem komplizierten und unklaren Berechnungs- und Umsetzungsmodus sollte zum entscheidenden Hebel für die Großagrarier und die mit ihnen kooperierenden politischen Kräfte und Teile des Staatsapparats werden, die Agrarreform zu behindern, zu destabilisieren und z. T. wieder rückgängig zu machen[54]).

Trotz der Agararreformgesetzgebung blieb die eigenständige Aktion der agrarproletarischen Massen in Form der Landbesetzung und Gründung „Kollektiver Produktionseinheiten"[55]) die entscheidende Grundlage der Umwälzung, war doch die Anwendung der Gesetze durch die Staatsorgane weder zügig noch widerspruchsfrei. Hinzu kam der erbitterte Widerstand der Großagrarier, die sich aller Mittel von der gezielten öffentlichen Stimmungsmache über die konterrevolutionäre Mobilisierung der Klein- und Mittelbauern und Pächter bis hin zur Vernichtung von Produktionsmitteln und zu terroristischen Akten gegen die neuen Kooperativen bedienten[56]).

52) Es handelt sich um die Gesetzesverordnungen (Drecreto-Leis) Nr. 406-A/75 v. 29. 7. 1975 (betreffend die „Normen der Enteignung bestimmter bäuerlicher Grundstücke" – das eigentliche Agrarreform-Gesetz), Nr. 407-A/75 (betreffend die Nationalisierung von Agrarland, das durch Nutzung aufgewertet worden war), Nr. 251/75 (betreffend agrarische Dringlichkeitskredite) und Nr. 201/75 (Landpacht-Gesetz). Siehe E. Rosa, a.a.O., S. 37 – Diese Gesetze sind Konkretisierungen des Agrarreform-Programms, das vom Revolutionsrat und der IV. Provisorischen Regierung unter Goncalves im Anhang zur Gesetzesverordnung Nr. 203-C/75 vom 15. 4. 1975 beschlossen worden war. Siehe dazu J. Silva Lourenço, Principos da reforma agrária na Constituição de 1976, in: „Economica", Vol. 1, No. 1, Januar 1977, S. 127 f. Ein vollständigerer Überblick über den Komplex der Agrarreform-Gesetzgebung des Jahres 1975 findet sich in: „Economia", Februar-März 1976, S. 87 ff. – Die Auswirkungen des Agrarreformprozesses für den portugiesischen Norden, dessen Bedingungen ein völlig anderes Konzept, eine zweite eigenständige Reform erforderten, werden hier vernachlässigt. Vgl. dazu die Analyse des Landpachtgesetzes bei E. Rosa, a.a.O., S. 44 ff.

53) Siehe Eugénio Rosa, a.a.O., S. 39.

54) Siehe dazu weiter unten.

55) Unidades Colectivos de Produção (UCP).

56) Siehe z. B. CRARA (Hrsg.), Uma legalidade revolucionária, o. O. 1976, S. 9 ff.; vgl. auch Jaques Frémontier, Portugal. Les points sur les i, Paris 1976, S. 222 ff.

Dennoch waren schon im September 1975 mehr als 280 000 ha Land im Alentejo besetzt; Ende des Jahres waren insgesamt 360 Kooperativen (UCPs) den Gesetzesvorschriften entsprechend legalisiert[57]). Die folgende Tabelle vermittelt ein Bild von dem im Jahre 1976 – also vor der reformfeindlichen Revisionspolitik des Agrarministers Barreto 1977/78 – erreichten Stand des Agrarreformprozesses:

*Tabelle 5*
*Kollektive Produktionseinheiten (UCPs), ihre Landfläche und die nach Gesetz enteignungsfähige Fläche in den Distrikten des Agrarreform-Gebiets (10. 5. 1976)*

| *Distrikte* | *Zahl der UCPs* | *Gesamtfläche der UCPs (ha)* | *Enteignungsfähige Gesamtfläche (ha)* |
|---|---|---|---|
| *Beja* | *85* | *286 326* | *450 000* |
| *Castelo Branco* | *5* | *5 517* | *110 000* |
| *Évora* | *165* | *392 000* | *500 000* |
| *Portalegre* | *61* | *257 000* | *300 000* |
| *Santarém* | *55* | *45 025* | *100 000* |
| *Setúbal* | *78* | *92 000* | *120 000* |
| *Faro* | *3* | *975* | *8 000* |
| *Lisboa* | *7* | *5 630* | *12 000* |
| *Summe* | *459* | *1 084 473* | *1 600 000* |

Quelle: Eugénio Rosa, a.a.O., S. 40 – nach Angaben des Agrarministeriums.

Somit waren 1976 ca. 68% des nach dem Gesetz zur Enteignung bestimmten Landes nationalisiert und von den Kooperativen übernommen. Diese standen nun vor einer Fülle von Problemen, für deren Lösung sie nur bedingt – und seit 1976 trotz der eindeutigen Aussagen der neuen Verfassung zunehmend weniger[57a]) – auf Unterstützung des Staates rechnen konnten. Häufig fehlten Kapital, Produktionsmittel und Fachkräfte in einem Ausmaß, das entmutigend war – ganz abgesehen von den sich notwendig einstellenden Schwierigkeiten der internen Organisation und den vielfältigen Sabotageakten der Großagrarier. Dennoch wurden diese Probleme mit ungeheurem Elan und noch größerer Improvisationskunst erstaunlich erfolgreich angegangen. Durch die Gründung der Kooperativen wurden 1975/76 ca. 40 000 neue Arbeitsplätze geschaffen, wodurch die Arbeitslosigkeit in den südlichen Distrikten in einem bisher nicht gekannten Maß gesenkt werden konnte.[58]). Im

57) Siehe den Überblick des damaligen Staatssekretärs im Agrarministerium António Bica: Considerções sobre a reforma agrária, in: „Economia", Februar/März 1976, S. 18. Über den zeitlichen Ablauf und den Umfang der Landbesetzungen bis herunter zur Kreis-Ebene (Concelhos) informiert Vitor Matias Ferreira, Da Reconquista da Terra à Reforma Agrária, Lissabon 1977, bes. S. 89ff. So waren im Distrikt Évora Ende Juli 1975 – d. h. am Startpunkt der eigentlichen Agarreformgesetzgebung – schon ca. 50 000 ha (12,8% der späteren Gesamtfläche) besetzt (S. 91).

57a) Siehe dazu weiter unten. Die in der Folge genauer zu analysierende Verfassung vom April 1976 widmet der Agrarreform einen eigenen Abschnitt (Art. 96–104), in dem sie als „eines der grundlegenden Mittel zur Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft" (Art. 96) bezeichnet wird. Die Verfassung bestimmt weiter, daß „Die Kooperativen der Landarbeiter und die anderen Formen der Kollektivwirtschaft der Arbeiter das Recht auf Hilfe durch den Staat haben" (Art. 102). Siehe Constituição da Republica Portuguesa, a.a.O., S. 225ff.

58) Siehe die Angaben bei Eugénio Rosa, a.a.O., S. 128f. Nimmt man die befristeten Arbeitsverhältnisse hinzu, erhöht sich die Zahl auf ca. 50 000 (s. Conferéncia da Reforma Agrária, Évora, 30./31. Outubro 1976, Conclusões, Évora 1976, S. II).

Gegensatz zu der von den Rechtsparteien inszenierten und vom rechten Flügel der Sozialistischen Partei partiell mitgetragenen Kampagne, die Chaos und Zusammenbruch der Agrarproduktion als Folge der Agrarreform an die Wand malte, bewirkte die Reform einen erheblichen unmittelbaren Anstieg der Agrarproduktion und des Bruttoagrarprodukts.[59]).

Dies wurde möglich durch eine erhebliche Ausdehnung der Anbauflächen der Kooperativen, vor allem durch die Kultivierung von Brachland, die Vergrößerung der bewässerten Landfläche, die Anschaffung von Maschinen und Vieh etc.[60]) – zunächst auf der Basis großer Einschränkungen der Kooperativmitglieder, die oft monatelang auf ihre Löhne zugunsten der dringendsten Investitionen verzichteten. So stiegen auch die Ernteerträge 1975 und 1976 z. T. erheblich an, wodurch sich die Importabhängigkeit bei bestimmten Agrarprodukten nicht unwesentlich verringerte[61]). Zudem wurde die Agrarproduktion zugunsten der heimischen Konsumbedürfnisse diversifiziert[62]).

Eine der wesentlichen Voraussetzungen für die relative Konsolidierung der neuen Produktionskollektive war die Öffnung und Ausweitung der staatlichen Agrarkreditpolitik. Sie wurde schließlich gegen große Widerstände bis September 1975 durchgesetzt, so daß die UCPs in die Lage versetzt wurden, kurzfristig Dringlichkeitskredite zu günstigen Konditionen nicht nur für investive Zwecke, sondern auch für die Bezahlung ausstehender Löhne zu erhalten[63]). Daß die hohe Kreditabhängigkeit der Kollektivbetriebe zugleich die Möglichkeit restriktiver Eingriffe in den Agrarreformsektor bedingte, wurde in der Agrarpolitik seit 1976 zunehmend verdeutlicht.

Für die Konsistenz des im Zuge der revolutionären Umwälzung der Latifundienstruktur geschaffenen kollektivwirtschaftlichen Sektors war und ist die innere Struktur der UCPs und Kooperativen von entscheidender Bedeutung. Aus der Praxis der sozialen Bewegung selbst und unter Berücksichtigung der rechtlichen Voraussetzungen für die Legalisierung der Kollektiveinheiten haben sich bestimmte Grundstrukturen herausgebildet. Zentrales Organ ist die Vollversammlung der Kooperativmitglieder, die die kollektive Leitung (Direktion) und das zentrale Kontrollorgan (Verwaltungsrat) wählt und über

57) Siehe den Überblick des damaligen Staatssekretärs im Agrarministerium António Bica: Considerçöes sobre 1,3%, stieg es 1975 um 0,2% und 1976 um 2,0% (s. E. Rosa, a.a.O., S. 116f.).

60) Nach offiziellen Angaben entwickelten sich die Saatflächen für verschiedene Getreidearten, die schwerpunktmäßig in der Agrarreformzone angebaut werden, wie folgt (s. E. Rosa, a.a.O., S. 118):

Saatfläche (in 1000 ha)

| Produkte | 1974 | 1975 | 1976 |
|---|---|---|---|
| Weizen | 461,2 | 462,0 | 532,8 |
| Hafer | 170,6 | 206,6 | 216,2 |
| Gerste | 93,5 | 100,5 | 113,6 |
| Roggen | 209,8 | 210,0 | 210,0 |

Von seiten der Kooperativen wurde die Ausweitung der Saatflächen 1975/76 mit ca. 155 000 ha beziffert, die des bewässerten Landes mit 3200 ha (s. Conferencia da Reforma Agrária, 1976, a.a.O., S. I). – 1977 kam es zu einem teilweise dramatischen Rückgang der Saatflächen bei Getreide, Folge einmal besonders schlechter Witterungsbedingungen, zum anderen der gegen die Kooperativen gerichteten Politik unter Minister Barreto.

61) Siehe Eugénio Rosa, a.a.O., S. 120ff.

62) Ebd., S. 121f.

63) Ebd., S. 41ff.

die Mitgliedschaft und Statutenänderung, Investitionspläne, Arbeitsverteilung und Ertragsverteilung etc. entscheidet. Auf der Leitungsebene existieren in der Regel Fachkommissionen für bestimmte Produktionsaufgaben. Bezahlt werden die Mitglieder, die einen minimalen Mindestbetrag (zwischen 100 und 1000 Esc.) als Einlage einbringen müssen, auf der Basis des zwischen Landarbeitergewerkschaft und Arbeitsministerium abgeschlossenen Tarifvertrages, was Differenzierungen zwischen Männern und Frauen sowie in der Regel für Spezialistentätigkeit (Mechaniker etc.) einschließt[64]).

Die überblickbaren Erfahrungen mit diesem Organisationsmodell verweisen – trotz aller Schwierigkeiten bei der Konkretisierung effektiver Leitung, Kontrolle und Partizipation[64a]) auf eine relativ große innere Stabilität der neuen Einheiten, die nicht zuletzt durch koordinierende Organe der Kooperativen (Unionen von Kooperativen, neuerdings ein zentrales „Sekretariat der UCPs und Kooperativen" mit Büros auf Distrikt- und Kreisebene) und Hilfestellung von seiten der Gewerkschaften und politischer Solidaritätsorganisationen[65]) gestützt wird. Der aus den Reihen der Sozialistischen Partei nicht selten assistierte Versuch der portugiesischen Rechten, Landbesetzung und Kollektivgüter im Alentejo als infame Machinationen einer machthungrigen Kommunistischen Partei zu denunzieren[66]), mußte sich angesichts der Realität des Agrarreformprozesses als lächerliche Verzerrung entlarven. Zwar kam der PCP durchaus eine maßgebliche Rolle in diesem Prozeß zu, da sie seit Jahrzehnten als organisierte Kraft des alentejanischen Landproletariats präsent war und als einzige der großen Parteien die große Umwälzung rückhaltlos unterstützte und mittrug sowie ihre organisatorische Potenz für die Konsolidierung des Erreichten kontinuierlich einsetzte. Aber sie konnte dies nur deshalb so erfolgreich tun, weil sie an die manifesten Klasseninteressen eines politisch hochbewußten Landproletariats anknüpfte. Die unmittelbare Einsichtigkeit der radikalen Veränderungen und das in einer breiten Mehrheit der Landarbeiterschaft scharf konturierte Bewußtsein, nie wieder in die Misere der alten Knechtschaft zurückkehren und die errungenen Verbesserungen der Lebens- und Arbeitsbedingungen um jeden Preis verteidigen zu wollen, sind die eigentliche Basis für die Kraft der Agrarreformbewegung. Das von den Rechtsparteien ohnehin forcierte und von der Sozialistischen Partei keineswegs endgültig begrabene Projekt des ehemaligen Rechtssozialisten Barreto[67]), die Kooperativen der Agrarreformzone auf das Niveau eines kapitalistisch inte-

64) Vgl. dazu Instituto António Sérgio do Sector Cooperativo (Hrsg.), Como constituir uma Cooperativa, Lissabon 1978, bes. S. 71 ff. Als Beispiel für ein konkretes Statut s. das der UCP „A Luta é de Todos" in Mora, Distrikt Evora (Mora 1976).

64a) Hierzu sind uns in Diskussionen und Befragungen auf mehren Kooperativen im Sommer 1978 vielfältige Beispiele genannt worden. Vgl. auch stellvertretend für eine Fülle einschlägiger Erfahrungsberichte aus dem breiten Spektrum der sogenannten nichtorthodoxen Linken: Helga M. Novak, Die Landnahme von Torre Bela, Berlin (West) 1976.

65) So durch die „Comissão Revolucionária de Apóio à Reforma Agrária" (CRARA), die Spendenmittel und vor allem unentgeltliche Expertenhilfe vermittelt sowie die Agarreform publizistisch unterstützt (Serie „Actividades da C.R.A.R.A.", „Documentos" etc.).

66) Auf dieser Ebene bewegt sich das Buch von Vacas de Carvalho, O fracasso de um processo. A Reforma agrária no Alentejo, Aveiro 1977, das der PCP u. a. vorwirft, sie habe aus den ehrenwerten Familienvätern der alentejanischen Arbeiterschaft eine Bande von Dieben gemacht (S. 27).

67) Der frühere Agrarminister A. Barreto trat im Sommer dieses Jahres aus der PS aus. Das von ihm konzipierte Gesetz Nr. 77 v. 29. 9. 1977 kennzeichnet den heute noch gültigen rechtlichen Rahmen der Agrarreform. Text und Analyse des Gesetzes bei: António Lopes Cardoso, A nova lei da reforma agrária, Lissabon 1977.

grierten Genossenschaftswesens zurückentwickeln, hat demgegenüber die neue Realität nie anerkannt, sondern setzt – bislang erfolglos – auf den Abnutzungseffekt verstärkter Schwierigkeiten für die ökonomisch schwächeren Kooperativen und auf die Verweigerung einer angemessenen, von der Verfassung gebotenen organisatorischen Infrastruktur durch den Staat[68]).

(Zweiter Teil folgt)

# OPEC und OECD – Kräfteverhältnisse und Perspektiven

Von Mohammed Massarrat

## *1. Neuordnung der Beziehungen zwischen OPEC und OECD*

### *1.1. OPEC und die Neuaufteilung des Öl-Surplusprofits*

Es ist ein empirisch gesicherter Tatbestand, daß bei der Produktion von Rohöl, vor allem in den Ländern der „Dritten Welt", ein *Surplusprofit* entsteht, dessen Höhe in der kapitalistischen Produktionsweise einzigartig ist. Er entsteht dadurch, daß die Produktionskosten der Ölproduktion, worin der durchschnittliche Unternehmergewinn eingeschlossen ist, dank hervorragender natürlicher Produktionsbedingungen im Nahen Osten, Nordafrika, aber auch in den Ländern des südamerikanischen Kontinents, gegenüber dem tatsächlichen Marktpreis des Rohöls auf dem Weltenergiemarkt besonders niedrig sind. Der Marktpreis des Rohöls liegt deshalb weit über dessen Produktionskosten, weil er, unabhängig von dem letzteren, aber durch bedeutend höhere Produktionskosten der alternativen Energieträger, insbesondere der Kohle, bestimmt und reguliert wird.

An dem in den Ländern der Dritten Welt produzierten *Öl-Surplusprofit* von unvorstellbarem Ausmaß haben in der Geschichte der kapitalistischen Produktion in diesen Ländern schon immer drei Gruppen partizipiert: *Die Ölgrundeigentümerstaaten* der Länder der Dritten Welt, die sich kraft ihres Eigentumsmonopols einen Teil des Öl-Surplusprofits als *Grundrente* aneignen konnten. *Die multinationalen Ölkonzerne,* die über den normalen Profit hinaus auch einen relevanten Teil des Öl-Surplusprofits als zusätzlichen *Konzernprofit* für sich erfolgreich beanspruchten. Schließlich und nicht zuletzt

68) Dieser Zusammenhang wird bei der Analyse späterer Etappen wieder aufgenommen.

auch *die Ölverbraucherstaaten*, welche in der Lage waren, kraft ihres Verbrauchermonopols sich den bedeutendsten Anteil des Öl-Surplusprofits in Form von *Mineralölsteuer* anzueignen.

Die Auseinandersetzungen um die Neuregelung der Aufteilung des Öl-Surplusprofits haben in der ereignisreichen Geschichte der Beziehungen zwischen Öleigentümerstaaten der Dritten Welt einerseits und den multinationalen Ölkonzernen sowie den entwickelten kapitalistischen Staaten andererseits stets eine bedeutende Rolle gespielt. Mit der sprunghaften Anhebung des Öl-Listenpreises durch die in der *Organization of the Petroleum Exporting Countries (OPEC) organisierten Öleigentümerstaaten und der damit einhergehenden Neuaufteilung des Öl-Surplusprofits zugunsten der letzteren nimmt der historische Kampf um die Aufteilung des Öl-Surplusprofits jene entscheidende Wende ein, welche zugleich die Neuordnung* der ökonomischen und politischen Beziehungen zwischen den entwickelten kapitalistischen Staaten und den Ländern der Dritten Welt markiert[1]). Die folgende Tabelle enthält detaillierte Angaben über die Aufteilung des Öl-Surplusprofits zwischen den obengenannten drei Gruppen über einen längeren Zeitraum, woraus die erwähnte Neuaufteilung des Öl-Surplus-profits seit 1974 ersichtlich wird.

*Tabelle*
*Entwicklung der Surplusprofitverteilung des OPEC-Öls zwischen Öleigentümerstaaten (OPEC), Ölkonzernen und Ölverbraucherstaaten (OECD)[2])*

| Jahr | Öleigentümerstaaten (OPEC) | | Ölkonzerne | | Ölverbraucherstaaten (OECD)*) | | Insgesamt | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Mio Dollar | % | Mio. Dollar | % | Mio. Dollar | % | Mio. Dollar | % |
| 1945 | 133 | – | 359 | 7 | – | – | 492 | – |
| 1950 | 391 | 16 | 895 | 37 | 1 123 | 47 | 2 409 | 100 |
| 1955 | 1 569 | 18 | 1 536 | 17 | 5 689 | 65 | 8 794 | 100 |
| 1960 | 2 180 | 20 | 2 453 | 23 | 6 181 | 57 | 10 814 | 100 |
| 1962 | 2 658 | 21 | 3 023 | 24 | 6 781 | 55 | 12 462 | 100 |
| 1964 | 3 770 | 20 | 3 683 | 19 | 11 598 | 61 | 19 051 | 100 |
| 1966 | 4 792 | 20 | 4 799 | 20 | 14 654 | 60 | 24 245 | 100 |
| 1968 | 5 940 | 20 | 5 815 | 20 | 18 115 | 60 | 29 870 | 100 |
| 1970 | 7 343 | 20 | 7 204 | 19 | 23 342 | 61 | 37 889 | 100 |
| 1971 | 10 798 | 22 | 7 847 | 16 | 29 997 | 62 | 48 642 | 100 |
| 1972 | 13 908 | 22 | 7 808 | 12 | 41 119 | 66 | 62 835 | 100 |
| 1973 | 22 691 | 23 | 13 428 | 14 | 58 602 | 63 | 97 721 | 100 |
| 1974 | 95 601 | 53 | 21 377 | 12 | 62 715 | 35 | 179 693 | 100 |
| 1975 | 85 277 | 50 | 17 952 | 11 | 68 531 | 39 | 171 760 | 100 |

*) Ohne USA und Kanada

1) Ausführliche Analyse und Darstellung der hier angeführten Zusammenhänge vgl. M. Massarrat, Energiekrise oder die Krise des Kapitalismus, in „Prokla" 11/12/1974; ders., Linksbürgerliche Analysen der „Energiekrise", in „Prokla" 23/1976, und vor allem: Ders., Weltenergieproduktion und die Neuordnung der kapitalistischen Weltwirtschaft. Eine Analyse der Weltarbeitsteilung und Neuverteilung des Reichtums in der Welt, Osnabrück, November 1977 (Veröffentlichung demnächst bei Campus-Verlag).
2) Quelle: Ebd., Kapitel 16.

Wie die Daten der Tabelle belegen, haben die OPEC-Staaten mit der Vervielfachung des Öl-Listenpreises ihren Anteil am entstandenen Öl-Surplusprofit von ca. 20% auf 50% gesteigert. Dennoch beanspruchen die Ölkonzerne und die Ölverbraucherstaaten auch nach der durchgesetzten Neuordnung auf dem Weltenergiemarkt immerhin den beachtlichen Anteil von fast 50% des in den OPEC-Staaten entstandenen Öl-Surplusprofits. Die Politik der OPEC ist daher auch nach 1974 grundsätzlich darauf ausgerichtet, ihren Anteil am Öl-Surplusprofit zu Lasten des Anteils der Ölkonzerne und der Ölverbraucherstaaten weiterhin und möglichst bis zu 100% zu erhöhen. Diese Politik versuchte die OPEC auf zwei Ebenen durchzusetzen: *Erstens* durch die Annullierung der Ölkonzessionen bzw. die Nationalisierung der Ölkonzerne in den einzelnen Ländern, um sich selbst den Surplusprofitanteil der Ölkonzerne gänzlich anzueignen. Und *zweitens* durch schrittweise Anhebung des Öl-Listenpreises, und zwar so lange, bis jenes tatsächliche Ölpreisniveau erreicht ist, welches durch die Konkurrenz der alternativen Energieträger auf dem Weltmarkt gebildet wird[3]). Auf diese Weise soll erreicht werden, daß die Spanne zwischen Öl-Listenpreis und dem tatsächlichen Ölmarktpreis, statt in Form von Mineralölsteuer den Ölverbrauchstaaten, den Öleigentümerstaaten der OPEC zugute kommt.

Während die Nationalisierung der Ölkonzerne stark vorangetrieben werden konnte[4]), waren die OPEC-Staaten in jüngster Zeit nicht in der Lage, ihre Ölpreispolitik konsequent durchzusetzen. Vor dem Hintergrund einer Analyse der politischen und instrumentellen Neugestaltung der Beziehungen zwischen den OPEC-Staaten und den in der Organization for Economic Cooperation and Development (OECD) zusammengeschlossenen hochentwickelten kapitalistischen Ländern sollen in diesem Beitrag die Möglichkeiten und Schranken der weiteren Erhöhung des Öl-Listenpreises untersucht werden.

### *1.2. Die Gründung der Internationalen Energie-Agentur*

Um eigene Interessen als Ölverbraucher konsequent zu verteidigen, mußten die OECD-Staaten der Monopolmacht der OPEC-Staaten als Eigentümer der Ölquellen ihre eigene („Monopol"-)Macht als Hauptverbraucher des OPEC-Öls entgegensetzen. Hierzu gründeten sie durch die Initiative der USA Ende 1974 die Internationale Energie-Agentur (IEA), deren Funktion in erster Linie darin besteht, die energiepolitischen Differenzen zwischen den OECD-Staaten auf ein Minimum zu reduzieren und eine gegen die OPEC gerichtete einheitliche Strategie zu entwickeln und gemeinsam durchzusetzen. Die im internationalen Energieprogramm festgelegten wichtigsten Aufgaben der IEA lassen keinen Zweifel an dieser vordergründigen Funktion. Hierzu

3) Der Öl-Listenpreis mit 10,7 Dollar/Barrel lag 1975 erheblich unter dem tatsächlichen Öl-Markpreis, der sich nach unseren Berechnungen sehr wahrscheinlich um 18,8 Dollar/Barrel bewegte. Vgl. hierzu ebd., Kapitel 17.3. An dieser Relation dürfte sich auch in der Gegenwart real kaum eine nennenswerte Änderung ergeben haben.

4) Zwischen 1970 und 1975 wurden die Brutto-Anteile der OPEC-Staaten an der Gesamt-Ölproduktion von 2,3% auf 61% erhöht. Diese Quote dürfte gegenwärtig bedeutend höher liegen, da die OPEC-Staaten Kuwait und Venezuela inzwischen die multinationalen Ölkonzerne vollständig nationalisiert haben. Nähere Angaben vgl. ebd., Kapitel 17.1.

gehören vor allem: Sicherstellung des Ölvorrats in allen Mitgliedsstaaten (Kapitel I), koordinierte Maßnahmen zur Verbrauchsreduzierung (Kapitel II), Einrichtung eines Informationssystems betreffend den internationalen Ölmarkt (Kapitel V), Aufstellung und Verwirklichung eines langfristigen Kooperationsprogramms zwecks rationellerer Energieverwendung sowie Produktion von alternativen Energieträgern (Kapitel VII)[5]).

Eine Institutionalisierung der ökonomischen und wirtschaftspolitischen Macht der OECD-Staaten gegenüber der OPEC erwies sich als um so dringlicher, als es absehbar wurde, daß die organisierte Monopolmacht der Ölkonzerne, durch die institutionalisierte Gegenmacht der OPEC entscheidend geschwächt, mit deren vollständiger Nationalisierung durch die OPEC-Staaten als Machtfaktor in den ökonomischen und politischen Beziehungen zwischen den Öleigentümerstaaten und den Ölverbraucherstaaten gänzlich ausgeschaltet werden wird. Bestimmten einst die monopolistischen Gemeinschaftsunternehmen der multinationalen Ölkonzerne, z. B. *Aramco, Iranian Consortium, Kuwait Oil Co.* etc., einseitig und gegen die Interessen der Öleigentümerstaaten die Menge und den Listenpreis des Rohöls, so sind es heute umgekehrt die letzteren, welche durch die OPEC als Gesamteigentümer die Menge und den Listenpreis ihres Rohöls grundsätzlich souverän und gemeinsam gegen die OECD-Staaten als Hauptverbraucher festlegen, während die multinationalen Ölkonzerne ihre monopolistische Position gegenüber den Öleigentümerstaaten verloren haben[6]) und sich in diesen wie auch in allen anderen Staaten als Einzelkapitale in Produktion, Verarbeitung und Vertrieb mit normalen Profiten begnügen müssen.

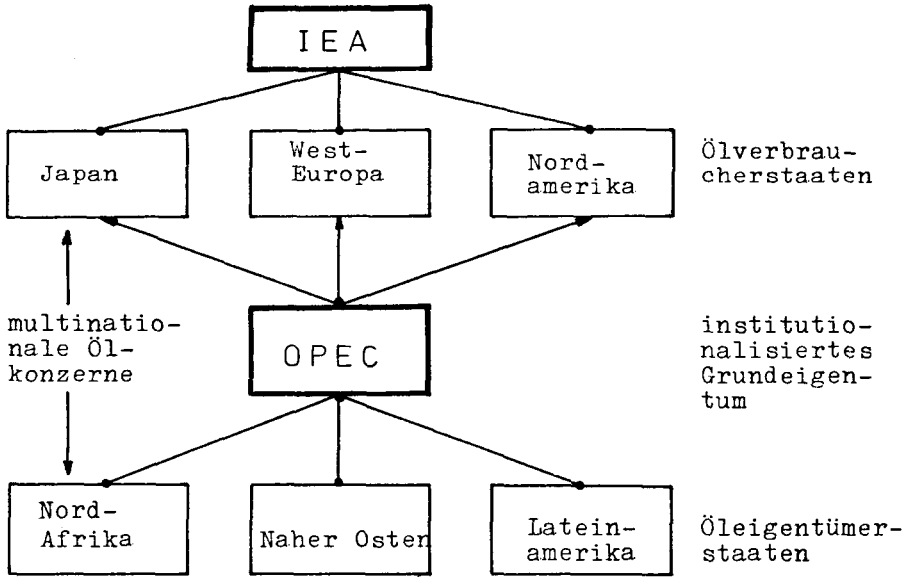
Durch die Ausschaltung der monopolistischen Gemeinschaftsunternehmen der Ölkonzerne und angesichts der gesunkenen ökonomischen und politischen Position der Ölkonzerne in den OPEC-Staaten sind diese nunmehr, wie das folgende Schaubild verdeutlichen soll, direkt zu den Ölverbraucherstaaten in Beziehung gesetzt, welche sich ihrerseits in der IEA institutionell zusammenschlossen.

Im Schaubild auf S. 1223 ist der vollständige Wandel der Stellung der Öleigentümerstaaten der Dritten Welt und die totale Umkehrung der Beziehungen auf dem Weltenergiemarkt zum Ausdruck gebracht[7]). Die gegenwärtige Stellung der OECD-Staaten auf dem Weltenergiemarkt ist allerdings nicht im geringsten mit der ökonomisch und politisch hoffnungslos schwachen Position der Öleigentümerstaaten seinerzeit vergleichbar. Die OECD-Staaten verfügen über entwickelte nationalstaatliche Instrumentarien, wie der nationale Zoll bzw. die Mineralölsteuer, mit denen sie der Monopolmacht der OPEC auch ohne die IEA Schranken setzen können. Dieser kommt daher auch die spezifi-

5) Vgl. dazu Wolfgang Hager (Hrsg.), Erdöl und internationale Politik, München 1975, S. 229ff.
6) Die spezifisch monopolistische Position der multinationalen Ölkonzerne gegenüber den OPEC-Staaten bestand vor der „Energiekrise" darin, daß sie sich in jedem einzelnen Ölland in einem Gemeinschaftsunternehmen, wie oben angegeben, verankert hatten, welches gegenüber dem Öleigentümerstaat bei allen Verhandlungen als institutionalisiertes Monopol auftrat. Näheres hierzu vgl. M. Massarrat, Weltenergieproduktion . . ., a.a.O., Kapitel 15.3.
7) Vgl. ebd., Abb. 31.

sche, in der obigen Skizze dementsprechend dargestellte Funktion zu, durch die Koordinierung und Vereinheitlichung nationaler Programme vermittels den bereits im nationalen Rahmen entwickelten Instrumentarien und Mechanismen die Monopolmacht der OPEC besser und wirkungsvoller zu unterlaufen.

*Strukturelle Beziehung zwischen den Öleigentümerstaaten, den multinationalen Ölkonzernen und den Ölverbraucherstaaten auf dem Weltmarkt nach der „Energiekrise"*




Die hier hervorgehobene und gegen die OPEC gerichtete Funktion der IEA darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Motive der USA bei ihrem Vorstoß zur Gründung dieser Institution vielfältiger Natur waren. Zum einen sind die USA der größte Ölproduzent und Ölverbraucher innerhalb der westlichen Welt. Andere OECD-Staaten, vor allem aber die EG-Staaten, sind dagegen gezwungen, ihren Ölbedarf ausschließlich durch den Import aus den OPEC-Staaten zu decken. Ein energiepolitischer Alleingang der EG-Staaten hätte möglicherweise dazu geführt, daß wichtige Fragen, wie z. B. die Festlegung eines Ölmindestpreises, die Ölverbrauchsreduzierung etc., gegen die nationale Energiepolitik der USA geregelt worden wären. Zum anderen ist die Energiepolitik der USA ein wichtiges Element ihrer globalen Außenpolitik. Verhandlungen der einzelnen EG-Staaten mit Regierungen der OPEC-Staaten zum Zwecke der Absicherung ihres nationalen Ölbedarfs, insbesondere aber mit Linksregierungen, wie Algerien, Libyen und Irak, die Verbündete der Sowjetunion sind, hätte für die amerikanische Außenpolitik wahrscheinlich unabsehbare Folgen gehabt[8]). Mit ihrem Vorschlag zur Gründung der

8) Ausführliche Darstellung der politischen Hintergründe der IEA-Gründung vgl. Wolfgang Hager, Die Internationale Energie-Agentur: Problematische Sicherheitsallianz für Europa, in: Ders. (Hrsg.), Erdöl und internationale Politik . . ., a.a.O., S. 87ff.

IEA verfolgten die USA auch die Absicht, die übrigen OECD-Staaten, und vor allem die EG, einer Strategie zu verpflichten, die mit ihren eigenen energiepolitischen und außenpolitischen Interessen zumindest im Einklang steht. So gesehen, erweist sich die IEA als ein innerwestliches Disziplinierungsinstrument der USA.

### *2. Zum gegenwärtigen Verhältnis der OPEC- zu den OECD-Staaten. Widersprüche innerhalb beider Blöcke*

Das ökonomisch bedingte faktische Potential der OPEC-Monopolmacht, das die OPEC-Staaten längst noch nicht voll haben ausschöpfen können, ist grundsätzlich stärker und wirkungsvoller als die rein ökonomischen Möglichkeiten der OECD-Staaten, dagegen anzugehen. Während die OPEC-Staaten prinzipiell in der Lage sind, kraft ihres Eigentums an Ölquellen durch Mengenreduzierung und Preiserhöhung die Erhöhung ihrer Grundrente noch weiter auf dem Weltmarkt offensiv durchzusetzen, können die OECD-Staaten rein ökonomisch durch Verbrauchsreduzierung und Mineralölsteuer- bzw. Zollerhöhung, damit also defensiv, darauf reagieren, solange sie zur rigorosen Produktion der alternativen Energieträger, aus welchen Gründen auch immer, nicht in der Lage sind. Anders ist es allerdings, wenn außer den ökonomischen Hebeln auch die militärische und politische Macht der OECD-Staaten berücksichtigt wird.

#### *2.1. Widersprüche innerhalb der OPEC-Staaten und der Kuhhandel: „Einfrieren des Ölpreises gegen Menschenrechte"*

Wenn auch an dieser Stelle von der Gewaltandrohung der USA gegen die OPEC-Staaten einmal abgesehen wird, so ist doch unverkennbar, daß die OECD-Staaten nicht zuletzt durch den massiven politischen Druck auf einzelne OPEC-Mitgliedsstaaten der ökonomischen Monopolmacht der OPEC entscheidend entgegengewirkt haben, indem sie das Monopol durch Spaltung innerhalb der OPEC-Staaten haben erfolgreich ins Schwanken bringen können. Die herrschende Klasse Saudi-Arabiens hat sich in diesem Sinne als besonders wichtiger Verbündeter der OECD-Staaten innerhalb der OPEC erwiesen[9]). Während eine Gruppe der OPEC-Staaten um den Iran ankündigten, den Öl-Listenpreis bereits zum 1. Oktober 1975 um 30% anzuheben[10]), sprach sich der Ölminister Saudi-Arabiens, Jamany, entschieden dagegen aus und plädierte gleichzeitig für das Einfrieren des Öl-Listenpreises[11]). Mit der Drohung, die OPEC zu verlassen, seine Produktion zu steigern und sein Öl billiger als die übrigen OPEC-Staaten auf dem Weltmarkt anzubieten, gelang es Saudi-Arabien in der Tat, die geforderte Erhöhung des Öl-Listenpreises zum Oktober 1975 um 30% offiziell auf 10, faktisch sogar auf 6,8% herabzudrük-

9) „Mein Land, das die größten Ölreserven der Welt besitzt", verkündete emphatisch der saudi-arabische Kronprinz Fahd, „wird nicht die Ursache für eine Schwächung der Fähigkeit der Menschheit sein, in Stabilität und Wohlstand zu leben. Angesichts dieses edlen Zieles hören kommerzielle Überlegungen zu existieren auf, und konsequenterweise werden die Methoden, die bei der Anhebung oder Senkung von Ölpreisen angewandt werden, ebenfalls verschwinden." „Frankfurter Rundschau" (FR) v. 1. 4. 1975.
10) FR v. 20. 5. 1975.
11) FR v. 2. 6. 1975.

ken[12]). Dieses Verhalten Saudi-Arabiens führt bei den Ölpreisverhandlungen der OPEC-Staaten im Dezember 1976 schließlich auch zu einer, wenn auch vorübergehenden, offenen Spaltung. Gegen die Mehrheit der 11 von 13 Mitgliedsstaaten, die beschlossen, den Öllistenpreis anzuheben, hat sich Saudi-Arabien zusammen mit den arabischen Emiraten lediglich für eine 5prozentige Erhöhung des Öl-Listenpreises für das gesamte Jahr 1977 ausgesprochen[13]). Die OPEC-Politik Saudi-Arabiens widerspricht meines Erachtens in jeder Hinsicht den nationalen Interessen, auch jenen der herrschenden Klasse dieses Landes. Denn eine geringere Erhöhung des Öl-Listenpreises bedeutet, daß es, verglichen mit den übrigen OPEC-Staaten, entweder bei der gleichen Produktionsmenge weniger Einnahmen erzielt, oder aber die Produktion erhöhen muß, um dieselben Einnahmen zu erzielen. Die OPEC-Politik Saudi-Arabiens kann, ungeachtet andersartiger Begründungen[14]) tatsächlich nur durch den politischen Druck der OECD-Staaten, vornehmlich der USA, erklärt werden. Zwar ist die herrschende Klasse Saudi-Arabiens keineswegs der einzige traditionelle Verbündete der kapitalistischen Staaten innerhalb der OPEC-Staaten, sie kann aber, im Gegensatz zum strukturell noch enger mit diesem verbundenen persischen Bürgertum, bedeutend leichter für ein „mäßigeres" Eintreten gegen die OECD-Staaten aufgeweicht werden. Im Gegensatz zum Iran verfügt Saudi-Arabien über gewaltige Ölreserven, erzielt als Hauptölexporteur der Welt unvorstellbare Deviseneinnahmen, die es angesichts seines relativ kleinen inneren Marktes (ca. 5 Millionen Einwohner) nicht in produktives Kapital auf nationaler Ebene verwandeln kann. In den spezifisch saudi-arabischen Verhältnissen liegt die entscheidende Schwäche der OPEC begründet, welche auch die Einschwörung der saudi-arabischen Herrschaft auf eine Spalterpolitik innerhalb der OPEC-Staaten bedeutend erleichtert.

So ist es auch für die herrschende bürgerliche Klasse z. B. im Iran ein leichtes Spiel, durch Denunziation ihres saudi-arabischen Klassenbruders als Lakai des Imperialismus[15]) sich selbst als „antiimperialistisch" darzustellen. Schließlich mußten sich die Herrscher Saudi-Arabiens zunächst einmal faktisch dem Druck der überwiegenden Mehrheit der OPEC-Staaten beugen und sich entgegen ihrer Absicht der Preispolitik der OPEC-Mehrheit anschließen[16]).

Wie sehr der politische Druck der kapitalistischen Staaten in der Tat zumindest kurzfristig gegen die OPEC-Ölpreispolitik wirkungsvoll gewesen ist, kann an dem überraschenden Einlenken Irans auf die ölpreispolitische Position Saudi-Arabiens gegen Ende des Jahres 1977 demonstriert werden. Als

12) FR v. 4. 10. 1975.
13) FR v. 18. 12. 1976.
14) Harry Schleicher führt die unterschiedlichen Preispolitikvorstellungen der OPEC-Staaten ausschließlich auf „nationale Egoismen" zurück. FR v. 1. 10. 1975.
15) Z. B. nach den OPEC-Verhandlungen im Dezember 1976 durch die persischen Tagesblätter „Rastachis", „Ayandegan", „Keyhan" etc. Vgl. auch FR v. 21. 12. 1976.
16) So mußte Saudi-Arabien schließlich den Öl-Listenpreis zum 1. 7. 1977 auf das OPEC-Niveau von 12,70 Dollar/Barrel anheben, so daß ab diesem Datum die OPEC das Rohöl wieder zu einem einheitlichen Öl-Listenpreis anbietet (FR v. 5. 7. 1977). Gemessen an diesem Schritt darf der „Gegenleistung" der übrigen OPEC-Staaten, ihrerseits auf eine Preiserhöhung um 5% zum 1. 7. 1977 zu verzichten, keine besondere Bedeutung beigemessen werden.

die iranische Militärdiktatur durch ihre Propaganda-Maschinerie den Ölminister Saudi-Arabiens als Verräter und die saudi-arabischen Herrscher insgesamt als Handlanger des Imperialismus beschimpfte, ahnte sie offensichtlich nicht, daß einige Monate später auch sie selbst denselben Vorwurf würde von anderen OPEC-Staaten auf sich nehmen müssen. Inzwischen hatte nämlich US-Präsident Carter herausgefunden, daß er seine „Menschenrechts"-Kampagne gegen die Sowjetunion und andere Ostblockstaaten als *politische Waffe* auch gegen jene Länder der Dritten Welt, wie den Iran, wenden kann, dessen herrschende Militärdiktatur der innigste Verbündete der USA ist. Angesichts einer eindeutig gegen die OECD-Staaten gerichteten Ölpreispolitik Irans innerhalb der OPEC in den letzten Jahren war es offenbar erforderlich geworden, die herrschende Militärdiktatur im Iran an ihre politische und militärische Abhängigkeit, vor allem von den USA, zu erinnern. Die wachsende öffentliche Kritik der Verletzung der Menschenrechte durch das Schah-Regime in den USA in den Sommermonaten 1977 muß in diesem Zusammenhang gesehen werden. So sah sich auch das Schah-Regime gezwungen, im Oktober desselben Jahres der Forderung der liberalen Schriftsteller Irans, freie Veranstaltungen abzuhalten, nachzugeben. Allein diese mit Widerwillen geduldete, aber für die breiten Bevölkerungsschichten Hoffnung wekkende bescheidene Initiative drohte allerdings binnen weniger Wochen für die brutale und von der ökonomischen Krise erschütterte Staatsgewalt eine ernsthafte Gefahr zu werden. Im November 1977 traf der Schah in den USA mit Carter zusammen. Die Ölpreispolitik Irans innerhalb der OPEC war das Hauptthema des Gesprächs[17]). Die dabei vom Schah gemachte Zusage, den Ölpreis während des ganzen Jahres 1978 einzufrieren, wurde als Gegenleistung für die amerikanische Bereitschaft für die Lieferung von Kriegsmaterial gedeutet[18]). Die Ereignisse im Iran nach der Rückkehr des Schahs aus den USA lassen aber die begründete Vermutung zu, daß die tatsächliche Gegenleistung Carters sein Einverständnis mit der Fortsetzung des brutalen Staatsterrors im Iran durch die Schah-Diktatur gewesen ist. So wurde die während des Schah-Besuchs in den USA begonnene Protestbewegung gegen die permanenten Verletzungen der Menschenrechte im Iran blutig niedergeschlagen. Es gab dabei zahlreiche Verletzte und Tote[19]). Die Brutalität des Regimes hat gerade nach dem Schahbesuch in den USA, nach dem Einschwenken des Schahs auf die Position Saudi-Arabiens innerhalb der OPEC und dem Gegenbesuch Carters im Iran im Dezember 1977 nachweislich eine neue Dimension erreicht. Dieser Brutalität des Schah-Regimes sind auch in diesem Jahr schon zahlreiche Menschen zum Opfer gefallen. Bei den Protestdemonstrationen in den Städten Ghom, Täbris, Isphahan und Maschhad wurden seit Januar d. J. zahlreiche Menschen erschossen. Die Brutalität des Regimes gipfelte in den

17) Bei dem Gespräch zwischen dem Schah und Carter am 16. 11. 1977 „habe der Präsident erneut darauf gedrungen, daß der Ölpreis nicht erhöht werde. Der Schah habe versprochen, sich bei der bevorstehenden Verhandlungsrunde der OPEC-Länder für einen maßvollen Kurs einzusetzen" (FR v. 17. 11. 1977). Am Tage darauf erklärte der Schah: „Präsident Jimmy Carter habe ihn überzeugt, daß eine weitere Anhebung des Ölpreises die wirtschaftliche Stabilität in der Welt gefährden würde" (FR v. 18. 11. 1977).
18) Ebd.
19) Pressemitteilungen der Confederation of Iranian Students (CISNU) v. 22. und 23. 11. 1977 zufolge wurden am 16. 11. ca. 16–20, am 12. 11. 1977 insgesamt 47 Personen bei Straßendemonstrationen erschossen und am 22. 11. 1977 300 Personen, darunter zahlreiche bekannte Persönlichkeiten der Bewegung, schwer verletzt.

am 8. September 1978 in Teheran angerichteten Massenmord. Mindestens 4000 wehrlose Menschen, die es gewagt hatten, trotz Verhängung des Kriegsrechts gegen ein Terror-Regime passiven Widerstand zu leisten, wurden an diesem Tag durch Militärtruppen niedergemetzelt[20]). Dieses in der neueren iranischen Geschichte beispiellose Massaker hat den „Menschenrechtler" Carter aber nicht daran gehindert, dem Schah 3 Tage danach seine Unterstützung zuzusagen[20a]).

Uns geht es hier weniger um die Offenlegung der Heuchelei der amerikanischen „Menschenrechts"-Kampagne[21]), als vielmehr darum, am Beispiel Saudi-Arabiens und Irans die Möglichkeiten der OECD-Staaten zu dokumentieren, durch politischen Druck gegen einzelne OPEC-Staaten eine ökonomisch durchaus durchsetzbare Ölpreiserhöhung zu verhindern. Ein Einfrieren des Ölpreises für 1978, wie es von Saudi-Arabien und Iran gegen den Widerstand Algeriens, Iraks und Libyens schließlich auch innerhalb der OPEC durchgesetzt worden ist, würde die ökonomische und politische Krise im Iran verschärfen, zumal nicht zuletzt auch angesichts der anhaltenden Preiserhöhung der Importwaren der Defizit des iranischen Staatshaushaltes weiter ansteigen würde. Auch die gegenwärtigen Herrscher Saudi-Arabiens würden auf lange Sicht eine Politik des ständigen freiwilligen Verzichts zugunsten der OECD-Staaten allein aus innenpolitischen Gründen nicht durchstehen[22]). Es kann daher angenommen werden, daß Iran und Saudi-Arabien bei den nächsten Verhandlungen über die Ölpreisentwicklung gezwungen sein werden, sich in der Tendenz auf die Position einer vom Standpunkt der Ölgrundeigentümerstaaten gerechten Ölpreispolitik, d. h. also auf die Position Algeriens, Libyens und Iraks, umzustellen.

Dennoch dürften die Widersprüche innerhalb der OPEC weiterhin bestehen bleiben und sich auch in widersprüchlicher Ölpreispolitik niederschlagen. Die auf den realen Widersprüchen beruhenden und immer wieder offen zutage getretenen Differenzen zwischen den OPEC-Staaten werden von westlichen Kommentatoren schadenfroh zum Anlaß genommen, jedesmal einen „nicht wieder zu kittenden Riß", ein endgültiges „Auseinanderbrechen des Ölkartells" zu entdecken[23]). In ihrer Freude übersehen sie aber durchweg, daß der Riß innerhalb der OECD-Staaten im Zusammenhang mit der widersprüchlichen nationalen Energiepolitik bedeutend tiefer ist.

### *2.2 Widersprüche innerhalb der OECD-Staaten*

In der Tat sind die nationalen energiepolitischen Gegensätze innerhalb der OECD-Staaten gravierender als jene innerhalb der OPEC-Staaten. Die Ge-

20) Nach den von Amnesty International veröffentlichten Augenzeugenberichten (Bericht über die Ereignisse der letzten Wochen im Iran, ai Iran-Koordinationsgruppe September 1978) schossen die Soldaten wahllos in die sitzende Menge. Vgl. auch den Bericht in: „Der Spiegel" v. 18. 9. 1978.
20a) Vgl. dazu die „Neue Osnabrücker Zeitung" v. 12. 9. 1978.
21) Wenn es über den tatsächlichen Charakter der „Menschenrechts"-Kampagne Carters eines Beweises bedurft hätte, so liefert der offensichtliche Kuhhandel zwischen Carter und dem Schah: Einfrieren des Ölpreises gegen moralische und materielle Unterstützung einer Terrorherrschaft, endlich diesen Beweis.
22) „Ohnehin werden mit vierteljährlicher Regelmäßigkeit im Ölreich Putschversuche unternommen, die im wesentlichen von der Luftwaffe ausgehen." Dany Diner, Frieden, Frieden und doch kein Frieden, in: „Links", Februar 1978, S. 13f.
23) So z. B. Harry Schleicher, FR v. 1. 10. 1975; Jens Friedemann, „Die Zeit" v. 24. 1. und 19. 12. 1975.

gensätze der OECD-Staaten rühren von ihren spezifisch nationalen Bedingungen her. So sind in groben Umrissen insgesamt vier Ländergruppen voneinander zu unterscheiden:

– Erstens Länder, die entweder überhaupt nicht oder kaum über nennenswerte Ressourcen an Energierohstoffen verfügen, wie Japan, Italien und Dänemark. Diese Ländergruppe ist einerseits daran interessiert, daß der Öl-Listenpreis möglichst niedrig gehalten wird, andererseits aber angesichts ihrer starken stofflichen Abhängigkeit am ehesten bereit, Ölpreiserhöhungen in Kauf zu nehmen.

– Zweitens Länder, die in der Hauptsache ihren Bedarf an festen Energierohstoffen durch nationale Ressourcen decken können, für die Deckung ihres Bedarfs an Öl aber vom Weltmarkt abhängig sind. Hierzu gehören vor allem die westeuropäischen Staaten Frankreich, die BRD und die Benelux-Länder. Diese Länder sind ebenfalls an einem möglichst niedrigen Öl-Listenpreis interessiert, suchen aber durch eine künstliche Anhebung des nationalen Energiepreisniveaus den Anteil ihrer eigenen, aber bedeutend teureren Energieproduktion am nationalen Energiebedarf möglichst hoch zu halten.

– Drittens Länder wie die USA und z. T. auch Kanada, die über umfangreiche Ressourcen aller Art von Energierohstoffen verfügen, stofflich prinzipiell vom Weltmarkt nicht abhängig sind, aber angesichts steigender Kosten der nationalen Energieproduktion in den sechziger Jahren verstärkt Rohöl aus den OPEC-Staaten importierten. Zur Erfüllung der notwendigen Bedingung dafür, daß Rohöl auch aus den unproduktivsten nationalen Ölquellen mit Profit produziert werden kann, sind die USA an einem relativ höheren Rohölpreis durchaus interessiert, gleichwohl treten sie als entschiedene Gegner der Öl-Listenpreiserhöhung durch die OPEC auf und können es sich sogar, angesichts ihrer auf dem Reichtum an nationalen Energieressourcen beruhenden relativen Selbständigkeit, zur Versorgung des eigenen Energiebedarfs leisten, den OPEC-Staaten Gewaltanwendung anzudrohen[24]).
– Viertens Länder wie Großbritannien und Norwegen, die auf der Basis des Nordseeöls in naher Zukunft über die Deckung des eigenen Energiebedarfs hinaus (auf jeden Fall was Norwegen anlangt) auch Öl exportieren werden[25]). Diese Länder haben auf keinen Fall ein Interesse an einer Ölpreissenkung. Im Gegenteil werden sie bestrebt sein, an einer Erhöhung des Öl-Listenpreises in dem Maße mitzuwirken, wie sie sich zunehmend in bedeutende europäische Rohölproduzenten verwandeln. Statt den Preisbrecher auf dem Weltölmarkt gegen die OPEC zu spielen, woran mancher naive bürgerliche Politiker tatsächlich glaubt, werden Großbritannien und Norwegen sich eher gegen die OECD-Staaten und für die OPEC entscheiden, der sie sich auch durchaus an-

24) So schloß der ehemalige US-Außenminister Kissinger im Januar 1975 eine „bewaffnete Auseinandersetzung um das nahöstliche Erdöl nicht grundsätzlich aus", FR v. 4. 1. 1975. Einige Monate später wiederholte auch der US-Verteidigungsminister diese Drohung. FR v. 2. 4. 1975. Vgl. dazu auch „Krieg gegen die Ölscheichs?", „Der Spiegel" v. 13. 1. 1975.
25) Die gesamten gegenwärtig mit Profit produzierbaren Ölreserven in der Nordsee werden auf 2,2 Mrd. t geschätzt. Die Rohölförderung aus der Nordsee soll im Jahre 1980 (1973 2, 1975/76 46 Mio. t) auf 150 Mio. t steigen. G. Rüddiger, Das Öl- und Gaspotential der Nordsee, in: „Braunkohle", Düsseldorf, 11/1974, S. 335.

schließen könnten, würden sie herausfinden, daß dies in ihrem längerfristigen nationalen Interesse stünde[26]).

Diese hier benannte Vielschichtigkeit nationaler Interessen verdeutlicht, wie brüchig die Front der OECD-Staaten auf dem Weltenergiemarkt eigentlich ist. Frankreich ist aus eben den spezifisch nationalen Interessen der IEA erst gar nicht beigetreten[27]). Die unterschiedlichen energiepolitischen Interessen der OECD-Staaten manifestierten sich bereits während des Jahres 1975 durch den sogenannten Kissinger-Plan, wonach ein einheitlicher *Mindestpreis* für Rohöl festgelegt werden sollte[28]).

Während die USA als größter Rohölproduzent innerhalb der kapitalistischen Länder mit der Festlegung eines Rohölmindestpreises die profitable nationale Energieproduktion für die Deckung des nationalen Bedarfs oder gar für einen möglichen Ölexport in der Zukunft absichern wollten, mußte sich, mit Hoffnung auf eine Senkung des OPEC-Ölpreises, die Mehrheit der OECD-Länder gegen diesen Plan zur Wehr setzen[29]). Es ist auch keineswegs verwunderlich, daß Großbritannien als künftiger größter Rohölproduzent Westeuropas den Öl-Mindestpreis entschieden befürwortete. Zur gleichen Zeit bestand die britische Regierung darauf, an der im Dezember 1975 in Genf stattfindenden „Weltrohstoffkonferenz" sich nicht durch die EG, sondern durch eine eigene Delegation vertreten zu lassen[30]). Dies hätte ein Auseinanderbrechen der gemeinsamen Front der IEA-Mitgliedsstaaten bedeutet und die Position der IEA gegenüber der OPEC entscheidend geschwächt. Erst durch massives Einlenken vor allem der BRD-Regierung konnte Großbritannien zunächst einmal in die gemeinsame Front „zurückgeholt" werden, allerdings für den Preis, daß die Mehrheit der OECD-Länder als Gegenleistung dem von USA und Großbritannien geforderten Mindestpreis für Öl von 7 Dollar/Barrel zustimmte. Damit haben aber die ölarmen OECD-Länder ein Prinzip akzeptiert, das die ölreichen dieser Ländergruppe in die Lage versetzte, künftig innerhalb der OECD OPEC-Politik zu betreiben[31]).

---

26) Angesichts der strukturellen Krise des britischen Kapitalismus, die zu „überwinden" die britische Regierung sich durch das Nordseeöl verspricht, dürfte sich ein solcher, gegenwärtig noch unvorstellbarer radikaler Positionswechsel geradezu aufdrängen.

27) Dieses Verhalten Frankreichs läßt sich vor allem dadurch erklären, daß die staatliche französische Ölgesellschaft CFP in Algerien und Irak nur teilweise verstaatlicht wurde (produzierte die CFP 1970 in diesen Ländern 665tausend Barrel, so betrug ihr Förderanteil 1975 immerhin 271tausend Barrel, OPEC-Annual Bulletin 1975, S. 38f.), und daß es mit den OPEC-Staaten nach der „Energiekrise" zur sicheren Versorgung des nationalen Bedarfs längerfristige Verträge abschloß. Mit ihrem nationalen Interesse hat die französische Regierung durch den Nichtbeitritt Frankreichs in die IEA vermutlich auch das Ziel verfolgt, als „neutraler" Vermittler bei den Verhandlungen zwischen OECD- und OPEC-Staaten aufzutreten.

28) FR v. 5. 2. 1975.

29) „Energieagentur gegen Öl-Mindestpreis", FR v. 10. 3. 1975.

30) FR v. 8. 10. 1975. Der ehemalige britische Außenminister Callaghan bemerkte dazu: „Mir wäre es recht, wenn man in Europa eine gemeinsame Energiepolitik erarbeiten würde, bei der allerdings berücksichtigt werden mußte, daß unsere Interessen anders gelagert sind. Wir sind Großverbraucher, werden aber auch Großerzeuger. Von 1980 an werden wir in der Energieversorgung völlig unabhängig sein, das heißt bei Öl, Kohle, Erdgas und in kleinerem Umfang bei Kernenergie. Eine recht beneidenswerte Position. „Die Zeit" v. 17. 10. 1975.

31) Enttäuscht antizipiert der Journalist Michael Jungblut die Folgen des Öl-Mindestpreises wie folgt: „Wenn das Instrument des Mindestpreises erst allgemein akzeptiert worden ist, bieten sich zahlreiche Möglichkeiten, ihn schrittweise heraufzusetzen. Die Briten können immer wieder mit vorgeschobenen Argumenten gemeinsame Beschlüsse in der EG blockieren und sich ein Einlenken mit einer Erhöhung des Garantiepreises abkaufen lassen." „Die Zeit" v. 23. 1. 1976.

# Auf Umwegen zur Atommacht? II*)

## Das deutsch-britisch-niederländische Konsortium zur Anreicherung von Uran

Von Stephen Salaff

*Kapitel 4: Die Niederlande*

*Die Dichte der Riesenunternehmen*

Die herrschenden Gruppen Hollands haben sich nie den Erfahrungen einer politischen Linie gaullistischen Zuschnitts ausgesetzt, und die außergewöhnlich mächtigen multinationalen Gesellschaften, die die holländische Wissenschaft und Technik beherrschen, sind traditionell zu deutschem und britischem Kapital hin orientiert. Shell und Unilever sind anglo-holländische Konzerne, und Philips weist im Vergleich zu seinen Übersee- und westdeutschen Beteiligungen nur wenige französische Anteile auf[50]).

Eine Untersuchung der Verbindungen zwischen multinationalen Banken und Gesellschaften in der EG zeigt die engen Verknüpfungen zwischen holländischen und westdeutschen Finanzinstitutionen unter Führung der Deutschen Bank sowie die wichtigen holländischen Beziehungen zu britischen und amerikanischen Banken[51]). In einigen Industriezweigen spielt holländisches (wie auch Schweizer) Kapital eine „vermittelnde" Schlüsselrolle zwischen Finanzinstitutionen der geographisch größeren Staaten. Die Deutsche Bank steht an erster Stelle in einem Netz amerikanischer, westdeutscher und holländischer Banken, das bestimmt wird durch indirekte Verbindungen zwischen Banken über deren Beziehungen zu führenden westeuropäischen Chemiefirmen. „Diese zentrale Position der Deutschen Bank ist wahrscheinlich ihrer Position im ehemaligen IG-Farben-Imperium zuzuschreiben"[52]). Im Bereich Eisen und Stahl gibt es eine rein niederländisch-westdeutsche Komponente, in der die Algemene Bank Nederland und die Amsterdam-Rotterdam-Bank mit der Deutschen Bank und der Westdeutschen Landesbank Girozentrale zusammengeschlossen sind. In der Petrochemie, dem dritten Industriebereich mit zahlreichen Querverbindungen zwischen niederländischen und Auslandsbanken, sind die niederländischen Banken mit entsprechenden Unternehmen

*) Vgl. Heft 9/1978, S. 1077–1098.

50) Der vierte niederländische Industriegigant, Akzo (Petrochemie und Kunststoff), ist mit Westdeutschland verbunden. Weitere Beispiele für die unwiderrufliche Verflechtung niederländischer und westdeutscher Industrie sind Hoesch-Hoogovens, einer der größten europäischen Stahlkonzerne, das Luft- und Raumfahrtunternehmen VFW-Fokker und der Konzern Thyssen-Bornemisza. Die niederländische Ausrichtung nach Westdeutschland und Großbritannien sowie der Ausschluß Frankreichs von der Troika werden behandelt bei Wim Klinkenberg, Die ultracentrifuge 1937–1970. Hitlers bom voor Strauss?, Amsterdam 1971, S. 136–142. Zu diesem Thema s. auch Stephen Salaff, The Gas Centrifuge Process for Uranium Enrichment: A Pandora's Box?, „Science Forum (Ottawa)", Juni 1974, S. 26–28.

51) Fennema und de Jong, 1976.

52) Fennema und de Jong, 1976.

amerikanischer und britischer Nationalität verbündet. Französisches Kapital ist in all diesen Banknetzen unterrepräsentiert, und gewisse niederländische Verbindungen zu den französischen Rothschilds können kaum als ein Gegengewicht zur westdeutschen und atlantischen Orientierung des niederländischen Kapitals angesehen werden.

Die niederländische Regierung fördert die Gaszentrifugenforschung und -entwicklung seit über 23 Jahren[53]). Der Staat ist jetzt mit 55% bei Ultra-Centrifuge Nederland MV (Den Haag) beteiligt. Die verbleibenden 45% wurden wie folgt unter der Industrie aufgeteilt: Shell Kernenergie 10%, Philips 10%, DSM 10%, VMF-Stork 7,5% und Rijn-Schelde-Verolme 7,5%. Shell und Philips halten gutbefestigte Führungspositionen in der Troika, und als UCN im Jahre 1969 ins Leben gerufen wurde, wählte ihre Leitung Theodore Tromp (Philips) zum Vorsitzenden. Nachfolger Tromps als Direktionsvorsitzender der UCN wurde im Jahre 1972 der Gründungsvorsitzende der Centec, Dr. Han Hoog (Shell). Der UCN-Manager Prof. Maarten Bogaardt ist gleichzeitig für Shell und Philips tätig.

Die drei auf nationaler Ebene organisierten UCN-Firmen sind: Rijn-Schelde-Verolme, der größte niederländische Werftenkonzern; die Nederlands Staatsmijnen (DSM), ein Chemieunternehmen im Besitz der Regierung; die Herstellergruppe Verenigde Machinefabrieken (VMF)-Stork. VMF wird von Philips und Shell beherrscht[54]) und ist dem Eindringen ausländischen Kapitals ausgesetzt. Ihre relativ schmale Basis einheimischen Kapitals hat während der Almelo-Verhandlungen regelrechte „Raubzüge" herbeigeführt, wie das angesehene Amsterdamer „Algemeen Handelsblad" am 6. Januar 1969 berichtete: „Daß sich für dieses Land durch die Verwendung der Gaszentrifuge Prof. Kistemakers bald eine entscheidende Beteiligung an der Produktion angereicherten Urans ergeben wird, muß ein wichtiger Grund, wenn nicht sogar der Hauptgrund dafür sein, daß die VMF beschlossen hat, sich gegen ‚Raubzüge' zu schützen, d. h. gegen die Versuche ausländischer Gruppen, mehrheitlichen Aktienbesitz zu erwerben. Von Anfang an war VMF-Werkspoor an der Amsterdamer Gaszentrifugenforschung beteiligt . . . Der Besitz der VMF-Aktienmehrheit würde einer ausländischen Gruppe eine wichtige Rolle bei der Versorgung Europas mit spaltbarem Material einräumen, die nach allgemeiner Auffassung weitgehend von der Gaszentrifuge abhängig sein wird . . . Wie wir bereits früher berichtet haben, sind außer der VMF noch weitere Großunternehmen an der Zentrifuge beteiligt: Shell

53) Diese Unterstützung erfolgte zunächst über die Stiftung für Grundlagenforschung zur Materie (FOM). Die niederländische Einstellung ist gefärbt durch die Tatsache, daß der FOM-Zentrifugenforscher Prof. Jacob Kistemaker während des Zweiten Weltkriegs Angestellter der NV Cellastic war, einer wissenschaftlichen Spionageorganisation der Abwehr (der Auslands- und Gegenspionageabteilung des deutschen Oberkommandos der Wehrmacht). Samuel A. Goudsmit, Alsos: The Failure in German Science, New York (Schuman) 1947, S. 39–40. Prof. Goudsmit war der wissenschaftliche Leiter des Unternehmens Alsos. Die Cellastic wurde 1937 in Amsterdam von H. J. Abs als Vertreter der IG Farben und der Deutschen Bank (vgl. Anm. 44) gegründet. Klinkenberg, S. 19. – Daß Prof. Kistemaker nach dem Kriege auf dem Gebiet der Urananreicherung mit der Degussa und ihrem Kernbrennstoffexperten Dr. Alfred Boettcher sowie mit Prof. Groth zusammenarbeitete, brachte das Zentrifugenprojekt in den Niederlanden weiter in Mißkredit.

54) Ein führendes Mitglied des Philips-Aufsichtsrats oder -Vorstands sitzt jeweils im Aufsichtsrat von RSV, DSM und VMF. Dr. Hoog von Shell und Centec, Direktionsvorsitzender des Niederländischen Energiezentrums, hat einen Sitz im VMF-Aufsichtsrat. Demgegenüber besteht zwischen den leitenden Gremien von RSV und VMF keine Verbindung.

(Technik der Gasstromführung in den Zentrifugenrotoren), Philips, die Staatsmijnen und Smit Nijmegen. Die ausländische Beteiligung ist enorm, insbesondere aus Frankreich und den USA, darunter Westhinghouse. Die letztgenannte Gesellschaft ist ein wichtiger Hersteller des mit angereichertem Uran betriebenen Reaktortyps, der in Zukunft weitgehend von der Zentrifuge als billigster Brennstoffquelle abhängig sein wird"[55]).

Die Versuche „ausländischer Gruppen" – vielleicht einschließlich des Konzerns Westinghouse, der damals in Europa in der Offensive war (und anstrebte, einen beherrschenden Anteil am französischen Elektrokonzern Jeumont-Schneider und damit eine breite Produktionsbasis für Atomreaktoren zu erwerben) – wurden abgewiesen mit Hilfe der Algemene Bank Nederland und der Nederlandsche Middenstandsbank; die Episode zeigte jedoch die Verwundbarkeit einer rein niederländischen industriellen Präsenz innerhalb der Troika.

Die niederländische Präsenz wurde 1976 abgeschwächt, als die fünf Industrieaktionäre der UCN bekanntgaben, ihre Unterstützung der Zentrifugenforschung und -entwicklung werde zwar fortgesetzt, sie hätten jedoch nicht die Absicht, Mittel für den weiteren Ausbau der Gesellschaft bereitzustellen[56]). Shells „unglückliche Erfahrung mit General Atomic" hält man allgemein für einen der Gründe ihres Investitionsstopps bei UCN[57]). Das Königreich der Niederlande akzeptierte die brüchige Beteiligung der Fünf zunächst nicht, für die hohe Anleihen erforderlich wären, und über die endgültige Mischung von Regierungs- und Firmenanteilen an der UCN ist bislang noch keine Entscheidung getroffen worden. Das niederländische Kabinett hat im Dezember 1976 im Prinzip beschlossen, den Urenco-Plan zu garantieren, nach dem in Almelo zusätzlich 1000 Tonnen Anreicherungskapazität errichtet werden sollen; endgültige Maßnahmen hängen jedoch in erster Linie ab vom Druck aus Washington und Bonn.

*Die niederländisch-westdeutschen Beziehungen*

1968 war ein Jahr der Zäsur und markierte den Übergang von der vorindustriellen Forschungs- und Entwicklungsphase zum Bau einer Gaszentrifugen-Pilotanlage. In dem Maße, wie das Stadium der industriellen Ausgereiftheit näherrückte, äußerten die das Gesicht der Troika bestimmenden industriellen und staatlichen Interessengruppen die Bereitschaft, ihre Zusammenarbeit in den Rahmen einer „erweiterten" europäischen Gemeinschaft zu integrieren (Präambel des Almelo-Abkommens). Die niederländische Bedingung für die Beteiligung Frankreichs und anderer war konkret die Zulassung

55) Gaszentrifuge hinter VMF-Maßnahme (holl.), „Algemeen Handelsblad" v. 6. 1. 1969.
56) Jahrbuch der Atomwirtschaft 1977, S. 170.
57) Dutch Companies Opt Out of Commercial Enrichment, „Nuclear News", Dezember 1976, S. 42. – Shell schaltete sich 1973 in den Bereich fortgeschrittener Reaktortechnik ein, und zwar in Partnerschaft mit der Gulf Oil Corp., einem der führenden Unternehmen auf dem Sektor neuer Energiequellen. General Atomic, das Ergebnis dieser 50:50-Partnerschaft, mußte jedoch schwere Rückschläge bei der kommerziellen Entwicklung und Herstellung von Hochtemperaturreaktoren hinnehmen und kündigte 1975 alle neuen HTR-Lieferungsverträge. Andererseits bleibt General Atomic jedoch am Bau von Hochtemperaturreaktoren in Fort St. Vrain (USA) und in Schmehausen in der BRD beteiligt.

Großbritanniens zur EWG. Trotz der Zustimmung George Pompidous zum Beitritt Englands gestaltete sich die Troika jedoch zu einem antifranzösischen Block[58]).

Darüber hinaus beschloß die Troika, die gerade ihre definitive Form angenommen hatte, am 15. April 1970 in Den Haag ein an Italien und Belgien gerichtetes Memorandum, in welchem sie diesen Ländern eine Beteiligung an der Urenco, nicht jedoch an der Centec anbot und sie gleichzeitig von der Mitgliedschaft im Gemeinsamen Ausschuß, dem die Politik der Troika bestimmenden Organ, ausschloß. Eine „Aufnahmegebühr" wurde festgesetzt, die sich nach Angaben der Italiener auf 5 Mio. Pfund Sterling belief. Italien fand diese Konditionen „entschieden unannehmbar" und konterte am 19. August 1970 mit dem detaillierten Vorschlag für eine assoziierte Mitgliedschaft sowohl in der Urenco wie in der Centec[59]). Diese und auch alle übrigen Bemühungen der Außenseiter scheiterten, und Italien und Belgien optierten 1972/73 für Eurodif.

Die anhaltende Pflege des Expertentums auf dem Gebiet der Isotopentrennung spiegelt die niederländische Tendenz wider, sich auf technologisch fortgeschrittene Industriezweige zu spezialisieren; trotz des als Schrittmacher wirkenden Fortschritts in der niederländischen Erforschung, Entwicklung und Demonstration des Zentrifugenverfahrens und des sprichwörtlichen kommerziellen Flairs der Holländer lassen sich jedoch die Zweifel nicht ausräumen, ob die Troika wirklich jemals eine Konstellation relativ gleicher Partner ohne explizite Vorherrschaft im Hinblick auf wissenschaftlich-industrielle Kompetenz und Einflußmöglichkeit gewesen ist. Boskma und seine Mitautoren bemerken denn auch, daß nun, da zwei Anreicherungsorganisationen – eine überwiegend britische und eine holländisch-westdeutsche – entstanden sind, „formal jedes der drei Länder ein Vetorecht im Gemeinsamen Ausschuß besitzt, sich jedoch die Frage stellt, ob angesichts der fortgesetzten Unterteilung des Projekts dieses Vetorecht auch weiterhin *de facto* bestehen bleibt. Für Großbritannien ist es jedenfalls mit Sicherheit möglich, eine unabhängige Politik zu verfolgen. In diesem Fall würde Westdeutschland im anderen Zweig zweifellos die Oberhand gewinnen"[60]).

Besorgt über das Umgehen der niederländischen Technologie schrieb das „NRC/Handelsblad" (Nachfolger des „Algemeen Handelsblad") am 7. März 1973 in einem Leitartikel: „Nur das deutsche Zentrifugenmodell wird für Operationen im großen Maßstab in Betracht gezogen. Holländische Wissenschaftler sind an der Entwicklung dieser Apparatur beteiligt – eine Tatsache, die für die holländische Industrie von Interesse sein könnte. Aber nirgendwo ist dieses Interesse exakt definiert. Vorläufig gibt es einen holländischen Beitrag, und wir werden abwarten müssen, ob dabei wirklich etwas herauskom-

58) Das Baugelände für die Gasdiffusionsanlage der Eurodif wurde 1974 in Tricastin erschlossen. Im September 1976 gab die neue Industriegruppe Coredif, an der Eurodif mit 51%, Frankreich mit 29% und der Iran mit 20% beteiligt sind, ihre Pläne bekannt, eine zusätzliche Diffusionskapazität von 10000 Tonnen oder mehr einzurichten.
59) Assoziierung Italiens mit dem Zentrifugenpakt vorgeschlagen (ital.), „Atomo e Industria", v. 1. 9. 1970, S. 8.
60) Boskma, Smit und de Vries, S. 123–124. – In jedem Fall kann sich Westdeutschland dem Veto nach 1980 durch Austritt aus der Troika entziehen.

men wird. Wie die Erfahrung zeigt, besteht die reale Gefahr, daß die Niederlande durch deutsche und britische Interessen ausgequetscht werden (in de knel komen)."

Die wissenschaftlich-technischen und die politischen Kräfte, die den Anschluß des niederländischen Zentrifugenprojekts an Westdeutschland betrieben, kämpften in den Jahren 1969 bis 1971 gegen seine „Europäisierung". Die Zweiteilung und strukturelle Reorganisation der Troika in den Jahren 1973/74 ging noch weiter und führte zu einem halbautonomen britischen Zweig und einer niederländisch-westdeutschen Zweiergemeinschaft, in der die Stimme Den Haags schwächer wird und zu einer bloßen Randerscheinung herabsinken kann.

Seit November 1976 diskutiert man in den Niederlanden intensiv die mögliche Ausweitung der Trennungskapazität von Almelo, und es hat sich eine starke Opposition gebildet angesichts des westdeutschen Atomhandels mit Brasilien und der damit in engem Zusammenhang stehenden Absicht Westdeutschlands, zwischen der Urenco und Brasilien einen Dienstleistungsvertrag zur Urananreicherung abzuschließen. Nichtsdestoweniger hat sich die Opposition in anderen westlichen Staaten gegen die – seinerzeit „schockierende"[61]) – Herstellung spaltbaren Materials in der Bundesrepublik nach und nach während der sieben Jahre quasi-einheimischen Zentrifugenbetriebes der Uranit/GnV in Almelo aufgelöst. Und der Betrieb in Almelo wurde – zum Teil auch wegen der geringen Größe der Prototyp-Zentrifugenkaskaden – aufgenommen ohne die vorherige Herbeiführung von Entscheidungen wie etwa über die Inbetriebnahme großer Kraftwerke oder über die Nutzung eines wesentlichen Teils aus den Reservebeständen an Uranerz. Ende 1976, als die Ausweitung von Almelo in *Zugzwang* geriet, reagierte Uranit auf die wachsende Besorgnis in den Niederlanden mit Vorschlägen für eine erneute Erweiterung, nämlich für den Bau einer 1000-Tonnen-Zentrifugenanlage zur Urananreicherung auf bundesdeutschem Boden nahe der niederländischen Grenze[62]).

## *Kapitel 5: Großbritannien*

### *„Ohne jede Publizität"*

Die britische Atomenergiebehörde (Atomic Energy Authority, AEA), Englands „unergründlichste Industrie, die es schafft, niemandem Rechenschaft schuldig zu sein"[63]), begann mit der Zentrifugentrennung in Harwell 1948. Das Programm zur Gaszentrifugen-Forschung und -Entwicklung blieb „ge-

61) „Deutschlands Hauptproblem bestand natürlich darin, daß jeder Plan, auf deutschem Boden eine Anreicherungsanlage zu errichten, die Weltmeinung schwer schockieren würde. Die Lösung, die es daher durch Zusammenarbeit mit Holland anstrebte, bestand im gemeinschaftlichen Besitz einer holländischen Anlage." David Fishlock und Robert Mautner, Behind the Gas Centrifuge Argument, Financial Times v. 14.11. 1969.
62) Uranit verweist auf die existierenden Urenco-Verträge über Anreicherungsleistungen, die sich auf über 26000 Tonnen Trennarbeit belaufen, sowie auf Artikel III.1 des Almelo-Abkommens, der die Urenco bindend verpflichtet, allen Anreicherungsaufträgen durch die Einrichtung neuer Anreicherungskapazität nachzukommen, Jahrbuch der Atomwirtschaft 1977, S. 70–71.
63) Anthony Sampson, Anatomy of Britain Today. London (Hodder and Stoughton) 1965, S. 381–382.

heim und ohne jede Publizität", bis es im Jahre 1968 „plötzlich in die Öffentlichkeit lanciert wurde"[64]).

Großbritanniens Drittelbeteiligung an Urenco/Centec läuft über British Nuclear Fuels Ltd, die frühere Produktionsabteilung der AEA, die 1971 als privates Unternehmen eingetragen wurde[65]). Betrachtet man die Geschichte der AEA, deren zwei Hauptkunden „das Verteidigungsministerium, für das sie Waffen herstellt, und die Elektroenergiebehörde, für die sie Kraftwerke plant" sind[66]), so überrascht es nicht, daß viele führende Vertreter der britischen Zentrifugenindustrie aus dem Rüstungsbereich kommen[67]). Die BNFL-Anlagen zur Zentrifugenanreicherung und Rotorherstellung stehen direkt neben der Gasdiffusionsanlage von Capenhurst, und es ist Großbritannien aufgrund des Almelo-Abkommens nicht untersagt, Hybridanlagen mit Gaszentrifugen und Gasdiffusion zur Herstellung von waffentauglichem Uran zu betreiben:

Wie in Art. VI, § 2 des Amelo-Abkommens spezifiziert, ist Großbritannien tatsächlich in keiner Weise daran gehindert, aus einer der Troika-Einrichtungen stammendes Uran weiter anzureichern – möglicherweise in einer eigenen Anlage, bis die zur Herstellung von Atomwaffen erforderliche Hochgradigkeit erreicht ist. Die britische Regierung hat erklärt, falls sie von dieser Option Gebrauch machen werde, dann solle das mit angereichertem Uran geschehen, das aus einer innerhalb des Vereinigten Königreichs gelegenen Troika-Installation stammt[68]).

Während des Zeitraums von 1968 bis 1970, einer Periode zuversichtlicher Hoffnungen („Großbritanniens Atomindustrie könnte das (Zentrifugen-)System ab 1973 benutzen, was diesem Land gegenüber den Amerikanern einen wichtigen Vorsprung sichern würde"[69])) „gab es weiten Bereichen Spekula-

64) Leonard Beaton, „Times" (London) v. 4. 3. 1970, S. 10.
65) Das gesamte Aktienkapital der BNFL – „eines der größten Lieferanten der Welt für Kernbrennstoff und Leistungen im Brennstoffkreislauf" – befindet sich im Besitz der AEA im Auftrage des Staatssekretärs für Energie. 80% der BNFL-Finanzierung für die Entwicklung von Gaszentrifugen-Demonstrationsanlagen wurden vom Ministerium für Handel und Industrie übernommen.
66) Sampson, S. 382.
67) Einer der ranghöchsten von ihnen war David Peirson, von 1942 bis 1954 Mitarbeiter des Versorgungsministeriums, wo er an der „unabhängigen britischen atomaren Abschreckung" arbeitete, einer Bezeichnung für Großbritanniens Hinwendung zur nuklearen Integration Westeuropas. 1955–71 war Mr. Peirson bei der AEA als Sekretär tätig; als Gründungs-Generaldirektor der Centec war er dann von 1971 bis 1975 an der Führung der Troika beteiligt. Der BNFL-Hauptgeschäftsführer Coningsby Allday ging 1949 als Leitender Chemiker der Abteilung Forschung und Entwicklung zur AEA und wurde dann Direktor der Produktionsabteilung. Bei der ICI fungierte er 1939–49 als Leiter der Produktion von durchlässigen Membranen für die Gasdiffusionsanlage in Capenhurst. Alldays Stellvertreter ist Dr. Donald Avery, Direktor der BNFL-Brennstoffabteilung, der 1958 vom Royal Radar Establishment zur AEA wechselte, um in der Anlage von Capenhurst die Forschung zu leiten. Die Karrieren der beiden Urenco/Centec-Direktoren Allday und Avery sind typische Beispiele für die Art und Weise, in der sich die Arbeit mit spaltbarem Material in Capenhurst weiterentwickelte, wo in den späten 60er Jahren der Schwerpunkt vom Diffusions- auf das Zentrifugenverfahren verlagert wurde. Weitere Beispiele für die Personalverbindung zwischen Atomwaffen und Troika sind Dr. Norman Franklin, ein früherer Mitarbeiter der AEA-Produktion, dann 1971–75 Hauptgeschäftsführer der BNFL und gegenwärtig Vorsitzender und Generaldirektor der Nuclear Power Co Ltd, sowie Thomas Tuchy, 1973–74 Hauptgeschäftsführer bei Urenco/Centec, 1964–71 Generaldirektor der AEA-Produktionsgruppe und vorher Geschäftsführer verschiedener AEA-Werke zur Plutoniumherstellung.
68) Memorium of Reply, Proceedings of the Second Chamber 1970–1971, S. 4, rechte Spalte. Artikel VI.2 lautet: „Die Vertragschließenden Parteien verpflichten sich zu gewährleisten, daß die in Artikel I dieses Abkommens genannten gemeinsamen Industrieunternehmen kein waffentaugliches Uran zur Herstellung nuklearer Waffen oder sonstiger nuklearer Explosionsvorrichtungen produzieren."
69) Pearce Wright, Nuclear Fuel System „Puts UK Ahead", „Times" (London) v. 3. 1. 1969, S. 1.

tionen, denen offiziell nicht widersprochen wurde, Rolls-Royce und Rio Tinto-Zinc würden zu den am (Zentrifugen-)Projekt beteiligten britischen Industriegruppierungen gehören"[70]). Die Rio Tinto, die schätzungsweise 10% oder mehr des Urans in der nichtsozialistischen Welt kontrolliert, steht stark unter dem Einfluß der Pariser Rothschilds[71]) und verfügt über wichtige Beteiligungen bei Shell und den IG-Farben-Nachfolgern, einschließlich ihres Gründungsanteils bei der Nukem. Im Jahre 1969 unterzeichnete die AEA Verträge mit der RTZ über die Lieferung von 6500 metrischen Tonnen Uranerz aus den Roessing-Bergwerken in Namibia[72]).

Rolls-Royce hatte „aufgrund der Firmenerfahrung auf dem Gebiet der U-Boot-Brennstoffe" zusammen mit Rio Tinto und ICI „seit Jahren Druck auf die Regierung ausgeübt, um das Recht zu erhalten, sich an der Herstellung von (atomaren) Brennstoffen zu beteiligen"[73]). Der finanzielle Zusammenbruch von Rolls im Jahre 1971 war die Folge von Problemen bei der Entwicklung des Strahltriebwerks RB 211, mit denen der Jetliner Lockheed L-1011 TriStar ausgerüstet ist. Beim Bau des Laufschaufelsystems der RB-211-Turbine wurde den Berichten zufolge ein neues Material, „eine leichte, mit Kunstharz verarbeitete Karbonfiber bei der Herstellung der Schaufelblätter anstelle des üblicheren Titans verwendet. Das Material galt als erprobt, führte dann allerdings zu unerwarteten Hindernissen, die im Jahre 1968 nicht vorherzusehen waren"[74]). Karbonfiberverstärkter Kunststoff ist wegen seiner Starrheit und geringen Dichte „offensichtlich die Antwort auf die Gebete der Zentrifugenbauer, und zwar sowohl wegen seiner physikalischen Eigenschaften als auch seiner potentiellen Eignung zur Massenproduktion"[75]). Innerhalb der Troika stellt MAN in München Metallrotoren für die Uranit-Demonstrationsanlage in Almelo her, und obwohl die gegenwärtige Situation in Großbritannien nach der Rolls-Royce-Krise noch immer unklar ist, scheint Rolls mit der Verwen-

70) Anthony Rowley, Uranium Project Must Pay Its Way – Benn, „Times" (London) v. 5.3. 1970, S. 24.
71) Baron Guy de Rothschild, der an der Spitze der wichtigsten französischen Bergbaugruppe Imetal steht, ist Direktor bei RTZ, während Harry Oppenheimer, der Vorsitzende der Anglo-American Corp., ein Direktionsmitglied der Imetal ist. Über die von Rothschild/RTZ/Anglo-American ausgeübte Kontrolle der Uranindustrie s. Stephen Salaff, Japan's Uranium Supply: In the Hands of the Cartel, „Petroleum News", Juni 1977, S. 14–16.
72) Die Haupteigentümer von Roessing Uranium Ltd wurden vom UNO-Rat für Namibia wie folgt angegeben: Rio Tinto – Zinc: 50% – The Industrial Development Corportion of South Africa (unter Kontrolle der südafrikanischen Regierung): 20% oder weniger – The General Mining and Finance Corporation of South Africa: 20% – Compagnie Française des Pétroles (über die Compagnie Minière et Nucléaire) 10%.
Die Roessing-Mine wird von den obigen Gesellschaften gemeinsam mit der Urangesellschaft betrieben, einer Metallgesellschaft/Steag/Veba-Tochtergesellschaft, die 1972 unter internationalem Druck ihre finanzielle Beteiligung an der Roessing Uranium Ltd in Höhe von 8 Mio. Pfund rückgängig machte. Report of the United Nations Council for Namibia (Covering the Period 25 September 1973 to 16 August 1974), A/9624, Band II, 4. 11. 1974, S. 50, 54. – Die General Mining and Finance Corp. wurde von der Dresdner Bank im Jahre 1895 gegründet und entwickelte sich später zum Hauptakanal für die Investitionen von Afrikaner-Kapital in den Goldminen. Am 13. Dezember 1974 bestätigte die UNO-Generalversammlung in ihrer Resolution 3295 das vom UNO-Rat für Namibia am 27. September 1974 erlassene Dekret über die Bodenschätze Namibias. Nach diesem Dekret gelten alle ohne UNO-Ermächtigung in Namibia gewonnenen und aus Namibia ausgeführten Bodenschätze als gestohlene Güter und „unterliegen der Beschlagnahme und Einziehung", Official Records of the General Assembly, Twenty-ninth Session, Supplement No. 24 A, A/9624/Add. 1, Abs. 84.
73) Christopher Layton, European Advanced Technology: A Program for Integration, London (Allen & Unwin) 1969, S. 120–121.
74) MP Urges State Take-Over of Rolls-Royce, „Daily Telegraph" v. 13.11. 1970, S. 7.
75) Simon Rippon, Ultracentrifuges for Uranium Enrichment, „Spectrum: British Science News", 1973, Nr. 106, S. 2.

dung karbonfiberverstärkten Kunststoffs in Capenhurst in engem Zusammenhang zu stehen[76]).

*Die englisch-westdeutsche Zusammenarbeit*

Die Bildung der Troika war eine Schlüsselaufgabe für die tatkräftige diplomatische Aktivität Großbritanniens im Jahre 1969. Nicht darauf vorbereitet, mit Frankreich wegen einer breiteren europäischen Zusammenarbeit zu verhandeln[77]), richtete London seine volle Aufmerksamkeit auf die offensichtliche finanzielle und wirtschaftliche Stärke Bonns und suchte trotz der mit dem westdeutschen Besitz spaltbaren Materials verbundenen latenten Sicherheitsrisiken eine „besondere Beziehung" mit Bonn als Mittel, Großbritanniens politisches Ansehen und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. Die Troikagründung erfolgte in einem komplizierten Bezugsrahmen gemeinschaftlicher Transaktionen auf den Gebieten der militärischen Forschung und Entwicklung sowie der Herstellung von Waffen und militärischer Ausrüstung mittels gemeinsamer Industrieproduktion. Harold Wilson schreibt dazu in seinen Memoiren über seinen Besuch in Bonn 1969: „Mehr als bei anderen Besuchen in den europäischen Ländern sprachen wir hier über die Zusammenarbeit auf technologischem Gebiet, und das war der konstruktivste Teil unserer Reise. Bei diesen Gesprächen erwähnten wir auch die Organisation zur gemeinsamen Entwicklung von Raketen (ELDO), die europäische Organisation für Raumforschung (ESRO)[78]), das europäische Airbus-Projekt und das damit in Konkurrenz stehende BAC 311-Projekt sowie das Mehrzweckflugzeug MRCA. Die wichtigsten Verhandlungen galten der Zusammenarbeit zwischen Großbritannien, Deutschland und den Niederlanden bei der Entwicklung der Kernzentrifuge."[79])

Da die BRD in immer stärkerem Maße beherrschende Positionen wirtschaftlicher und politischer Koordination im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften einnimmt, kommen ihre industriellen Interessengruppen in den Genuß zunehmender Bewegungsfreiheit innerhalb der Troika im Sinne einer

---

76) Offenbar fehlt der westdeutschen und der britischen Technologie eine gemeinsame Basis, und die industriellen Aspekte des jeweils verwendeten Rotormaterials sind voneinander verschieden.

77) Im Verlaufe seines vertraulichen Gesprächs mit Botschafter Soames am 4. Februar 1969 schlug General de Gaulle eine Abmachung vor, wonach Großbritannien einer „von den USA vollkommen unabhängigen" westeuropäischen politisch-militärischen Gruppierung beitreten würde, die durch „das Verschwinden der NATO, wie wir sie heute kennen", gekennzeichnet wäre, und zwar im Austausch gegen die Zulassung zu einer loser organisierten EWG mit einem „kleinen inneren Rat", bestehend aus Frankreich, Großbritannien, Westdeutschland und Italien. Die Zitate stammen aus dem Bericht von Außenminister Stewart über diesen Vorschlag, den er ablehnte, „Hansard" v. 24. 2. 1969, S. 1088–1089.

78) Die European Launcher Development Organization (ELDO) zur Entwicklung von Trägerraketen geht auf einen britischen Vorschlag des Jahres 1960 zurück. Die European Space Research Organization (ESRO), die ihre Tätigkeit zusammen mit der ELDO zu Beginn der 60er Jahre aufnahm, liefert die Raumfahrzeuge. Diese britischen Initiativen für eine westeuropäische Raumforschungsgemeinschaft machten es möglich, daß Raumfahrtforschung und -entwicklung zu einem deutlichen Aufgabengebiet in Westdeutschland wurden.

79) Harold Wilson, The Labour Government: A Personal Record 1964–1970, London (Weidenfeld and Nicolson) 1971, S. 612. Zit. nach der deutschen Ausgabe: Harold Wilson, Die Staatsmaschine. Erinnerungen des britischen Premiers 1964–1970, Wien/München/Zürich (Verlag Fritz Molden) 1972, S. 438. Als de Gaulle seinen gefeierten Vorschlag (s. Anm. 77) Botschafter Soames unterbreitete, schmiedeten der Premierminister und Dr. Kiesinger bereits ihre Zusammenarbeit. Das Überschall-Kampfflugzeug MRCA, dessen Massenproduktion im Jahre 1976 anlief, ist das größte und teuerste (40 Mrd. DM) Geräteprojekt der europäischen Militärgeschichte. Daran beteiligt sind die drei Unternehmen Messerschmitt-Bölkow-Blohm (Projektleitung) mit 42,5%, British Aircraft mit 42% und Aeritalia mit 15%. Das Strahltriebwerk RB 199 der MRCA wird von den Zentrifugenherstellern Rolls-Royce and MAN in Zusammenarbeit mit Daimler-Benz und Fiat gebaut.

Verwirklichung ihres historisch verwurzelten Strebens nach Autarkie auf dem Gebiet der Urananreicherung, während andererseits Großbritannien (wie die Niederlande) immer weniger in der Lage ist, der westdeutschen Expansion den Stachel zu nehmen. Faktisch hat sich Großbritannien dafür entschieden, Westdeutschland zu unterstützen – falls nötig, auch gegen Den Haag (dessen nachdrückliche Forderungen, die Exporte der Troika von angereichertem Uran sollten stärkeren Garantien für eine Nichtweiterverbreitung unterstellt werden, von London nicht unterstützt wurden) und sogar bei der scharfen Auseinandersetzung Bonns mit Washington in der Frage der nuklearen Exporte.

*

Es wurde hier gezeigt, wie das die Troika umgebende Halbdunkel der Geheimhaltung außerordentliche Hindernisse zeitigt, die einem gründlichen Verständnis der wissenschaftlich-technischen, politisch-wirtschaftlichen und militärischen Faktoren im Wege stehen, deren Zusammenspiel das Konsortium geformt hat. Dennoch machen die tiefgreifenden Auswirkungen der Troika auf die atomare Zukunft den Versuch unumgänglich, diese Untersuchung so lange weiterzuführen, bis die Probleme in ihrer ganzen Tiefe klar zu erkennen sind.

# Algerien vor dem zweiten Kongreß der Nationalen Befreiungsfront (FLN)

Von Alexander Gschwind

Die Demokratische Volksrepublik Algerien, die am 5. Juli 1978 den sechzehnten Jahrestag ihrer Unabhängigkeit feiern konnte, steht mitten in den Vorbereitungen für den zweiten Kongreß ihrer revolutionären Partei, der Nationalen Befreiungsfront (Front de Libération Nationale/FLN) und für den dritten Vierjahresplan. Der FNL-Kongreß soll Ende 1978 stattfinden, der neue Vierjahresplan läuft 1979 an. Beides gibt Anlaß zu einer kritischen Würdigung dessen, was in den vergangenen sechzehn Jahren erreicht und geleistet wurde und zur Skizzierung der aktuellen Probleme, der nächsten Schritte im Aufbauprozeß dieses Landes, das zu den führenden in der Dritten Welt zählt. Algeriens Gegenwart und die Stoßrichtung seiner Revolution lassen sich allerdings nicht losgelöst von ihrem historischen Hintergrund einschätzen, weshalb es zunächst nötig sein wird, die Entwicklung der letzten Jahre kurz zu rekonstruieren.

## I. Die Geburtswehen der Unabhängigkeit

Algerien hat seine am 5. Juli 1962 erlangte Unabhängigkeit in einem der blutigsten Kolonialkriege der Geschichte erkämpfen müssen. Nach siebeneinhalb Jahren Krieg, die weit mehr als eine Million Algerier das Leben gekostet hatten, stand die FLN im Moment der Machtübernahme in wirtschaftlicher Hinsicht vor dem absoluten Nichts. Das Land war vom Krieg verwüstet, die (wenigen) Industrieanlagen von den Franzosen entweder dementiert oder dann zumindest sabotiert worden, die von der antialgerischen Propaganda verhetzten französischen Kader bis auf wenige Ausnahmen in die Metropole zurückgewandert.

Dazu kam, daß die FLN selbst von schweren Fraktionskämpfen erschüttert wurde und ein politisches Programm für die Zeit nach der Unabhängigkeit (später bekannt geworden als „Programm von Tripolis") erst in letzter Minute und in höchst realitätsfremder Form zustande gebracht hatte. Die aus dieser Situation heraus zu erklärende konzeptlose Wirtschaftspolitik, schlecht vorbereitete und chaotisch abgewickelte Selbstverwaltungsexperimente sowie ständige Machtkämpfe brachten den jungen Staat in den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit an den Rand des Ruins. Der immer selbstherrlicher regierende erste Präsident, Ahmed Ben Bella, suchte den durch seine Politik ausgelösten Widerständen und Problemen mit zunehmendem Terror zu begegnen. Die FLN verlor damals im Volk an Ansehen, und manches führende Mitglied aus der Kriegszeit verschwand entweder in Ben Bellas Kerkern oder wählte von neuem den Weg ins Exil. Die von Houari Boumedienne kommandierte Nationale Volksarmee als wichtigster Machtfaktor im Lande, die Ben Bella im Verlaufe der Auseinandersetzungen unmittelbar nach der Unabhängigkeit auf den Schild gehoben hatte, geriet in immer offeneren Gegensatz zum Präsidenten. Als der erste FLN-Kongreß vom April 1964 sich außer Stande zeigte, die Situation zu klären und nachdem Ben Bella in der Folge gar versuchte, sich zweier wichtiger Vertrauensleute der Armee in seinem Kabinett (Innenminister Medeghiri und Außenminister Bouteflika) zu entledigen, intervenierte schließlich am 19. Juni 1965 ein 26 Mitglieder umfassender Revolutionsrat unter der Führung Boumediennes und entmachtete Ben Bella.

## II. Priorität für Wirtschaftskonsolidierung und Staatsaufbau

Der Sturz Ben Bellas wirkte zunächst wie ein Schock. Viele Beobachter neigten dazu, ihn als Konterrevolution zu interpretieren und wurden darin scheinbar durch die spekulative Genugtuung, welche der Staatsstreich in den imperialistischen Metropolen auslöste, bestärkt. Der Revolutionsrat betrieb eine sehr zurückhaltende Informationspolitik. Der Gewerkschaftsapparat wurde von basis-demokratischen Elementen rücksichtslos gesäubert und gleichzeitig die unter Ben Bella verbreitete linksradikale Presse verboten. Die von Ben Bella oft spektakulär betriebene Außenpolitik trat in den Hintergrund und die Sanierung der Wirtschaft mit Hilfe drastischer Sparprogramme erhielt absolute Priorität.

Die Nationalisierung wichtiger Basisindustrien im Jahre 1966 und die klaren algerischen Positionen während des Nahostkrieges von 1967 lieferten dann deutlichere Hinweise auf die Stoßrichtung der neuen Staatsführung. Ein erster (unzulänglich vorbereiteter und deshalb nur beschränkt erfolgreicher) Versuch mit einem Dreijahresplan zwischen 1967 und 1969, die Verstaatlichung der gesamten Erdölproduktion und -verarbeitung 1971 (ein Unterfangen, welches seit den entsprechenden Maßnahmen der mexikanischen Regierung unter Präsident Cardenas im Jahre 1938 keinem Entwicklungsland mehr gelungen war: man erinnere sich nur an das Schicksal der Regierung Mossadegh 1952 in Persien[1]) und die Einleitung einer umfassenden Landreform seit 1972 veränderten schließlich immer entscheidender die Wirtschaftsstruktur des Landes. Heute sind alle lebenswichtigen Schlüsselindustrien verstaatlicht und die Landwirtschaft funktioniert zum größten Teil auf Genossenschaftsbasis. Durch die nunmehr dem Lande direkt zufließenden Einnahmen aus den nationalen Rohstoffreserven (welche sich seit 1973 dank der von Algerien maßgeblich miterkämpften verbesserten Preissituation für Erdöl erheblich gesteigert haben), ist es zudem möglich geworden, das Erziehungs- und Gesundheitswesen sowie das System der Sozialversicherung wesentlich auszubauen.

Der Partei wurde seitens des Revolutionsrates angesichts der Konzentration auf die wirtschaftliche Sanierung des Landes zunächst wenig Bedeutung zugemessen. Erst nach einem Putschversuch des Ben-Bella-Anhängers Tahar Zbiri Ende 1967 wurde ein neuer Anlauf zur Reorganisation der FLN unternommen. Der damit betraute Ahmed Kaid, vormaliger Finanzminister und eindeutig dem konservativen Flügel der Befreiungsfront zugehörig, unternahm allerdings wenig zur realen Stärkung der Partei. Als diese in der Agrarreform 1972 Avantgardefunktionen übernehmen sollte, ging Ahmed Kaid gar zu offener Rebellion über, weil er als einer der größten Grundbesitzer des Landes selbst empfindlich davon betroffen worden wäre. – Deutlicher hätte sich der Niedergang, den die FLN seit Ende des Unabhängigkeitskrieges durchgemacht hatte, kaum manifestieren können.

Die Agrarreform wurde denn auch recht eigentlich zum Prüfstein der algerischen Revolution. Zwar konnte Ahmed Kaid zum Rücktritt als Parteiverantwortlicher gezwungen werden, aber damit war der Widerstand der Bourgeoisie noch nicht gebrochen. Nachdem in der ersten Phase der Reform zwischen 1972 und 1974 rund 700 000 Hektar Land aus Staats- und Gemeindebesitz neu verteilt worden waren, sollte 1974 der private Großgrundbesitz aufgelöst werden. Nun begann das bekannte Spiel: Bauern, welche Boden bekommen sollten, wurden durch Einschüchterungskampagnen von dessen Inbesitznahme abgehalten, Funktionäre bestochen, studentische Freiwillige vertrieben, etc.

Als im Frühjahr 1976 die Reaktion mit einem offenen Appell zum Aufstand blies und mit einem Versorgungsboykott gegen die Hauptstadt in die Offensive ging, zeigte sich allerdings rasch ihre Isolation: Obwohl der Aufstands-

1) Vgl. dazu: Hassan Nazari, Der ökonomische und politische Kampf um das iranische Erdöl, Köln 1971.

appell auf Zehntausenden von Flugblättern verteilt worden war und die internationale Presse tatkräftig zu seiner Weiterverbreitung beitrug, blieb es im Lande völlig ruhig. Die Antwort der Massen folgte dann jedoch wenige Wochen später während der Kampagne um eine neue Nationalcharta in mehr als deutlicher Form: Zehntausende von Bürgern verlangten eine Beschleunigung der Landreform, eine rigorose Einschränkung des Privatsektors und einen entschiedenen Kampf gegen die Korruption. Die Arbeiter besetzten die Plastikfabrik des einstigen Präsidenten der algerischen Exilregierung während des Unabhängigkeitskrieges, Ben Khedda, der zu den Mitunterzeichnern des konterrevolutionären Appells gehört hatte. Die Besetzung wurde erst abgebrochen, nachdem das Werk verstaatlicht und in den Staatskonzern SONATRACH integriert worden war.

### *III. Die Reorganisation der Staatsstrukturen*

1967 wurden in Algerien erstmals seit der Unabhängigkeit Gemeindewahlen durchgeführt, bei denen die FLN den Wählern jeweils zwei Kandidaten für jeden zu vergebenden Sitz vorschlug. Zwei Jahre später fanden nach demselben Prinzip Departementswahlen statt und seither sind auf beiden Ebenen die Volksvertretungen bereits zweimal erneuert worden, wobei zum Teil beträchtliche personelle Verschiebungen zu verzeichnen waren. Diese Erfahrungen sind dann 1976 in die Ausarbeitung der Nationalcharta und der neuen Verfassung eingeflossen.

In seiner Rede zum zehnten Jahrestag der Machtergreifung durch den Revolutionsrat hatte Oberst Boumedienne am 19. Juni 1975 die Ausarbeitung einer neuen Verfassung sowie die Abhaltung von Präsidentschafts- und Parlamentswahlen für das folgende Jahr (1976) in Aussicht gestellt. Im Oktober 1975 wurde dann eine Kommission mit der Ausarbeitung einer „Nationalen Charta" beauftragt. Dieses an die Traditionen des „Programmes von Tripolis" und der vom ersten FLN-Kongreß 1964 verabschiedeten „Charta von Algier" anknüpfende Dokument sollte die bisherigen Erfahrungen der algerischen Revolution analysieren und daraus die Leitlinien für den weiteren nationalen Aufbau entwickeln. Der von der Kommission vorgelegte Entwurf wurde vom Revolutionsrat Ende April 1976 der Öffentlichkeit zur breiten Diskussion unterbreitet.

In einem einzigartigen Prozeß nationaler Reflexion beteiligten sich während sechs Wochen nahezu vier Millionen Algerier (d. h. mehr als 50% der erwachsenen Bevölkerung!) im Rahmen von mehr als hunderttausend Versammlungen in Betrieben, Massenorganisationen, Parteizellen und Gemeinden an einer intensiven und oft heftig geführten Debatte über das neue revolutionäre Programm. Wie offen diese Diskussion verlief, erhellt allein schon daraus, daß eine mit deren Auswertung betraute Redaktionskommission mit 39 Mitgliedern nach der Quantifizierung aller in den Volksversammlungen formulierten Anträge der vom 17.–19. Juni 1976 tagenden Kaderkonferenzen der FLN 1200 mehrheitlich substantielle Änderungen am ursprünglichen Entwurf der

Charta vorschlug. Der derart bereinigte Text wurde am 27. Juni 1976 vom algerischen Volk in einem allgemeinen Referendum angenommen[2]).

Die anhaltende Durchsetzung des Staats- und Parteiapparates mit korrupten und opportunistischen Elementen war – wie bereits kurz erwähnt – eines der Hauptthemen in der Debatte um die Charta. Es wurde gefordert, die Partei endlich zu straffen und allenfalls zu säubern. Aufgrund der öffentlichen Diskussion gibt es im beschlossenen Text denn auch den Auftrag an die Partei, eine Kaderschule einzurichten und die Aufnahmekriterien zu verschärfen. Das Dokument definiert aber auch endlich das Selbstverständnis der FLN. Dies geschieht aufgrund von vierzehn Jahren Erfahrung und nicht in der reichlich voluntaristischen Manier des Tripolisprogrammes von 1962 oder der Parteitagsdokumente von 1964. Gerade im Licht jener beiden Erfahrungen ist dies ein nicht zu unterschätzender Fortschritt. Eine Klärung der ideologischen Positionen der Partei und eine Konkretisierung ihrer Aufgaben im revolutionären Prozeß hatte bis dahin weitgehend gefehlt. Die Charta ist als von den Massen diskutiertes, mitgestaltetes und gebilligtes revolutionäres Grundsatzdokument zu einem Instrument geworden, das der Partei erlauben sollte, nach einer langen Periode der Isolation wieder Tritt zu fassen. Die seitherige Entwicklung scheint zu bestätigen, daß dies der FLN tatsächlich gelingen kann, sofern die Dynamik der Kampagne um die Charta auch den Parteiapparat selbst anhaltend zu beleben vermag.

Der hier zur Verfügung stehende Raum erlaubt es leider nicht, auf den gesamten Inhalt dieses für die Diskussion um die Entfaltung des Sozialismus unter den Bedingungen der Unterentwicklung äußerst bedeutungsvollen Dokumentes einzugehen. Die folgenden Auszüge aus dem ersten Kapitel („Der Aufbau der sozialistischen Gesellschaft") der Nationalcharta dürften immerhin die algerische Position in dieser Debatte hinreichend verdeutlichen:

„Alle Länder, welche für eine wirkliche Unabhängigkeit kämpfen, unterliegen einer sozialistischen Dialektik. Man hat dieses Phänomen manchmal den ‚nichtkapitalistischen Entwicklungsweg' genannt. Jene These ist aber nicht geeignet, den wirklichen Entwicklungen der sozialistischen Praxis gerecht zu werden. Von jenem Moment an, in dem ein Land für die wirkliche Unabhängigkeit kämpft, in dem es beschließt, das Privateigentum an Produktionsmitteln abzuschaffen, und in dem es sich mit seinen Maßnahmen für die Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen verwendet, begibt es sich bereits auf einen sozialistischen Weg. Dies nicht anzuerkennen, bedeutet, das Dogma über die Realität zu stellen und die tiefe Dynamik des revolutionären Prozesses in unserer Epoche zu leugnen. (. . .) Mit anderen Worten: Der Sozialismus kann in den erst neuerdings unabhängigen Staaten nicht von denselben Bedingungen ausgehen wie in den Industrienationen, wo eine Arbeiterklasse besteht, welche keine andere Unterdrückung kennt als jene ihrer eigenen Kapitalistenklasse. Diesem Umstand keine Rechnung zu tragen, würde bedeuten, die Schlagkraft des Sozialismus beträchtlich einzu-

2) Vgl. Robert Lambotte: Algérie, naissance d'une société nouvelle, Paris 1976.

schränken, ihn in seinem Gang erstarren zu lassen, ihn auf ein einziges und allgemeinverbindliches Modell zu reduzieren. Eine derartig einseitige Haltung liefe tatsächlich darauf hinaus, den Sozialismus zu denaturieren, indem man ihn seines nationalen Gehalts beraubt. (. . .) Als Produkt mehr des kolonialen und neokolonialen Kapitals als des dünngesäten oder überhaupt nicht existenten nationalen Kapitals, nimmt das Proletariat in unseren Ländern nur einen bescheidenen Platz ein, da die imperialistischen Monopole ihre ganze Energie nicht auf die Industrialisierung der Dritten Welt verwenden, sondern auf den Raub ihrer Rohstoffe und auf die Erzielung von Maximalprofiten mit Hilfe von imÜberfluß vorhandenen Arbeitskräften. Die kapitalistische Ausbeutung hat so nicht etwa die Entstehung einer relativ starken Arbeiterklasse gefördert, sondern vielmehr die beschleunigte Verarmung der Bauernmassen, den Ruin ihres traditionellen Wirtschaftssystems, ohne daß an dessen Stelle eine Industrialisierung getreten wäre. Der Erfolg des modernen Kapitalismus wurde auf Kosten der Dritten Welt erzielt. Wenn das Kapital in den kapitalistischen Staaten die Arbeiterklasse hervorgebracht hat, so hat es im Rest der Welt die Unterentwicklung entstehen lassen. (. . .) In den Entwicklungsländern schöpft der Sozialismus seine Dynamik aus dem Kampf gegen den Imperialismus in all seinen Formen. Dieser Kampf erstreckt sich jedoch notwendigerweise auch auf die Ausrottung des nationalen Kapitalismus, welcher dazu verdammt ist, tatsächlich oder potentiell, nichts anderes zu sein als ein Anhängsel des weltweiten Kapitalismus."[3])

Auf der Grundlage der nationalen Charta wurde von einer durch den Revolutionsrat eingesetzten Kommission eine neue Verfassung ausgearbeitet, mit welcher der neuen Struktur des algerischen Staates Rechnung getragen wird[4]). Nach deren Annahme durch das Volk am 23. November 1976 wurde am 10. Dezember desselben Jahres Präsident Boumedienne in allgemeiner Wahl für weitere sechs Jahre in seinem Amt bestätigt. Am 25. Februar 1977 wurde mit der Wahl einer neuen, 262 Mitglieder umfassenden Nationalversammlung auch die gesetzgebende Gewalt wieder in die Hände demokratisch legitimierter Vertreter des Volkes zurückgegeben und der langwierige Reorganisationsprozeß im Bereich der staatlichen Institutionen abgeschlossen.

In seiner ersten Botschaft zur Lage der Nation[5]) an die neugewählte Nationalversammlung bezeichnete Präsident Boumedienne den zügigen Abschluß der Reorganisation der Partei und die Vorbereitung des dritten Vierjahresplanes als nächste Hauptaufgaben im revolutionären Aufbauprozeß. Er ließ dabei und auch anläßlich weiterer Interventionen[6]) keinen Zweifel an der Entschlossenheit der revolutionären Führung aufkommen, der zum Teil harten

3) Übersetzt vom Verfasser nach der französischen Ausgabe der algerischen Nationalcharta, erschienen unter dem Titel „Algérie, naissance d'une société nouvelle" mit einer Einführung von Robert Lambotte bei Editions Sociales, Paris 1976.
4) Der französische Text der neuen Verfassung findet sich im FLN-Organ „Révolution Africaine", Nr. 664 v. 10. 11. 1976. Vgl. auch meine Arbeit „Die Entwicklung von Partei und Staat im unabhängigen Algerien", Diss. iur., Basel 1977 (überarbeitete Buchfassung in Vorbreitung).
5) Vgl. „Révolution Africaine", Nr. 685 v. 6.–12. 4. 1977.
6) So in seinen Reden vor den Kadern des Gewerkschaftsbundes im September 1977 (nachdem es im Sommer 1977 zu verschiedenen wilden Streiks in der algerischen Staatsindustrie gekommen war) sowie vor den natio-

Kritik anläßlich der Debatten über die Nationalcharta Rechnung zu tragen und notfalls hart durchzugreifen. In diesem Sinne ermahnte er sowohl die Abgeordneten als auch die Kader der Partei zu vermehrter Disziplin und Effizienz in ihrer Arbeit. Die seither eingeleiteten Schritte bezeugen die Ernsthaftigkeit dieser Absichten. Der für das Ende dieses Jahres geplante zweite Kongreß des FLN wird von Partei und Massenorganisationen seit Januar intensiv vorbereitet. Der Gewerkschaftsbund UGTA (Union Générale des Travailleurs Algériens), der Bauernverband UNPA (Union Nationale des Paysans Algériens) sowie die Organisation der Kriegsveteranen (Organisation Nationale des Moudjahidine/ONM) haben bereits ihre Kongresse abgehalten und dabei neben der Verabschiedung neuer Aktionsprogramme auf der Grundlage der nationalen Charta zum Teil spektakuläre Mutationen in ihrer organisatorischen und personellen Führungsstruktur vorgenommen. Dabei zeigte sich erfreulicherweise, daß die Kampagne um die Nationalcharta auch längerfristig auf die politische Kultur des Landes einzuwirken vermochte: Die Basis hat ihre angesichts der Ernüchterungen der Ära Ben Bella und der späteren Notstands- und Dekretherrschaft des Revolutionsrates entwickelte fatalistische Passivität offensichtlich abzulegen begonnen. So mancher Verbandsfunktionär, der sich in jenen Jahren an ein bequemes (vielfach auch parasitäres, wenn nicht korruptes) Dasein im Apparat einer dem Selbstzweck verfallenen Organisation gewöhnt hatte, erlebte auf diesen Kongressen das durch eine plötzlich wieder akribisch wahrgenommene demokratische Kontrolle eingeläutete Ende seiner ruhigen Tage. Vor allem in der Gewerkschaft und im Bauernverband scheute man sich nicht, bis in die Verbandsspitze hinauf Köpfe rollen zu lassen zu lassen. Dasselbe ist von den für September und Oktober angesetzten Kongressen der Frauen- und Jugendorganisationen zu erwarten, zumal in deren Bereich der Mobilisierungsgrad nicht annähernd der Dimension und Dringlichkeit der dort anstehenden Aufgaben entspricht[7]).

Parallel dazu sind in den letzten Wochen und Monaten unter der Leitung des neuen Parteiverantwortlichen[8]) Mohammed Salah Yahiaoui tiefgreifende Reorganisationsarbeiten im Parteiapparat aufgenommen worden. Die Beziehungen zwischen FLN und Massenorganisationen wurden intensiviert und systematisiert, sämtliche „nationalen Kommissariate" (Parteileitungen auf Provinzebene) strukturell und personell saniert. Am 14. Juni 1978 setzte Präsident Boumedienne persönlich die mit der eigentlichen Kongreßvorbereitung betrauten Parteikommissionen[9]) in ihr Amt ein und ermahnte sie, auf der

---

nalen Kongressen des Gewerkschaftsbundes UGTA, des Bauernverbandes UNPA und der Kriegsveteranen (ONM) im Frühjahr 1978.

7) Man denke nur an die Stellung der Frau in einer moslemischen Gesellschaft. Auch Algeriens Frauen stellen nach wie vor mehr als doppelt soviele Analphabeten als die männliche Bevölkerung, weniger als 5% der Abgeordneten in der Nationalversammlung sind Frauen (selbst die Vorsitzende des Nationalen Frauenverbandes UNFA unterlag in der Wahl einem männlichen Konkurrenten!). Ganz zu schweigen von den beinahe unüberwindlichen Schwierigkeiten, auf die zumindest im ländlichen und kleinstädtischen Milieu die Integration der Frau in den Produktionsprozeß stößt. – Auch der in seiner gegenwärtigen Gestalt erst seit kurzem bestehende Jugendverband UNJA wird weder hinsichtlich Organisationsgrad noch hinsichtlich Aktivität einigermaßen der Tatsache gerecht, daß mehr als 50% aller Algerier jünger als 20 Jahre sind und das Land vor entsprechenden wirtschaftlichen, sozialen und erziehungspolitischen Problemen steht.

8) Dieses Amt war seit dem Rücktritt Ahmed Kaids Ende 1972 (s. o.) verwaist geblieben.

9) Je eine Kommission ist zuständig für Wirtschaft und Soziales, für internationale Beziehungen, Information, Organisation, Kultur und Bildung sowie Massenorganisationen.

Grundlage einer seriösen Analyse aller anstehenden nationalen Probleme die Redynamisierung der FLN sicherzustellen und auf diese Weise „die Errungenschaften und die Beschleunigung des revolutionären Prozesses zu gewährleisten".

## *IV. Noch nicht am Ende aller Probleme*

Was die Regierung Boumedienne auf wirtschaftlichem, sozialem und politischem Gebiet in den letzten dreizehn Jahren geleistet hat, ist enorm. Ohne diese Leistungen auf innenpolitischem Gebiet wäre Algerien kaum in jene führende Rolle unter den Staaten der Dritten Welt und in der Bewegung der Blockfreien aufgestiegen, die es heute innehat.

Nach wie vor stehen das Land und seine revolutionäre Führung aber vor Aufgaben, die gelöst werden müssen, sollen die Errungenschaften der letzten Jahre nicht aufs Spiel gesetzt werden. Präsident Boumedienne hat im September 1977 vor den Kadern des Gewerkschaftsbundes UGTA selbst anklingen lassen, worum es dabei geht. Der anhaltende Mangel an kontinuierlicher politischer Führungs- und Aufklärungsarbeit seitens der Partei leistet der indifferenten, oft auch arroganten und zu wenig verantwortungsbewußten Haltung vieler Kader Vorschub. Die daraus entstehenden Mängel und Fehler in der Verwaltungs- und Wirtschaftstätigkeit rufen den berechtigten Mißmut der Massen hervor und liefern der nach wie vor aktiven Reaktion viele Ansatzpunkte für ihre Agitation. Die Mängel im Vermarktungsapparat für landwirtschaftliche Produkte bringen den Schwarzmarkthändlern Hochkonjunktur und ruinieren die jungen bäuerlichen Genossenschaften. Schlamperei erlaubt es zahllosen Gewerbetreibenden und Händlern, Steuern und Sozialversicherungsbeiträge zu hinterziehen, dilettantisches Management läßt die Erträge so mancher Staatsbetriebe weitaus geringer ausfallen als es deren Substanz und den Anstrengungen ihrer Belegschaft entsprechen müßte. Viele dieser Phänomene mögen sich aus den objektiven Bedingungen der Unterentwicklung bequem erklären lassen und gewiß liegt darin auch ein wesentlicher Teil der aktuellen Probleme Algeriens begründet. Dazu kommen – zumindest seit 1971/73 – in beinahe allen Wirtschaftsbereichen geradezu spektakuläre Wachstumsraten, die sich offensichtlich und auch verständlicherweise nicht so ohne weiteres verkraften ließen.

Um so bemerkenswerter erscheint deshalb, daß die algerische Führung sich nicht hinter den sich anbietenden vordergründigen Entschuldigungen verschanzt, sondern in einem intensiven und engen Dialog mit der Basis zu einer kritischen und schonungslosen Auseinandersetzung mit den Problemen der Nation geschritten ist. Die Einsicht, daß nur eine starke und schlagkräftige Partei die Massen vermehrt direkt in die tägliche politische Kleinarbeit einzubeziehen vermag, wird nicht länger verdrängt. Die Wiederbelebung der FLN ist nicht mehr nur Gegenstand beschwörender und zuweilen auch nostalgischer Appelle, sondern steht im Mittelpunkt entschlossener und durchaus erfolgversprechender Aktivitäten. Daß im algerischen Volk auch nach mehr als einem Jahrzehnt von der Armee verordneter politischer Abstinenz

und Notstandsherrschaft die Bereitschaft besteht, den revolutionären Prozeß wieder aktiv mitzutragen und mit vermehrter Entschlossenheit voranzutreiben, haben die Kampagnen und Urnengänge der letzten Jahre deutlich bewiesen. Der bevorstehende zweite Kongreß des FLN steht deshalb nicht nur vor klar umrissenen Aufgaben, sondern er findet auch ein Fundament vor, auf dem sich solide weiterbauen lassen sollte.

# Die Auseinandersetzung um die Studienreform

## Staatliche Instrumentarien, Kapitaleinfluß und Arbeitnehmerinteressen

Von Erika Hültenschmidt und Heinz Thoma

### *I. Das „Instrumentarium zur Studienreform"* [1])

In der Präambel des 1976 verabschiedeten Hochschulrahmengesetzes ist als Leitgedanke festgehalten: „Die wichtigste Triebkraft der politischen Ereignisse unseres Jahrhunderts ist der Kampf des Arbeiters um den angemessenen Platz in der Gesellschaft. (. . .) Aber noch immer kämpft er um den vollen Zugang zu den materiellen und geistigen Gütern einer Zivilisation, die ohne seine Arbeit nicht bestehen kann." Ausdrücklich ist auch gefordert, „die Selbstverwaltung innerhalb der Hochschule auf eine möglichst breite Grundlage zu stellen" und die Mitwirkung der Gewerkschaften in einem Hochschulbeirat explizit zu garantieren.

Der Beobachter der hochschulpolitischen Auseinandersetzungen der letzten Jahre erkennt unschwer die Fälschung. Die Gedanken und Zitate aus dem „Gutachten zur Hochschulreform von 1948" (das sogenannte „blaue Gutachten")[2]) passen nicht zu einem unter den Auspizien von Wirtschaftskrise und

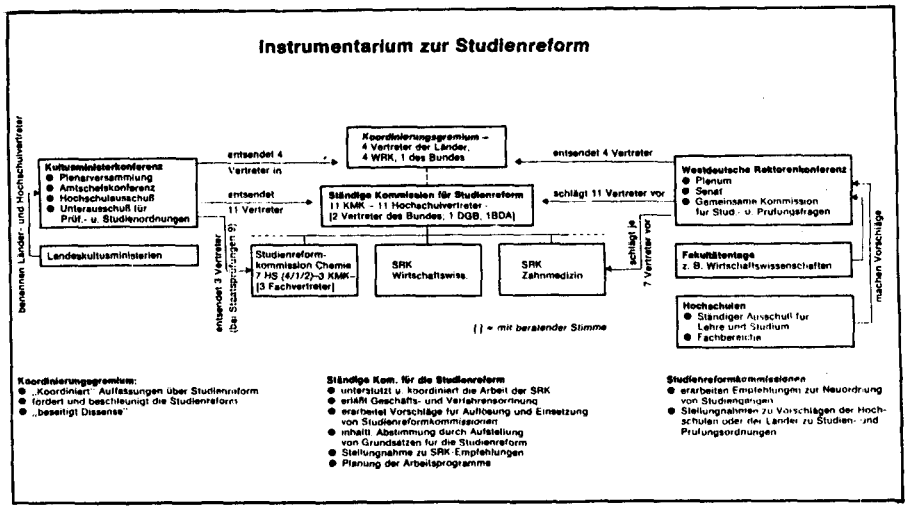
1) Zur Diskussion um die Studienreform ist unerläßlich als Gesamtdarstellung der Hochschulgesetzgebung: Bracht/Hülsmann/Keiner (Hrsg.), Hochschulrahmengesetz, Hochschulpolitik und Klassenauseinandersetzungen in der BRD, Köln 1977; zur Studienreform im einzelnen vgl.: Studienreform und Arbeitnehmerinteresse (= VDS-Kongreß zur Studienreform von '76), Köln (erscheint Ende 1978); K. Naumann, Die „Instrumentarien zur Studienreform und die Aufgaben des BdWi", BdWi-Forum 33; Studienreform, Materialien und Dokumene aus Hochschule und Forschung 19 der GEW; Leitsätze des DGB zur Studienreform vom 25. 8. 1978; zur Problematik Gesamthochschule-Studienreform vgl.: Studienreform und Landeshochschulgesetz, Gesamthochschule Paderborn, Kolloquium Februar 1978, beziehbar über Dez. 2 der Gesamthochschule Paderborn.

2) Zit. nach: Klaus Meschkat, Auf Sand gebaut? – Gedanken zur neuen Universität, in: Wider die Untertanenfabrik. Handbuch zur Demokratisierung der Hochschule, Köln 1967.

Tendenzwende von einer Allparteienkoalition gebilligten Gesetz, in dem weder ein gesellschaftlicher Auftrag der Hochschulen formuliert ist, noch die Gewerkschaften Berücksichtigung finden, das die Selbstverwaltung der Hochschulen schwächt und den staatlichen Zugriff verstärkt, schließlich die verbliebenen Selbstverwaltungsmöglichkeiten durch weitgehende Ausschaltung von Studenten, Mittelbau und nichtwissenschaftlichem Personal auf die „möglichst enge Grundlage" der Professorenmehrheit stellt.

Diese Grundtendenzen des Hochschulrahmengesetzes (HRG) setzen sich fort bei der gegenwärtigen Realisierung seines „Herzstücks" (Schlaffke), der Studienreform. Bevor überhaupt alle Landeshochschulgesetze dem Bundesgesetz angepaßt sind, wird gegenwärtig in hektischer Aktivität ein kostenintensives zentralistisches Instrumentarium aufgebaut, das die Hochschulen, die Gewerkschaften und die Studentenschaft soweit wie möglich aus der Gestaltung der Studienreform ausschalten und die geplante Restrukturierung aller Studiengänge durchsetzen helfen soll.

Die Hauptakteure sind neben dem Bundesminister für Wissenschaft und Forschung (BMBW) die Kultusministerkonferenz (KMK), die Westdeutsche Rektorenkonferenz (WRK) und der Wissenschaftsrat (WR)[3]). Es war die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), die zu Anfang dieses Jahres Licht in das Halbdunkel der diversen Stellungnahmen und Gremien brachte und in einer bundesweiten Faltblattaktion den fortgeschrittenen Stand bei der Errichtung gemeinsamer Studienreformkommissionen (SRK) der Länder dokumentierte:




Welche Vorgänge verbergen sich hinter diesem Schaubild? Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit und den an der Hochschule direkt Betroffenen hat die 183. Sitzung der KMK am 15. September 1977 eine „Vereinbarung über die

3) Zum WR vgl. II.

Bildung gemeinsamer Studienreformkommissionen der Länder gemäß § 9 HRG" beschlossen. Diese Vereinbarung ist inzwischen, entgegen der ursprünglichen Absicht, eine derart bedeutende Materie durch Staatsvertrag, d.h. unter Beteiligung der Parlamente zu regeln, durch ein Verwaltungsabkommen der Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder am 16. Februar 1978 ratifiziert worden. Ohne parlamentarische Kontrolle war es auch leichter möglich, gegenüber den Vorschriften des HRG weitere restriktive Regelungen einzubauen und eine „Ständige Kommission für Studienreform" sowie ein „Koordinierungsgremium" den gemeinsamen SRK vorzuschalten.

Schon die Paritäten der gemeinsamen SRK garantieren keine adäquate Vertretung der am Lehr- und Wissenschaftsprozeß beteiligten Gruppen. Sollte doch ein „Störfaktor" aus dem Bereich des Mittelbaus oder der Studentenschaft[4]) die Kreise der Planer stören wollen, verhindert dies § 5,1 der Vereinbarung, der festlegt, daß die SRK „im Benehmen mit der WRK von den für das Hochschulwesen zuständigen Landesministerien" berufen werden. Welche Richtung dieses Benehmen nimmt, zeigen die Nominierungen für das Fach Chemie, dessen Kommission ausschließlich Hochschullehrer der den Chemiekonzernen eng verbundenen „Gesellschaft deutscher Chemiker" angehören.

Diese Absicherungen reichen offensichtlich noch nicht weit genug. So hat die „Ständige Kommission", die bis heute bereits zweimal getagt hat, weitreichende Kompetenzen, die nur z.T. aus dem Schaubild hervorgehen. In welchem Maße die Arbeit der gemeinsamen SRK, sowie die bisherige und zukünftige Arbeit der SRK der einzelnen Länder[5]) und der Hochschulen vorstrukturiert, um nicht zu sagen, diktiert werden soll, wird an der schon 1976 von der KMK vorgelegten „Problemskizze zur Studienreform"[6]) deutlich. Noch *vor* dem Beginn der Arbeit der SRK seien von der „Ständigen Kommission" folgende Probleme zu klären:

- „Probleme der Kurzstudiengänge", z.B.: „Entwicklung des Grundstudiums bei Langzeitstudiengängen zu einem viersemestrigen Studiengang mit dem Vordiplom als Abschluß"; „Entwicklung neuer sechssemestriger Studiengänge an wissenschaftlichen Hochschulen";
- „Durchlässigkeit der Studiengänge";
- „Weiterführende Studien und Ergänzungsstudien";
- „Didaktische Konzeption der Studien"; „Beschränkung der Lehrveranstaltungen in den ersten Semestern auf das Grundwissen und das methodische Instrumentarium"; „Wissenschaftliche Vertiefung im Weiterstudium durch exemplarische Studienmöglichkeiten und Schwerpunkte";
- Sonderprobleme der Reform der Lehramtsstudiengänge;
- Studienreform und Eingangsvoraussetzungen für den tertiären Bereich.

4) Als solchen betrachtet die WRK die Mitarbeit dieser Gruppen. Vgl. „Frankfurter Rundschau" v. 12. 1. 1978.
5) In Nordrhein-Westfalen z. B. arbeiten mehrere Landes-SRK, die bereits Ergebnisse vorgelegt haben. Zu den Problemen dieser Arbeit; vgl. die Beiträge von B. Dammann und U. Bracht in: Bracht/Hülsmann/Keiner, HRG . . ., a.a.O.
6) Zit. nach Bracht/Hülsmann/Keiner, HRG . . ., a.a.O., 34; vgl. auch die von der „Problemskizze" angeregte „Kleine SR" durch die „Gemeinsame Kommission" von KMK und WRK, die für einige Fächer bereits eine formale *und* fachliche Überprüfung der Rahmenprüfungsordnungen (nach § 72, Abs., Satz 1 HRG; § 17, Abs. 2–4 HRG) vorgenommen hat. Dies bedeutet entgegen § 9 HRG schon eine „Große SR".

Spätestens an diesem Punkt wird offenkundig, daß selbst den in einem scharfen Ausleseprozeß rekrutierten gemeinsamen SRK nur noch die Aufgabe zugedacht ist, im Grundsatz Beschlossenes nachzuvollziehen und auszufüllen.

Doch setzt sich der Zentralisierungsprozeß noch weiter fort. Das „Koordinierungsgremium", für dessen Einrichtung beim besten Willen kein Paragraph aus dem HRG mehr bemüht werden kann, berät über die Nominierungsvorschläge der WRK, gibt Hinweise für den Arbeitsauftrag der ersten SRK und liefert für diese auch noch die personellen Vorschläge. Ein Gremium von 9 Mitgliedern schafft auf diese Weise bundesweite Fakten. Dies tat er schon vor der formellen Verabschiedung der „Vereinbarung" der Kultusministerkonferenz (KMK), indem es die Geschäfts- und Verfahrensordnung für die „Ständige Kommission" und die SRK beschloß sowie auf die „Grundsätze für die Erstellung von Studienordnungen" der KMK verwies, welche die Arbeit der SRK ein weiteres Mal im voraus determinieren. Zusammengefaßt wird diese durch folgende Regelungen und Rahmenbedingungen präjudiziert:

1. das HRG, das
a) die Integrierte Gesamthochschule (IGH) nicht als Regelhochschule vorsieht, wodurch die Integrierten Studiengänge der bestehenden Gesamthochschulen langfristig gefährdet sind (§§ 4-6 HRG);
b) mit seinen Mitwirkungsregelungen (§§ 36-41) wissenschaftliche Mitarbeiter und Studenten bereits auf Fachbereichsebene von einer wirksamen Beteiligung an der SR ausschließt;
c) durch die neue Personalstruktur (§§ 42-57 und 75 HRG) den Lehrkörper verstärkt hierarchisiert und durch die damit verbundene Weisungsgebundenheit zusammen mit den unterschiedlichen Lehrverpflichtungen die Möglichkeit zu SR-Arbeit auf die Gruppe der Professoren reduziert;
d) durch Regelstudienzeiten (§ 10) und Ordnungsrecht (§ 28) bereits vor dem Beginn der SR dieser disziplinierende Grenzen setzt;
e) durch die Bestimmungen zu Studienorganisation und -reform (§§ 7-21) einen maßgeblichen Staatseinfluß auf die Gestaltung von Lehre und Studium festlegt.
2. Die „Problemskizze zur Studienreform" (KMK).
3. Die „Grundsätze zur Studienreform" (KMK).
4. Die „Grundsätze für die Erstellung von Studienordnungen" (KMK).
5. Die vom „Koordinierungsgremium" erlassene „vorläufige Geschäfts- und Verfahrensordnung"[7]).

*II. Die Vorschläge des Wissenschaftsrats*

Gerechtfertigt wird die staatliche Zentralisierung der Studienreform mit dem wohlfeilen Argument von der Reformunfähigkeit der Hochschulen. Gelegentlich wird dabei mit dem Blick nach links Verständnis gefordert, nur so sei der

7) Hinzuzufügen sind die Orientierungspunkte des BMBW zur Studienreform, die im Juni d. J. veröffentlicht wurden. Da in diese Orientierungspunkte auch einige Forderungen des gewerkschaftlichen Vereins zur Förderung der Studienreform (VfS) eingehen, so z. B. nach einer Intensivierung und Förderung der Hochschuldidaktik, müßte dieses Papier differenzierter behandelt werden. Leider kann das hier aus Raumgründen nicht geschehen.

Ordinarienimmobilität beizukommen. Unterstützung für Regelstudienzeiten erhofft man sich von den Gewerkschaften im Vertrauen auf deren tradierten Sinn für Effizienz und Ökonomie der Zeit. Sicher ist man sich der Unterstützung von seiten der Unternehmerverbände, die wie die Gewerkschaften auch einen größeren Praxisbezug des Studiums fordern. Gegen neue Kurzstudiengänge kämpft die Studentenschaft, gegen sie hat sich erst jüngst auch die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) ausgesprochen. Für die Schaffung von Kurzstudiengängen in allen Fächern wiederum plädiert der Wissenschaftsrat, in dem alle wichtigen Bundesministerien, die Kultus- bzw. Wissenschaftsminister der Länder, Großindustrie und Bank für Gemeinwirtschaft vertreten sind[8]).

Wo verlaufen hier die Fronten, was steht auf dem Spiel? Die Geschichte der Auseinandersetzungen um die Studienreform ist an dieser Stelle nicht zu wiederholen[9]). In das rechte Licht geraten die Hinweise auf die Reformunfähigkeit der Hochschulen, wenn man sich vergegenwärtigt, wie die geleistete Arbeit von reformbereiten Universitäten, z. B. Bremen, Oldenburg, durch das HRG und die neuen Regelungen zunichte gemacht zu werden droht oder sich die zahlreichen Mechanismen der Behinderung der Fächer bei der Neugestaltung ihrer Studienordnung ins Gedächtnis ruft, die durch wiederholte Ablehnungen, Verschleppungen, unsinnige Auflagen, Mittelkürzungen und Berufsverbote gegen Exponenten der Studienreform reformmüde gemacht wurden. Hier einzuordnen sind auch Vorgänge wie die Berufung von konservativen Verfechtern des Status quo in die Studienreformkommissionen, z. B. in NRW[10]), oder die Stornierung des Ausbaus der Hochschuldidaktischen Zentren, die durch ihre Professionalisierung in Studienreformfragen den SRK und den Hochschulen zuarbeiten und diese entlasten könnten. Aus diesen und anderen Gründen kann man vermuten, daß abgesehen vielleicht von einer „Entrümpelung"[11]), den Verantwortlichen an einer *inhaltlichen* Studienreform überhaupt nicht gelegen ist.

Diesen Eindruck gewinnt man ebenfalls aus den „Empfehlungen des Wissenschaftsrats zur Differenzierung des Studienangebots" vom 7. Juli 1978, welche neben allgemeinen Empfehlungen Vorschläge für die Fächer Englische Philologie, Romanistik, Germanistik, Geschichte und die Fächer der Pädago-

8) Der WR liefert bereits seit 1957 die Planspiele für den Tertiären Bereich. Vgl. Rolf Berger, Zur Stellung des Wissenschaftsrats bei der wissenschaftspolitischen Beratung von Bund und Ländern, Baden-Baden 1974.
9) Hierzu u. a. Jürgen Habermas, Vom sozialen Wandel akademischer Bildung, in: Wider die Untertanenfabrik (Anm. 1); H. Schelsky, Einsamkeit und Freiheit, Idee und Gestalt der deutschen Universität und ihrer Reformen, Hamburg 1963; vds-Plattform für eine demokratische Studienreform, Rote Reihe 8, 1973, VDS-Tagung zur SR 1976 (Anm. 1).
10) Vgl. Ulla Bracht, Staatliche Studienreforminstrumentarien in Nordrhein-Westfalen, und Berd Dammann, „Bildungslandschaft" Nordrhein-Westfalen. Eine Fallstudie über bürokratische Studienreformstrategien, in: Bracht/Hülsmann/Keiner, HRG . . ., a.a.O.
11) Man wird mit dem Argument der „Entrümpelung" differenzierter umgehen müssen. Die Empfehlungen der SRK VII – Sprach- und Literaturwissenschaften in NRW – z. B. leisten zwar keine inhaltlich befriedigende Reformarbeit, sie entrümpeln aber auch nicht, sondern geben nur einen Katalog der auch bisher behandelten Fachgegenstände. U. E. hängt dies einerseits mit dem eher konservativen Versuch der Kommissionsmitglieder zusammen, den Zustand der Fächer einfach nur zu fixieren bzw. zu retten. Andererseits ist dies auch Ausdruck eines fehlenden produktiven Verständnisses für das Verhältnis von Wissenschaft und ihrer beruflichen Anwendung unter inhaltlichen und gesellschaftlichen Gesichtspunkten.
Allerdings schließt dies nicht aus, daß auf Bundesebene im Zusammenhang mit den Kurzstudiengängen tatsächlich Kahlschläge beabsichtigt sind.

gischen Hochschulen vorlegen. Diese bereits verabschiedeten Vorschläge sollen, ergänzt um die noch strittigen Empfehlungen zum Fach Wirtschaftswissenschaften, Ende dieses Jahres veröffentlicht werden.

Bereits in seinen „Empfehlungen zu Umfang und Struktur des tertiären Bereichs" von 1976 hatte der WR Gedankenmodelle zu einer Reorganisation des Studiums vorgelegt. Vorgesehen sind darin ein höherer Anteil kürzerer Ausbildungsgänge, eine verpflichtende Vorgabe einer oberen Grenze von Regelstudienzeiten, ein System gestufter Abschlüsse sowie die Schaffung von „differenzierten Studienmöglichkeiten" – Ziele, die den zu bestallenden SRK als Vorleistung zur „Verfügung" gestellt werden.

Mit Good-Will-Tours an den Universitäten wurden mit einigem Echo vor allem bei den um ihre Existenz fürchtenden Philologien Mitarbeiter für diverse Arbeitsgemeinschaften gewonnen. Ihre Resultate erfüllen wesentliche Bedingungen der „Problemskizze" der KMK, falls sich die „Ständige Kommission" sie zu eigen machen sollte. Die Repräsentativität des WR sowie die Personalüberlappungen zur „Ständigen Kommission" und dem „Koordinierungsgremium" und den gemeinsamen SRK[12]) lassen keine Bagatellisierung dieser „Empfehlungen" zu.

Zu deren Rahmenbedingungen, die z. T. auch vom WR selbst thematisiert werden, gehören
– die trotz eines verhältnismäßigen Rückgangs nach wie vor steigende Zahl der Studierenden und die vom WR getroffene politische Entscheidung für die „Öffnung der Hochschulen";
– die Probleme des Beschäftigungssystems, Arbeitslosigkeit und Akademikerarbeitslosigkeit;
– die Veränderung der Qualifikationsanforderungen durch die technische Entwicklung;
– die angestrebte „Entkoppelung von Bildung und Berechtigung", d. h. Senkung der Lohnkosten;
– die 1976 erfolgte (bereits seit 1974 projektierte) geheime „Stellungnahme der Konferenz der Landesfinanzminister zum Bericht der KMK zur Frage von Lehramtsanwärtern und Lehrern", die für die Lehramtsstudiengänge eine „Kapazitätsverlagerung von mehr als 50% der Studienplätze in andere Bereiche" vorsieht.

Wie sehen nun die Essentials der Problemlösungen aus? Übergeht man Erbauliches (wenngleich Richtiges) wie, daß „Bildung nicht nur eine unter ökonomischen Gesichtspunkten rentabel zu planende Investition" sei[13]), sondern auch wesentlich „zur Fähigkeit des Menschen" beitrage, „ein sinnerfülltes, ihn befriedigendes Leben zu führen", bleibt unter dem Strich: „Die Nennung konkreter Tätigkeitsfelder. . . hat. . . nicht den Sinn des quantitativen Nachweises gesicherter Beschäftigungsmöglichkeiten, sondern den eines Hinwei-

12) Z. B. durch die Kultusminister.
13) Dies richtet sich gegen rein bildungsökonomische Konzeptionen, die die Zulassung zum Studium einengen und am „Bedarf" orientieren wollen.

ses auf praktische Verwendungsmöglichkeiten"[14]). Kann schon durch die Studieninhalte die Arbeitsplatzsicherheit als Bestandteil eines „befriedigenden Lebens" nicht gesichert werden, so soll die geplante Neuordnung wenigstens die „Fähigkeit der Studenten, selbständig nach neuen Berufsmöglichkeiten zu suchen", „im Studium nachdrücklich" fördern. Hilf dir selbst, Gott wird dir helfen.

Es wurde schon an anderer Stelle darauf hingewiesen, daß bereits in den 60er Jahren Bildungsökonomen und führende Politiker die Frage notwendiger Höherqualifizierung primär formal behandelten[15]). Auch der WR thematisiert das quantitative Problem des erhöhten Out-puts wissenschaftlich qualifizierter Arbeitskräfte vornehmlich unter dem Berechtigungsaspekt, nicht jedoch unter der Fragestellung, inwieweit sich die Qualifikation des Einzelnen zu erhöhen habe bzw. inwieweit sich inhaltlich veränderte Anforderungen in der Gestaltung aller Bildungsgänge niederzuschlagen haben. Das Schlagwort der „Entkoppelung von Bildung und Berechtigung", das in den letzten zwei Jahren verstärkt Verbreitung fand, meint eben diese Beziehung von inhaltlicher und formaler Qualifikation: Bildung soll nicht mehr den Anspruch auf einen angemessenen Beruf begründen, sondern als „Bildungschance" zunächst nur erweiterte Allgemeinbildung sein. Damit wird jedoch zugleich auch erreicht, daß eine allgemeine Höherqualifizierung quantitativer Art bei Erhalt der formalen Hierarchie der Abschlüsse und Gehälter, d. h. kostenneutral erreicht werden kann.

So wird nicht zufällig besonderes Gewicht auf die Formalisierung der Zwischenprüfung gelegt (Selektions- und Steuermechanismus), betont, daß die „Absolventen tertiärer Ausbildungsgänge künftig auch in mittleren Positionen, d. h. unterhalb der bisher für sie üblichen Funktions- und Einkommensebenen Beschäftigungen suchen und akzeptieren müssen, unter Umständen auch auf Gebieten, die ihrem Ausbildungsfach fernstehen" und empfohlen, daß die Abschlußprüfungen für das Lehramt „als akademische Prüfungen eingerichtet werden", damit die „Festlegung auf das Lehramt und die Anspruchshaltung der Laufbahnbewerber" „dadurch gemildert werden" und es dem Ministerium frei stünde, „den Lehrernachwuchs in eigener Regie auszuwählen." Die Professionalisierung der Lehrerausbildung wird hier dem sozialen Krisenmanagement geopfert.

In der Konsequenz dieses formalen Herangehens liegt es, daß die praktischen Maßnahmen jeder inhaltlichen Fundierung des Verhältnisses von Wissenschaft, Ausbildung und Beruf Hohn sprechen. Die angestrebte „Polyvalenz" der Kurzstudiengänge, die durch das „Training multifunktionaler Tätigkeiten" erreicht werden soll, wird in einem wahrscheinlich dem US-amerikanischen credit-system nachempfundenen „Bausteine"-Verfahren um „berufspraktische Bezüge" wie z. B. Denkmalspflege, Kunst und Gesellschaft im

14) Wo nicht anders angegeben, wird zitiert nach der Fassung v. 7. 7. 1978.
15) Holger Brandes, Funktionswandel der Hochschulen. Produktivkraftentwicklung und Produktionsverhältnisse. Ziele und Konsequenzen des Konzepts der „Entkopplung von Qualifikationen und Berechtigungen", in: Bracht/Hülsmann/Keiner, HRG . . ., a.a.O., 118ff.

19. Jahrhundert Wirtschaftsstatistik, Maschineschreiben etc. angereichert[16]). Ob dabei das gründliche Studium eines Fachs oder die Befassung mit mehreren Fächern „entscheidend für die Güte des Studiums und für die berufliche Flexibilität ist", vermag der WR nicht zu sagen und will „die Entscheidung für eine der beiden Positionen dem Studenten nach seinen Neigungen und Fähigkeiten überlassen."

Ähnlich unkonkret sind die Vorschläge der einzelnen Fächer. So werden für die Anglistik als Kombinations- und Berufsmöglichkeiten so wenig überlaufene Bereiche wie Medien, Verlagslektorat, Theater, Filmbranche (Synchronisation!) vorgeschlagen, daneben der Dienst in Spezialbibliotheken, Touristik, Informatik etc. Die Romanisten ersinnen neben Kombinationen mit den verschiedenen romanischen Sprachen Russisch, Datenverarbeitung und Wirtschaftspädagogik (?) als Rettungsanker. Nach hochschulinternen Quellen hat jüngst an einer süddeutschen Universität eine freiwillige AG Slawistik die sinnigen Bausteine „Verfassungsschutz" und „Kriegsgräberfürsorge" kreiert.

Diese hilflosen Selbsterhaltungsversuche der philologischen Fächer, deren Vertreter, soweit wir sehen, nicht durch ihre Fachverbände legitimiert sind, haben für Studium und Lehre weitreichende Konsequenzen. Zwar versichert der WR, die „Substanz und das Selbstverständnis der Fächer" blieben „unangetastet", jedoch hat er nicht explizit seine Pläne aus den „Empfehlungen" von 1976 widerrufen, welche die Schaffung von „Organisationseinheiten ausschließlich mit Lehraufgaben" vorsehen, die aus der Fachbereichsstruktur ausgegliedert werden sollen[17]). Nimmt man die Höhe der Umwidmungsquoten hinzu, so werden diese Formänderungen substanzielle Veränderungen der Fachstrukturen nach sich ziehen. Insgesamt würde die Realisierung dieser Empfehlungen zu einem erheblichen Abzug von Forschungskapazitäten führen und eine massive Qualitätsminderung von Lehre und Studium mit sich bringen. Einer Masse von minderqualifizierten Kurz-Studenten stünde eine geringe sozial selektierte[18]) Elite von Aufbau-Studenten gegenüber, was nur durch eine Verhinderung der Durchlässigkeit, d. h. propagandistischen Druck für Kurzstudiengänge und rigorose Handhabung der Zwischenprüfung erreichbar ist. Der Abbau des NC durch die „Öffnung" wird dabei durch Überlastquoten, Erhöhungen der Regellehrverpflichtungen etc. den Hochschulen aufgeladen, an denen bereits jetzt die Relationen Studierende-Lehrende ständig steigen. Die Hochschulen werden auf diese Weise entweder zu aka-

16) Wir haben es demnach bei der staatlichen Studienreform mit der Wiederbelebung des Konzepts der „Baukasten-Gesamthochschule" (E. v. Weizsäcker 1969) zu tun. Ein Überblick über die verschiedenen Gesamthochschul-Konzepte und der Bezug zum US-amerikanischen credit-System findet sich bei P. Weingart, The Integration of Learning and Research in Mass Higher Education, in: OECD, Structures of Studies and the Place of Research in Mass Higher Education, Paris 1974.

17) S. 71/72; vgl. die bezeichnende Begründung für die Ausgliederung: „Andernfalls steht zu befürchten, daß die Einrichtung derartiger Studiengänge am Widerstand der Fachbereiche, der in ihnen tätigen Hochschullehrer, aber auch am Widerstand der Studenten in den Fachbereichen scheitert oder erheblich verzögert wird." (ebd.)

18) Vgl. auch W. Schlaffke, Leiter der Hauptabteilung Bildung und Gesellschaftswissenschaften und Geschäftsführer des Instituts der deutschen Wirtschaft, Köln: „. . . ob es nicht an der Zeit ist, den Studenten stärker als bisher an seinen Studienkosten zu beteiligen"; „Eine Darlehensvergabe . . . versteht sich in erster Linie als ein Beitrag zur Chancengleichheit, in zweiter Linie als ein Mittel Eigeninitiative, Engagement und Mäzenatentum zu stärken", in: Krisenmanagement im Bildungswesen – Die Aufgaben und Probleme der achtziger Jahre, „Deutsche Universitätszeitung", 16/1977.

demischen Wartehallen für potentielle Arbeitslose oder ihre Absolventen, falls sie vom Arbeitsmarkt angenommen werden, setzen einen Verdrängungswettbewerb nach unten in Gang, d. h. sie ersetzen die Abiturienten, diese die Realschüler usw. Ohne arbeitsplatzbeschaffende Maßnahmen und ohne ein Gesamtkonzept für das Beschäftigungssystem und alle Bildungsbereiche sind diese Fragen nicht zu lösen. Hier reichen die Appelle des WR an öffentliche und private Arbeitgeber nicht aus, zumal diese am Effekt der zu erwartenden Verschiebung des gesamten Lohnniveaus nach unten ja nicht uninteressiert sind[19]).

Dabei soll der öffentliche Dienst den Vorreiter spielen. Es hat seinen Sinn, daß bisher gerade und nur die Lehramtsstudiengänge vom WR verabschiedet sind. Erleichtert doch z. B. die vorgesehene Umwidmung der bisherigen Staatsprüfung zur Hochschulprüfung eine Revision der Gehaltsstruktur mit Vorbildwirkung.

Widerspruch hervorgerufen hat die Absicht des WR, in *allen* Fächern neue differenzierte Studiengänge einzurichten. In einer „Erklärung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und der Vereinigung der Arbeitgeberverbände in Bayern" vom 23. August 1978 werden die Empfehlungen des WR in wichtigen Punkten abgelehnt. Zunächst wird darauf verwiesen, daß die ursprünglich angeführten quantitativen Gesichtspunkte für die Einführung verkürzter Studiengänge an Bedeutung verloren hätten. So seien die Studienanfängerzahlen geringer als erwartet gestiegen, das Überlastprogramm wirke, das Ausbildungsangebot der Hochschulen habe sich als elastisch erwiesen und die Einführung der Kurzstudiengänge wirke erst, wenn das Maximum der Belastung der Hochschulen ohnehin überschritten sei. Dem WR wird das merk-würdige Argument entgegengehalten, „daß die Lösung der schwerwiegenden Arbeitsmarktprobleme nicht darin liegen kann, daß eine größere Anzahl von Studenten unqualifizierter ausgebildet wird". Die eigentliche Stoßrichtung wird im folgenden deutlich. Nach „Grundsätzen" gegliedert, heißt es:
– Beibehaltung der bewährten arbeitsteiligen Ausbildung an Universitäten und Fachhochschulen;
– Ablehnung der Einführung von integrierten Studiengängen;
– wo Studiengänge gleicher Fachrichtung- insbesondere in den Ingenieur-, Natur-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an Universitäten und Fachhochschulen bestehen, sind keine weiteren Differenzierungen durch neue Kurzstudiengänge vorzunehmen;
– in den Fächern, wo noch kein Abschluß mit Diplom möglich ist, sind 4jährige Diplomstudiengänge einzurichten; d. h. die auch von der BDA gewünschte Umwidmung im Bereich der Lehrerausbildung, für die sie den SRK ihre Bereitschaft zur Mitarbeit ausdrücklich versichert, soll in neuen 4jährigen Studiengängen erfolgen. Gegen 6semestrige Studiengänge sprächen

19) Vgl. Protokoll der 75. Vollversammlung des WR, Tagesordnung: Hochschulabsolventen, Arbeitsmarkt und Öffentlicher Dienst, 6. 3. 1978; Aussprache mit dem Bundesminister des Innern, Herrn Prof. Dr. Maihofer; „Den Überlegungen des WR zur Laufbahnreform und Eingangsbesoldung komme die überaus wichtige Funktion zu, in der öffentlichen Diskussion ein Tabu zu brechen." Maihofer, S. 6.

u. a. die Notwendigkeit einer Zwischenprüfung, die in der kurzen Zeit nicht ablegbar sei, auch fehle die Zeit zur Diplomarbeit, schließlich gehöre auch zu den bisherigen 3jährigen Lehramtsstudiengängen ein zusätzlicher Ausbildungsabschnitt von 1-2 Jahren.

Noch herber ist die Kritik in einer Anlage zum einzigen außerschulischen Studiengang, Wirtschaftswissenschaften. Moniert wird die willkürliche Prozentzahl bei der Festlegung von Kurz- und Langzeitstudiengängen, die fehlenden Arbeitsmarktanalysen für die Absolventen, die zu frühe Spezialisierung durch die Kürzung der Studiendauer, die fehlende Berücksichtigung des unterschiedlichen Eingangsniveaus etc. Auch sei die „Praxis" gründlich mißverstanden, wenn der WR ihr unterstelle, sie bevorzuge die um 1-2 Jahre jüngeren Kurz-Studenten, da diese „im Betrieb flexibler einsetzbar und mobiler" seien.

Macht sich hier die BDA zum Vorkämpfer des Interesses von Studenten und Wissenschaftlern an einer qualifizierten Ausbildung? Schon der Hinweis auf die Fachhochschulen, deren Beibehaltung mit der „Berufswirklichkeit" und Argumenten der in den letzten Jahren in der bildungspolitischen Diskussion wieder virulenten Begabungsideologie („Begabungsstruktur") gerechtfertigt wird, verdeutlicht die Richtung. Die Kritik am WR wird geschickt mit einem anderen Ziel verbunden, der Entwicklung zu Gesamthochschulen einen Riegel vorzuschieben[20]). Deren integrierte Studiengänge seien zu durchlässig und verlängerten die Studienzeiten. Kurzstudiengänge seien in den Fachhochschulen längst bewährt und dort gut aufgehoben. Wolle man an den Universitäten Verkürzungen erreichen, reiche hierzu die Fixierung des Vordiploms als berufsqualifizierenden Abschluß voll aus. Schließlich sei auch der Kostenfaktor „in der heutigen Zeit" bei Reformmaßnahmen zu bedenken. Die 4jährigen neuen Studiengänge sollen in bezug auf das Zeitlimit durchaus Normen setzen. Da ihre ersten Absolventen sowieso tariflich neu fixiert werden, scheint man angesichts der Arbeitsmarktlage eine etwas längere Verweildauer einer frühen Arbeitslosigkeit vorzuziehen.

### *III. Studentenschaft, demokratische Wissenschaftler und Gewerkschaften*

Welche der Varianten sich schließlich durchsetzt[21]), sie wird keines der Grundsatzprobleme lösen. Gleichwohl sollten die an einer wirklichen Studienreform interessierten Kräfte solche inneren Widersprüche in den Schaltzentralen genau beobachten und sie nicht auf die Übereinstimmung in der Systemerhaltung einebnen, um Alternativen argumentativ entfalten und voraussehbare Verzögerungen im Zeitplan besser nutzen zu können. Es ist kein Geheimnis, daß die Gegenbewegung zur Studienreformstrategie der Arbeit-

20) Schlaffke, Krisenmanagement . . ., a.a.O., sieht in den neuen Entwicklungen noch andere Möglichkeiten, „die eingeebnete Hochschullandschaft in den nächsten Jahren in Teilen wieder zu strukturieren", z. B. durch die „Einrichtung kleiner forschungsintensiver Modellhochschulen".

21) Zu prüfen wäre, ob BDA und BDI (Bundesverband der deutschen Industrie) in ihren Auffassungen differieren und wie dies mit den Plänen des WR zusammenhängt. So hat z. B. W. Schlaffke, der dem BDI zuzurechnen ist, in seinen Vorschlägen zu einer Studienreform aus der Sicht der Wirtschaft" ein Programm vorgestellt, das in seinen wesentlichen Punkten mit den Empfehlungen des WR übereinstimmt (vgl. W. Schlaffke, Akademisches Proletariat? Osnabrück 1972, S. 50–55).

geberverbände und des Staates diesen an finanziellen und organisatorischen Kapazitäten weit unterlegen ist und es auch noch am Konsens in wichtigen Fragen mangelt. Dennoch sind durchaus positive Aspekte zu verzeichnen. Auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene liegt mit den „Alternativen der Wirtschaftspolitik"[22]) von der Gewerkschaft verbundenen Wissenschaftlern ein realistisches und gegenwärtig verwirklichbares Antiprogramm zur offiziellen Wirtschaftspolitik vor, in dem auch Vorschläge zur Bildungspolitik gemacht werden. Die Bedeutsamkeit der Arbeiten der gewerkschaftsnahen Memorandums-Gruppe kann nicht genug betont werden, da diese sich u. a. mit Problemen der Arbeitslosigkeit befaßt und realistische Maßnahmen zur Einwirkung auf den Arbeitsmarkt unter gesamtgesellschaftlichen Prioritäten vorschlägt (vgl. auch E. Uherek u. a., Vorschläge zur Beendigung der Massenarbeitslosigkeit, in: „Blätter", 5/1977). Denn das unter dem Stichwort der Entkoppelung von Bildungs- und Beschäftigungssystem diskutierte Problem wird hier nicht einseitig zu Lasten des Bildungssystems angegangen. Es war gerade eine Schwäche des Konzepts der Integrierten Gesamthochschulen, das vor dem Hintergrund eines aufnahmefähigen Arbeitsmarkts entwickelt wurde, nicht zugleich mit der Chancenverbesserung im Bildungssystem auch die Konsequenzen für den Arbeitsmarkt mitzubedenken.

Auf der SR-Ebene haben die Vereinigten deutschen Studentenschaften (VDS) nach ihrem Studienreformkongreß von 1976 mit einer Reihe von Einzeltagungen begonnen und in engem Kontakt zu den Gewerkschaften Vorstellungen zur Organisation der Fächer Medizin, Chemie, Anglistik und Wirtschaftswissenschaften entwickelt. Beim ersten nationalen Streik der Studenten im Sommersemester 1977 wurde in „demokratischen Gegenhochschulen" der Kooperationsbezug zu den Gewerkschaften gesucht und durch die Breite des Streiks einigen Landesministern die Zusage abgerungen, Regelstudienzeiten erst nach Beendigung der Studienreform einzuführen.

Unter den Wissenschaftlern an den Hochschulen hat sich der Bund demokratischer Wissenschaftler (BdWi) vorgenommen, analog zu seinem Wissenschaftlerbedarfsplan[23]) einen Wissenschaftsbedarfsplan in Verbindung mit den vorliegenden studentischen und gewerkschaftlichen Forderungen zu erarbeiten. Dazu wird er im Dezember dieses Jahres eine außerordentliche Mitgliederversammlung zur Studienreform durchführen, auf der Arbeitsgemeinschaften zu den einzelnen Fächern konstituiert und Fachtagungen projektiert werden sollen.

Im Gewerkschaftsbereich hat die GEW im Hochschulsektor die Studienreform zu ihrem Arbeitsschwerpunkt gemacht. In Nordrhein-Westfalen haben die Fachgruppen bisher 3 Studienreformtagungen durchgeführt u. a. mit dem Ziel, die Arbeit der Gewerkschaftskollegen in den SRK zu koordinieren. Dabei zeigte sich die Schwierigkeit, die relativ fachunspezifischen gewerkschaftlichen Forderungen aus der Logik der SR-Arbeit heraus konkretisieren,

22) Köln 1978; vgl. die Kurzfassung in: „Blätter", 5/1978, S. 62ff.
23) In: Holzkamp, Eine Wende in der Hochschulpolitik ist notwendig, „Hefte zu politischen Gegenwartsfragen", Bd. 35, Köln 1978.

gleichzeitig aber auch die unterschiedlichen Wissenschaftsauffassungen der Kollegen einbeziehen zu müssen.

Der DGB hat beim Bundesvorstand einen Arbeitsausschuß „Studienreform" eingerichtet, dem bisher die Abteilungen Bildung und Wirtschaftspolitik des Vorstands, die Hans-Böckler-Stiftung, die Einzelgewerkschaften IGM, ÖTV, Chemie-Papier-Keramik, HBV, Bau-Steine-Erden, Gartenbau-Landwirtschaft-Forsten und die GEW sowie von den Ländern das Land Niedersachsen beigetreten sind. Fachkommissionen (Wirtschaftswissenschaften; Bauwesen, Landwirtschaft, Landesgestaltung; Technische Wissenschaften; Naturwissenschaften; Sozial- und Gesundheitswesen; Lehramt und entsprechende Geisteswissenschaften), welche die Gewerkschaftsmitglieder in den KMK-SRK unterstützen sollen, sind eingerichtet bzw. im Entstehen.

Widersprüchliches für die Erfolge dieser Arbeit lassen die am 25. August 1978 nach einigen Diskussionen verabschiedeten „Leitsätze des DGB zur Studienreform" erwarten. Dort werden richtig die zentralistischen, mitbestimmungs- und gewerkschaftsfeindlichen Regelungen des HRG kritisiert, die Beseitigung dieser Hemmnisse für eine SR im Gewerkschaftsinteresse durch eine *Novellierung des HRG* wird aber nur als „Änderung" und nicht mit dem erforderlichen Nachdruck thematisiert. Gerade weil explizit der Zusammenhang mit den 23 Thesen des DGB zur Hochschulreform von 1973 hergestellt wird, ist es bedauerlich, daß jetzt nicht mehr von Integrierten Gesamthochschulen die Rede ist, wie dort, sondern nur noch von Gesamthochschulen, was der Verwirklichung der nur additiven Zusammenlegung in der „Baukasten-Gesamthochschule" Vorschub leisten kann. Auch ist das oben beschriebene „Instrumentarium" ebensowenig angesprochen wie die Konzeptionen des WR und der Arbeitgeber. Dennoch werden den Verantwortlichen in den Chefetagen und Staatskanzleien die aufgestellten Forderungen – Verbesserung der materiellen Studienbedingungen, enge Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften bei den berufspraktischen Anteilen, berufsbezogenes Projektstudium[24]), tarifliche Absicherung der Berufspraktika, u. a. m. – noch genügend Unbehagen und Kopfzerbrechen bereiten. Soll die Forderung, daß „die Gewerkschaften in staatlichen Studienreformkommissionen entscheidenden Einfluß haben", Realität werden können, bedarf es jedoch noch großer Anstrengungen. So ist zu wünschen, daß der Dissens zu nicht mit den gewerkschaftlichen Zielsetzungen zu vereinbarenden Entwicklungen und Entscheidungen in den SRK öffentlich klar formuliert wird und die Alternativen zum Ausgangspunkt der Mobilisierung der Mitgliedschaft gemacht werden. Auch ist es unbedingt nötig, die Kooperation Hochschule-Gewerkschaft lokal zu stärken, damit vor Ort, wo letztlich die Entscheidung über die Durchsetzbarkeit der Krisenverwaltungskonzepte fällt, konstruktive Gegenvorschläge die Pläne der Planer ins Abseits führen. Vor allem aber ist zu berücksichtigen, daß die notwendigen inhaltlichen Neuorientierungen hinsichtlich der Beziehung von Wissenschaft, Ausbildung und Beruf solange behindert werden, wie das soziale Kri-

24) Zur Problematik der Konzeption des Projektstudiums vgl. Rolf Casjens/Bernhard Wilhelmer, Projektstudium als Studienreform, in: „Demokratische Erziehung", 5/1975; Johannes Wildt/Gert Schubring, Bemerkungen zum Konzept einer „betriebsnahen Hochschule", BdWi-Forum 31/32, 1977, S. 29.

senmanagement die Prioritäten der Studienreform setzt. Eine nur scheinbar inhaltlich am Beruf orientierte Baukasten-Gesamthochschule, deren Struktur jedoch tatsächlich in ihren sozialen Bezügen begründet ist, zeigt, daß Gewerkschaften, Studenten und demokratische Wissenschaftler Studienreform nur unter Einbeziehung der sozialen Probleme des Arbeitsmarkts angehen können. Der Wissenschaftlerbedarfsplan des BdWi und die Arbeiten der Memorandum-Gruppe bieten hierfür geeignete Bezugspunkte.

# Die deutsche Frage – eine offene Frage?

Von Walter Lewald

*Die Bundesrepublik Deutschland und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken „verpflichten sich, die territoriale Integrität aller Staaten in Europa in ihren heutigen Grenzen uneingeschränkt zu achten", . . . „sie betrachten heute und künftig die Grenzen aller Staaten in Europa als unverletzlich, wie sie am Tage der Unterzeichnung dieses Vertrages verlaufen, einschließlich der Oder-Neiße-Grenze, die die Westgrenze der Volksrepublik Polen bildet, und der Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik". Diese Anerkennung der nach dem Zweiten Weltkrieg in Mitteleuropa entstandenen Lage, einschließlich der Unverletzlichkeit der Grenzen und der territorialen Integrität der DDR, hat die Bundesrepublik im Moskauer Vertrag vom 12. August 1970 (Artikel 3) und seither in weiteren bilateralen und multilateralen Dokumenten wie dem Grundvertrag mit der DDR und der Schlußakte der KSZE unterzeichnet. Das ist völkerrechtlicher Klartext. Dennoch wird in der innenpolitischen Auseinandersetzung in der Bundesrepublik immer noch und immer wieder vom „Offenhalten der deutschen Frage" gesprochen, und das nicht nur in wahlkampfbedingten Schaugefechten wie jüngst der vorzeitig geplatzten „Affäre Pacepa". Dr. jur. Walter Lewald, Nestor der juristischen Fachpublizistik in der Bundesrepublik, langjähriger verantwortlicher Schriftleiter der „Neuen Juristischen Wochenschrift" (NJW), setzt sich in dem folgenden Beitrag mit einigen Aspekten des Themas „deutsche Frage" auseinander, die in der herrschenden Diskussion allzu häufig übersehen werden. D. Red.*

## I

In der die deutsche Öffentlichkeit nach wie vor stark bewegenden Diskussion über die sogenannte deutsche Frage macht sich nicht nur für die Juristen nachteilig bemerkbar, daß es der deutschen Nachkriegs-Publizistik – dieses Wort im weitesten Sinn verstanden – nicht gelungen ist, einen Konsens über einen wirklich brauchbaren Rechtsbegriff „Deutschland" herbeizuführen. Eine Fülle von *rechts*erheblichen Dokumenten der Nachkriegszeit, in denen der Terminus „Deutschland" erscheint, forderte – zumal nach Errichtung zweier voneinander unabhängiger deutscher Staaten auf deutschen Territorium – Wissenschaft und Politik geradezu heraus, Klarheit darüber zu gewinnen, welche *rechtliche* Bedeutung dem Terminus „Deutschland" nunmehr zukomme. Hier drängt sich zunächst die Feststellung auf, daß in der außerjuristischen Tagesliteratur und in Schriften allgemein literarischen oder auch historischen Inhalts weitgehend jedenfalls dem Sinne nach vom ehemaligen Deutschen Reich gesprochen wurde. Soweit in rechtlichen Dokumenten, wie z. B. im Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945, das Wort „Deutschland" gebraucht ist, wird entweder das Deutsche Reich für die Zwecke der Ausübung der alliierten Besatzungsgewalt als fortbestehend fingiert, oder der Begriff „Deutschland" deckt als wesensmäßig dynamischer Begriff den Prozeß der *politischen* Entwicklung seit 1945, der sich als „kontinuierliche Auseinanderentwicklung und Verfestigung der beiden 1949 neu entstandenen politischen Gebilde – Bundesrepublik und DDR" – darstellt (Alexander N. Makarov, Deutsches Staatsangehörigkeitsrecht, 1971, Einleitung S. 26). Von west-alliierter Seite ist alsdann durch Artikel 2 des Vertrages über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den drei Mächten vom 26. Mai 1952 (sogenannter Deutschlandvertrag) der Begriff „Deutschland als Ganzes" eingeführt worden, der hier nichts anderes bedeuten kann als das von Deutschen bewohnte Territorium des alten deutschen Reiches, gemäß Artikel 116 des Bonner Grundgesetzes (GG) nach dem Stand vom 31. Dezember 1967, das nunmehr die voneinander unabhängigen Staaten Bundesrepublik Deutschland und Deutsche Demokratische Republik sowie das Gebiet Groß-Berlin umfaßt. Als Synonym entstand in der westdeutschen Publizistik der Terminus „Gesamtdeutschland". Im ersten Nachkriegsjahrzehnt hat das staatsrechtswissenschaftliche und politikwissenschaftliche Schrifttum die auf Deutschland bezügliche Nomenklatur um einen Begriff bereichert, der das alte Deutsche Reich als *real existierenden,* mit der Bundesrepublik Deutschland identischen bzw. teil-identischen Staat in die Gegenwart transponiert.

Für diese Lehre, die unter dem Stichwort „Fortexistenz des Deutschen Reiches" bekannt geworden ist, wird ebenfalls der Begriff „Gesamtdeutschland" in Anspruch genommen, wodurch dieser einen ambivalenten Charakter erhält. Die in Artikel 2 des Deutschlandvertrages gebrauchten Worte „Deutschland als Ganzes" weisen durch den Sinnzusammenhang mit den unmittelbar folgenden Worten „einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands" jedoch eindeutig in die Zukunft, bezeichnen also ein politisches *Postulat.* Die These von der Fortexistenz des Deutschen Reiches wurde durch eine lediglich

auf dem Papier stehende künstliche Rechtsfigur untermauert: Das handlungsunfähig gewordene *Völkerrechtssubjekt* „Deutsches Reich".

## II

Der staatsrechtlichen These hat sich die höchstrichterliche Judikatur des Bundesverfassungsgerichtes (BVerfG) und des Bundesgerichtshofes (BGH) angeschlossen. So hat bereits ein Urteil des BGH vom 25. September 1952 (veröffentlicht in „Juristenzeitung" (JZ) 1952, S. 748ff.) den Leitsatz aufgestellt: „Das Deutsche Reich besteht als staatsrechtliche Einheit fort." Gegen dieses Urteil hat schon damals Erwin Riezler, ein deutscher Rechtsgelehrter von hohen Graden, in einer an der gleichen Stelle veröffentlichten Kritik schwerwiegende Argumente vorgebracht, deren wesentliche Sätze wie folgt lauten:

„Welches Deutsche Reich meint der BGH, wenn er in dem vorliegenden Urteil einen ‚Fortbestand des Deutschen Reiches als einer staatsrechtlichen Einheit' behauptet? Doch nicht das von Bismarck geschaffene Reich von 1870/71; dieses hat sich in die Weimarer Republik und später in das ‚Großdeutsche' Reich umgewandelt, aber auch dieses existiert nicht mehr. Es gibt zur Zeit keinen Staat, der sich ‚Deutsches Reich' nennt. Es kann damit nur die zusammenfassende Bezeichnung für die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik gemeint sein. Aber diese beiden Republiken sind zusammen keine staatsrechtliche Einheit. Sie haben kein gemeinsames Gebiet, keine gemeinsame Verfassung, keine gemeinsame Regierung, keine gemeinsame Justiz. Daß immerhin noch eine weitgehende, wenn auch immer mehr schwindende Einheit der Rechtsordnung besteht, ist nicht entscheidend, denn Staatsgebiet und Rechtsanwendungsgebiet brauchen überhaupt nicht zusammen zu fallen . . . Es können allerdings Länder von relativer staatlicher Selbständigkeit zu einem Staatswesen vereinigt sein, wie dies z. B. in der Bundesrepublik Deutschland, in der Schweiz und in den Vereinigten Staaten von Amerika der Fall ist. Aber doch nur dann ist dies möglich, wenn zwischen ihnen verfassungsmäßig ein föderatives Band besteht. Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik stehen zueinander in keinem föderativen Verhältnis."

Riezler erwähnt, was nicht übersehen werden darf, in den vorstehenden Sätzen ausdrücklich das Großdeutsche Reich. *Ihm* als *letzter* staatlicher Erscheinungsform des Deutschen Reichs muß die Bundesrepublik Deutschland *gegenüber* gestellt werden! Hätte man der Riezler'schen Kritik, deren Argumentation unmittelbar einleuchtet, genügende, der Autorität ihres Autors entsprechende Beachtung geschenkt, so hätte sich eigentlich eine ganze, fast unübersehbar gewordene fachwissenschaftliche Literatur über die Fortexistenz des Deutschen Reichs erübrigen müssen. Die Entwicklung ist jedoch anders verlaufen. Das BVerfG hat in seiner Entscheidung vom 31. Juli 1973 („Neue Juristische Wochenschrift" (NJW) 1973, S. 1539ff.) über die verfassungsrechtliche Konformität des Grundlagenvertrages vom 21. Dezember 1972/6. Juni 1973 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deut-

schen Demokratischen Republik (DDR) mit dem GG die These von der Fortexistenz des Deutschen Reichs als verfassungsrechtlichen Grundsatz bestätigt. In der Entscheidung steht der lapidare Satz: „Das Deutsche Reich existiert fort." Dieser Satz wird dahin expliziert, das GG – also nicht nur eine These der Völkerrechtslehre, sondern das positive Verfassungsrecht – gehe davon aus, daß das Deutsche Reich den Zusammenbruch von 1945 überdauert habe und weder mit der Kapitulation noch durch Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die alliierten Okkupationsmächte noch später untergegangen sei. Zur Begründung wird gesagt, daß nach einer Aussage von Carlo Schmid im Parlamentarischen Rat mit der Errichtung der Bundesrepublik Deutschland *nicht* ein *neuer* westdeutscher Staat gegründet, sondern ein Teil Deutschlands neu organisiert worden sei. Dabei wird nur berücksichtigt, was damals, d. h. bei den Verhandlungen im parlamentarischen Rat *beabsichtigt* war, also die spätere Entwicklung völlig ignoriert.

Nicht besser steht es mit dem vom BVerfG nicht ausdrücklich erwähnten Argument, daß das Deutsche Reich nach der Berliner Erklärung der Alliierten vom 5. Juni 1945 nicht annektiert worden und auch später nicht gleich Preußen durch konstitutiven Akt aufgelöst worden sei, also über 1945 hinaus fortbestehe. Auch mit diesem Argument wird die spätere Entwicklung schlicht ignoriert. Ausschlaggebend ist aber folgendeÜberlegung. Geht man davon aus, daß die angebliche Fortexistenz des Deutschen Reiches kein Faktum der täglichen Erfahrung ist, sondern ein Gegenstand der Reflexion, so handelt es sich um eine wissenschaftliche These, die in Wahrheit eine *Hypothese* ist. Als solche ist der Satz aus logischen Gründen unbrauchbar, weil er mit der empirischen Wirklichkeit in unvereinbarem Widerspruch steht. Auch hat die Hypothese keinen heuristischen Wert, da sie die Erkenntnis der gegebenen Situation in keiner Weise zu fördern vermag (Philosophisches Wörterbuch, Körner-Verlag 1951, S. 257, unter dem Stichwort „Hypothese"). Nach den Kriterien der Wissenschaftslehre, insbesondere solchen der Methode, ist die These das Produkt eines auf widerspruchsvolle künstliche Konstruktionen (hie „Identitätstheorie", hie „Dachtheorie") gestützten starren Dogmatismus, ja Absolutismus, der unbekümmert um soziologisches Verständnis substantiell Verschiedenes, nämlich die der politischen Zukunft zugewandte Bundesrepublik Deutschland und das durch das nationalsozialistische Regime geschändete und abgewirtschaftete Deutsche Reich gleichgesetzt und historischen Wandel ignoriert, was zur völligen Verzerrung der historischen Perspektive führen muß. Als wahre Motivation der Lehre von der Fortexistenz des Deutschen Reiches mag, wie häufigere Hinweise zeigen, der Wunsch, historische Kontinuität zu wahren, zu verstehen sein. Wenn dann die unausweichliche Frage gestellt wird, welches Deutsche Reich fortbestehen soll, wäre es Willkür, an die Bismarck'sche Reichsgründung oder an die erste demokratische deutsche Staatsgründung, die Weimarer Republik, anzuknüpfen und damit längst Vergangenes wiederbeleben zu wollen. Oder ist ein vom Nationalsozialismus befreiter, sozusagen abstrakter deutscher Einheitsstaat gemeint? Dies wäre eine unzulässige Manipulation. Soweit Identität bzw. Teilidentität zwischen Bundesrepublik Deutschland und Deutschem Reich be-

hauptet wird, muß die These am logischen Grundsatz der realen Identität gemessen werden. Identität kann danach nicht in Frage kommen, da mit den Begriffen Deutsches Reich und Bundesrepublik Deutschland zwei Vorstellungen von qualitativ verschiedenen Gegenständen verbunden sind (Christoph Sigwart, Logik, Band I, S. 111, Tübingen 1971).

Dabei ist allerdings vorausgesetzt, daß es einen von der Wissenschaft „Logik" unabhängigen Begriff der Identität nicht gibt[1]).

III

Die Publizistik geht heute über die vom BVerfG als Verfassungsrechtsgrundsatz sanktionierte These von der Fortexistenz des Deutschen Reiches mehr oder weniger stillschweigend hinweg, indem sie die Frage der „Deutschen Nation", d. h. die Frage, ob die deutsche Nation trotz des empirischen Tatbestands der Existenz zweier voneinander unabhängiger deutscher Staaten auf deutschem Territorium als nationale Einheit fortbesteht, in den Mittelpunkt der Erörterungen rückt. Dabei ist vorausgesetzt, daß der Fortbestand der nationalen Einheit nach dem völkerrechtlichen Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Völker die Wiederherstellung eines deutschen Einheitsstaates erfordern würde. Der sogenannte Brief der bundesdeutschen Regierung zur deutschen Einheit, welcher der Regierung der DDR vor Abschluß des Grundlagenvertrages überreicht wurde, ist als ein solches Postulat zweifellos zu verstehen. Der Grundlagenvertrag enthält in seiner Präambel den ausdrücklichen Hinweis auf die unterschiedliche Auffassung der beiden Vertragsschließenden über die „nationale Frage", worin zum Ausdruck kommt, daß die DDR das Vorhandensein einer nationalen Frage jenseits der staatsrechtlichen Gegebenheiten und unabhängig von der im Brief zur deutschen Einheit von der Bundesregierung einseitig abgegebenen Erklärung ihrerseits „anerkennt". Das klassische Werk von Friedrich Meinecke „Weltbürgertum und Nationalstaat" hat die Begriffe Staatsnation und Kulturnation meines Erachtens auch für die heutige Zeit gültig geprägt. In ihren jüngsten offiziellen Verlautbarungen bezeichnet sich die DDR als sozialistische deutsche Nation, wobei Nation zweifellos als Staatsnation zu verstehen ist. Dann muß dem richtig verstandenen „Gesamtdeutschland" heute der Charakter einer Kulturnation zugebilligt werden. Die Besonderheit der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten, die das BVerfG ausdrücklich anerkennt, muß in dem kulturellen Zusammenhang erblickt werden, nicht darin, daß die beiden Staaten „auf dem Fundament eines noch bestehenden Staates (!) Deutschland als Ganzes existieren", wie das BVerfG im Widerspruch zu seinen eigenen Voraussetzungen formuliert. Für die Klärung der nationalen Frage ist es indes

1) Besteht heute kein Gesamtdeutschland als einheitlich deutsches Staatswesen, so kann es folgerichtig auch keine gesamtdeutsche Staatsangehörigkeit als einheitlich deutsche Staatsangehörigkeit geben. Durch das Staatsbürgerschaftsgesetz der DDR vom 20. Januar 1967 ist eine innerhalb des Hoheitsbereichs der DDR seit Inkrafttreten dieses Gesetzes geltende deutsche Staatsbürgerschaft begründet worden. Die Geltung des deutschen Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 22. Juli 1913 nebst den dazu nach 1949 ergangenen Änderungsgesetzen beschränkt sich aufgrund zeitgemäßer Interpretation jedenfalls seit 1967 auf den Hoheitsbereich der Bundesrepublik Deutschland. Rein spekulativ denkbar und insofern möglich ist die Annahme eines vorläufigen „Ruhens" der einheitlich deutschen Staatsangehörigkeit des Gesetzes von 1913 (so Alexander N. Makarov, a.a.O., S. 26, der eine solche Auslegung jedoch wegen fehlenden National*verbandes* ablehnt).

kaum förderlich, wenn in der Tagespresse erörtert wird, ob die Tendenz zur Bildung eines spezifischen bundesrepublikanischen Nationalbewußtseins bestehe, womit unter den gegebenen ideologischen Bedingungen nur der Geist des Deutschen Reiches heraufbeschworen wird. Zur deutschen Geistesgeschichte zählen in hohem Maße die im östlichen Teil Deutschlands beheimateten kulturellen Werte, gerade auch diejenigen, zu denen sich die DDR im spezifischen Sinn bekennt. Hier ist an die vielgeschmähte, von der Regierung Brandt/Scheel inaugurierte Ostpolitik zu denken, deren Bedeutung richtig einzuschätzen offensichtlich nicht geringe Schwierigkeiten bereitet. Der Kern dieser Politik kann rebus sic stantibus nur darin bestehen und *so muß auch das Wiedervereinigungsgebot der Präambel des GG zeitgemäß interpretiert werden:* Ein gesamtdeutsches Nationalbewußtsein durch regen Kulturaustausch wachzuhalten und menschlichen Verkehr zu fördern. Das Nationalbewußtsein ist mit dem historischen Bewußtsein verschwistert. Der Mangel an historischem Bewußtsein im heutigen Deutschland wird öfters beklagt. Seine Wiedererweckung wird durch die zeitgeschichtlichen Ereignisse begünstigt, was auch die Erkenntnis historischer Schuld und historischer Gerechtigkeit fördern könnte.

Die ganze Passionsgeschichte fehlgeschlagener groß- und kleindeutscher Einigungsbestrebungen des 19. und 20. Jahrhunderts könnte uns dann gegenwärtig werden. Das Einigungswerk der Paulskirche ist im Jahr 1848 gescheitert. Das auf dynastischer Grundlage errichtete Bismarck'sche Deutsche Reich hat von werdender Demokratie im Lauf der Jahrzehnte wiederholt mehr oder weniger heftige Kritik erfahren und die von wilhelminischer Hybris weitgehend beeinflußte deutsche Politik hat über einen verlorenen Krieg zum Untergang dieses Reiches geführt. Die innerlich nie gefestigte Weimarer Republik ist von ihren sich in teilsbürgerkriegsähnlichen Formen bekämpfenden Parteien selbst preisgegeben worden. Schließlich hat im Jahr 1945 die bedingungslose Kapitulation das vom nationalsozialistischen Regime verschuldete Ende des Großdeutschen Reiches besiegelt. Hat die Geschichte im Jahre 1945 ihr Urteil über das Großdeutsche Reich gesprochen, so hat im Jahre 1949 das Bonner Grundgesetz im letzten Satz seiner Präambel den Idealtypus eines einheitlichen „deutschen Volks" proklamiert, das auf der Grundlage einer gefestigten politischen Moral einen freiheitlichen deutschen Nationalstaat verwirklichen sollte. Im gleichen Jahre 1949 ist durch schicksalhafte Verkettung von Verantwortlichkeiten die Aktion des einheitlichen deutschen Volks zur Utopie geworden. Stattdessen sind zwei deutsche Staaten in Aktion getreten, die sich als Angehörige von zwei verschiedenen gegeneinander gerichteten Bündnis- und Verteidigungssystemen gegenüberstehen. Die deutsche Frage aber, verstanden als Frage der nationalen Einheit, ist durch den Vorbehalt der alliierten Rechte in bezug auf Gesamtdeutschland („Deutschland als Ganzes") auch zu einer internationalen Frage geworden, zur internationalen Frage von weltpolitischem Gewicht (Vorbehalt durch Deutschlandvertrag vom 26. Mai 1952 und durch Vertrag zwischen UdSSR und DDR vom 20. September 1955). In diesem Sinn spricht auch Horst Ehmke in seiner Schrift „Politik der praktischen Vernunft" (S. Fischer 1969) von der „Internationalen Si-

tuation der deutschen Teilung". Man muß sich darüber klar sein, daß weder die europäische noch die weltpolitische Situation reif sind für die Entscheidung über das Schicksal Gesamtdeutschlands und daß sich einigermaßen gesicherte Prognosen über die politische Zukunft Gesamtdeutschlands verbieten, ganz abgesehen davon, daß das Völkerrecht, soweit ersichtlich, bisher kein Verfahren zur Realisierung des Selbstbestimmungsrechts der Völker hat ausbilden können[2]).

## IV

Was die Herstellung freund-nachbarlicher Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten betrifft, so spielen allgemeine Verhaltensweisen deutscher Politik eine bedeutsame Rolle. Die in den ersten beiden Jahrzehnten nach 1949 geübte Diskriminierung der DDR als „Zone", „ostzonale Besatzungszone", „Sowjetrussisches Protektorat", „DDR" ist eine solche allgemeine Verhaltensweise westdeutscher Politik. Im letzten Jahrzehnt folgten

1. die Abwertung der Ostverträge und des Grundlagenvertrages,
2. das Normenkontrollverfahren der bayerischen Regierung gegen die Bundesregierung und das in diesem Verfahren ergangene Urteil des BVerfG vom 31. Juli 1973,
3. die Verweigerung der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR, auch nachdem sie mit völkerrechtlicher Gleichberechtigung und gleichzeitig mit der Bundesrepublik Deutschland in die Vereinten Nationen aufgenommen worden ist.

Auf östlicher Seite stehen folgende Verhaltensweisen gegenüber, um nur die spektakulärsten zu nennen,

1. die im Grenzverkehr von der DDR getroffenen Sicherungsmaßnahmen, die wiederholt zu tragischen Folgen für Menschenleben geführt haben,
2. der Mauerbau des Jahres 1961.

Alle diese als allgemeine Verhaltensweisen zu qualifizierende Akte mußten unter psychologischem Zwang tiefwurzelnde Ressentiments auf beiden Seiten erzeugen, Ressentiment als geistigen und seelischen Zustand, der zur Reaktion treibt und freie Aktion behindert[3]). Unter den psychologischen Nachwirkungen eines solchen im Lauf der Jahre auf beiden Seiten erzeugten Ressentiments spielt sich der politische Verkehr zwischen den beiden deutschen Staaten bis heute ab. Der latent fortwirkende Streit um die Frage, ob die DDR für die Bundesrepublik „Ausland" ist, kann und darf diesen Verkehr nicht beeinflussen. Dagegen hat die ihn begleitende politische und politikwissenschaftliche Publizistik erhebliche Bedeutung. Von ihr ist zu wünschen, daß sie sich mehr um Realpolitik im vernünftigen Sinn bemüht und sich von Illusio-

2) Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist als *Prinzip* des allgemeinen Völkerrechts in der UNO-Charta anerkannt. Ein internationaler Konsensus über die praktische Anwendung des Prinzips besteht bis jetzt nur hinsichtlich der Unabhängigkeit von Kolonialvölkern.
3) Über das Phänomen des Ressentiment unterrichtet die Abhandlung von Max Scheler „Das Ressentiment im Aufbau der Moralen" im Band „Vom Umsturz der Werte" des Gesamtwerkes, Bern 1955.

nen vergangener Jahrzehnte freimacht. Zwei Schriften sind in den beiden letzten Jahren veröffentlicht worden, die Beachtung verdienen. Schon die Titel der beiden Schriften sind aufschlußreich. Die Schrift von Jens Hacker „Deutsche unter sich" (Stuttgart 1977) enthält jedoch kaum mehr als eine Bestandsaufnahme von längst Bekanntem, die sich an den Zielvorstellungen des BVerfG orientiert, und mit einem „Ausblick" schließt, der kaum über die deutschen Grenzen hinausreicht. Wichtiger ist die im Jahre 1976 veröffentlichte Schrift von Curt Gasteyger, Professor für internationale Politik am Institut Universitaire de Hautes Etudes Internationales in Genf (Piper 1976), „Die beiden deutschen Staaten in der Weltpolitik", welche die europäische Politik und die Weltpolitik in den Kreis ihrer Betrachtung zieht, als Ambiente der Koexistenz zweier, in Mitteleuropa benachbarter deutscher Staaten, die zwei diametral entgegengesetzte Gesellschaftsordnungen repräsentieren. Die Darstellung langfristig wirkender Tendenzen im Verhältnis zwischen den Konstellationen der Weltpolitik und den innen- und außenpolitischen Lebensäußerungen der beiden deutschen Staaten führt weiter als noch so kämpferische gegen die deutsche Teilung gerichtete Parolen nationaler Einheit und offener Zukunft. Die deutsche Teilung von 1949 ist ein abgeschlossener Prozeß.

Die vom Bundesverfassungsgericht geweckte Reminiszenz des Deutschen sprich: Großdeutschen Reichs bleibt der Vergangenheit verhaftet. Der Zukunft gelten die Worte, die in einem bedeutenden Geschichtswerk der Gegenwart geschrieben stehen: „Im geschichtlichen Ablauf ist nichts jemals beendet"[4]).

4) Carl J. Burckhardt, Richelieu, München 1935, Band 3, S. 551.

**Kleine Bibliothek** Politik · Wissenschaft · Zukunft

77 *Haug* **Kritik des Absurdismus.** J.-P. Sartre. 256 S. DM 9,80
81 *Kahl* **Positivismus als Konservatismus.** 301 S. DM 14,80
82 *Butterwegge* **Alternativen der Wirtschaftslenkung.** 155 S. DM 9,80
83 *Mayer/Stuby (Hg.)* **Das lädierte Grundgesetz.** 356 S. DM 14,80
84 *Hinrichs/Peter* **Industrieller Friede?** 298 S. DM 12,80
86 *Bayertz/Schleifstein* **„Kritische Vernunft": Popper.** 270 S. DM 14,80
87 *Menschik* **Feminismus.** 358 S. DM 12,80
88 *Kühnl/Hardach* **Zerstörung der Weimarer Republik.** 290 S. DM 12,80
89 *Apel* **Umfrage UdSSR.** Offener Brief an Sacharow. 176 S. DM 9,80
91 *Preiß* **Humanisierung der Arbeitswelt.** 132 S. DM 12,80
94 *Mannhardt/Schwamborn* **Zivildienst-Handbuch.** 142 S. DM 9,80
96 *Sandkühler (Hg.)* **Betr.: Althusser.** 225 S. DM 14,80

**Pahl-Rugenstein**

# Medienkritik

## DER HELD UND DIE WESPE

Schon Wochen vorher hatte sich der ADAC den Autofahrern wieder einmal nützlich gemacht: So ein Panzerführer im Manöver, so warnte er sie, der merkt es nicht einmal, wenn er ein Auto plattwalzt, und die Schadensverhandlungen mit den meist schuldigen Militärs dauern lange. Offenbar ist die Vorstellung eines so ungleichen Zusammenstoßes auch außerhalb des Kinos belustigend – als sich das Vorausgesagte am Fahrzeug eines *wahlkämpfenden* Politikers wirklich zutrug, stand die Meldung als Anekdote verpackt in der Zeitung.

Dem Politiker nämlich wurde die Nachricht überbracht, als er gerade seine Rede hielt. Andere hatten nicht so viel Glück, sie saßen in ihren Autos. Noch vor den offiziellen Angaben sind allein in Hessen schon 19 tote Opfer der 22-Mio-DM-Veranstaltung gezählt worden, verursacht vor allem durch „mangelnde Disziplin der Besatzungen von Kettenfahrzeugen", die „wenig rücksichtsvoll durch die Gegend" fuhren („Frankfurter Rundschau" vom 30. September).

Die Zeitungen und aktuellen Fernsehberichte begleiteten derweil das große Kriegsspiel mit Berichten voll liebevoll ironischer Erbsensuppen-Romantik. Die Formulierungen, die das Intellektuellen-Blatt „Die Zeit" fand, sind beispielhaft: Die Offiziere „erweisen sich im Gespräch als gebildete und genau, doch zurückhaltend urteilende Leute". Generalleutnant v. Ilsemann ist „Herr des Manövers ohne Heerführergehabe", und Inspekteur Hildebrandt ist „kein Bürokrat und doch zahlenfest" (vom 29. September).

Die Herren mit den altdeutschen Namen sind ja vielleicht wirklich so, aber als *Helden* verkaufen sie sich ebenso schlecht wie der unmilitärische Verteidigungsminister. Es blieb dem ZDF vorbehalten, diesen öffentlichen *Wehrkunde-Unterricht* der Medien attraktiver zu gestalten. Es brachte einen Bericht über die berüchtigten US-Marines, die jetzt zum erstenmal in Europa an einer Übung teilnahmen (im „heute-journal" am 26. September). Nachdem sie nicht mehr in Vietnam beschäftigt sind, versuchen die Marines nun, „sich europäischen Verhältnissen anzupassen, und sie haben bereits gelernt". Was haben sie gelernt? „Bei ihrem ersten Manöver marschierten sie noch aufrecht aus den Hubschraubern" – was zwar heldenhaft, aber lebensgefährlich ist. „Jetzt bewegen sie sich schon annähernd wie deutsche Infanteristen". Noch mehr Verwunderliches erfahren wir über diesen nach eigener Erklärung „besten Kampfverband, den es gibt": „. . .als verbiete es ihnen ihr Stolz, sind sie nicht bereit, sich einem örtlichen Kommandeur wie hier in Schleswig-Holstein zu unterstellen".

Wohl mit Rücksicht auf die KSZE-Beobachter war der Angreifer (rot) des diesjährigen simulierten Krieges nicht aus dem Osten, sondern aus dem Norden gekommen und dann *in Vorwärtsverteidigung vernichtet* worden. Und einer der jungen schneidigen Stabsoffiziere hatte dem „Zeit"-Reporter *freimütig* erklärt: „Krieg spielen hier in der Bundesrepublik mit alle Mann hoch – das hätte uns gerade noch gefehlt." Genausowenig wie der anwesende chinesische General Chin Len dürften nur wenige Zuschauer solchen Beteuerungen Glauben schenken, vor allem angesichts der überzeugenden Argumentation der *Ledernacken*, die sich solchen laschen Leuten nicht unterordnen wollen: „Psychologisch wäre es falsch, sagen sie, wenn man nicht ans Siegen denkt. Sieg gegen wen?" Na, wer da nicht die Antwort weiß!! Jedenfalls: „Sollte einmal Gefahr bestehen: ihre Marines sind bereit" – ein Manneswort, an die NATO und Schleswig-Holstein gerichtet vom Ledernacken-General, das Vertrauen stiftet und Einigkeit über die Gefahr, die da beschworen wird.

Der anfangs zitierte Bericht meldet auch, daß die meisten Unfälle durch US-Fahrzeuge verursacht wurden, und er zählt erschreckend viele Überfälle und Vergewaltigungen an Frauen durch US-Soldaten auf. Solche Zeichen für sich ausbreitendes Green-Beret-Heldentum verschweigt der ZDF-Bericht und hält sich lieber ans Anekdotische: „Während dieses Interviews hat den General eine Wespe in die Brust gestochen. Er verzog keine Miene . . ."

Günter Giesenfeld

# Konjunkturprogramme seit 1975

**(Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)**

Seit dem Beginn der Krise im Jahre 1974 bis heute versucht die staatliche Wirtschaftspolitik durch eine Vielzahl von Maßnahmen die Konjunkturentwicklung zu beeinflussen. Im Mittelpunkt des Interesses steht hier die Finanz- und Steuerpolitik, wenn auch nicht übersehen werden darf, daß auch die Geld- und Einkommenspolitik Zugriffsmöglichkeiten des Staates beinhaltet. Die zahlreichen seit 1974 beschlossenen Konjunkturprogramme sind dabei in ihren Wirkungen durchaus widersprüchlich gewesen. Zudem sind sie von der „normalen" Haushaltswirkung nicht zu trennen. So wurden insbesondere 1975 und 1976 die mit Sonderprogrammen verbundenen Mehrausgaben durch Einsparungen an anderer Stelle wieder kompensiert.

An dieser Stelle sollen nicht die konjunkturellen Auswirkungen der staatlichen Wirtschaftspolitik insgesamt untersucht werden. Es soll lediglich ein Überblick über den Charakter der getrof-

*Steueränderungen seit 1974*[1])

| | *1975* | *1976* | *1977* | *1978* | *1979* | *1975–1979 Insgesamt* |
|---|---|---|---|---|---|---|
| *Befristete Investitionszulage (1974)* | – 100 | –4 250 | –3 800 | – 1 100 | – 300 | – 9 550 |
| *IV. Umsatzsteueränderungsgesetz*[2]) *(1974)* | – 350 | – 400 | – 450 | – 450 | – 500 | – 2 150 |
| *Erhöhung der Heizölsteuer (1974)* | + 700 | + 950 | +1 000 | + 1 200 | + 1 550 | + 5 400 |
| *Steuerreform (1975)* | –4 200 | –5 000 | –5 400 | – 4 500 | – 4 700 | –23 800 |
| *Haushaltsstrukturgesetz*[3]) *(1975)* | – | +3 800 | +6 100 | + 6 800 | + 7 500 | +24 200 |
| *Steueränderungsgesetz*[4]) *(1977)* | – | – | – | – 4 450 | – 6 400 | –10 850 |
| *Gesetz zur Steuerentlastung und Investitionsförderung (1977)* | – | – | –1 600 | –10 300 | –12 300 | –24 200 |
| *Heizenergiesparprogramm (1978)* | – | – | – | – | – 450 | – 450 |
| *Kabinettsbeschluß (1978)* | – | – | – | – | –10 100 | –10 100 |
| *Mehrwertsteuererhöhung (1977)* | – | – | – | + 5 200 | + 6 500 | +11 700 |
| *Mehrwertsteuererhöhung (1978)* | – | – | – | – | + 2 500 | + 2 500 |
| *Summe Mindereinnahmen* | –3 950 | –4 900 | –4 150 | – 7 600 | –16 700 | –37 300 |

1) Entlastungen (–) und Belastungen (+) in Mio. DM gegenüber dem alten Recht.
2) Steuervergünstigungen für Betriebe der Land- und Forstwirtschaft.
3) Erhöhung Steuern und Beiträge zur Arbeitslosenversicherung.
4) Ohne Erhöhung der Mehrwertsteuer.

Quelle: „DIW-Wochenbericht", 36/1978, S. 356.

fenen finanzpolitischen Maßnahmen gegeben werden, aus dem allein aber keine unmittelbaren Rückschlüsse auf die Effizienz der Wirtschaftspolitik insgesamt gezogen werden können.

In einer Zusammenstellung hat das „Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung" (DIW) die finanzpolitischen Maßnahmen der Vergangenheit dargestellt, wobei auch die Beschlüsse des Bundeskabinetts vom 28. 7. 1978 einbezogen sind. Dieser Darstellung wird hier im wesentlichen gefolgt.

Der Schwerpunkt der finanzpolitischen Maßnahmen der letzten 5 Jahre lag eindeutig auf der Einnahmeseite der Staatshaushalte. Es wurde eine Vielzahl von Steueränderungen durchgeführt, die per Saldo eine relative Einnahmeminderung mit sich brachten. Diese Einnahmeminderungen sind – wie gezeigt werden soll – aber nicht mit einer absoluten Senkung der Steuerlast gleichzusetzen. Die umseitige Tabelle beziffert die Veränderungen nur jeweils gegenüber dem alten Recht.

Die Entlastungsumme in Höhe von 37 300 Mio. DM nimmt sich optisch recht hoch aus. Es ist jedoch nicht richtig, diese Maßnahmen insgesamt als Beiträge zur Stabilisierung der Nachfrage und damit zur Stabilisierung der Konjunktur zu betrachten. Ein Beispiel ist die Steuerreform von 1975, die mit einem Entlastungsbetrag in Höhe von 23 800 Mio. erheblich zu Buche schlägt. Es gelang ihr zwar, die Löhne und Gehälter für ein Jahr steuerlich zu entlasten, aber schon 1976 lag die Durchschnittsbelastung der Einkommen durch die Lohnsteuer (ohne Kindergeld) mit 15,52% wieder über dem Stand von 1974. Die „Reform" vergrößerte also nicht die private Kaufkraft, sie wirkte lediglich dem kaufkraftzehrenden Effekt der Steuerprogression entgegen. Ähnlich verhält es sich mit den Maßnahmen von 1977 und 1978, soweit sie die Lohnsteuer betreffen. Der Belastungsanstieg wird nur verzögert, es findet kaum eine echte Entlastung statt. Zudem wird bei der Diskussion der neuen steuerpolitischen Maßnahmen nur zu gern vergessen, daß die Auswirkungen des Haushaltsstrukturgesetzes, mit dem umfangreiche Mehrbelastungen der privaten Kaufkraft verbunden waren, andauern.

Auf der anderen Seite stehen umfangreiche Entlastungen und Subventionen für die Unternehmen. Diese wirken auch absolut entlastend, weil die Gewinneinkommen in der Regel nur noch proportional besteuert werden, mit einer Gewinnerhöhung also nur ein proportionaler Anstieg der Steuerlast verbunden ist. Dabei sind in der Tabelle noch nicht die Auswirkungen der jüngsten Beschlüsse im Vermittlungsausschuß von Bundestag und Bundesrat berücksichtigt, durch die auf Drängen der CDU die Investitionszulagen für Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen und in strukturschwachen Gebieten nochmals hinaufgesetzt wurden. Die konjunkturellen Auswirkungen von Unternehmenssubventionen in Perioden der Nachfrageschwäche sind aber eher negativ. Denn während sie bei den öffentlichen Haushalten zu Einnahmeausfällen führen, bewirken sie bei den empfangenden Unternehmen nur eine Verbesserung der Ertragslage, die angesichts unausgelasteter Kapazitäten aber kaum zusätzliche Investitionen nach sich zieht.

Hinzu kommt, daß die Steuerentlastungen bei der Lohn- und Einkommensteuer überproportional bei den oberen Einkommensschichten zu Buche schlagen, während die zum Ausgleich beschlossenen Erhöhungen der Verbrauchsteuern besonders die unteren Einkommensschichten treffen, deren Konsumquote hoch ist.

Die gesamtwirtschaftliche Nachfrage wird in Depressionsperioden durch direkte öffentliche Aufträge weit stärker berührt als durch Steuererleichterungen, selbst wenn sie die private Kaufkraft erhöhen sollten. Denn gerade in Krisenzeiten, bei hoher Arbeitslosigkeit und unsicherer Einkommenslage ist die Sparquote hoch. Daher gehört die Ausgabenseite des Staatshaushalts an sich stärker zum traditionellen konjunkturpolitischen Instrumentarium als die Einnahmeseite.

Auch hier wurden seit 1974 zahlreiche Maßnahmen mit dem Ziel der Konjunkturstabilisierung beschlossen und durchgeführt. Deren Dimensionen waren allerdings weit geringer als die auf der Einnahmeseite.

Der Charakter der Konjunkturpolitik zeigt sich vor allem auf der Ausgabenseite. Klammert man das Kindergeld einmal aus, das an sich Teil der Steuerreform von 1975 ist und insofern auch nur in diesem Zusammenhang betrachtet werden darf, so ist es in den betrachteten 5 Jahren trotz „Zukunftsinvestitionen" per Saldo zu Ausgabenkürzungen in Höhe von 8,5 Mrd. DM gekommen. Ins Auge fällt vor allem die geringe Dimension der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen. Es ist zu

beachten, daß die ausgabensenkenden Wirkungen des Haushaltstrukturgesetzes z. B. im Jahre 1978 in Höhe von 6 Mrd. DM die Zusatzausgaben sämtlicher laufender Konjunkturprogramme, einschließlich des Programms für „Zukunftsinvestitionen", übersteigen.

*Ausgabenwirksame Konjunkturprogramme seit 1974*[1])

| | *1975* | *1976* | *1977* | *1978* | *1979* | *1975–1979 Insgesamt* |
|---|---|---|---|---|---|---|
| *Regionale Stützung der Beschäftigung (1974)* | + 750 | + 100 | + 50 | + 50 | – | + 950 |
| *Förderung von Beschäftigung und Wachstum (1974)* | + 1 600 | + 450 | + 100 | + 50 | – | + 2 200 |
| *Stärkung von Bauinvestitionen (1975)* | + 250 | + 4 000 | + 1 000 | + 450 | + 50 | + 5 750 |
| *Einschränkung der Sparförderung (1975)* | – | – 1 400 | – 1 600 | – 1 800 | – 2 000 | – 6 800 |
| *Haushaltsstrukturgesetz (1975)* | – | – 3 600 | – 5 050 | – 6 000 | – 6 850 | –21 500 |
| *Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (1976)* | – | – | + 20 | – | – | + 20 |
| *Zukunftsinvestitionsprogramm (1977)* | – | – | + 100 | + 3 500 | + 4 400 | + 8 000 |
| *Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (1977)* | – | – | + 30 | + 200 | + 200 | + 430 |
| *Heizenergiesparprogramm (1977)* | – | – | – | + 400 | + 800 | + 1 200 |
| *Kabinettsbeschluß (1978)* | – | – | – | – | + 1 300 | + 1 300 |
| *Kindergelderhöhung (1975)* | +10 000 | +11 500 | +10 800 | +10 800 | +10 800 | +53 900 |
| *Kindergelderhöhung (1978)* | – | – | – | + 1 750 | + 1 700 | + 3 450 |
| *Kindergelderhöhung (1979)* | – | – | – | – | + 1 500 | + 1 500 |
| *Summe Mehrausgaben ohne Kindergeld* | + 2 600 | – 450 | – 5 350 | – 3 150 | – 2 100 | – 8 450 |
| *mit Kindergeld* | +12 600 | +11 050 | + 5 450 | + 9 400 | +11 900 | +50 400 |

1) Ausgabenerhöhungen (+) und Ausgabensenkungen (–) in Millionen DM.

Quelle: ebd.

Einen der wenigen „Lichtblicke" in der staatlichen Finanzpolitik stellen die Kindergeldverbesserungen dar. Sieht man jedoch von der im Zuge der Steuerreform 1975 verfügten Strukturveränderung einmal ab (Ersatz von Steuerfreibeträgen durch Kindergeld), so halten sich die durch die Kabinettsbeschlüsse vom 28. 7. dieses Jahres vorgeschlagenen Maßnahmen in ihren Auswirkungen in Grenzen. Zwar wird das insgesamt ausgezahlte Kindergeld 1979 um 4 Mrd. DM über dem Stand von 1975 liegen. Davon sind aber etwa 2,2 Mrd. DM nur ein Ausgleich für Preissteigerungen (geschätzte Preissteigerungsrate für 1978 und 1979: jeweils 3%).

Der Überblick über die finanzpolitischen Beschlüsse seit 1975 macht deutlich, daß trotz einer Vielzahl sich teilweise widersprechender Maßnahmen die „Sparpolitik" bis heute der Grundzug der staatlichen Finanzpolitik geblieben ist. Obwohl in der öffentlichen Diskussion völlig verdrängt, wirkt das Haushaltstrukturgesetz als klarster Ausdruck dieser Strategie weiter und überdeckt viele andere Maßnahmen.

Im übrigen zeigt auch die im September von Bundesfinanzminister vorgelegte Finanzplanung des Bundeshaushalts bis 1982, daß die „Konsolidierungspolitik", d. h. die Tendenz zur relativen Einschränkung öffentlicher Ausgaben bei dauerhaftem Abbau von Gewinn- und Unternehmenssteuern, weiterhin bestimmend sein soll.

*Finanzplanung des Bundeshaushalts bis 1982*

| | 1976[1]) | 1977[1]) | 1978 | 1979 | 1980 | 1981 | 1982 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Haushaltsvolumen in Mrd. DM | 165,2 | 172,3 | 188,7 | 204,6 | 217,2 | 228,0 | 238,0 |
| Steigerungsrate in Prozent | +3,9 | +4,2 | +10,4 | +8,4 | +6,0 | +5,0 | +4,5 |

1) Ist-Zahlen nicht voll vergleichbar mit Planansätzen

Quelle: „DIW-Wochenbericht", 36/1978; Bundesfinanzministerium lt. „Frankfurter Allgemeine Zeitung" KV. 21. 9. 1978.

Die Tabelle macht im übrigen deutlich, wie restriktiv der Haushaltsvollzug in den Jahren 1976 und 1977 gewesen ist. Die öffentliche Finanzpolitik hat so statt antizyklisch zu wirken die Tendenzen zur Wachstumsabschwächung, die seit Mitte 1976 das konjunkturelle Bild der Bundesrepublik bestimmen, noch verstärkt.

Jörg Goldberg

# Tagungsberichte

## Ökologie und Planung

**8. Jahrestagung der Gesellschaft für Ökologie (GfÖ) vom 25. bis 30. September 1978 in Münster**

Vom 25. bis 30. September 1978 fand in Münster die 8. Jahreshauptversammlung der Gesellschaft für Ökologie statt. Die GfÖ war 1971 aus der 1969 von internationalen Pionieren der interdisziplinären Ökosystemforschung, insbesondere dem bekannten Geobotaniker H. Ellenberg, gegründeten „Arbeitsgemeinschaft für Ökologie (Biologische Umweltforschung)" hervorgegangen. Laut Satzung verfolgt die internationale deutschsprachige wissenschaftliche Gesellschaft den Zweck, „die Zusammenarbeit aller ökologisch arbeitenden Disziplinen zu fördern und die Ökologie in der Öffentlichkeit zu vertreten." Dem Gründungsmitglied Ellenberg zufolge ging es bei der Gründung der GfÖ nicht nur darum, einen Adressaten für politische Instanzen zu schaffen, sondern auch dem damals einsetzenden ideologischen Mißbrauch des Ökologiebegriffs entgegenzutreten. Anders als die bestehenden disziplinären wissenschaftlichen Verbände, die sich ebenfalls in der einen oder anderen Weise mit ökologischen Problemen beschäftigen (etwa der Verband deutscher Biologen, die Verbände der Zoologen, Botaniker, Bodenkundler, Geographen usw.) ist die GfÖ bewußt interdisziplinär organisiert. Obwohl die Mehrzahl der z. Z. 875 Mitglieder der GfÖ naturwissenschaftliche Disziplinen vertritt, steht die GfÖ auch Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlern sowie Juristen offen; denn neben der Förderung der naturwissenschaftlichen Umweltforschung zählt die Analyse der Wechselwirkungen zwischen Gesellschaft und Natur zu den Hauptanliegen der Gesellschaft.

Darüber hinaus widmeten sich die bisherigen Jahrestagungen auch intensiv der Didaktik der Ökologie.

Im Unterschied zu den bisherigen Jahrestagungen, deren Leitthemen vorwiegend spezielle Forschungsprobleme waren, stand diesmal die Anwendung der Ökologie, die sogenannte ökologische Planung, im Vordergrund. Neben vorhandenen oder noch nicht vorhandenen theoretischen Grundlagen der Planung, speziellen Planungsmethoden, dem EDV-Einsatz in der Planung u. a. wurden insbesondere die ökologischen Probleme des Ruhrgebiets behandelt. Die einzelnen Tagungsthemen wurden von Demonstrationen und Exkursionen begleitet. Das Aufgreifen dieser Thematik stellt zweifelsohne einen beachtlichen Schritt in der Entwicklung der wissenschaftlichen Ökologie im deutschsprachigen Raum dar; denn die naturwissenschaftlich ausgerichteten Ökologen hatten sich lange geweigert, die menschlichen Einflüsse auf den Naturhaushalt in ihre Untersuchungen einzubeziehen. Stattdessen suchten sie die letzten Reste natürlicher Ökosysteme. Beim Beginn der „Umweltwelle" zu Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre waren so die wissenschaftlichen Ökologen weitgehend unfähig, die ihnen zukommende Rolle zu spielen*). Die Probleme der Anwendung der Ökologie sollen nun auch auf der nächsten Jahrestagung, die in Freising stattfinden wird, im Vordergrund stehen.

Auf der Münsteraner Tagung wurde allerdings sofort deutlich, daß die wissenschaftshistorisch bedeutsame Erweiterung der Tätigkeit der GfÖ mit Problemen verbunden ist. Zunächst gab es kaum überwindbare Kommunikationsschwierigkeiten zwischen den in Münster vortragenden Planungsfachleuten und ihren meist naturwissenschaftlich orientierten Zuhörern. Es wurde deutlich, daß selbst die dem ökologischen Ansatz aufgeschlossenen Planer sich mit ihren z. T. komplizierten Planungsmodellen in mehrfacher Hinsicht im luftleeren Raum bewegen, da sie zum einen wesentliche Grundlagen der Ökologie, wie insbesondere die Evolutionstheorie, nicht verstanden haben und zum anderen die ökonomischen und politischen Bedingungen der Planung aus ihren Überlegungen weitgehend ausklammern. An den Kommunikationsschwierigkeiten sind sicher auch die naturwissenschaftlichen Umweltforscher nicht ganz unschuldig, da sie noch immer die Mühe scheuen, ihre Forschungsergebnisse in einer anwendungsorientierten Form vorzulegen.

Ein tiefer liegender Grund ist sicher das Theoriedefizit der Ökologie, dem in absehbarer Zeit aufgrund des unentwickelten Standes der ökologischen Grundlagenforschung wohl kaum abgeholfen werden wird. Wie W. Haber, der neugewählte Präsident der GfÖ, in seinem Plenumgsvortrag ausführte, sind solche Begriffe wie „Stabilität", „Belastbarkeit" usw. überaus schillernd und werden von seriösen Ökologen immer vorsichtiger verwendet, während sie auf der anderen Seite zu oft gebrauchten Schlagworten geworden und selbst in die Umweltgesetzgebung eingegangen sind.

Entmutigend wirkte auf die Ökologen aber weniger die schier unüberschaubare Komplexität ökologischer Zusammenhänge, sondern weit mehr der noch immer geringe Einfluß der Ökologen auf Politik und Wirtschaft, was schon äußerlich dadurch verdeutlicht wurde, daß eine geplante Podiumsdiskussion mit Politikern abgesagt werden mußte, weil kein Politiker der Einladung gefolgt war.

Nicht wenige Vortragende und Diskussionsteilnehmer wiesen darauf hin, die ökologische Planung müsse solange ein leeres Schlagwort bleiben, wie Ökologen erst dann zu Rate gezogen würden, wenn die Entscheidungen bereits gefallen seien. Aber anstatt die gesellschaftlichen Ursachen dieses Zustands zu suchen, verfiel der überwiegende Teil der in Münster versammelten Ökologen in Resignation.

Edgar Gärtner

*) Vgl. G. Küppers/P. Lundgreen/P. Weingart, Umweltforschung – die gesteuerte Wissenschaft? Eine empirische Studie zum Verhältnis von Wissenschaftsentwicklung und Wissenschaftspolitik, Frankfurt/M. 1978.

# Plutonium-Kongreß des BBU

Im Rahmen einer langfristig angelegten Plutoniumkampagne veranstaltete der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) am 23./24. September 1978 in Hanau-Wolfgang seinen Kongreß „Plutonium – Gefahren der industriellen und militärischen Nutzung". Der Tagungsort war nicht zufällig gewählt.

Hanau beherbergt neben anderen umweltbelastenden und lebensgefährlichen Industrien gleich vier Nuklearfirmen, darunter die Alkem, die Nukem und die Reaktor Brennelemente Union. Unter anderem steht in Hanau ein Bunker zur Aufnahme von 10 000 kg Plutonium.

Die Vertreter von ca. 100 Bürgerinitiativen aus dem ganzen Bundesgebiet setzten sich auf dem Kongreß mit den vielschichtigen Gefahren und Zwängen der geplanten großindustriellen Plutoniumverarbeitung auseinander. In vier Arbeitsgemeinschaften wurden folgende Teilaspekte untersucht:

- Industrielle Nutzung des Plutoniums, Wiederaufarbeitung, Schnelle Brüter
- Militärische Nutzung des Plutoniums
- Export der Atomtechnologie in die Dritte Welt
- Plutoniumwirtschaft/Atomstaat

In der Arbeitsgruppe Militärische Nutzung wurde die Frage aufgeworfen, ob die strikte Gegnerschaft gegen atomare Anlagen nicht konsequenterweise auch den Widerstand gegen das nukleare militärische Potential auf deutschem Boden beinhalten müsse. Der nächste praktische Schritt, der zu leisten ist, ist die Auflistung der militärischen atomaren Anlagen in der Bundesrepublik. Nach dem Vorbild der Antiatombewegung in den USA soll eine Karte angefertigt werden, auf der die sogenannten zivilen und militärischen Projekte auf der Grundlage der Atomkernspaltung verzeichnet sind. Als erstrebenswert bezeichneten die Mitglieder dieser Arbeitsgruppe ein Zusammenwachsen der Ökologie- und der Friedensbewegung zu einem die menschheitsbedrohenden Destruktivkräfte überwindenden Bündnis. In der Schlußresolution des Plenums, in der die Ergebnisse der Arbeitsgruppen zusammen gefaßt wurden, heißt es u. a.:

Aus der begründeten Sorge vor der weltweiten Verbreitung von Atomwaffen, vor der Einschränkung der bürgerlichen Freiheitsrechte in den Atomstaaten, vor den ökologischen Gefahren und Katastrophenmöglichkeiten eines Plutonium- und Brutreaktorsystems *fordern wir die Bundesregierung auf,* sämtliche Pläne zur Einführung der großindustriellen Plutoniumwirtschaft einzustellen. Insbesondere verlangen wir:

- Einstellung des Schnellbrüterprogramms und Baustopp für den Brutreaktor in Kalkar;

- grundlegende Revision der nuklearen Entsorgungsrichtlinien, d. h. Abkehr von der ökologisch und ökonomisch unsinnigen Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente;

- Planungsstopp für die Wiederaufbereitungsanlage von Lüchow-Dannenberg, vorläufige Dauerlagerung der angefallenen abgebrannten Brennelemente;

- Übernahme des Entsorgungskonzepts der direkten Endlagerung der bereits vorhandenen abgebrannten Brennelemente, wie es in den Ländern Kanada, USA und Schweden erprobt bzw. entwickelt wird;

- sofortige Einstellung aller Bau- und Planungsmaßnahmen weiterer Atomkraftwerke;

- Stillegung der bestehenden Atomkraftwerke. Ausnutzung der Überkapazitäten im konventionellen Kraftwerksbereich bei verbesserter Schadstoffrückhaltung;

- gleichzeitige Einleitung eines Sofortprogramms zum Einsatz und zur Entwicklung wiedererneuerbarer Energiequellen (Sonne, Wind, Biogas) und sparsamer Energieverwendung (Blockheizkraftwerk, Rundsteuergeräte, Abwärme-Ausnutzung usw.). Roland Vogt

**Kleine Bibliothek** Politik · Wissenschaft · Zukunft

125 *Ostrowsky/Geisler* **Südafrika. Befreiungskampf.** 240 S. DM 12,80
126 *Römer* **Kapitalistisches Privateigentum.** 320 S. DM 14,80
127 *Kirchhoff-Hund* **Rollenbegriff und Interaktionsanalyse.** 300 S. DM 14,80
130 *Ruben* **Dialektik und Arbeit der Philosophie.** 280 S. DM 14,80

**Pahl-Rugenstein**

# Autoren dieses Heftes

*Birgit SOMMER,* geb. 1942 in Stockholm, Journalistin; Veröffentlichungen über den Nahen Osten und über Rüstungsfragen; zahlreiche Nahost-Reisen, zuletzt im September in den Libanon und die Westbank. * * * *Christoph BUTTERWEGGE,* geb. 1951 in Albersloh, Gesellschaftswissenschaftler; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. * * * *Dr. Nikolaj-Klaus v. KREITOR,* geb. 1946 in Nikolajew/UdSSR, Studium an der Warschauer Kunstakademie, Journalistenhochschule in Stockholm, Promotion im Fach Soziologie an der Universität Lund/Schweden; Schweden-Korrespondent finnischer Zeitungen. * * * *Reinhard HELMERS,* geb. 1930 in Hamburg, Studium der Chemie und der Wissenschaftlichen Politik in Moskau und Tübingen, Diplomchemiker, Promotion zum Fil. lic., Hochschullehrer an der Universität Lund/Schweden. * * * *Monika SPERR,* geb. 1941 in Berlin, freiberufliche Autorin in München; Veröffentlichungen u. a.: „Herr Bertolt Brecht sagt" (gemeinsam mit Martin Sperr), Biografie über die Schauspielerin Therese Giese „Ich hab nichts zum Sagen". * * * *Ulrich BRIEFS,* geb. 1939 in Düsseldorf, Studium der Volks- und Betriebswirtschaftslehre und Ausbildung als technisch-wissenschaftlicher Programmierer, Referent am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) des DGB; zahlreiche Zeitschriftenveröffentlichungen zu Problemen der Technologieentwicklung und Unternehmenspolitik. * * * *Dr. Jörg KAMMLER,* geb. 1940 in Berlin, Professor für Politikwissenschaft an der Gesamthochschule Kassel, Vorsitzender des Studienkreises zur Erforschung und Vermittlung der Geschichte des deutschen Widerstandes 1933–1945 e.V. in Frankfurt/M. * * * *Dr. Mohammed MASSARRAT,* geb. 1942 in Teheran, Wissenschaftlicher Assistent und Privatdozent für Wirtschaftswissenschaften an der Universität Osnabrück; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen (Themen: Weltmarkt, Energiekrise, Unterentwicklung und Asiatische Produktionsweise). * * * *Stephen SALAFF,* Ph. D., geb. 1938 in New York, lebt in Toronto/Kanada, Mathematiker und Publizist; Veröffentlichungen über Fragen der Kernenergie und Querverbindungen zwischen der Kernenergieentwicklung in Nordamerika, Westeuropa und Japan. * * * *Alexander GSCHWIND,* geb. 1950, Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Basel, Promotion 1977 mit der Dissertation „Entwicklung von Partei und Staat im unabhängigen Algerien (1962–1977)", nach Tätigkeit als wissenschaftlicher Assistent an der Universität Zürich publizistische Beiträge zu Afrika-Fragen. * * * *Dr. Erika HÜLTENSCHMIDT,* geb. 1945 in Wiesbaden, Wissenschaftliche Assistentin im Fachbereich Sprach- und Literaturwissenschaft an der Gesamthochschule Wuppertal. * * * *Dr. Heinz THOMA,* geb. 1944, Wissenschaftlicher Assistent an der Gesamthochschule Wuppertal; Veröffentlichungen zur Rezeption der französischen Aufklärung und zur Hochschulentwicklung in Frankreich. * * * *Dr. jur. Walter LEWALD,* geb. 1887 in Leipzig, 1947–1973 verantwortlicher Schriftleiter der „Neuen Juristischen Wochenschrift"; zahlreiche Veröffentlichungen in juristischen Fachzeitschriften und Archiven. * * * *Edgar GÄRTNER,* geb. 1949 in Magdlos/Krs. Fulda, Studium der Biologie und der Gesellschaftswissenschaften an der Universität Frankfurt/M., Forschungsstudium „mediterrane Ökologie" in Marseille, z. Z. Doktorand in Münster. * * * *Roland VOGT,* geb. 1941 in Gelnhausen, Diplompolitologe und Jurist, einer der drei Vorsitzenden des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU); Zeitschriftenveröffentlichungen und Buchbeiträge im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung (Gewaltfreie Aktion, Soziale Verteidigung, Ökologiebewegung).

# Blätter für deutsche und internationale Politik

*Monatsschrift · Dreiundzwanzigster Jahrgang · Heft 10/1978*

*Herausgegeben von*

WILFRIED FRHR. V. BREDOW
HELGA DEPPE-WOLFINGER
JÖRG HUFFSCHMID
URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KÜHNL
JUTTA MENSCHIK
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HELMUT RIDDER
FRITZ STRASSMANN
GERHARD STUBY

*Mitbegründet von*

HILDE BENTELE
HERMANN ETZEL
GERHARD GOLLWITZER
HANS RHEINFELDER
ROBERT SCHOLL
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF

*Redaktion*

KURT BAYERTZ
KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

*Pahl-Rugenstein Verlag Köln Gottesweg 54*

# Chronik des Monats September 1978

*1. 9. – Naher Osten. Der syrische Außenminister Khaddam beendet einen Arbeitsbesuch in der sowjetischen Hauptstadt. In einem Kommuniqué über die Gespräche mit Außenminister Gromyko heißt es, „besonders gefährlich" für die gegenwärtige Lage im Nahen Osten „seien Bemühungen Israels und Ägyptens, mit aktiver Teilnahme der USA, separate Teilabkommen an die Stelle einer umfassenden gerechten Lösung ... zu setzen". Die UdSSR und Syrien verurteilten „die kapitulatorischen Handlungen der ägyptischen Regierung". – Vom 6.–17. 9. führen der amerikanische Präsident Carter, der israelische Ministerpräsident Begin und der ägyptische Präsident Sadat Geheimverhandlungen auf einem Landsitz der US-Regierung in Camp David. Zu den Teilnehmern gehören auch die Außenminister sowie ein großer Stab politischer und militärischer Berater. Carter, Begin und Sadat unterzeichnen am 17. 9. im Weißen Haus in Washington zwei Dokumente: 1. „Rahmen für den Frieden im Nahen Osten, vereinbart in Camp David" (Framework for Peace in the Middle East Agreed at Camp David); 2. „Rahmen für den Abschluß eines Friedensvertrages zwischen Ägypten und Israel" (Framework for the Conclusion of a Peace Treaty Between Egypt and Israel). Das Vertragswerk wird durch einen Briefwechsel ergänzt. Die beiden Rahmenvereinbarungen (Texte in „Dokumente zum Zeitgeschehen") nehmen Bezug auf die Resolutionen*

242 und 338 des UN-Sicherheitsrates über den Rückzug Israels aus den besetzten arabischen Gebieten. Der ägyptische Außenminister Kaamel tritt aus Protest zurück. – Am 18. 9. verurteilt die sowjetische Nachrichtenagentur TASS in einem Kommentar die Vereinbarungen als ein „Komplott gegen die Völker des Nahen Ostens", die „gegen den Frieden in diesem strategisch wichtigen Gebiet des Erdballs" gerichtet seien. – Vom 18.–19. 9. befaßt sich der UN-Sicherheitsrat mit der Lage im Südlibanon und verlängert mit 12 Stimmen bei 2 Enthaltungen (UdSSR und CSSR) das Mandat der dort stationierten Friedenstruppe der Vereinten Nationen (UNIFIL) um vier Monate bis zum 19. Januar 1979; Generalsekretär Waldheim hatte die Verlängerung um sechs Monate beantragt. – Vom 20.–24. 9. treffen in Damaskus Vertreter Syriens, Algeriens, Libyens und der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen) sowie der PLO zusammen. Der syrische Präsident Assad beschuldigt in einer Rede den ägyptischen Präsidenten Sadat, er habe den Arabern den Rücken gekehrt, Israel anerkannt und Ostjerusalem ebenso wie die Palästinenser preisgegeben. Die Teilnehmer fordern die Verlegung des Sitzes der Arabischen Liga von Kairo. Kritik kommt auch von den Regierungen des Iraks sowie Saudiarabiens und Jordaniens. – Am 28. 9. stimmt das Parlament in Jerusalem nach einer kontroversen Debatte mit großer Mehrheit (84 gegen 19 Stimmen bei 17 Enthaltungen) den Dokumenten von Camp David zu. Die Knesset billigt damit auch die Räumung von 18 israelischen Siedlungen auf der Halbinsel Sinai.

3. 9. – Rhodesien. Auf einer Pressekonferenz in Lusaka teilt Joshua Nkomo, der Führer der Patriotischen Front, überraschend mit, er sei am 19. 8. in der sambischen Hauptstadt zu einer bisher geheimgehaltenen Unterredung mit dem rhodesischen Regierungschef Smith zusammengetroffen. Smith habe bei dieser Gelegenheit die Machtübergabe an die Patriotische Front angeboten. In Salisbury wird das Treffen bestätigt, aber in einer Erklärung hinzugefügt: „Die Erörterungen waren erkundender Natur und ohne Ergebnisse, in keiner Weise bedeuteten sie Verhandlungen." Smith habe keine Zusage gegeben, „die bestehende Regierung in Salisbury aufzulösen", sondern lediglich seine Bereitschaft bestätigt, sich nach der Lösung des Rhodesienkonflikts „aus dem politischen Leben zurückzuziehen". Nkomo berichtet außerdem über eine Begegnung mit Häuptling Chirau, einem der drei schwarzen Politiker in der „Übergangsregierung" (vgl. „Blätter", 4/1978, S. 385 f.) in London.

6. 9. – China. Bei einem Empfang für japanische Chefredakteure in Peking erklärt der stellvertretende Ministerpräsident Teng Hsiao-ping, die Volksrepublik China habe die Absicht, im kommenden Jahr den chinesisch-sowjetischen Bündnisvertrag von 1950 auch formell zu beenden. Eine entsprechende Information sei der japanischen Regierung schon bei der Unterzeichnung des Friedens- und Freundschaftsvertrages vom 12. August 1978 (vgl. „Blätter", 9/1978, S. 1026) gegeben worden. – Vom 26.–28. 9. verhandelt eine Delegation der Europäischen Gemeinschaften unter Leitung von EG-Vizepräsident Wilhelm Haferkamp in Peking über die Intensivierung der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen. Haferkamp wird am 27. 9. vom Parteivorsitzenden und Ministerpräsidenten Hua Kuofeng empfangen.

7. 9. – Großbritannien. Premierminister Callaghan erklärt in einer Rundfunkansprache, er werde trotz der Aufkündigung der parlamentarischen Unterstützung seiner Regierung durch die Liberalen (vgl. „Blätter", 6/1978, S. 643) „jetzt keine Neuwahlen" ansetzen. Die Labour-Regierung bereite sich darauf vor, bis zum Abschluß der Legislaturperiode im Herbst 1979 weiterzuarbeiten.

8. 9. – Iran. Die Regierung verhängt, zunächst für die Dauer von sechs Monaten, das Kriegsrecht über Teheran und elf weitere Städte, um damit die gegen den Schah und sein Kabinett gerichteten Demonstrationen zu beenden. Im ganzen Lande werden Politiker der Opposition festgenommen. Der Schah sagt geplante Besuche in Rumänien (11.–14. 9.) und der DDR (14.–17. 9.) ab.

9.–11. 9. – Kuba/Spanien. Der spanische Ministerpräsident Suarez hält sich in Begleitung von Außenminister Oreja zu einem offiziellen Besuch in Havanna auf. Suarez, der Gespräche mit Ministerpräsident Fidel Castro führt, ist der erste westeuropäische Regierungschef, der Kuba nach der Revolution besucht. Es werden ein Handelsabkommen sowie ein Abkommen über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit unterzeichnet. Castro nimmt die Einladung zu einem Gegenbesuch in Madrid an.

11. 9. – Portugal. Im Parlament beginnt die Debatte über das Regierungsprogramm des neuen Kabinetts unter Ministerpräsident Nobre da Costa (vgl. „Blätter", 9/1978, S. 1026).

*Die Fraktionen der Sozialisten, der Kommunisten und des Demokratisch-Sozialen Zentrums bringen getrennte „Mißtrauensvoten" ein. Das Votum der Sozialisten wird am 14. 9. mit 141 gegen 71 Stimmen angenommen und damit das Regierungsprogramm abgelehnt.*

*11.–15. 9. – B R D / S y r i e n. Der syrische Präsident Assad kommt zu einem Staatsbesuch in die Bundesrepublik. Gastgeber ist Bundespräsident Scheel. Weitere Gesprächspartner sind Bundeskanzler Schmidt, Außenminister Genscher sowie die Parteivorsitzenden Brandt (SPD), Kohl (CDU) und Strauß (CSU). Assad trifft auch Vertreter der Industrie. Auf einem Bankett in Schloß Brühl machen Scheel und Assad in Tischreden die unterschiedlichen Auffassungen in der Nahostfrage deutlich.*

*12. 9. – E G. Der französische Präsident Giscard d'Estaing richtet gleichlautende Schreiben an die Regierungschefs der Mitgliedstaaten und schägt darin vor, die Probleme der Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften durch den Beitritt Griechenlands, Spaniens und Portugals durch drei Persönlichkeiten untersuchen zu lassen. Das Mandat dieser „drei Weisen" könne auf der nächsten Tagung des Europäischen Rates im Dezember d. J. formuliert werden.*

*14. 9. – N i c a r a g u a. Als Reaktion auf den andauernden Generalstreik und die bewaffneten Zusammenstöße zwischen Anhängern der Sandinistischen Befreiungsfront und der Nationalgarde (vgl. „Blätter", 9/1978, S. 1027) werden der Belagerungszustand ausgerufen und das Kriegsrecht eingeführt. Entsprechende Beschlüsse fallen auf einer Kabinettssitzung unter Leitung von Präsident Somoza. – Am 25. 9. wird der Generalstreik abgebrochen.*

*19. 9. – U N O. Mit der Wahl von Außenminister Idalecio Lievano (Kolumbien) zum Präsidenten wird die 33. Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York eröffnet. Die Tagesordnung umfaßt 132 Punkte. Als 150. Mitglied werden die Solomon-Inseln aufgenommen. An der am 25. 9. beginnenden Generaldebatte beteiligen sich zahlreiche Außenminister, darunter auch Bundesminister Genscher. – Am 30. 9. billigt der Sicherheitsrat mit zwölf Stimmen bei zwei Enthaltungen (UdSSR und CSSR) einen Bericht von Generalsekretär Waldheim sowie eine von der Bundesrepublik, Frankreich, Kanada, Großbritannien, den USA, Gabun, Mauritius und Nigeria gemeinsam eingebrachte Resolution, die Modalitäten für die Unabhängigkeit Namibias festlegt. Der Rat setzt außerdem eine „Unterstützungseinheit der Vereinten Nationen für die Übergangszeit" (United Nations Transitional Assistance Group/UNTAG) für Namibia ein, deren Mandat zunächst auf zwölf Monate befristet ist.*

*20. 9. – N o r d r h e i n - W e s t f a l e n. Zum Nachfolger des nach zwölf Jahren aus dem Amt scheidenden Ministerpräsidenten Heinz Kühn (vgl. „Blätter", 1/1967, S. 3) wählt der Landtag in Düsseldorf den bisherigen Wissenschaftsminister Johannes Rau (ebenfalls SPD). Auf Rau entfallen 104 von 199 Stimmen, auf den CDU-Fraktionsvorsitzenden Heinrich Köppler, der als Gegenkandidat auftritt, 95 Stimmen.*

*27.–28. 9. – U S A / U d S S R. Am Rande der UN-Generalversammlung setzen die Außenminister Vance und Gromyko die Verhandlungen über ein neues Abkommen zur Begrenzung der strategischen Rüstungen (SALT II) fort. Beide Seiten stellen eine Annäherung in ihren Standpunkten fest. Präsident Carter schaltet sich in die Verhandlungen ein und führt am 30. 9. im Weißen Haus in Washington ein Gespräch mit Vance und Gromyko.*

*28. 9. – B R D / D D R. Als neuer Leiter der Ständigen Vertretung der DDR in der Bundesrepublik überreicht Ewald Moldt, bisher stellvertretender DDR-Außenminister, sein Beglaubigungsschreiben bei Bundespräsident Scheel. Moldt, der Michael Kohl ablöst (vgl. „Blätter", 7/1974, S. 651), erklärt gegenüber Scheel, seine Regierung wolle das Fundament der gegenseitigen Beziehungen „ausbauen und festigen".*

*– A b r ü s t u n g. In Wien beginnt die 16. Runde der Verhandlungen über eine Verminderung der Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa (vgl. „Blätter", 8/1978, S. 898).*

*29. 9. – S ü d a f r i k a. Der bisherige Ministerpräsident Johannes Vorster, der sein Amt am 20. 9. überraschend aufgegeben hatte, wird von beiden Kammern des Parlaments zum neuen Staatspräsidenten gewählt. Vorster tritt die Nachfolge des verstorbenen Präsidenten Nicolaas Diederichs an. Das Amt des Ministerpräsidenten übernimmt zusätzlich Verteidigungsminister Pieter Botha.*

*30. 9. – U S A. Der Senat bewilligt einen Betrag von drei Mrd. Dollar für die Entwicklung neuer Kernwaffen und empfiehlt gleichzeitig, die Produktion der Neutronenbombe aufzunehmen (vgl. „Blätter", 5/1978, S. 514). Die Entscheidung fällt bei nur einer Gegenstimme.*

Löhner, H. (WM, P, U Münster), Glasow, R. (S, P, U Münster), Frekers, D. (WM, P, U Münster), Becker, H.-W. (S, P, U Münster), Huhn, F. (S, P, U Münster), Viehoff, B. (S, P, U Münster), Bülo, K.-H. (S, P, U Münster), Uepping, H. (Dipl.-Phys., U Münster), Tiemann, K. (WM, P, U Münster), Schulze, D. (TA, P, U Münster), Lücke, K. (TA, P, U Münster), Schulte, K. (TA, P, U Münster), Gerdes, W. (TA, P, U Münster), Essing, H. (–, P, U Münster), Beinert, B. (–, P, U Münster), Welzel, J. (–, P, U Münster), Ludewig, R. (–, P, U Münster), Simon, M. (–, P, U Münster), Schmand, J. (WM, P, U Münster), Latt, M. (VA, P, U Münster), Wagstaff, A. (VA, P, U Münster), Schreiber, W. (TA, P, U Münster), Drüge, M. (–, P, U Münster), Hegemann, K. (–, P, U Münster), Ulber, R. (–, P, U Münster), Brömmelhaus, A. (–, P, U Münster), Telgmann, H. (–, P, U Münster), Oeding, W. (TA, P, U Münster), Bikkel, W. (S, P, U Münster), Gaul, G. (WM, P, U Münster), Elix, K. (S, P, U Münster), Baumeister, H. (TA, P, U Münster), Dyck, S. (–, P, U Münster), Berlin, H. (WM, P, U Münster), Trautvetter, H. P. (WM, P, U Münster), Rolfs, C. (P, P, U Münster), Görres, J. (S, P, U Münster), Lorenz-Wirzba, H. (WM, P, U Münster), Schmalbrock, P. (WM, P, U Münster), Kettner, K.-U. (WM, P, U Münster), Kräwinkel, H. (WM, P, U M Münster), Wiescher, M. (WM, P, U Münster), Timm, W. (WM, P, U Münster), Kubasch, G. (VA, P, U Münster), Korsch, H.-J. (WM, P, U Münster), Möhlenkamp, R. (WM, P, U Münster), Simon, A. (WM, P, U Münster), Bültel, M. (WM, P, U Münster), Wenning, Th. (WM, P, U Münster), Langanke, Th. (WM, P, U Münster), Fliss, W. (S, P, U Münster), Fiebig, R. (WM, P, U Münster), Freißmann, L. (WM, P, U Münster), Cassing, W. (WM, P, U Münster), Blum, K. (WM, P, U Münster), Dürr, D. (WM, P, U Münster), Weiguny, A. (P, P, U Münster), Eckelt, P. (P, P, U Münster), Mann, A. (P, P, U Münster), Franz, W. (P, P, U Münster), Schwartz, R. (WM, MPI f. Radioastronomie, Bonn).

# Die Vereinbarungen zwischen Muhammad Anwar Al-Sadat, Menachem Begin und Jimmy Carter vom 17. September 1978 in Camp David

**(Wortlaut)**

## Ein Rahmen für den Frieden im Nahen Osten, vereinbart in Camp David

Muhammad Anwar Al-Sadat, Präsident der Arabischen Republik Ägypten, und Menachem Begin, Ministerpräsident von Israel, konferierten vom 5. bis 17. September mit Jimmy Carter, dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika, in Camp David und einigten sich auf den folgenden Rahmen für den Frieden im Nahen Osten. Sie laden die anderen Parteien im arabisch-israelischen Konflikt ein, diesen einzuhalten.

*Präambel*

Die Suche nach dem Frieden im Nahen Osten muß durch folgendes bestimmt werden:

– Die anerkannte Basis für eine friedliche Regelung des Konflikts zwischen Israel und seinen Nachbarn ist die Entschließung Nr. 242 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen in allen ihren Teilen.

– Nach vier Kriegen innerhalb von 30 Jahren erfreut sich der Nahe Osten, Wiege der Kultur und Geburtsstätte dreier großer Religionen, trotz intensiver menschlicher Bemühungen noch immer nicht der Segnungen des Friedens. Die Bevölkerung des Nahen Ostens ersehnt den Frieden, damit die erheblichen menschlichen und natürlichen Ressourcen dieser Region für Zwecke des Friedens verwendet werden können und dieses Gebiet zu einem Modell für die Koexistenz und Zusammenarbeit unter den Völkern zu werden vermag.

– Die historische Initiative Präsident Sadats in Gestalt seines Besuchs in Jerusalem und der Empfang, den ihm das Parlament, die Regierung und das Volk von Israel bereitet haben, der Gegenbesuch von Ministerpräsident Begin in Isamilia, die von beiden politischen Führern unterbreiteten Friedensvorschläge sowie die warme Aufnahme dieser Missionen durch die Völker beider Länder haben eine beispiellose Gelegenheit für den Frieden geschaffen, die nicht verloren gehen darf, wenn dieser Generation und künftigen Generationendie Tragödien des Krieges erspart bleiben sollen.

– Die Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen und andere akzeptierte Normen des Völkerrechts und der Rechtmäßigkeit stellen heute anerkannte Normen für die Gestaltungen der Beziehungen unter allen Ländern dar.

– Um friedliche Beziehungen im Geiste von Artikel 2 der Charta der Vereinten Nationen herzustellen, sind künftige Verhandlungen zwischen Israel und jedem seiner Nachbarn, der zu Verhandlungen über Frieden und Sicherheit im gegenseitigen Verhältnis bereit ist, zu dem Zweck der Durchführung aller Bestimmungen und Grundsätze der Entschließungen Nr. 242 und 338 notwendig.

– Der Frieden erfordert die Respektierung der Souveränität, der territorialen Integrität und der politischen Unabhängigkeit eines jeden Staates in diesem Gebiet sowie auch ihres Rechtes, in Frieden innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen frei von Bedrohungen oder Gewaltakten zu leben. Der Fortschritt in Richtung auf jenes Ziel vermag die Bewegung auf ein neues Zeitalter der Versöhnung im Nahen Osten zu beschleunigen, die von der Zusammenarbeit bei der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung, der Aufrechterhaltung der Stabilität und der Gewährleistung der Sicherheit gekennzeichnet ist.

– Die Sicherheit wird durch friedliche Beziehungen und die Zusammenarbeit unter Völkern, die sich normaler Beziehungen erfreuen, gefördert. Darüber hinaus können sich die Parteien gemäß den Bestimmungen der Friedensverträge auf der Basis der Reziprozität auf besondere Sicherheitsvorkehrungen wie entmilitarisierte Zonen, Gebiete begrenzter Rüstungen, Frühwarnstationen, die Anwesenheit internationaler Truppen, Liaisonstellen, gemeinsam vereinbarte Maßnahmen zum Zwecke laufender Beobachtungen und andere von beiden Seiten als nützlich erachtete Vorkehrungen einigen.

*Rahmen*

In Rücksicht auf diese Faktoren sind die Parteien entschlossen, eine gerechte, umfassende und dauerhafte Lösung des Konflikts im Nahen Osten durch den Abschluß von Friedensverträgen zu erreichen, die sich auf die Entschließungen Nr. 242 und 338 des Sicherheitsrates in allen ihren Teilen gründet. Sie verfolgen das Ziel, Frieden und gutnachbarschaftliche Beziehungen zu erreichen. Sie anerkennen, daß der Frieden, soll er von Dauer sein, alle jene einbegreifen muß, die von dem Konflikt auf das tiefste betroffen sind. Sie stimmen deshalb darin überein, daß dieser Rahmen angemessenerweise von ihnen so konzipiert ist, daß er eine Grundlage für den Frieden nicht nur zwischen Ägypten und Israel, sondern auch zwischen Israel und jedem anderen Nachbarn abgibt, der bereit ist, Frieden auf dieser Basis mit Israel zu vereinbaren. Mit diesem Ziel vor Augen, sind sie übereingekommen, folgendermaßen zu verfahren.

*A. Westufer und Gaza*

I. Ägypten, Israel, Jordanien und Vertreter des palästinensischen Volkes sollen an Verhandlungen zur Regelung des palästinensischen Problems in allen seinen Aspekten teilnehmen. Um dieses Ziel zu erreichen, sollen die Verhandlungen in bezug auf das Westufer und Gaza in drei Phasen vonstatten gehen:

# Thema Südafrika

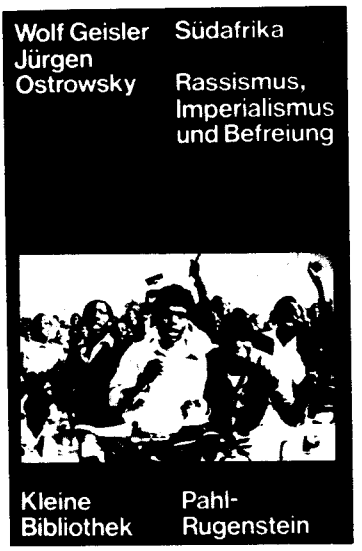
**Jürgen Ostrowsky / Wolff Geisler**

## Südafrika, Rassismus, Imperialismus, Befreiungskampf

**Eine Einführung**

**Band 125, 240 Seiten, DM 12,80**
ISBN 3-7609-0364-9

Dieser Titel soll diese Lücke schließen helfen. Das Buch befaßt sich mit der Entstehung des rassistischen Systems in Südafrika sowie seiner Struktur, wobei der ökonomische Kern des international geächteten Unterdrückungssystems herausgestellt wird. Breiten Raum nimmt – nicht zuletzt aus aktuellen Gründen – das Thema der Beziehungen zwischen Südafrika und den führenden Mächten Westeuropas sowie zu den USA ein, insbesondere die vielfältigen Formen der Unterstützung Südafrikas durch die Bundesrepublik Deutschland. Die Behandlung der nationalen wie internationalen Entwicklungen, welche die letzten Bastionen des Kolonialismus in Afrika ins Wanken brachten, sowie der Versuche der NATO-Mächte, ihre Interessen zu wahren, hat ein weiterer Abschnitt zum Inhalt.




**Heinrich Loth**

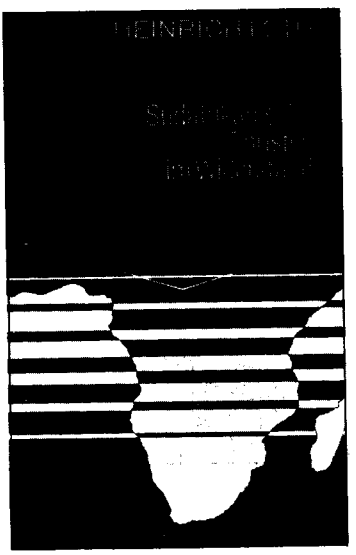
## Apartheid und Kirchen

**Südafrikanische Christen im Widerstand**
**Eine entwicklungsgeschichtliche Untersuchung**

**310 Seiten, 41 Abbildungen, 2 Karten, DM 14,80**
ISBN 3-7609-0308-8

Südafrika ist eine der letzten Hochburgen des Kolonialismus. Wie entscheiden sich die Christen und Kirchen, die unter diesem faschistischen Regime leben müssen? Während in den „weißen" Kirchen erst in den letzten Jahren ein konfliktreicher Prozeß des Umdenkens eingesetzt hat, können die afrikanischen Christen auf eine reiche Tradition im Kampf gegen koloniale Unterdrückung zurückblicken. „Zuerst hatten wir das Land und ihr hattet die Bibel. Jetzt haben wir die Bibel und ihr habt das Land" – dieser Ausspruch enthielt Resignation, aber auch eine Kampfansage.

Der bekannte Afrikaspezialist schildert den opferreichen, von Heroismus und tragischen Widersprüchen geprägten antikolonialistischen Kampf afrikanischer Christen im Süden und Südwesten des schwarzen Kontinents.



# Pahl-Rugenstein

(A) Ägypten und Israel stimmen überein, daß Übergangsregelungen für das Westufer und Gaza zur Gewährleistung eines friedlichen und geordneten Übergangs der Autorität und in Rücksicht auf die Sicherheitserfordernisse aller Parteien auf den Zeitraum von höchstens fünf Jahren beschränkt werden sollen. Um den Bewohnern die volle Autonomie zu gewähren, werden gemäß diesen Regelungen die israelische Militärregierung und Zivilverwaltung abgezogen, sobald sich die Bewohner dieser Gebiete in freien Wahlen eine Selbstverwaltung gegeben haben, die die bestehende Militärregierung ablöst. Um diese Einzelheiten einer Übergangsregelung auszuhandeln, wird die Regierung von Jordanien eingeladen, an den Verhandlungen auf der Basis dieses Rahmens teilzunehmen. Diese neuen Regelungen sollen dem Prinzip der Selbstverwaltung durch die Bewohner dieser Gebiete und den legitimen Sicherheitserfordernissen der beteiligten Parteien gebührend Rechnung tragen.

(B) Ägypten, Israel und Jordanien sollen die Modalitäten für die Errichtung der gewählten Selbstverwaltungsbehörden auf dem Westufer und in Gaza vereinbaren. Die Delegationen Ägyptens und Jordaniens können Palästinenser vom Westufer und von Gaza oder, im gegenseitigen Einvernehmen, auch andere Palästinenser einschließen. Die Parteien werden vereinbaren, welche Befugnisse und Verantwortungen die Selbstverwaltung auf dem Westufer und in Gaza ausüben soll. Ein Rückzug israelischer Streitkräfte und eine Neu-Dislozierung verbleibender israelischer Truppen auf namhaft gemachte Sicherheitsstandorte sollen erfolgen. Die Vereinbarung soll ferner Vorkehrungen für die Gewährleistung der inneren und äußeren Sicherheit sowie der öffentlichen Ordnung einschließen. Es wird eine starke örtliche Polizeitruppe aufgestellt werden, die auch jordanische Staatsbürger einschließen kann. Darüber hinaus sollen israelische und jordanische Truppen gemeinsam Patrouillen durchführen und Kontrollstellen besetzen, um die Sicherheit der Grenzen zu gewährleisten.

(C) Sobald die Selbstverwaltungsbehörde (Verwaltungsrat) im Gebiet des Westufers und von Gaza errichtet ist und ihre Tätigkeit aufgenommen hat, beginnt der Übergangszeitraum von fünf Jahren. Es sollen so rasch wie möglich, aber nicht später als im dritten Jahr nach Beginn des Übergangszeitraums, Verhandlungen stattfinden, um den endgültigen Status des Westufers und Gazas und deren Verhältnis zu ihren Nachbarn festzulegen und einen Friedensvertrag zwischen Israel und Jordanien bis Ende des Übergangszeitraums abzuschließen. An diesen Verhandlungen sollen Ägypten, Israel, Jordanien und gewählte Vertreter der Bewohner des Gebietes des Westufers und Gazas teilnehmen. Es werden zwei getrennte, aber miteinander in Verbindung stehende Ausschüsse errichtet, wovon der eine aus Vertretern der vier Parteien über den endgültigen Status des Westufers und Gazas und deren Verhältnis zu seinen Nachbarn verhandeln und befinden soll, während der andere aus Vertretern Israels und Jordaniens und gewählter Vertreter der Bewohner des Westufers und Gazas unter Berücksichtigung der bezüglich des endgültigen Status des Westufers und Gazas erreichten Vereinbarung einen Friedensvertrag zwischen Israel und Jordanien aushandeln wird. Die Verhandlungen werden sich auf alle Bestimmungen und Grundsätze der Entschließung Nr. 242 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen stützen. Die Verhandlungen werden unter anderem den genauen Verlauf der Grenzen und die Gestalt der Sicherheitsvorkehrungen festlegen. Die in diesen Verhandlungen zu treffende Regelung muß auch den legitimen Rechten des palästinensischen Volkes und seinen rechtmäßigen Bedürfnissen Rechnung tragen. Auf diese Weise werden die Palästinenser an der Entscheidung über ihre eigene Zukunft beteiligt – durch:

1) Verhandlungen unter Ägypten, Israel, Jordanien und Vertretern der Bewohner des Westufers und Gazas mit dem Ziel, sich auf den endgültigen Status des Westufers und Gazas und die Regelung anderer offener Fragen bis Ende des Übergangszeitraums zu einigen;

2) die Unterwerfung ihrer Übereinkunft unter das Votum der gewählten Vertreter der Bewohner des Westufers und Gazas;

3) die Stellung von gewählten Vertretern der Bewohner des Westufers und Gazas, die darüber entscheiden, wie sie sich in Einklang mit den Bestimmungen ihrer Übereinkunft selbst regieren wollen;

4) die Teilnahme, wie vorstehend dargelegt, an der Arbeit des Ausschusses, der einen Friedensvertrag zwischen Israel und Jordanien aushandelt.

# „Wir stecken in der Scheiße, gewiß. Aber nicht in unserer eigenen…"

…schreibt der österreichische Schriftsteller Michael Scharang in der dritten Ausgabe von Literatur Konkret

Originalgrafik von HAP Grieshaber

**In Literatur Konkret 3 schreiben:**

**Martin Walser über Leser:** »Der Leser ist ein Beter, der weiß, daß Gott seine Schöpfung ist, nicht umgekehrt.«

**Peter Paul Zahl über eine Revolutionärin:** »Als ich ihren ersten Brief an mich gelesen hatte, liebte ich sie.«

**Irmtraud Morgner über Literatur im Sozialismus:** »Jedenfalls sind schöpferische Kräfte am Werk, von denen eine Denkungsart begründet wird, die sich von der bisherigen Tradition geistiger Arbeit prinzipiell unterscheidet.«

**Außerdem:** Erika Runge, Monika Sperr, Max von der Grün, Erich Fried, Helga M. Novak, Günter Amendt, Gisela Elsner, Heinar Kipphardt, Ursula Krechel, Angelika Mechtel, Henning Venske und viele andere.

**…und das gab's noch nie:**
In jedem Heft eine Original-Vierfarb-Graphik von HAP Grieshaber

**LITERATUR KONKRET 3**
**Ab sofort an Ihrem Kiosk und in guten Buchhandlungen.**

II. Es werden alle notwendigen Maßnahmen und erforderlichen Vorkehrungen getroffen, um die Sicherheit Israels und seiner Nachbarn während des Übergangszeitraums und in der Zeit danach zu gewährleisten. Um bei der Schaffung dieser Sicherheit behilflich zu sein, wird die Selbstverwaltungsbehörde eine starke örtliche Polizeitruppe aufstellen. Sie wird sich aus Bewohnern des Westufers und Gazas rekrutieren. Die Polizei wird in internationalen Sicherheitsangelegenheiten laufend Kontakt zu den dazu bestimmten israelischen, jordanischen und ägyptischen Vertretern pflegen.

III. Für den Übergangszeitraum werden Vertreter Ägyptens, Israels, Jordaniens und der Selbstverwaltungsbehörde einen Ständigen Ausschuß bilden, der eine Vereinbarung über die Modalitäten der Zulassung von Personen, die 1967 vom Westufer und Gaza vertrieben wurden, und über die zur Verhütung von Unruhen und Aufruhr notwendigen Maßnahmen zustande bringen soll. Andere Angelegenheiten von gemeinsamem Belang können ebenfalls von diesem Ausschuß behandelt werden.

IV. Ägypten und Israel werden miteinander und mit anderen interessierten Parteien in dem Bemühen zusammenarbeiten, gemeinsam vereinbarte Verfahrensregeln für eine umgehende, gerechte und dauerhafte Verwirklichung der Lösung des Flüchtlingsproblems zu treffen.

*B. Ägypten – Israel*

I. Ägypten und Israel verpflichten sich, zur Regelung von Streitfragen nicht auf die Androhung oder Anwendung von Gewalt zurückzugreifen. Jeder eventuelle Streitfall soll in Übereinstimmung mit den Regelungen von Artikel 33 der Charta der Vereinten Nationen durch friedliche Mittel beigelegt werden.

II. Um Frieden zwischen ihnen herbeizuführen, kommen die Parteien überein, in Treu und Glauben und mit dem Ziel miteinander zu verhandeln, innerhalb von drei Monaten nach Unterzeichnung dieser Rahmenvereinbarung einen Friedensvertrag vorzulegen und andere Konfliktparteien aufzufordern, parallel hierzu miteinander zu verhandeln und ähnliche Friedensverträge in der Absicht auszuhandeln, einen umfassenden Frieden in diesem Gebiet zu erreichen. Die Rahmenvereinbarung für den Abschluß eines Friedensvertrages zwischen Ägypten und Israel soll als Richtschnur auch für die Friedensverhandlungen zwischen ihnen dienen. Die Parteien sollen sich auf die Modalitäten und den Zeitplan für die Verwirklichung ihrer Vertragsverpflichtungen einigen.

*C. Damit zusammenhängende Grundsätze*

I. Ägypten und Israel erklären, daß die nachstehend angeführten Grundsätze und Bestimmungen auf die Friedensverträge zwischen Israel und allen seinen Nachbarn – Ägypten, Jordanien, Syrien und Libanon – Anwendung finden soll.

II. Die Signatare werden Beziehungen untereinander schaffen, wie sie für Staaten, die im Frieden miteinander leben, normal sind. Zu diesem Zweck sollten sie sich verpflichten, alle Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen einzuhalten. Die in dieser Hinsicht zu unternehmenden Schritte, schließen folgende Maßnahmen ein:

(a) die volle Anerkennung;
(b) die Einstellung des wirtschaftlichen Boykotts; und
(c) die Gewähr, daß Bürger anderer Teilnehmerstaaten, die unter ihrer Jurisdiktion leben, volle Rechtssicherheit genießen.

III. Die Signatare sollen die Möglichkeit der wirtschaftlichen Entwicklung unter den Gesichtspunkten der endgültigen Friedensverträge in dem Willen sondieren, zur Schaffung einer Atmosphäre des Friedens, der Zusammenarbeit und der Freundschaft beizutragen, die ihr gemeinsames Ziel ist.

IV. Zur Befriedigung gegenseitiger finanzieller Ansprüche können Regulierungsausschüsse eingesetzt werden.

V. Die Vereinigten Staaten sollen eingeladen werden, an den Gesprächen über Angelegenheiten teilzunehmen, die im Zusammenhang mit den Modalitäten der Durchführung der Verträge und der Aufstellung eines Zeitplans für die Ausführung der Verpflichtungen der Parteien stehen.

VI. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen wird aufgefordert, die Friedensverträge zu billigen und sicherzustellen, daß ihre Bestimmungen nicht verletzt werden. Die Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates werden ersucht, die Friedensverträge zu garantieren und die Beachtung der Bestimmungen sicherzustellen. Sie werden ferner gebeten, ihre Politik und Handlungsweise in Einklang auf die in dieser Rahmenvereinbarung eingeschlossenen Verpflichtungen abzustimmen.

**Ein Rahmen für den Abschluß eines Friedensvertrages zwischen Ägypten und Israel**

Um den Frieden zwischen sich zu erreichen, kommen Israel und Ägypten bona fide überein, miteinander mit dem Ziel zu verhandeln, innerhalb von drei Monaten nach Unterzeichnung dieser Rahmenvereinbarung einen gegenseitigen Friedensvertrag abzuschließen.

Es wird vereinbart:

Der Verhandlungsort steht unter der Flagge der Vereinten Nationen an einem Platz oder an Plätzen, auf die man sich gemeinsam einigt.

Alle Grundsätze der Entschließung Nr. 242 der Vereinten Nationen finden auf die Beilegung des Streitfalls zwischen Israel und Ägypten Anwendung.

Soweit nicht anderweitig vereinbart, werden die Bestimmungen des Friedensvertrages zwei bis drei Jahre nach Unterzeichnung des Friedensvertrags verwirklicht.

Folgende Angelegenheiten werden zwischen beiden Parteien vereinbart:

(a) Die volle Ausübung der ägyptischen Souveränität bis zur international anerkannten Grenze zwischen Ägypten und dem Mandatsgebiet Palästina;

(b) der Abzug der israelischen Streitkräfte aus dem Sinai;

(c) die Benutzung der Flugplätze, die die Israeli bei El Arish, Rafah, Ras en Naqb und Sharm el Sheikh hinterlassen, nur für zivile Zwecke einschließlich einer möglichen kommerziellen Nutzung durch alle Länder;

(d) das Recht der freien Durchfahrt israelischer Schiffe durch den Golf von Suez und den Suezkanal gemäß der auf alle Staaten anzuwendenden Konvention von Konstantinopel aus dem Jahre 1888; die Straße von Tiran und der Golf von Aqaba sind internationale Gewässer, die allen Ländern in Wahrnehmung der unbehinderten und nicht-aufschiebbaren Freiheit der Schiffahrt und der Überfliegung offenstehen;

(e) der Bau einer Straße zwischen dem Sinai und Jordanien bei Elat mit Garantie der freien und friedlichen Benutzung durch Ägypten und Jordanien; und

(f) die Stationierung der nachstehend aufgeführten Truppen.

*Stationierung von Truppen*

(a) Nicht mehr als eine Division (motorisierte Division oder Infanteriedivision) der ägyptischen Streitkräfte wird innerhalb eines Gebietes stationiert, das sich etwa 50 km östlich des Golfs von Suez und des Suezkanals erstreckt.

(b) Innerhalb eines Gebietes westlich der internationalen Grenze und des Golfs von Aqaba mit einer Tiefe von 20 bis 40 km werden nur Truppen der Vereinten Nationen und zivile Polizeikräfte stationiert, die mit leichten Waffen zur Wahrnehmung normaler Polizeifunktionen ausgerüstet sind.

(c) In einem Gebiet innerhalb von 3 km östlich der internationalen Grenze werden beschränkte israelische Streitkräfte in Stärke von höchstens vier Infanteriebataillonen sowie Beobachter der Vereinten Nationen anwesend sein.

(d) Grenzpatrouillen-Einheiten in Stärke von höchstens drei Bataillonen werden die zivilen Polizeikräfte bei der Aufrechterhaltung der Ordnung in dem Gebiet ergänzen, das vorstehend nicht aufgeführt ist.

Die genaue Begrenzung der vorstehend genannten Gebiete wird der entsprechen, die in den Friedensverhandlungen festgelegt wird.

Frühwarnstationen sind gestattet, um die Einhaltung der Vertragsbestimmungen sicherzustellen.

Truppen der Vereinten Nationen werden stationiert: (a) in einem Teil des Gebietes von Sinai, der innerhalb von etwa 20 km entlang dem Mittelmeer und den internationalen Grenzen liegt, und (b) im Gebiet von Sharm el Sheikh, um die Freiheit der Durchfahrt durch die Straße von Tiran zu gewährleisten; und diese Truppen werden solange nicht abgezogen werden, bis ihr Abzug vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mit dem einheitlichen Votum der fünf Ständigen Mitglieder gebilligt wird.

Nach Unterzeichnung eines Friedensvertrages und nach Beendigung des vorläufigen Abzugs werden normale Beziehungen zwischen Ägypten und Israel hergestellt, die die volle Anerkennung einschließlich der Aufnahme diplomatischer, wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen; die Aufhebung des Wirtschaftsboykotts und der Beschränkungen der Freizügigkeit von Waren und Menschen und die gegenseitige Gewährleistung der Rechtssicherheit für alle Bürger einschließen.

*Der vorläufige Abzug*

Innerhalb von drei bis neun Monaten nach Unterzeichnung des Friedensvertrages werden sich alle israelischen Streitkräfte östlich hinter eine Linie zurückziehen, die von einem Punkt östlich El Arish bis Ras Muhammad reicht und deren genauer Verlauf in gemeinsame Vereinbarungen festgelegt wird.

# Abschlußerklärung der Internationalen Konferenz der Solidarität mit dem Kampf der afrikanischen und arabischen Völker gegen Imperialismus und Reaktion in Addis Abeba vom 14. bis 17. September 1978

**(Wortlaut)**

1. Die Teilnehmer der Internationalen Konferenz, die vom 14. bis 17. September 1978 in Addis Abeba stattfand – Vertreter von Regierungen, Parteien, nationalen, internationalen und regionalen Organisationen und Nationalen Befreiungsbewegungen – erklären ihre feste Solidarität mit dem Kampf der afrikanischen und arabischen Nationen gegen Imperialismus, Kolonialismus, Neo-Kolonialismus, Zionismus und Rassismus, für Freiheit, Unabhängigkeit, sozialen, ökonomischen und kulturellen Fortschritt.

# Hochschulpolitik

**Ulla Bracht / Bernd Hülsmann / Dieter Keiner (Hrsg.)**

## Hochschulrahmengesetz, Hochschulpolitik und Klassenauseinandersetzungen in der BRD

**Kleine Bibliothek Bd. 111, 360 Seiten, DM 12,80**

Der Band enthält die wichtigsten Informationen sowie orientierende Beiträge und Dokumente zur Auseinandersetzung um das Hochschulrahmengesetz (HRG) und für die Anpassung der Länderhochschulgesetze an das HRG. Hauptadressaten sind Hochschullehrer, wissenschaftliche Mitarbeiter und alle Studenten.

Ausgehend von einer allgemeinen Beurteilung der Entwicklung von Hochschule und Wissenschaft unter den gegenwärtigen krisenhaften Bedingungen, gehen einzelne Beiträge ein auf den Stand der internationalen Entwicklung (Dänemark, DDR, Frankreich, Großbritannien, Italien) und behandeln konkrete Maßnahmen und Auswirkungen staatlicher, technokratischer Hochschulreform in der BRD. Aus der Widersprüchlichkeit der Anforderungen unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen an die Reform der Hochschulen werden Perspektiven für eine demokratische Wissenschafts- und Hochschulpolitik entwickelt.

**Gerhard Bauß**

## Die Studentenbewegung der sechziger Jahre in der Bundesrepublik und Westberlin

**Handbuch**
**Kleine Bibliothek Bd. 108, 353 Seiten, DM 14,80**

Gegen Ende der sechziger Jahre erreichte die studentische Protestbewegung, die aufsehenerregendste und – in der Kontinuität – heftigste außerparlamentarische Bewegung einer spezifischen sozialen Gruppe der bisherigen BRD-Geschichte, den Höhepunkt ihrer damaligen Entwicklungsphase.

Die vorliegende Arbeit verfolgt das Ziel, diese Bewegung zusammenhängend historisch darzustellen und anhand ihrer entscheidenden Themen und Handlungsanlässe ihre Ursachen und Entwicklungsfaktoren, ihre Bewegungselemente sowie ihre theoretisch-ideologischen und strategischen Probleme zu analysieren. Damit wird zugleich das Agieren einer politisch-sozialen Bewegung zwischen den Polen der Orientierung auf die Arbeiterbewegung und des spontaneistischen Antikommunismus beschrieben.

# Pahl-Rugenstein

2. Die Reden des Vorsitzenden des Provisorischen Verwaltungsrates und des Ministerrates von Äthiopien, Oberst Mengistu Haile Mariam, und des Ersten Sekretärs der Kommunistischen Partei, des Präsidenten des Staatsrates und des Ministerrates von Kuba, Fidel Castro, in der Eröffnungssitzung sowie die große Anzahl von Grußbotschaften von Staatsoberhäuptern waren für alle Teilnehmer eine Quelle von Anregungen.

3. Die Konferenzteilnehmer stellen mit großer Freude fest, daß sich die Bedingungen für den entschlossenen Kampf gegen die Kräfte des Krieges, der Aggression, Expansion und des Neo-Kolonialismus günstig entwickeln. Die Völker Afrikas und der arabischen Länder treten entschieden für ihre nationalen Rechte ein und kämpfen für ihre ökonomische und nationale Unabhängigkeit.

4. Ihr Kampf ist ein wichtiger Faktor im weltweiten Ringen aller fortschrittlichen Kräfte um dauerhaften und gerechten Frieden, nationale Unabhängigkeit und gleichberechtigte, internationale Zusammenarbeit.

5. Aufgeschreckt durch den unaufhaltsamen und heroischen Kampf der unterdrückten Massen im Nahen Osten, in Asien und Lateinamerika, nimmt der Imperialismus zu neuen Taktiken Zuflucht. Er beabsichtigt eine neue Form der Unterdrückung, indem er die Herrschaft über die Wirtschaftspotentiale der unabhängig gewordenen Länder aufrecht zu erhalten und ein neokolonialistisches System einzuführen sucht. In der Tat wurden einige junge Nationen nur nominell und nicht tatsächlich unabhängig. Um ihre ausbeuterischen Wirtschaftsbeziehungen und ihre strategischen Interessen zu sichern, übergaben die imperialistischen Mächte, insbesondere der US-Imperialismus, in gewissen Fällen die politische Macht an Marionettenregimes; sie ergriffen Maßnahmen, um Regierungen zu korrumpieren und sich unterzuordnen, und benutzen verschiedene Methoden, um fortschrittliche Regimes zu stürzen.

6. Die afrikanischen und arabischen Völker sowie die anderen kämpfenden Völker verstärkten ihren Kampf sowohl gegen äußere als auch gegen innere Feinde.

7. Die Aktionseinheit zwischen den Kräften des Sozialismus und den Nationalen Befreiungsbewegungen, die im Kampf gegen den Kolonialismus für Freiheit und Unabhängigkeit entstand, ist heute zu einem überragenden Faktor für Entwicklung und Fortschritt in der Welt geworden. Der Kampf für Frieden und Abrüstung gehörte immer zu den wichtigsten Zielen der fortschrittlichen Kräfte und der sozialistischen Länder, denn der Kampf um wirkliche Unabhängigkeit und ökonomische Entwicklung ist eng mit dem Kampf für Frieden und Abrüstung verknüpft. Der richtige Weg ist Zusammenarbeit auf der Grundlage von Gleichberechtigung und insbesondere die Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern. Es ist unbedingt notwendig, die starke antiimperialistische Front aus den sozialistischen Ländern, den Nationalen Befreiungsbewegungen, den fortschrittlichen Schichten in den Entwicklungsländern und der Arbeiterklasse und den demokratischen Kräften in der kapitalistischen Welt zu festigen.

8. Die Konferenz in Addis Abeba stellt fest, daß der Imperialismus, der mit den lokalen Reaktionären Hand in Hand arbeitet, versucht, die arabischen und afrikanischen Nationen auf ihrem Weg zu nationaler Unabhängigkeit, sozialem Fortschritt und internationaler Solidarität aufzuhalten. Er versucht, mit allen Mitteln die Abschaffung der rassistischen Regimes im südlichen Afrika zu hintertreiben und die Verwirklichung eines dauerhaften und gerechten Friedens im Nahen Osten zu blockieren.

9. Diese Schlußfolgerung beruht auf Tatsachen wie:
– die Einmischung der NATO in Zaire;
– die zunehmende Anzahl von Intrigen des Imperialismus und der Reaktion im Gebiet des Roten Meeres, des Horns und anderen Teilen von Afrika;
– der Aufbau der sogenannten Panafrikanischen Streitmacht unter der Kontrolle von NATO-Regierungen;
– die Anstrengungen, einen südatlantischen Militärpakt zu schaffen;
– der Einsatz von Söldnern;
– die Versuche, den mutigen Kampf des palästinensichen Volkes für seine nationalen Rechte zu unterdrücken und dem Nahen Osten Vereinbarungen aufzuzwingen, die den legitimen Interessen und Bestrebungen der arabischen Nationen schaden; und

– die Versuche, im Libanon und im Süden der arabischen Halbinsel Spannungen zu schaffen, die sich insbesondere gegen die Demokratische Republik Jemen richten.

10. Die Konferenz hat die Haltung der chinesischen Führer analysiert und mit Entrüstung und Befremden deren Kollaboration mit reaktionären, imperialistischen und faschistischen Regimes festgestellt, wie Chile, der Regierung Südafrikas und Israel.

11. Die Teilnehmer der Konferenz klagen darüber hinaus die chinesischen Führer der Komplizenschaft mit der Aggression gegen Angola und Äthiopien und chauvinistischer, expansionistischer Politik gegen das sozialistische Vietnam an. Die antisowjetische Haltung der chinesischen Führer dient nicht der Sache der nationalen Befreiungsbewegung.

12. Die Teilnehmer erklären ihren festen Willen, den Rassismus im südlichen Afrika auszurotten, und fordern mit Entschiedenheit die Liquidierung des Rassistenregimes in Rhodesien und die Übergabe der vollen Macht an das Volk von Zimbabwe; sie fordern den vollständigen Rückzug Südafrikas aus Namibia, die Eliminierung des Systems der Apartheid und der Bantustans in der rassistischen und faschistischen Republik von Südafrika.

13. Die Teilnehmer verurteilen die Verhängung des Kriegsrechts und die daraufhin erfolgte Verhaftung von Hunderten von Mitgliedern der Patriotischen Front durch das faschistische Smith-Regime. Die Konferenz erklärt ihre feste Unterstützung für die Patriotische Front Zimbabwes, die SWAPO Namibias und den ANC Südafrikas, die einzigen authentischen Vertreter ihrer Völker.

14. Die Konferenz verurteilt die gemeinsamen Anstrengungen der westlichen imperialistischen Mächte in Zusammenarbeit mit ihren rassistischen Stellvertretern, den kämpfenden Völkern von Zimbabwe und Namibia neokolonialistische Lösungen aufzuzwingen.

15. Die Konferenz begrüßt die feste Haltung der Frontstaaten – Angola, Botswana, Zambia, Moçambique und Tansania – bei ihrer umfassenden Unterstützung des nationalen Befreiungskampfes der Völker im südlichen Afrika.

16. Die Konferenz erklärt ihre Unterstützung für die Unabhängigkeit und Selbstbestimmung des heroischen Volkes der Westsahara, das unter der Führung der POLISARIO kämpft.

17. Der Sieg des sozialistischen Äthiopiens über die Kräfte des Feudalismus, Imperialismus, innerer und äußerer Reaktion ist eine lebendige Bestätigung der unerschöpflichen und unbezwingbaren Kraft derjenigen Nationen, die den Weg der Freiheit und des Fortschritts gewählt haben. Die Teilnehmer der internationalen Konferenz bringen ihre kämpferische und brüderliche Solidarität mit dem Volk Äthiopiens zum Ausdruck und wünschen den Bürgern dieses alten afrikanischen Landes kraftvolle Einigkeit, Frieden und Wohlergehen.

18. Die Teilnehmer der Konferenz übermitteln brüderliche Solidaritätsgrüße den palästinensischen Arabern, die unerschütterlich und kühn den Verschwörungen von Imperialismus, Zionismus und arabischer Reaktion widerstehen und einen mutigen Kampf führen für ihre unveräußerlichen nationalen Rechte, für die Rückkehr in ihre Heimat, für Selbstbestimmung und die Schaffung eines eigenen unabhängigen Staates. Die Konferenz erklärt ihre feste Unterstützung für die PLO, die einzige legitime Vertretung des palästinensichen Volkes. Die Konferenz verurteilt die Politik der Separatlösungen für den arabisch-israelischen Konflikt. Die Konferenz erklärt ihre Unterstützung für die vollständige Befreiung aller besetzten arabischen Territorien.

19. Die Teilnehmer der Konferenz unterstreichen den großen Beitrag der Bewegung der Nichtpaktgebundenen für den Kampf der Nationen gegen den Imperialismus und die letzten Bastionen von Kolonialismus und Rassismus. Sie drücken ihre Zuversicht aus, daß die Gipfelkonferenz der Nichtpaktgebundenen im nächsten Jahr in Havanna, der Hauptstadt Kubas, ein Erfolg wird.

20. Die Internationale Konferenz in Addis Abeba erklärt ihre hohe Wertschätzung und Hochachtung vor der Sowjetunion, vor Kuba und den anderen sozialistischen Ländern, ebenso wie vor den fortschrittlichen Kräften der Welt für ihre selbstlose internationale Hilfe und Unterstützung für die afrikanischen und arabischen Nationen in ihrem gerechten Kampf. Die praktische und wirksame Solidarität Kubas ist zu einem überaus bedeutenden Faktor für die Befreiung Afrikas und die Festigung der Unabhängigkeit geworden.

21. Die Konferenz erklärt mit Entschiedenheit, daß die Völker der Welt unvermeidbar über die Kräfte des Imperialismus und der Reaktion siegen werden.

22. Es werden Freiheit und Demokratie, Frieden und Fortschritt für die afrikanischen und arabischen Nationen und für die ganze Welt herrschen.

## Bemerkungen

Dieser Ausgabe liegen ein Gesamtverzeichnis des Pahl-Rugenstein Verlags sowie eine Werbekarte des Monitor Verlags (DVZ) bei, die wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen. D. Red.

*Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Helga Deppe-Wolfinger, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Dr. Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Dr. Kurt Bayertz, Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 364051.*
*Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,80 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 3,30), zuzüglich DM 0,50 Versandgebühr. Das Einzelheft kostet DM 5,30. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Versandgebühr (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 50,–; öS 360,–; hfl 55,–; bfrs 792,–; FF 114,–; £ 12,60; Lit 21 000,–; dkr 140,–; nkr 125,–; skr 115,–; Yen 6000; $ 24,50. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 364051. Konten: Postscheckamt Köln 6514-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Zentralsatz Dieter Noe, Köln. Druck: Plambeck & Co., Neuß. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.*
*ISSN 0006 – 4416*

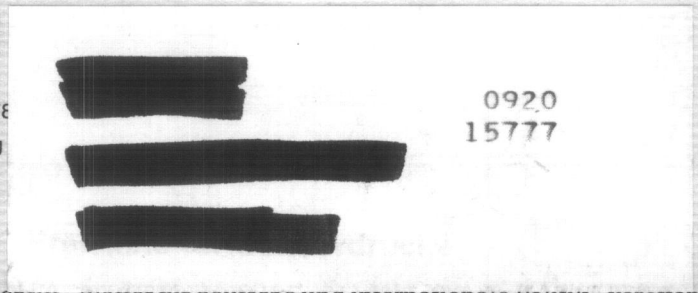
# Autoren dieses Heftes

*Birgit SOMMER,* geb. 1942 in Stockholm, Journalistin; Veröffentlichungen über den Nahen Osten und über Rüstungsfragen; zahlreiche Nahost-Reisen, zuletzt im September in den Libanon und die Westbank. * * * *Christoph BUTTERWEGGE,* geb. 1951 in Albersloh, Gesellschaftswissenschaftler; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. * * * *Dr. Nikolaj-Klaus v. KREITOR,* geb. 1946 in Nikolajew/UdSSR, Studium an der Warschauer Kunstakademie, Journalistenhochschule in Stockholm, Promotion im Fach Soziologie an der Universität Lund/Schweden; Schweden-Korrespondent finnischer Zeitungen. * * * *Reinhard HELMERS,* geb. 1930 in Hamburg, Studium der Chemie und der Wissenschaftlichen Politik in Moskau und Tübingen, Diplomchemiker, Promotion zum Fil. lic., Hochschullehrer an der Universität Lund/Schweden. * * * *Monika SPERR,* geb. 1941 in Berlin, freiberufliche Autorin in München; Veröffentlichungen u. a.: „Herr Bertolt Brecht sagt" (gemeinsam mit Martin Sperr), Biografie über die Schauspielerin Therese Giese „Ich hab nichts zum Sagen". * * * *Ulrich BRIEFS,* geb. 1939 in Düsseldorf, Studium der Volks- und Betriebswirtschaftslehre und Ausbildung als technisch-wissenschaftlicher Programmierer, Referent am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) des DGB; zahlreiche Zeitschriftenveröffentlichungen zu Problemen der Technologieentwicklung und Unternehmenspolitik. * * * *Dr. Jörg KAMMLER,* geb. 1940 in Berlin, Professor für Politikwissenschaft an der Gesamthochschule Kassel, Vorsitzender des Studienkreises zur Erforschung und Vermittlung der Geschichte des deutschen Widerstandes 1933–1945 e.V. in Frankfurt/M. * * * *Dr. Mohammed MASSARRAT,* geb. 1942 in Teheran, Wissenschaftlicher Assistent und Privatdozent für Wirtschaftswissenschaften an der Universität Osnabrück; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen (Themen: Weltmarkt, Energiekrise, Unterentwicklung und Asiatische Produktionsweise). * * * *Stephen SALAFF,* Ph. D., geb. 1938 in New York, lebt in Toronto/Kanada, Mathematiker und Publizist; Veröffentlichungen über Fragen der Kernenergie und Querverbindungen zwischen der Kernenergieentwicklung in Nordamerika, Westeuropa und Japan. * * * *Alexander GSCHWIND,* geb. 1950, Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Basel, Promotion 1977 mit der Dissertation „Entwicklung von Partei und Staat im unabhängigen Algerien (1962–1977)", nach Tätigkeit als wissenschaftlicher Assistent an der Universität Zürich publizistische Beiträge zu Afrika-Fragen. * * * *Dr. Erika HÜLTENSCHMIDT,* geb. 1945 in Wiesbaden, Wissenschaftliche Assistentin im Fachbereich Sprach- und Literaturwissenschaft an der Gesamthochschule Wuppertal. * * * *Dr. Heinz THOMA,* geb. 1944, Wissenschaftlicher Assistent an der Gesamthochschule Wuppertal; Veröffentlichungen zur Rezeption der französischen Aufklärung und zur Hochschulentwicklung in Frankreich. * * * *Dr. jur. Walter LEWALD,* geb. 1887 in Leipzig, 1947–1973 verantwortlicher Schriftleiter der „Neuen Juristischen Wochenschrift"; zahlreiche Veröffentlichungen in juristischen Fachzeitschriften und Archiven. * * * *Edgar GÄRTNER,* geb. 1949 in Magdlos/Krs. Fulda, Studium der Biologie und der Gesellschaftswissenschaften an der Universität Frankfurt/M., Forschungsstudium „mediterrane Ökologie" in Marseille, z. Z. Doktorand in Münster. * * * *Roland VOGT,* geb. 1941 in Gelnhausen, Diplompolitologe und Jurist, einer der drei Vorsitzenden des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU); Zeitschriftenveröffentlichungen und Buchbeiträge im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung (Gewaltfreie Aktion, Soziale Verteidigung, Ökologiebewegung).

G 1800 EX

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt (10/1978

Pahl-Rugenstein Verlag
Gottesweg 54
5000 Köln 51



0920
15777

Von allen in der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik" veröffentlichten Beiträgen können Sonderdrucke bezogen werden. Bestellungen sind bis 30 Tage nach dem Erscheinungstermin jeder Ausgabe beim Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, möglich. Die in der untenstehenden Tabelle aufgeführten Preise verstehen sich inclusive MWSt, zuzüglich Versandkosten.

| | 100 Exempl. | 250 Exempl. | 500 Exempl. | 750 Exempl. | 1000 Exempl. | 2000 Exempl. | 3000 Exempl. | 4000 Exempl. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 4 Seiten | 77,– | 86,– | 104,– | 121,– | 129,– | 180,– | 224,– | 266,– |
| 8 Seiten | 128,– | 146,– | 171,– | 194,– | 215,– | 300,– | 365,– | 428,– |
| 12 Seiten | 194,– | 214,– | 248,– | 280,– | 318,– | 402,– | 473,– | 550,– |
| 16 Seiten | 260,– | 280,– | 328,– | 365,– | 411,– | 502,– | 596,– | 692,– |
| 20 Seiten | 325,– | 356,– | 402,– | 450,– | 480,– | 614,– | 725,– | 866,– |
| 24 Seiten | 365,– | 408,– | 464,– | 516,– | 558,– | 716,– | 849,– | 1070,– |
| 28 Seiten | 420,– | 464,– | 524,– | 592,– | 642,– | 776,– | 964,– | 1192,– |
| 32 Seiten | 472,– | 515,– | 579,– | 644,– | 695,– | 838,– | 1080,– | 1332,– |
| 36 Seiten | 501,– | 552,– | 612,– | 666,– | 708,– | 945,– | 1192,– | 1425,– |
| 40 Seiten | 524,– | 572,– | 636,– | 700,– | 745,– | 999,– | 1270,– | 1468,– |